

#### 4. Bestimmungsgründe von Rollenorientierungen

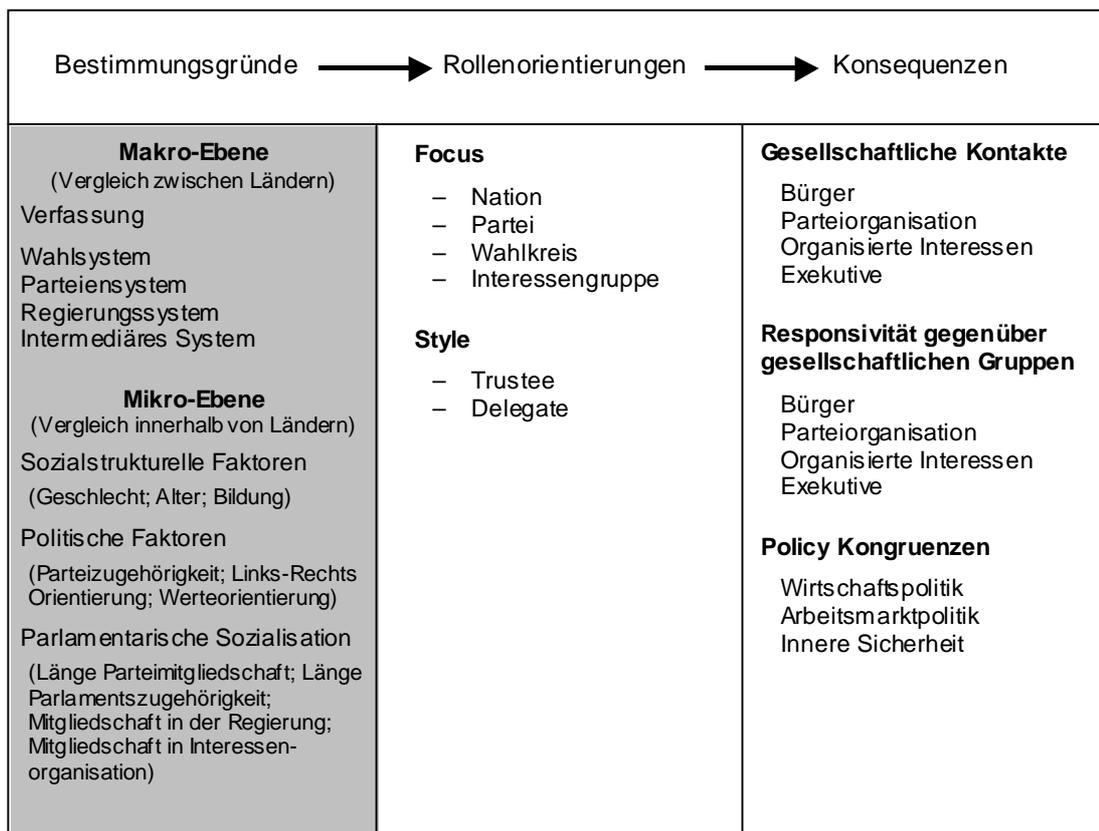
Im vorangegangenen Kaptitel wurde festgestellt, daß Abgeordnete unterschiedliche Auffassungen über ihre Repräsentationsrolle haben. Unterschiedliche Rollenverständnisse können einerseits zurückgeführt werden auf divergierende Modelle politischer Repräsentation, welche andererseits implikationenreich sind für grundlegende Vorstellungen über die Verfaßtheit einer demokratischen Gemeinschaftsordnung. Wie können nun unterschiedliche Repräsentationsverständnisse erklärt werden? Warum verstehen sich manche Abgeordnete als Vertreter der ganzen Nation, andere dagegen als Repräsentanten ihrer Partei? Warum weist in Frankreich fast die Hälfte der Parlamentarier einen Wahlkreis-Focus auf, während in Schweden die große Mehrheit der Abgeordneten sich in ihrem Rollenverständnis der Partei verpflichtet fühlt?

Die Frage, woher unterschiedliche Rollenverständnisse stammen, gehört nach Jewell (1985:104) zu den beiden großen Fragen des Rollenansatzes der Repräsentationsforschung. Sie soll in diesem Kapitel, dessen Stellenwert für den Gesamtaufbau der Arbeit noch einmal in Schaubild 4.1 wiedergegeben ist, untersucht werden. Antwortversuche zur Erklärung des Rollenverständnisses von Abgeordneten werden auf zwei Ebenen gegeben werden: der Makro-Ebene und der Mikro-Ebene.

Auf der Makro-Ebene gilt es, Bestimmungsgründe für das Rollenverständnis auf der Ebene des politischen Systems zu untersuchen. Wahlke et al. (1962:22) sprechen in diesen Zusammenhang von „*Ecological Characteristics of Political Units*“. Die Untersuchungshypothese lautet hier, daß unterschiedliche Charakteristika des politischen System einen Einfluß auf die Auswahl von Rollenorientierungen haben. Es wird also zwischen Ländern verglichen, um die Variationen im Rollenverständnis erklären zu können. Spezifischen Hypothesen zum Einfluß von Makro-Variablen auf die Repräsentationsrolle werden im entsprechenden Abschnitt (4.1) formuliert.

Auf der Mikro-Ebene wird nach Bestimmungsgründen für das Rollenverständnis im Bereich individueller Merkmale von Abgeordneten gesucht. Die Studie „The Legislative System“ subsumierte diese Erklärungsfaktoren unter „*Individual Demographic Characteristics*“ und „*Individual Personality and Character*“ (Wahlke et al. 1962:22). Die entsprechende Untersuchungshypothese lautet, daß bestimmte Merkmale von Individuen, wie etwa Alter, Geschlecht, Parteizugehörigkeit oder Seniorität, die Auswahl bestimmter Rollenorientierungen beeinflussen. Es wird also nicht zwischen Ländern, sondern zwischen individuellen Abgeordneten verglichen. Auch hier sind noch spezifischere Hypothesen an entsprechender Stelle (Abschnitt 4.2) zu entwickeln und sodann einer empirischen Überprüfung zu unterziehen.

**Schaubild 4.1: Der konzeptuelle Rahmen – Gegenstand des vierten Kapitels**



Wir gehen zwar von der Vermutung aus, daß beide Typen von Einflußfaktoren, sowohl Makro- als auch Mikro-Determinanten, einen Effekt auf die Repräsentationsrollen haben, doch stellt sich natürlich die Frage, welcher Typ von Einflußfaktoren von größerer

Bedeutung ist. Da es sich hier um unterschiedliche Ebenen handelt, kann diese Frage nicht so einfach beantwortet, der erwartete Zusammenhang nicht so leicht postuliert und begründet werden. Sie wird daher am Ende dieses Kapitels noch einmal aufgegriffen werden.

Wie kann nun das Wirken von Mikro- und Makro-Faktoren auf die Repräsentationsrolle grundsätzlich erklärt werden? Anders gefragt, warum sollen die beiden Gruppen von Determinanten einen Einfluß auf die Auswahl eines bestimmten Rollenverständnisses haben? Die Beantwortung dieser Frage muß auf den im theoretischen Teil dieser Arbeit explizierten Ansatz zurückgehen: Mikro- und Makro-Determinanten konditionieren diejenigen Bedingungen, die eine Wirkung auf die Trias von Abgeordnetenrolle – Bürgererwartungen – Institutioneneinfluß haben. Generell können hier drei grundlegende Wirkungsmechanismen formuliert werden:

- Rekrutierungs-These
- Personalisierungs-These
- Professionalisierungs-These

Die Rekrutierungsthese geht davon aus ,daß Mikro- und Makro-Faktoren die Bedingungen des Mandatserwerbs beeinflussen. Die Bezugsgruppe für die Abgeordneten wäre hier das *Selektorat*, also all diejenigen Gruppen und Institutionen, die auf die Kandidatenaufstellung entscheidenden Einfluß haben. So wäre es, hypothetisch formuliert, durchaus denkbar, daß ein stark proportionales Wahlsystem zur Beförderung derjenigen Rekrutierungsmuster führte, welche die exponierte Stellung politischer Parteien betonen, und damit die Präferenzierung des Partei-Focus durch die Mandatare begünstigen könnte. Dieses Beispiel soll nur die Grundüberlegung dieser These verdeutlichen, die komplexen Begründungszusammenhänge werden natürlich an entsprechender Stelle geliefert. Die These ist nicht nur geeignet, Rekrutierungsmuster zu erklären, sondern vermag auch Wiederwahlbestrebungen bereits gewählter Abgeordneter einzubeziehen.

Die Personalisierungsthese versucht, Einflußfaktoren aus der Personalisierung des Verhältnisses von Abgeordneten und Bürgern zu begründen. Zentraler Bezugspunkt ist hier also das *Elektorat*. Nehmen wir beispielsweise ein politisches System an, das durch einfaches Mehrheitswahlrecht und ein Zwei-Parteien-System charakterisiert ist, so könnte sich daraus eine starke Personalisierung im Verhältnis von Parlamentariern und Bürgern ergeben. Die Präsenz des Abgeordneten in der Wahrnehmung der Bevölkerung wäre deutlich stärker als in durch Verhältniswahl und Mehrparteiensystem gekennzeichneten

System, was möglicherweise eine häufigere Hinwendung des Mandatars zum Wahlkreis-Focus zu Folge hätte.

Die Professionalisierungsthese schließlich geht davon aus, daß Mikro- und Makro-Faktoren eine Auswirkung auf die Arbeits- und Politikgestaltungsfähigkeit der Abgeordneten im Parlament haben. Anhand des Regierungssystems mag dieser Wirkmechanismus Verdeutlichung finden. Gehen wir von einem Regierungssystem aus, welches durch ein gegenüber der Regierung starkes Parlament charakterisiert ist, so läßt sich eine Tendenz zum Partei-Vertreter vermuten. Ein politikgestaltendes Parlament basiert ganz wesentlich auf der parteiförmigen Organisation der Abgeordneten, während sich in einem gegenüber der Regierung nur schwachen Parlament Spielraum für andere Bezugspunkte der Repräsentationsrolle wie Wahlkreis und Nation ergeben. Auch dieses ist nur eine Ad-hoc Hypothese, die den grundlegende Funktionsweise der These veranschaulichen soll. Spezifischere Begründungszusammenhänge werden im entsprechenden Unterabschnitt entwickelt werden.

Diese drei Thesen bilden eine Blaupause für die Untersuchung der jeweiligen Mikro- und Makro-Determinanten. Sie werden als eine Art ‚Meta-Thesen‘ die Generierung von spezifischeren Hypothesen zum Zusammenhang von Erklärungsfaktoren und Repräsentationsrolle fungieren. Dabei soll nicht angenommen werden, daß damit eine vollständige Modellierung der Bestimmungsgründe der Repräsentationsrolle möglich ist. Es handelt sich mehr um eine Arbeitsgrundlage, die hinreichend zwischen dem rollen- und repräsentationstheoretischen Ansatz und den bereichsspezifischen Hypothesen vermitteln will, um so die Analyse begründet anleiten zu können.

## **4.1. Bestimmungsgründe von Rollenorientierungen auf der Makro-Ebene**

Auf der Makro-Ebene angesiedelten Bestimmungsgründen des Rollenverständnisses wird zwar eine große Erklärungskraft eingeräumt, weshalb Jewell (1985:125) ihnen einen ganz zentralen Stellenwert für den weiteren Fortgang der Repräsentationsforschung beimißt, doch fehlen hier, mit wenigen Ausnahmen<sup>44</sup>, noch immer ländervergleichende Studien<sup>45</sup>,

---

<sup>44</sup> Eine solche Ausnahme stellen sicherlich diejenigen Repräsentationsstudien dar, die von Miller und Stokes angeregt und seit dem Ende der 60er Jahre in verschiedenen Ländern durchgeführt wurden: Deutschland (Farah 1980; Herzog/Rebenstorf/Werner/Weßels 1990), Frankreich

die dieses Forschungsdesiderat beseitigen könnten. Dieses Manko ist nicht zuletzt dem enormen Ressourcenaufwand einer international vergleichend durchgeführten Repräsentationsstudie geschuldet, was die Einmaligkeit der hier untersuchten Datenbasis einmal mehr unterstreicht.

Bestimmungsgründe auf der Makro-Ebene sind deshalb von Bedeutung, weil sie Auskunft geben über die grundsätzlichen Bedingungen, die den Prozeß politischer Repräsentation strukturieren. Sie sind den Bestimmungsgründen der Mikro-Ebene vorgelagert, so daß ihnen einen vor- und supra-individuelle Existenz zukommt. Makro-Faktoren sind vor-individuell, weil alle am Prozeß politischer Repräsentation beteiligten Akteure, Abgeordnete wie Bürger, in sie ‚hineinsozialisiert‘ werden. Diese Faktoren bestehen also bereits vor der politischen Sozialisation des Individuums, individuelle Ausprägungen von Rollendefinitionen müssen sich zwangsläufig mit diesen Faktoren auseinandersetzen. Und Makro-Faktoren sind supra-individuell, weil sie für alle beteiligten Akteure *gleichermaßen* gelten. Sie stehen damit außerhalb der individuellen Disposition.

Bestimmungsgründe auf der Makro-Ebene lassen sich in zwei Bereiche differenzieren. Zum einen sind es Elemente der politischen Kultur eines Landes, zum anderen institutionellen Arrangements einer Polity, die zur Erklärung des Rollenverständnisses von Abgeordneten herangezogen werden können. Kulturellen Erklärungsfaktoren wird zwar eine erhebliche Bedeutung zugesprochen (Weßels 1999a:220), doch sind sie ungleich schwerer als institutionelle Faktoren zu identifizieren, da es sich um gewachsene Traditionsbestände eines Landes handelt, die in der Regel nicht in kodifizierter Form vorliegen. Diese ‚weichen‘ Faktoren haben stark ideosynkratischen Charakter, sind gerade ländervergleichend nicht einfach zusammenzustellen, was das Sprachbild vom Pudding, der an die Wand zu nageln wäre (Kaase 1983), eindrucksvoll verdeutlicht. Dem

---

(Converse/Pierce 1986), Italien (Barnes 1977), den Niederlanden (Thomassen 1976) und Schweden (vgl. Esaiasson/Holmberg 1996) durchgeführt wurden. Vergleichende Analysen mit diesen Daten finden sich in Miller/Pierce/Thomassen/Herrera/Holmberg/Esaiasson/Wessels (1999). Bei all diesen Studien muß betont werden, daß sie zwar mit vergleichbaren Konzepten und Instrumenten arbeiteten, aber nicht im Strengen Sinne komparativ, als eine einzige Studie angelegt waren.

<sup>45</sup> Ländervergleichend meint hier Studien, die unterschiedliche Institutionen-Settings von souveränen Nationalstaaten in die Analyse einbeziehen. Im Bereich sub-nationalstaatlicher Einheiten existieren für die USA eine Reihe von Studien, deren makro-politische Variationen freilich recht begrenzt sind (vgl. Jewell 1985:102)

gegenüber lassen sich institutionelle Erklärungsfaktoren als ‚harte Faktoren‘ einfacher ermitteln und vergleichend kontrastieren, da ihnen gewissermaßen eine physische Existenz zukommt, die üblicherweise einfach und exakt beschrieben werden kann, wie beispielsweise diejenigen Regelungen, wie in einem politischen System die Wahl von Abgeordneten erfolgt.

Hier soll das Hauptaugenmerk auf den institutionellen Erklärungsfaktoren liegen, zum einen, weil sie mit vertretbarem Aufwand in intersubjektiv nachprüfbarer Art und Weise erhoben werden können, und zum anderen, weil es hier gerade darum gehen soll, die Wirkung institutioneller Arrangements zu prüfen. Damit soll nicht gesagt werden, daß kulturelle Erklärungsfaktoren weniger wichtig sind. Auch gibt es sicherlich zwischen beiden eine wechselseitige Abhängigkeit in Form einer starken Kongruenz von Kultur und Struktur. Eine erhebliche Diskrepanz zwischen der politischen Kultur einer Gesellschaft und ihren institutionellen Regelungen ist zwar denkbar, doch würde sie auf lange Sicht betrachtet nach David Easton die Stabilität des politischen System zumindest in Frage stellen (vgl. Fuchs 1989). Somit müssen wir, zumindest für über Zeit stabile, persistente Demokratien von einer erheblichen Kongruenz von Kultur und Struktur des politischen Systems ausgehen.

Für die folgenden Analysen wurden solche strukturellen Systemmerkmale ausgewählt, von denen begründet Hypothesen abgeleitet werden konnten, warum und in welcher Weise sie eine Auswirkung auf die Einnahme bestimmter Rollenorientierungen haben sollten. Die ausgewählten makro-spezifischen Einflußfaktoren sind:

- das Wahlsystem,
- das Parteiensystem,
- das Regierungssystem,
- das Intermediäre System.

In diesem Abschnitt wird es zentral darum gehen, die möglichen Zusammenhänge eines jeden Systemmerkmals mit der Repräsentationsrolle der Abgeordneten in Form begründeter Hypothesen zu spezifizieren, geeignete Indikatoren auszuwählen und anschließend den Zusammenhang empirisch zu analysieren. Darüber hinaus ist die Frage zu beantworten, wie stark die Prägekraft der Systemmerkmale im Vergleich zueinander ist. Können wir ein bestimmtes Charakteristikum des politischen Systems als prägende Determinante identifizieren, oder sind alle untersuchten Charakteristika gleichermaßen bedeutsam? Sind die Systemmerkmale völlig unabhängig voneinander, oder handelt es sich um wechselseitige Abhängigkeiten, um ein Syndrom von miteinander stark korrelierten Charakteristika? Die erfaßten Systemmerkmale konstituieren die Essenz des

politischen Systems eines jeden untersuchten Landes. Sie prägen die Art und Weise, wie die Demokratie einer Polity ausgestaltet ist. Dieses Konzept wurde Arend Lijpharts „*Patterns of Democracy*“ entlehnt, dessen Untersuchung von 34 Ländern auf der Prämisse beruht, daß sich alle Demokratien auf einem Kontinuum von konsensualer und majoritärer Demokratie anordnen lassen (Lijphart 1999:1). Die empirischen Analysen Lijpharts ergeben zwei Dimensionen demokratischer Systeme, von denen die erste Dimension, die „*executive-parties dimension*“, als zentrales Unterscheidungskriterium zwischen konsensualen und majoritären Demokratien zu fungieren vermag<sup>46</sup>. Dem Unterabschnitt, der sich mit dem Zusammenhang der einzelnen Systemmerkmale mit der Repräsentationsrolle beschäftigt (4.1.2), wird deshalb die Untersuchung der Relation der vier in die Analyse einbezogenen Systemcharakteristika untereinander (4.1.3) sowie, und darauf aufbauend, des Effektes des Demokratietyps mit den untersuchten Ausprägungen des Rollenverständnisses der Abgeordneten folgen (Unterabschnitt 4.1.4).

Doch zuerst wollen wir uns der Analyse der Verfassungen der untersuchten Länder widmen, einer Makro-Determinante, die in zweierlei Hinsicht Beachtung verlangt: Zum einen könnte hier eine einfache, aber hinreichende Erklärung der Variationen im Rollenverständnis der Parlamentarier liegen. *Wie* Abgeordnete repräsentieren und *wen* sie repräsentieren wäre demnach den normativen Regelungen der Staatsverfassungen der untersuchten Länder geschuldet. Zum anderen erscheinen Verfassungen geeignet, eine Mittelstellung zwischen den beiden unterschiedlichen Typen von Bestimmungsgründen, kulturellen und institutionellen Faktoren, einzunehmen. Denn geschriebene Verfassungen umfassen zwar in der Regel die grundlegenden institutionellen Arrangements der Polity eines Landes, doch sind sie häufig derart allgemein, daß es gerechtfertigt erscheint, in ihnen eine Manifestation zentraler Elemente der politischen Kultur zu sehen<sup>47</sup>.

---

<sup>46</sup> Hier wird die Kritik vieler Beobachter geteilt, daß die empirischen Ergebnisse Lijpharts sein These, daß sich alle Demokratien auf einem Kontinuum von konsensual und majoritär messen lassen, widerlegen. Die zweite Dimension („*federal-unitary dimension*“) zeichnet sich gerade dadurch aus, daß sie unabhängig von der „*executive-parties dimension*“ ist (vgl. Schmidt 2000).

<sup>47</sup> Göhler (1997:32) geht hier noch weiter, indem er alleinig von einem Symbolcharakter der Verfassung herausstellt.

#### 4.1.1. Staatsverfassungen als Determinante der Repräsentationsrolle?

In Verfassungen wird in der Regel der grundlegende, allgemeine Aufbau des Institutionengefüges eines politischen Systems kodifiziert<sup>48</sup>. In ihnen wird festgelegt, wie das politische ‚Spiel‘ gespielt wird, wie gesellschaftliche Interessen und Problemlagen in politische Entscheidungen überführt werden. Über konkrete Entscheidungsregeln hinausgehend, enthalten Verfassungen aber auch mehr oder weniger abstrakte Zielvorstellungen der Gesellschaftsorganisation, die zwar keine unmittelbare, rechtliche Wirkung entfalten, jedoch grundlegende normative Aspekte einer Gesellschaft kodifizieren. Verfassungen konstituieren somit nicht nur das Staatsorganisationsrecht, sondern auch allgemeine Vorstellungen der Organisation eines demokratischen Gemeinwesens, die ihre Wirkung jenseits konkreter Regeln entfalten. Wir müssen nicht so weit gehen, Verfassungen dem Bereich politischer Symbolik zuzuordnen (Göhler 1997:32), um aufzuzeigen, daß eine Verfassung neben rein institutionellen Regelungen ebenfalls bedeutsame Aspekte der politischen Kultur zu bergen vermag (Finer/Bogdanor/Rudden 1995:3). Dazu zählen sicherlich auch grundlegende Vorstellungen zur politischen Repräsentation. Wir können also vermuten, daß Staatsverfassungen in einem weiteren, generellen Sinne auch Auskunft zur Ausgestaltung der Repräsentationsrolle von Abgeordneten geben. D.h. wir erwarten jenseits konkreter Vorschriften zur Rechtsstellung von Parlamentariern allgemeinere Ausführungen zu normativen Zielvorstellungen im Hinblick auf politische Repräsentation.

Deshalb wird hier als erster Zugang zur Problematik der Bestimmungsgründe von Rollenorientierungen eine Analyse der Verfassung aller untersuchten Länder vorgenommen. In einem ersten Arbeitsschritt ist zu klären, ob Regelungen zur Repräsentationsrolle von Abgeordneten in den Verfassungen enthalten sind, und, wenn dieses der Fall ist, wie diese ausgestaltet sind. In einem zweiten Schritt haben wir dann danach zu fragen, ob die aufgefundenen Verfassungsnormen einen Beitrag zur Erklärung der im vorangegangenen Kapitel ermittelten empirischen Verteilung der Repräsentationsrolle leisten können. Die vorläufige Arbeitshypothese würde hier also

---

<sup>48</sup> Ob Großbritannien eine Ausnahme von dieser Regel bildet, mag dahingestellt bleiben, da es zwar keine schriftliche Verfassungsurkunde gibt, jedoch auch dort kodifiziertes ‚*Constitutional Law*‘ (Finer/Bogdanor/Rudden 1995:40) existiert. Diese Diskussion ist für uns jedoch unerheblich, da Großbritannien mangels entsprechender Befragungsdaten nicht in unsere Untersuchung einbezogen werden konnte.

lauten, daß das Rollenverständnis von Abgeordneten in erheblichem Ausmaß durch Verfassungsvorschriften erklärt werden kann.

Zur Prüfung dieser Hypothese wurden die Verfassungen aller elf in unserer Studie enthaltenen Länder vergleichend gesichtet. Die Ergebnisse dieses Vergleiches sind synoptisch in Tabelle 4.1 dargestellt. Kriterium der Sichtung war die Frage, ob und welche Aussagen zur Repräsentationsrolle gemacht werden. Vergleichsgrundlage war die englische Übersetzung der landessprachlichen Verfassungsurkunden, die von den jeweiligen Regierungen angefertigt und zur Verfügung gestellt wurden. Diese englischen Übersetzungen wurden dem an der Universität Würzburg angesiedelten Projekt *International Constitutional Law (ICL)* entnommen, welches unter der Internet-Adresse <http://www.uni-wuerzburg.de/law/home.html> historische und aktuelle Verfassungen dokumentiert.

Die eigenständige synoptische Sichtung wurde anschließend anhand zweier weiterer Quellen geprüft. Zum einen wurde die Zusammenstellung mit der zu einer vergleichbaren Thematik vorgelegten Verfassungssynopse von Brettschneider/Ahlstich/Klett/Vetter (Gabriel/Brettschneider 1994:478-485) verglichen, um sicherzustellen, daß keine relevanten Regelungen übersehen wurden<sup>49</sup>. Zum anderen wurde die Zusammenstellung noch einmal mit einer anderen Textsammlung, welche die Verfassungsurkunden in deutscher Sprache versammelt (Kimmel 1993), verglichen, um einerseits einen weiteren Referenzpunkte zu haben, und andererseits Probleme der sprachliche Übertragung der jeweiligen Dokumente erkennen, bzw. ausschließen zu können.

Als erstes Ergebnis der Betrachtung der Verfassungssynopse kann festgehalten werden, daß Verfassungsnormen zur Repräsentationsrolle mit einer Ausnahme in allen untersuchten Ländern existieren. Lediglich in Schweden gibt es seit der Revision der Verfassung des Jahres 1974 keinerlei Vorschrift zur Repräsentationsrolle mehr. Weiterhin fällt unmittelbar auf, daß nicht alle Vorschriften eindeutig hinsichtlich ihres Wortlautes sind. So besagen zwar die Artikel 66 der spanischen Verfassung und Artikel 50 der Niederländischen Verfassung, daß das Parlament das (ganze) Volk repräsentiert. Unklar ist aber, ob sich dieses auch im Rollenverständnis der individuellen Parlamentarier niederschlägt, die sich dem entsprechend als Vertreter der ganzen Nation verstehen könnten, bzw. verstehen müßten. Da ein Parlament per Definition in demokratischen

---

<sup>49</sup> Dabei konnten zwei Abweichungen festgestellt werden: in der Darstellung von Brettschneider/Ahlstich/Klett/Vetter ist für Belgien der Verfassungsartikel falsch ausgewiesen und für Irland keine Regelung aufgenommen worden.

Gesellschaften das Volk vertritt, kann diese Formulierung nur so ausgelegt werden, daß die entsprechenden Verfassungen den Typus des ‚Vertreter der ganzen Nation‘ präjudizieren. Ebenfalls auffällig ist die negative Formulierung der Vorschriften in einigen Verfassungen (Frankreich, Italien, Spanien), die zwar die Abwesenheit bestimmter Regulierungen postulieren, hier die Abwesenheit eines imperativen Mandates, doch keine positiven Ausgestaltungen enthalten, wie die Repräsentationsrolle auszugestalten sei.

**Tabelle 4.1: Verfassungsbestimmungen zur Repräsentationsrolle in elf Ländern**

Land	Artikel	Verfassungsvorschrift
Belgien	Article 42	The members of the two Houses represent the Nation, and not only those who elected them.
Deutschland	Article 38	They are representatives of the whole people, not bound by orders and instructions, and subject only to their conscience.
Frankreich	Article 27	All mandatory instructions shall be null and void. ... An organic act may, exceptionally, authorize the delegation of a vote.
Griechenland	Article 60	Deputies shall enjoy the unrestricted right to vote and express opinions according to their conscience.
Irland	Article 16	The House of Representatives shall be composed of members who represent constituencies determined by law.
Italien	Article 67	Each member of Parliament represents the Nation; members shall carry out their duties free from imperative mandate.
Luxemburg	Article 50	The Chamber of Deputies represents the country. Deputies vote without referring to their constituents and may have in view only the general interests of the Grand Duchy.
Niederlande	Article 50; 67	The Parliament shall represent the entire people of the Netherlands; The members shall not be bound by a mandate or instructions when casting their votes.
Portugal	Article 152	Members represent the whole country, not the constituencies for which they were elected.
Schweden	–	–
Spanien	Article 66; 67	The Parliament represents the Spanish people and is formed by the House of Representatives and the Senate; The members of the Parliament are not bound by an imperative mandate.

Quelle: *International Constitutional Law* (ICL, <http://www.uni-wuerzburg.de/law/home.html>); eigene Zusammenstellung.

Bezüglich der von uns im theoretischen Teil entwickelten zwei Dimensionen der Repräsentationsrolle kann festgehalten werden, daß diese auch durch die Verfassungsbestimmungen der elf untersuchten Länder erfaßt und abgebildet werden, was als Indikator für die Validität dieses Konstruktes betrachtet werden kann. Schließlich wurden die Verfassung nicht explizit im Hinblick auf diese beiden Dimensionen untersucht, sondern alle in den Verfassungen enthaltenen Vorschriften, die Aussagen dazu

machen, wie Abgeordnete repräsentieren und wen Abgeordnete repräsentieren, wurden in die Synopse aufgenommen.

Dergestalt lassen sich die Verfassungsvorschriften nahezu verlustfrei auf die von uns verwendeten zwei Dimensionen kondensieren, wie in Tabelle 4.2 geschehen. Und hier wird nun deutlich, daß nicht alle Länder Regulationen in beiden Dimensionen vorsehen, was entweder dem fragmentarischen Charakter von Verfassungen geschuldet sein könnte, die immer unperfekt sind und einer Ergänzung durch konkrete Ausgestaltungen sowie Rechtsfortbildung durch die Verfassungsgerichtsbarkeit bedürfen (Finer/Bogdanor/Rudden 1995:1). Oder aber hier wurde von den Verfassungsvätern bewußt von einer Regulation abgesehen, was die Prämisse der weiteren Erörterungen sein wird. Die These vom fragmentarischen Charakter des Verfassungstextes ist zwar nicht unplausibel, begibt sich jedoch in Problemkreise der rechtlichen Auslegung und der gelebten Verfassungswirklichkeit, und bedarf somit der weiteren Analyse, die hier nicht geleistet werden kann.

**Tabelle 4.2: Die Focus- und Style-Dimension in den Verfassungsvorschriften**

Land	Verfassungsvorschrift zur Repräsentationsrolle	
	Focus	Style
Belgien	Nation	
Deutschland	Nation	Trustee
Frankreich		Trustee
Griechenland		Trustee
Irland	Wahlkreis	
Italien	Nation	Trustee
Luxemburg	Nation	Trustee
Niederlande	Nation	Trustee
Portugal	Nation	
Schweden	–	–
Spanien	Nation	Trustee

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Von den zehn Ländern, deren Verfassungen Aussagen zur Repräsentationsrolle enthalten, weisen lediglich fünf Länder sowohl eine Verfassungsvorschrift zur Focus-Dimension als auch zur Style-Dimension auf: Deutschland, Italien, Luxemburg, Niederlande und Spanien. In allen fünf Fällen ist dieses die Kombination von Nation als Rollen-Focus und der Trustee-Orientierung der Style-Dimension. Hier hat also das klassische Burke'sche Repräsentationsmodell vom ungebundenen Vertreter der ganzen

Nation seinen Niederschlag gefunden. Andere Kombinationen von Focus und Style konnten in den untersuchten Verfassungen nicht aufgefunden werden, was dafür spricht, daß ‚modernere‘, daß heißt zeitlich nach Burke entstandene Repräsentationsmodelle wie dasjenige der funktionalen Repräsentation keinen Eingang in die politische Verfaßtheit der untersuchten Gesellschaften gefunden haben. Dies kann auch nicht weiter überraschen, da Verfassungen ein Stück geronnene Geschichtlichkeit darstellen, die eine starke Prägung durch ihre Entstehungszeit erfahren haben und somit in ihrer Substanz auf Ideen des 19. Jahrhunderts, angereichert durch Problemlagen des 20. Jahrhunderts, beruhen (Kimmel 1994:24), was sich zudem auch darin niederschlägt, daß die Verfassungen der EU-Mitgliedstaaten mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweisen (Kimmel 1994:50).

Von den verbleibenden fünf Ländern weisen zwei einen Nation-Focus und keinerlei Aussagen zur Style-Dimension auf (Belgien und Portugal). Und zwei Länder zeichnen sich durch Verfassungen aus, die keine Focus-Ausprägungen kennen und der Abgeordnetenrolle eine Trustee-Orientierung zuweisen (Frankreich und Griechenland). Das letzte Land schließlich, Irland, stellt die einzige Abweichung von den ansonsten jeweils variationslosen Ausprägungen der Focus- und Style-Dimension dar: die irische Verfassung benennt als Focus der Repräsentationsrolle den Wahlkreis. In Analogie zu den widerstreitenden Konzepten der beiden Wahlkreiskontrahenten Edmund Burke und Henry Cruger wies die irische Verfassung idealerweise eine Delegate-Orientierung der Style-Dimension auf. Dieses ist zwar nicht der Fall, da die irische Verfassung den Abgeordneten-Style offen läßt, doch scheint das Leitbild eines gebundenen Wahlkreisvertreters in der irischen Gesellschaft durchaus von Bedeutung zu sein (vgl. Coakley/Gallagher 1999; Wood/Young 1997). Doch solche Betrachtungen gehen über den geschriebenen Verfassungstext hinaus und sollen deshalb nicht weiter verfolgt werden.

Als ein erstes Zwischenergebnis der Betrachtung der verfassungsrechtlichen Regelungen zur Ausgestaltung der Repräsentationsrolle kann festgehalten werden, daß sich die Verfassungsvorschriften als wenig variationsreich erwiesen haben und nicht mit der deutlich komplexeren Wirklichkeit, wie sie im vorangegangenen Kapitel dargestellt wurde, korrespondieren. Dieses Zwischenergebnis steht in Übereinstimmung mit Befunden des einschlägigen Schrifttums, welches sich der Problematik von normierten Verfassungsvorschriften und konkreter politischer Wirklichkeit beschäftigte und eine ganz erhebliche Diskrepanz konzedieren mußte (z.B. Friedrich 1968:277).

Ist die Variationsbreite der Verfassungsvorschriften zur Repräsentationsrolle auch geringer, so ist damit noch nichts zur inhaltlichen Übereinstimmung von Verfassungsnormen und der empirischen Wirklichkeit gesagt. Können die aufgefundenen verfassungsrechtlichen Kodifizierungen des Rollenverständnisses die Verteilung der Typen in den untersuchten Länder hinreichend erklären? Zur Beantwortung dieser Frage werden im folgenden die Verfassungsvorschriften mit der im dritten Kapitel ermittelten Verteilung der Rollenorientierungen kontrastiert. Exakte statistische Prüfungen scheitern an der geringen Fallzahl und Variationsbreite der Verfassungsregelungen. Aus diesem Grunde wird sich die Prüfung auf einen groben Vergleich der im dritten Kapitel ermittelten Rollenverständnisse mit den Ergebnissen der Sichtung der Verfassungen, wie in Tabelle 4.3 dargestellt, beschränken<sup>50</sup>.

**Tabelle 4.3: Gegenüberstellung von Verfassungsvorschrift und ermittelter Rollenverteilung der Focus-Dimension**

Land	Focus gem. Verfassung	Prozent Nation	Prozent Wahlkreis	häufigster Focus	Prozent häufigster Focus
Belgien	Nation	23	8	Partei	42
Deutschland	Nation	42	24	Nation	42
Frankreich		42	46	Wahlkreis	46
Griechenland		50	31	Nation	50
Irland	Wahlkreis	46	38	Nation	46
Italien	Nation	74	17	Nation	74
Luxemburg	Nation	55	9	Nation	55
Niederlande	Nation	28	n.a.	Partei	65
Portugal	Nation	37	37	Nation/Wahlkreis	37
Schweden	–	10	4	Partei	86
Spanien	Nation	54	13	Nation	54

Anm.: Grau unterlegte Zeilen weisen auf eine Abweichung vom qua Verfassungsregelung normierten Rollen-Focus hin.

Quelle: Eigene Zusammenstellung; European Representation Study

Wie kann eine solcher Vergleich nun vorgenommen werden? Gehen wir davon aus, daß die Verfassungsnormen erhebliche Erklärungskraft für die empirische Wirklichkeit haben,

<sup>50</sup> Der Vergleich bezieht sich auf diejenigen Parlamentarier, deren Rollenverständnis durch eine einzige eindeutige Ausprägung der Repräsentationsrolle charakterisiert ist (dargestellt in Tabelle 3.14).

dann läßt sich vermuten, daß der qua Verfassung präskribierte Rollentypus auch derjenige ist, der in der Realität am häufigsten vorkommt. Betrachten wir die Gegenüberstellung von Norm und Wirklichkeit für den Rollen-Focus, so kann diese Erwartung nur zum Teil bestätigt werden: von den acht Ländern, die eine Verfassungsnorm zum Focus aufweisen, kommt der normierte Typus in vier Fällen auch tatsächlich am häufigsten vor (Deutschland, Italien, Luxemburg und Spanien), in drei weiteren, in der Tabelle grau unterlegten Fällen widerspricht die Verteilung jedoch der Erwartung, denn in Belgien, Irland und den Niederlanden sind es andere dominante Rollenorientierungen, die am häufigsten in der Wirklichkeit anzutreffen sind. Im Falle von Portugal schließlich ist zwar der präskribierte Nation-Vertreter auch der am häufigsten von den Abgeordneten eingenommene Typus, jedoch wird der Wahlkreis-Vertreter mit gleicher Häufigkeit genannt, so daß auch hier die formulierte Verteilungshypothese als nicht eindeutig bestätigt betrachtet werden kann.

Weiterer Aufschluß über die Prägekraft der Verfassungsvorschriften läßt sich aus der Häufigkeit der Rollen-Foci ableiten. In Italien nehmen 74 Prozent und in Luxemburg 55 Prozent der befragten Parlamentarier die von der Verfassung vorgegebenen Repräsentationsrolle ein, während in Belgien mit 23 Prozent und den Niederlanden mit 28 Prozent der Abgeordneten nur ein kleiner Anteil die Verfassungsnorm widerspiegelt. Auch hier kann also nicht auf eine große Erklärungskraft der in der Verfassung kodifizierten Ausprägung des Rollen-Focus geschlossen werden.

In Bezug auf die Style-Dimension stellt sich der Vergleich von Verfassungsnorm und empirischer Wirklichkeit, wie aus Tabelle 4.4 ersichtlich, anders dar. Die einzige in den untersuchten Verfassungen aufgefundene Orientierung der Style-Dimension ist diejenige des Trustee, welche in sechs Ländern angetroffen wurde. Zur Prüfung der Frage, welcher Einfluß bezüglich der Style-Dimension von der Verfassung ausgeht, kann die Erwartung formuliert werden, daß dort, wo der Trustee eine Verfassungsnorm darstellt, auch überdurchschnittlich viele Abgeordnete eine Trustee-Orientierung aufweisen<sup>51</sup>. Die Kontrastierung von Verfassungsnorm und der von uns ermittelten Verteilung scheint diese Erwartung weitestgehend zu bestätigen. So weisen einerseits all diese Länder, mit der Ausnahme Spaniens, eine überdurchschnittliche Häufigkeit des Trustee, die bei 73 Prozent lag, auf. Andererseits zeigen diejenigen Länder ohne eine konkrete Verfassungsvorschrift zur Style-Dimension eine im Falle von Belgien und Portugal

---

<sup>51</sup> Vergleichsmaßstab ist die in Tabelle 3.16 dargestellte Verteilung.

unterdurchschnittliche bzw. im Falle von Irland eine ungefähr durchschnittliche Häufigkeit des Trustee.

Es kann also auf einen Zusammenhang zwischen Verfassungsvorschrift zur Style-Dimension und der empirisch ermittelten Verteilung geschlossen werden, wobei sicherlich in Rechnung gestellt werden muß, daß der Abgeordneten-Style weniger umstritten ist als die Focus-Dimension, denn der Delegate scheint nur in Portugal und Spanien einen gewissen Stellenwert zu haben. In allen anderen Ländern sieht sich eine klare (Belgien, Niederlande) , bzw. überwiegenden Mehrheit der befragten Abgeordneten als freie Mandatäre.

**Tabelle 4.4: Gegenüberstellung von Verfassungsvorschrift und ermittelter Verteilung der Style-Dimension (sortiert nach „Prozent Trustee“)**

Land	Verfassung	Prozent Trustee
Belgien		54
Deutschland	Trustee	96
Frankreich	Trustee	85
Griechenland	Trustee	75
Irland		74
Italien	Trustee	76
Luxemburg	Trustee	74
Niederlande	Trustee	61
Portugal		47
Schweden	–	–
Spanien	Trustee	28

Quelle: Eigene Zusammenstellung; European Representation Study

Abschließend kann für die Untersuchung von Verfassungsbestimmungen als Erklärungsfaktor des Rollenverständnisses folgendes festgehalten werden: Verfassungsregelungen der Repräsentationsrolle haben sich als wenig variationsreich erwiesen; sie umfassen ausschließlich die ideengeschichtlich älteren Repräsentationsmodelle; Leitbild war dabei das Burke'sche Rollenverständnis eines weisungsungebundenen Abgeordneten, der die ganze Nation repräsentiert. Zur Erklärung der empirischen Verteilung des Rollenverständnisses von Abgeordneten in Europa vermögen die Verfassungsbestimmungen nur bedingt beizutragen: während die gemessenen Ausprägungen der Focus-Dimension der Repräsentationsrolle nur zu einem geringen Teil mit den Verfassungsnormen in Übereinstimmung stehen, wies die

Verteilung der Style-Dimension eine größere Kongruenz zu den Bestimmungen der Verfassungen auf. Insgesamt betrachtet ist die Erklärungskraft von Verfassungen für die Verteilung des Rollenverständnisses als gering zu beurteilen. Andere Bestimmungsgründe sind daher als mögliche Erklärungsfaktoren heranzuziehen und zu prüfen, insbesondere für die Focus-Dimension der Repräsentationsrolle, was in den folgenden Abschnitten geschehen wird.

#### **4.1.2. Systemcharakteristika als Determinanten der Repräsentationsrolle**

Nachdem die Ausgangshypothese, daß die Repräsentationsrolle in starkem Maße durch die Verfassung eines Landes bestimmt wäre, zumindest für die Focus-Dimension nicht bestätigt werden konnte, stellte sich die Frage, durch welche anderen Faktoren das Rollenverständnis der Abgeordneten erklärt werden kann. Hier sollen die grundlegenden Merkmale politischer System, wie sie zum Beispiel bei Arend Lijphart konzeptualisiert sind (Lijphart 1984; Lijphart 1999), in folgender Reihenfolge untersucht werden: Wahlsystem, Parteiensystem, Regierungssystem und Intermediäres System.

#### 4.1.2.1. Wahlsystem

Als erster rein institutioneller Erklärungsfaktor soll daß Wahlsystem im Hinblick auf seine Auswirkung auf die Repräsentationsrolle und deren Verteilung in den untersuchten Ländern analysiert werden. Die Untersuchung wird mit dem Wahlsystem beginnen, weil zum einen davon ausgegangen werden kann, daß das Wahlsystem von konstitutiver Bedeutung für das gesamte politische System ist (vgl. Sartori 1994:27), und zum anderen angenommen wird, daß es dasjenige Systemmerkmal ist, welches eine große Erklärungskraft für die Einnahme bestimmter Rollenorientierungen hat (vgl. Weßels 1999b). Die theoretische Begründung für diese These wird plausibel, wenn wir uns daran erinnern, daß politische Repräsentation das Verhältnis von Abgeordneten und Bürgern konzeptualisiert, somit die Bedeutsamkeit des Wahlsystems für dieses Verhältnis evident erscheint. Es strukturiert in mehrfacher Weise das Verhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten: einerseits gelangen Abgeordnete durch Wahlen an ihr Mandat, was den Gedanken nahelegt, daß Variationen auf der Ebene des Wahlsystems einen Auswirkungen auf die Einnahme einer, bzw. die Nicht-Einnahme anderer Rollenorientierungen haben könnten. Dieses wird noch deutlicher werden, wenn wir konkrete Hypothesen zur Bestimmung des Einflusses des Wahlsystems bilden. Andererseits wirkt der Wahlmechanismus in zwei Richtungen. Nicht nur wählen die Bürger ‚ihre‘ Abgeordneten, auch vertreten Abgeordnete ‚ihre‘ Wähler im Parlament, Repräsentation muß verstanden werden als *„an acting for others, an activity in behalf of, in the interest of ... someone else“* (Pitkin 1967:113). Insofern kann angenommen werden, daß die Mechanismen des Wahlsystems einen Einfluß darauf haben, *wen* Abgeordnete repräsentieren (den Rollen-Focus), vielleicht aber auch darauf wie Abgeordnete repräsentieren (den Rollen-Style). Bevor der Effekt des Wahlsystems empirisch getestet wird, ist einerseits auszuführen, was wir unter ‚Wahlsystem‘ verstehen und wie das Wahlsystem operationalisiert und gemessen werden kann; andererseits sind Hypothesen zu spezifizieren, die die Richtung und Stärke des Einflusses des Wahlsystems angeben.

#### Das Wahlsystem und seine Konzeptualisierung

Was macht nun, dem Wesen nach, die grundlegende Eigenschaft des Wahlsystems aus? Es transferiert Wählerstimmen in Parlamentssitze (Blais/Massicotte 1996:49). Dieser Prozeß weist unterschiedliche Merkmale auf. Zum einen kann eine mehr oder weniger starke personale Komponente festgestellt werden: die Bürger wählen (und evaluieren damit) direkt Kandidaten in einem geographisch überschaubarem Stimmkreis, was idealerweise einem Mehrheitswahlrecht in Einer-Wahlkreisen entspricht, bzw. die Wähler

stimmen für Parteilisten, die in der Regel größeren territorialen Einheiten zugeordnet werden, was in extremer Ausprägung in einer einzigen Liste für die ganze Nation resultiert. Zum anderen kann die Exaktheit der Umsetzung von Wählerstimmen in Parlamentssitze sehr stark variieren. Das Wahlsystem kann versuchen, möglichst genau alle Stimmen gleichermaßen bei der Transferierung in Parlamentssitze zu berücksichtigen, wie es das Bestreben von proportionalen Listen-Wahlsystemen ist. Oder aber es kann bestrebt sein, möglichst klare Mehrheiten zu schaffen, wie sie üblicherweise aus Mehrheitswahlsystemen resultieren, was im Extremfall dazu führen kann, daß eine Minderheit an Stimmen, auf der Ebene des Gesamtsystems, zu einer Mehrheit an Parlamentssitzen führt. Lijphart spricht hier von ‚*manufactured majorities*‘, die durchaus keine Seltenheit für Länder wie Großbritannien sind (Lijphart 1999:15).

Beide genannten Komponenten stehen in einem engen Zusammenhang (Lijphart 1999:150). Sowohl die personale Komponente, die gemessen werden kann als Anzahl der Parlamentarier, die in einem Wahlkreis gewählt werden (auch ‚*District Magnitude*‘ genannt) wie auch der Grad der Exaktheit, mit dem Wählerstimmen in Parlamentssitze transferiert werden (in der Literatur häufig als ‚Disproportionalität‘ bezeichnet), können zurückgeführt werden auf die Wahlregularien (vgl. Nohlen 1989:97ff). In idealtypischer Ausprägung fallen eine starke personale Komponente mit einer großen Disproportionalität (‚*first past the post*‘ in Einer-Wahlkreisen) und eine geringe Disproportionalität mit einer Listenwahl (ohne erschwerende qualifizierende Merkmale wie Sperrklauseln, Mandatshürden oder extrem kleiner Wahlkreischnitt) zusammen. Zwischen diesen extremen Ausprägungen steht ein ganzes Universum an unterschiedlichen Ausgestaltungen des Wahlsystems mit zum Teil recht komplexen Detailregelungen. Für die komparative Analyse gilt es nun, für alle untersuchten Länder eine für unsere Fragestellung geeignete Operationalisierung und Messung zu finden.

Zur Analyse des Effektes des Wahlsystems auf die Verteilung der Repräsentationsrolle in elf europäischen Ländern wurde als unabhängige, daß Wahlsystem charakterisierende Variable die ‚Disproportionalität‘ von Wahlsystemen ausgewählt. Zum einen spricht die einfachere und damit besser vergleichbare Messung der Disproportionalität gegenüber der *District Magnitude* für diesen Indikator<sup>52</sup>, zum anderen ist in der Wahlsystemforschung seit langem bekannt, daß es einen deutlichen Zusammenhang zwischen

---

<sup>52</sup> In einigen Ländern, insbesondere Spanien und Frankreich, ist die Messung der *District Magnitude* aufgrund eines stark schwankenden Wahlkreischnittes problematisch (vgl. Cox 1997; Nohlen 1989:216).

Disproportionalität und *District Magnitude* gibt (Nohlen 2000:84). Zudem existieren hinreichend Belege für die Bedeutung der Disproportionalität für das Wahlsystem insgesamt (z.B. Lijphart 1999). Auch konnten Effekte der Disproportionalität auf Prozesse politischer Repräsentation nachgewiesen werden (Weßels 1999b). Substantiell kann die Proportionalität, bzw. Disproportionalität, mit der eine Polity Wählerstimmen in Parlamentssitze umwandelt, als guter Indikator dafür gesehen werden, in welchem Ausmaß es sich um ein konsensual oder majoritäres politisches System handelt. Dieses Konzept demokratischer politischer Systeme (Lijphart 1999) soll im weiteren Verlauf für die Analysen dieser Arbeit noch fruchtbar gemacht werden.

#### Hypothesen zum Einfluß des Wahlsystems auf die Repräsentationsrolle

Die Hypothesen zur Typenverteilung dürfen dabei natürlich erstens nicht deterministisch, sondern müssen vielmehr probabilistisch verstanden werden. Und zweitens muß betont werden, daß es sich um Hypothesen für das Gesamtsystem handelt, die damit nur für die Aggregatebene Geltung beanspruchen können, nicht jedoch zu einer zwangsläufigen Determinierung des Verhaltens einzelner Individuen benutzen werden dürfen. Ein Systemmerkmal führt also nicht zwangsläufig zur Einnahme eines bestimmten Rollenverständnisses, sondern es schafft die Voraussetzungen, welche die Einnahme einer konkreten Repräsentationsrolle befördern, bzw. die Ablehnung der anderen Ausprägungen erleichtern. Nur auf der Ebene der Gesamtverteilung aller Ausprägungen der Repräsentationsrolle kann der Effekt der Systemmerkmale festgestellt werden.

Im Hinblick auf den Effekt des Wahlsystems auf die Ausprägungen der Repräsentationsrolle können nun wie folgt forschungsleitende Hypothesen generiert werden:

##### *Hypothese zum Partei-Vertreter:*

*Je proportionaler ein politisches System ist, desto größer wird die Anzahl der Abgeordneten sein, deren Rollen-Focus auf der Partei liegt.*

Diese Hypothese läßt sich aus der Bedeutung der Stellung von Parteien in unterschiedlichen Wahlsystemen begründen. Proportionale Wahlsysteme, welche sich durch eine möglichst exakte und ‚verlustfreie‘ Transferierung von Wählerstimmen in Parlamentssitze auszeichnen, führen zu einem starken Gewicht der Parteien im Prozeß politischer Repräsentation mit einer erheblichen Auswirkung auf die Rekrutierung der Abgeordneten und die Personalisierung des Verhältnisses von Repräsentanten und Repräsentierten, und, damit einhergehend, zu einer geringeren Bedeutung anderer Ausprägungen der Repräsentationsrolle.

Nicht nur gelangen mehr und kleinere Parteien ins Parlament, auch auf die Stellung der großen Parteien hat die Proportionalität eine Auswirkung. Zum einen kann hier die Präferenzierung des Partei-Focus aus utilitaristischen Argumenten begründet werden: in proportionalen Wahlsystemen verdanken mehr Abgeordnete ihr Mandat der Partei und weniger dem Wahlkreis, daher fühlen sie sich auch eher der Partei verpflichtet als dem Wahlkreis, der ganzen Nation oder einer besonderen Interessengruppe. Für Abgeordnete kleinerer Parteien ist ein proportionales Wahlsystem gar Grundvoraussetzung zum Mandatserwerb, da sie bei größerer Disproportionalität wohl kaum ins Parlament gelangten. Zum anderen entsteht aus dem Mandatserwerb durch die Parteien nicht nur eine bewußte willentliche Affinität zur Repräsentation der Partei, sondern es werden auch Erwartungen auf der Seite der Wähler wie der Partei generiert, daß der Abgeordneten in erster Linie seine Partei vertritt. Das Wiederwahl-Argument: wenn der Abgeordnete sich nicht entsprechend der an ihn gerichteten Rollenerwartungen verhält, wird er um eine erneute Aufstellung als Kandidat fürchten müssen, ist hier eine zwar sehr plastische, doch wohl zutreffende Verdeutlichung der Prägekraft der Rolle auf den Abgeordneten. Zudem darf auch angenommen werden, daß durch die Stellung der Parteien, die in proportionalen und disproportionalen Systemen je unterschiedlich ist, die Stellung im parlamentarischen Arbeitsprozesses eine andere ist. In stark proportionalen Systemen werden die Arbeits- und damit Einflußmöglichkeiten des Abgeordneten stärker über die Partei vermittelt. Dem entsprechend läßt sich erwarten, daß auch das Selbstverständnis der Parlamentarier in stärkerem Maße an die Partei geknüpft ist als in disproportionalen Systemen.

Zur Verteilung der Repräsentationsrolle läßt sich eine Auswirkung des Wahlsystems analog für den Wahlkreis-Vertreter formulieren:

*Hypothese zum Wahlkreis-Vertreter:*

*Je disproportionaler ein politisches System ist, desto größer wird die Anzahl der Abgeordneten sein, deren Focus auf dem Wahlkreis liegt.*

Mit steigender Disproportionalität sinkt der determinierende Einfluß der Partei im Vergleich zum Wahlkreis. Dieser gewinnt an Bedeutung für den Prozeß politischer Repräsentation, was sich auch im Rollenverständnis der Abgeordneten niederschlägt. In pluralen und majoritären Wahlsystemen ist der Bezugspunkt des Abgeordneten für die Mandatserlangung und Mandatsausübung in starkem Maße der Wahlkreis. Dies steht natürlich in Abhängigkeit zur Anzahl der Parlamentssitze je Wahlkreis, was jedoch aufgrund des oben dargestellten Zusammenhanges in die Disproportionalität einfließt (je mehr Sitze in einem Wahlkreis vergeben werden, desto geringer ist die Disproportionalität). Die mit einem stark disproportionalen Wahlsystem einhergehende

Personalisierung des Verhältnisses von Abgeordneten und Bürgern ist ebenso geeignet, eine Betonung des Wahlkreis-Focus zu bewirken. Dieses wird dann besonders deutlich, wenn wir uns ein extrem disproportionalen Wahlsystem vorstellen, in dem folglich der Wettbewerb um das Abgeordnetenmandat auf die zwei stärksten Parteien zugeschnitten ist. Hier tritt die Person des Mandatsbewerbers stärker in den Vordergrund, als es etwa in einem stark proportionalen Listenwahlsystem der Fall wäre, was wiederum zu einer durch die Wahlkreisbevölkerung generierten Erwartungshaltung an den Abgeordneten führte, den Wahlkreis als Repräsentations-Focus vorzuziehen.

Da nun zwei Hypothesen zur Verteilung der Typen formuliert wurden, stellt sich die Frage, welche Auswirkung das Wahlsystem auf die verbleibenden beiden Ausprägungen der eindeutigen dominanten Repräsentationsrolle sowie die multiplen Rollen-Foci hat. Wird der Parteeffekt auf Rekrutierung und Personalisierung durch eine hohe Disproportionalität geringer, so kann vermutet werden, daß die Chancen der Abgeordneten, sich als Vertreter der ganzen Nation zu begreifen, größer werden, dementsprechend also in stärker disproportionalen System auch mehr Nation-Vertreter erwartet werden könnten. Es kann also von der gleichen positiven Richtung des Einflusses des Wahlsystems auf Wahlkreis-Vertreter und Nation-Vertreter ausgegangen werden. Diese beiden Typen vergleichend, kann hier vermutet werden, daß der Effekt des Wahlsystems auf den Wahlkreis-Vertreter größer ist als auf den Nation-Vertreter, weil der Wahlkreis gegenüber der gesamten Nation der speziellere Bezugspunkt der Repräsentationsrolle ist, der durch den postulierten Wirkungszusammenhang von Rekrutierung und Personalisierung besser erklärt werden kann.

*Hypothese zum Nation-Vertreter:*

*Je disproportionaler ein politisches System ist, desto größer wird die Anzahl der Abgeordneten sein, deren Focus auf der ganzen Nation liegt.*

Sind auf der anderen Seite die Rollenerwartungen zur Repräsentation des Wahlkreises durch einen hohen Grad an Proportionalität geringer, dann kann dieses in stärkerem Maße zur Repräsentation bestimmter gesellschaftlicher Interessen beitragen, die ja, wie wir oben gesehen haben, zum Teil sehr große Übereinstimmungen mit dem Wählergruppenprofil bestimmter Parteien aufweisen. Auch hier soll, analog zum Verhältnis des Einflusses des Wahlsystems auf Wahlkreis-Vertreter und Nation-Vertreter, von einem stärkeren Effekt auf den Partei-Vertreter als auf den Interessengruppen-Vertreter ausgegangen werden.

*Hypothese zum Interessengruppen-Vertreter:*

*Je proportionaler ein politisches System ist, desto größer wird die Anzahl der Abgeordneten sein, deren Rollen-Focus auf einer Interessengruppe liegt.*

Nach der Spezifikation der Erwartungshaltungen zum Einfluß des Wahlsystems auf die eindeutige dominante Rollenorientierung der Abgeordneten stellt sich jetzt die Frage nach der Auswirkung dieses Systemmerkmals auf diejenigen Repräsentationsrollen, die aus mehreren Foci zusammengesetzt sind. Die Formulierung von Hypothesen zu den multiplen Rollen-Foci, die wir im vorangegangenen Kapitel in Form von Zweifach- und Dreifachkombinationen konzeptualisiert haben, kann analog zu den oben formulierten Erwartungen erfolgen. Es werden die gleichen Wirkungsmechanismen postuliert, wobei, je nach Kombination, eine Verstärkung oder Abschwächung der für das eindeutige Rollenverständnis gefundenen Effekte erwartet werden kann. Von den sechs theoretisch möglichen Kombinationen können drei auch tatsächlich untersucht werden. Alle Kombinationen des Interessengruppen-Focus stehen aufgrund der nicht ausreichenden Fallzahlen nicht für die empirische Analyse zur Verfügung<sup>53</sup>. Für die verbleibenden, durch zwei gleichermaßen präferierte Rollen-Foci beschriebene Rollenverständnisse können wie folgt Hypothesen zur Verteilung in den untersuchten elf Ländern formuliert werden:

Auf die Häufigkeit des Nation-Wahlkreis-Vertreter müßte die Disproportionalität des Wahlsystems einen stark positiven Effekt haben, da sowohl die Hypothese zum Nation-Vertreter als auch die Hypothese zum Wahlkreis-Vertreter von einem solchen Zusammenhang ausgehen. Schwieriger wird die Hypothesenbildung bei denjenigen Kombinationen, die aus Foci bestehen, von denen ein gegensätzlicher Effekt angenommen wird (Nation-Partei und Wahlkreis-Partei). Denkbar sind hier zwei Alternativen: Erstens kann eine Indifferenz- oder Null-Hypothese formuliert werden, die postuliert, daß sich die beiden diametralen Effekt gegenseitig aufheben. Diese These würde davon ausgehen, daß beide Elemente dieser kombinierten Foci gleichberechtigt und gleichgewichtig sind. Und zweitens kann, die Gleichgewichtigkeit beider Elemente widerstreitend, angenommen werden, daß das eine Element das andere überwiegt, was freilich der theoretischen Begründung bedarf. Rufen wir uns noch einmal die Begründungszusammenhänge in Erinnerung, die zur Generierung der Hypothesen

---

<sup>53</sup> Wie im dritten Kapitel dargestellt, entfallen auf die Kombination Nation-Interessengruppe 20, auf die Kombination Partei-Interessengruppe 26 und auf die Kombination Wahlkreis-Gruppe 16 Abgeordnete, was für eine ländervergleichende Analyse keinesfalls ausreichend ist.

dargestellt wurden, dann war ein zentrales Argument, daß proportionale Systeme durch die Auswirkung auf spezifische Rekrutierungs- und Personalisierungsmuster in starkem Maße die Parteiorientierung befördern, was ex negativum zu der Annahme führte, daß in disproportionaleren Systemen die Bedeutung von Wahlkreis und Nation als Bezugspunkte der Abgeordneten, wen sie repräsentieren, zunähmen. Auf Grundlage dieses Argumentes können wir für die verbleibenden multiplen Rollenverständnisse die Erwartung formulieren, daß sich die entgegengesetzten Effekt nicht vollständig aufheben, sondern die Parteiorientierung als stärkere Komponente des Rollenverständnisses den Ausschlag für einen negativen Zusammenhang geben sollte. Die Begründung dafür ist darin zu sehen, daß der Partei-Focus gegenüber dem Nation- und Wahlkreis-Focus einen spezifischeren Bezugspunkt bildet. Partei ist für den Abgeordneten ungleich konkreter als Nation, was unmittelbar plausibel ist, da ‚alle Menschen‘ eines Landes niemals, immer verglichen mit der Partei, so unmittelbar spezifische Erwartungen an die Position des Parlamentariers richten können. Aber auch gegenüber dem Wahlkreis ist die Partei der konkretere Bezugspunkt, da man davon ausgehen muß, daß der Wahlkreis ungleich heterogener ist als die Partei des Mandatsbewerbers, und außerdem kaum so spezifische Erwartungen an einen Abgeordneten richten kann. Es wird also davon auszugehen sein, daß bei den zwei Focus-Kombinationen Nation-Partei und Wahlkreis-Partei die Partei-Orientierung den Ausschlag gibt und somit ein (leicht) negativer Effekt zwischen der Disproportionalität des Wahlsystems und dem Anteil an Parlamentariern, die einen dieser beiden Foci einnehmen, besteht. Dabei darf dieser Zusammenhang von Disproportionalität und Verteilung der Foci Nation-Partei und Wahlkreis-Partei, soll die zuvor postulierte Struktur nicht in Zweifel gezogen werden, keineswegs stärker, und sollte idealerweise deutlich schwächer sein als derjenige auf den Partei-Vertreter.

Letztlich bliebe noch die Frage nach dem Zusammenhang des Wahlsystems auf multiple Ausprägungen der Focus-Dimension mit mehr als zwei Elementen sowie auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle zu klären. Von dem aus drei Elementen bestehenden Rollen-Focus wird keine systematische Erklärung durch das Wahlsystem, aber auch durch andere Systemmerkmale erwartet. Dieser Typus der Repräsentationsrolle kann als Kontrollgruppe verstanden werden, die diejenigen Abgeordneten mit einem sehr unspezifischen Verständnis ihrer Rollen-Focus umfaßt. Eine derart unspezifischer Focus dürfte sich nicht durch Systemcharakteristika erklären lassen, sollen nicht die postulierten Wirkungszusammenhänge als zufällig und beliebig gelten könnten.

Die gleiche Indifferenz-Hypothese soll für die Style-Dimension formuliert werden. Zum einen kann davon ausgegangen werden, daß die Art und Weise, wie Abgeordnete ihr Mandat ausüben, in starkem Maße durch die Staatsverfassung eines Landes als eher durch

die politische Kultur geprägter Faktor bereits erklärt worden ist. Und zum anderen ist nicht ersichtlich, wie die entwickelten Wirkungszusammenhängen, die formelhaft durch die Rekrutierungs-, Personalisierungs- und Professionalisierungsthese verdichtet werden können, die Art und Weise der Mandatsausübung beeinflussen könnten.

#### Die Messung der Disproportionalität als Indikator für das Wahlsystem

Die Messung der Disproportionalität, die einen Vergleich von Stimmprozenten mit den Sitzprozenten durchführt, muß sich mit dem folgenreichen Problem der Aggregation aller Parteien eines Landes zu einem das Gesamtsystem adäquat beschreibenden Wert beschäftigen. Die einfachste Form dieser Aggregation, die Aufsummierung aller absoluten Distanzen, die als Loosemore-Hanby-Index Eingang in die Forschung gefunden hat, ist unbefriedigend, weil sie nicht zwischen wenigen großen und bedeutsamen und vielen kleinen und unwichtigeren Distanzen unterscheidet. Der Rae-Index versucht, dieses Problem durch die Bildung des Durchschnitts der absoluten aufsummierten Distanzen zu beseitigen. Beide Indizes werden nach Lijphart (1999:157f) den Anforderungen einer adäquaten Messung nicht gerecht: während der Loosemore-Hanby-Index dazu neigt, die Proportionalität zu unterschätzen, tendiert der Rae-Index zu einer Überschätzung der Proportionalität. Deshalb hat sich in der Forschung der von Michael Gallagher eingeführte Index etabliert, der die Distanzen mit ihrem eigenen Wert gewichtet<sup>54</sup>. Auch hier soll daher der Gallagher-Index angewendet werden. Dieser wurde gebildet für die Wahl, aus der das jeweils befragte Parlament hervorgegangen ist<sup>55</sup>.

Für die untersuchten elf Länder variiert die Werte des Gallagher-Index zwischen 1,4 für Schweden und 23,6 für Frankreich<sup>56</sup>. Da der Wert für Frankreich extrem aus der Verteilung der anderen Länder herausfällt (Griechenland hat als Land mit der

---

<sup>54</sup> Die absoluten Differenzen zwischen Stimmprozenten und Sitzprozenten werden quadriert, addiert und durch 2 geteilt. Die Quadratwurzel dieses Wertes ergibt dann den Gallagher-Index.

<sup>55</sup> Für die untersuchten elf Länder waren das folgende Parlamentswahlen: Belgien: 21.05.1995, Deutschland: 16.10.1994, Frankreich: 21.03.1993, Griechenland: 10.10.1993, Irland: 25.11.1992, Italien: 21.04.1996, Luxemburg: 12.06.1994, Niederlande: 03.05.1994, Portugal: 01.10.1995, Schweden: 18.09.1994 und Spanien: 03.03.1996.

<sup>56</sup> Der besseren Nachvollziehbarkeit halber seien hier die unlogarithmierten Werte für alle Länder wiedergeben: Belgien: 3,16; Deutschland: 2,49; Frankreich: 23,63; Griechenland: 7,60; Irland: 3,46; Italien: 6,04; Luxemburg: 5,31; Niederlande: 1,62; Portugal: 4,60; Schweden: 1,42; Spanien: 5,77.

zweithöchsten Disproportionalität einen Wert von 7,6), wurden die Daten für die Analyse logarithmiert.

#### Die Analyse des Zusammenhanges von Wahlsystem und Repräsentationsrolle

Der Effekt der Disproportionalität (und aller in den folgenden Abschnitten noch zu analysierenden Systemmerkmale) auf die Verteilung der Repräsentationsrolle soll zweifach untersucht werden: zum einen wird ein einfaches bivariates OLS-Regressionsmodell<sup>57</sup> gerechnet werden, und zum anderen soll die Verteilung graphisch auf ihre Plausibilität überprüft werden. Angesichts der geringen Fallzahl von nur elf Ländern sollen dabei die Schätzwerte, vor allem aber die Signifikanzen der Effekte, nicht überbewertet und ein Hauptaugenmerk auf die Verteilungs-Plots gelegt werden. Im folgenden sollen nun die Verteilungen in der Abfolge der formulierten Hypothesen graphisch dargestellt und diskutiert werden. Dabei wird sich die Darstellung auf die eindeutigen dominanten Rollenverständnisse, also die nur aus einem Element bestehenden Ausprägungen der Repräsentationsrolle, beschränken. Die anderen Schaubilder werden im Anhang präsentiert, um dem Leser eine graphische Überprüfbarkeit der Zusammenhänge ermöglichen zu können.

Betrachten wir die in Schaubild 4.2 dargestellte Verteilung der Länder<sup>58</sup>, so scheint die erste von uns formulierte Hypothese Bestätigung zu finden. Das *Mapping* der Länder auf der Grundlage der Disproportionalität ihres Wahlsystems und der Verteilung des Partei-Focus zeigt, daß mit steigender Disproportionalität die Anzahl derjenigen Parlamentarier, deren Rollenverständnis demjenigen des Partei-Vertreters entspricht, stark zunimmt. Oder, anders formuliert, je proportionaler das Wahlsystem, um so häufiger finden wir den Typus des Partei-Vertreters.

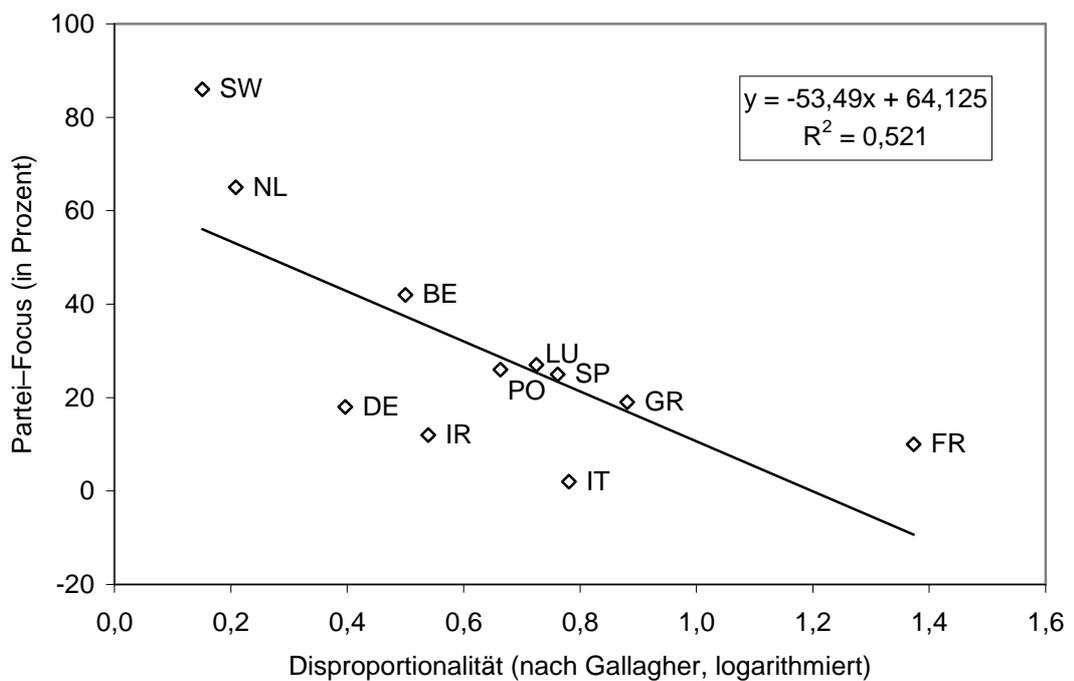
---

<sup>57</sup> Da es sich hier um einen Vergleich von Aggregat- und Individualdaten handelt, wären auch andere Prüfverfahren anwendbar. In letzter Zeit erfreut sich die sogenannte Mehrebenenanalyse größerer Verbreitung (vgl. z.B. Snijders/Bosker 1999), die mit dem Anspruch entwickelt wurde, Zusammenhänge zwischen solchen Ebenen besser modellieren zu können. Letztlich divergieren die gemessenen Effekte der Mehrebenenanalyse und der seit langem etablierten „*Ordinary Least Squares*“-Methode nur marginal (Engel 1998).

<sup>58</sup> Folgende Länderkürzel werden in den Schaubildern Verwendung finden: BE (Belgien), DE (Deutschland), FR (Frankreich), GR (Griechenland), IR (Irland), IT (Italien) LU (Luxemburg), NL (Niederlande), PO (Portugal), SP (Spanien), SW (Schweden).

Allein Schweden weist eine recht große Abweichung von der Regressions-schätzung auf, was sicherlich angesichts des sehr hohen Anteils des Partei-Vertreters unter schwedischen Abgeordneten nicht weiter überrascht. Der bivariate Zusammenhang ist überaus hoch (Pearsons  $R = -.72$ ). Schätzen wir die Regressionsgleichung mit den unlogarithmierten Werten des Gallagher-Index, was die substantielle Interpretation der Schätzparameter erleichtert<sup>59</sup>, so verdeutlicht der Regressionskoeffizient ( $B=-1,9$ ) die Größenordnung des Zusammenhanges: eine um ein Prozent größere Disproportionalität führte also zu einer Verringerung des Anteils an Partei-Vertretern um fast zwei Prozentpunkten. Das Wahlsystem hat also eine ganze erhebliche Auswirkung auf den Partei-Focus.

**Schaubild 4.2: Wahlsystem und Repräsentationsrolle – ‚Partei-Vertreter‘**

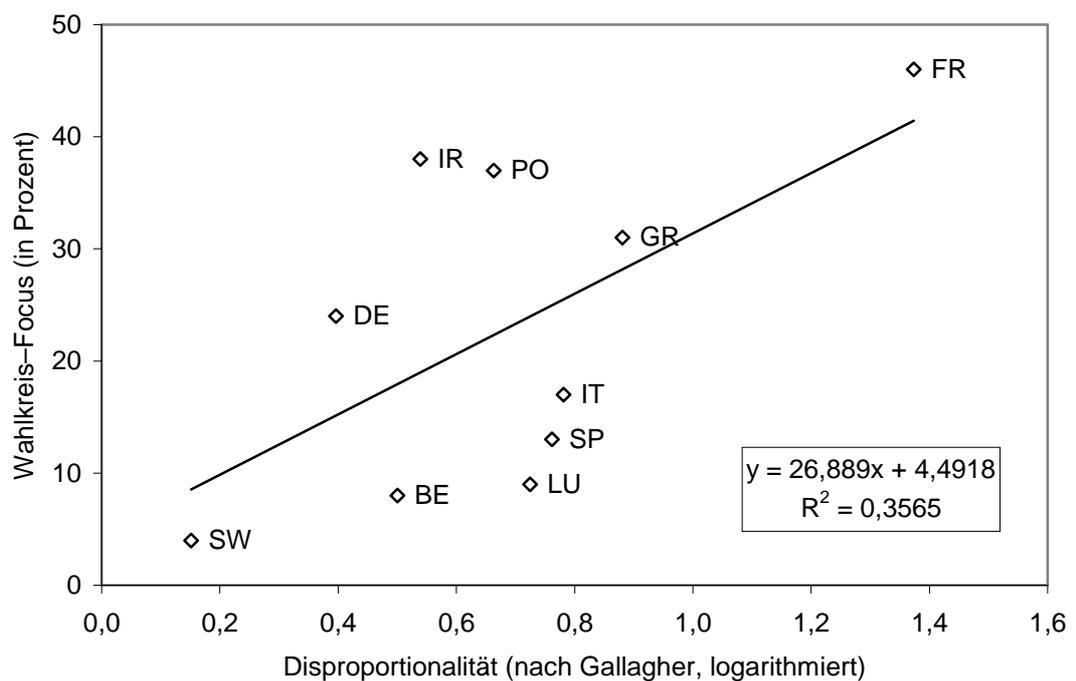


Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

<sup>59</sup> Der Regressionskoeffizient basiert auf den logarithmierten Werten und lässt sich deshalb nur schwer in sinnvollen und nachvollziehbaren Einheiten interpretieren. Das gilt natürlich nicht für den Vergleich der auf den logarithmierten Werten basierenden Koeffizienten untereinander.

Auch die zweite Hypothese zur Verteilung des Wahlkreis-Vertreters kann als bestätigt gelten: in Schaubild 4.3 wird deutlich, daß mit zunehmender Disproportionalität auch der Anteil an Abgeordneten, deren Rollenverständnis als dasjenige eines Wahlkreis-Vertreters identifiziert wurde, ansteigt.

**Schaubild 4.3: Wahlsystem und Repräsentationsrolle – ‚Wahlkreis-Vertreter‘**



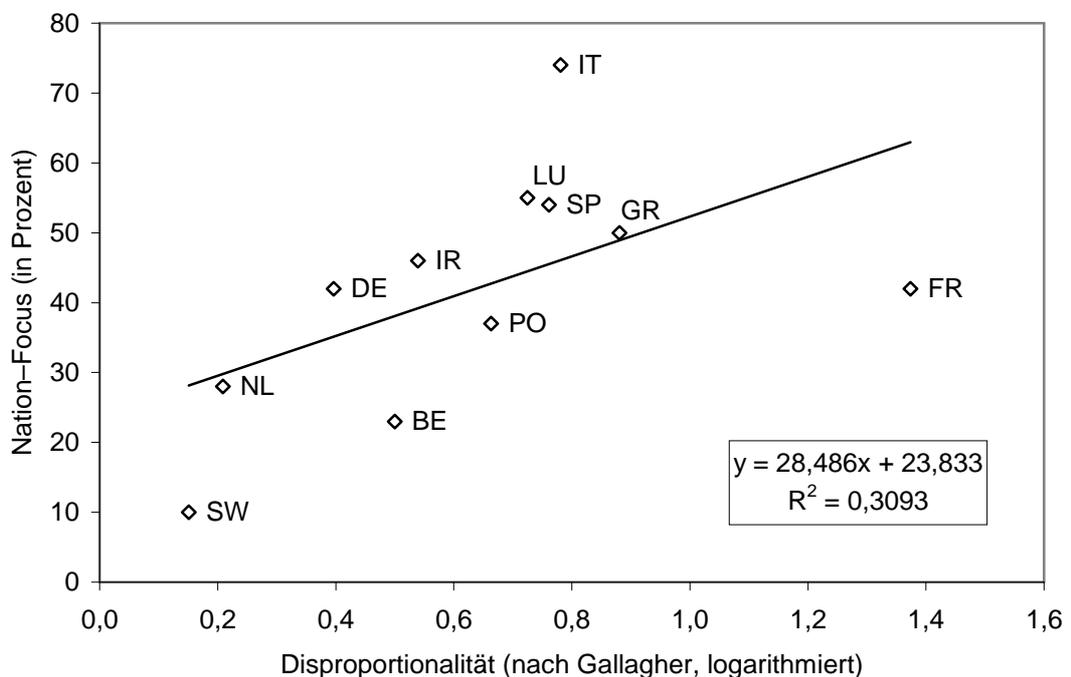
Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Der Zusammenhang weist also die vermutete Richtung auf, ist jedoch mit .67 (Pearsons R) etwas geringer als der zuvor betrachtete Effekt des Wahlsystems auf den Partei-Vertreter. Das Schaubild relativiert den Zusammenhang dahingehend, daß eine starke Streuung der Residuen um die Regressionslinie festgestellt werden kann. Der Effekt der Disproportionalität auf den Anteil an Wahlkreis-Vertretern ( $B=26,9$ ) ist zwar in etwa nur halb so groß wie der Effekt auf den Anteil an Partei-Vertretern ( $B=-53,5$ ), doch

kann immer noch von einem beachtlichen Zusammenhang des Wahlsystems auf die Ausprägung des Wahlkreis-Focus der Repräsentationsrolle ausgegangen werden<sup>60</sup>.

In einer dritten Hypothese wurde die Vermutung formuliert, daß es einen positiven Zusammenhang gibt zwischen der Disproportionalität des Wahlsystem und dem Anteil derjenigen Parlamentarier, die sich als Vertreter der ganzen Nation verstehen. Die Kreuzklassifikation dieser beiden Variablen zeigt Schaubild 4.4:

**Schaubild 4.4: Wahlsystem und Repräsentationsrolle – ‚Vertreter der ganzen Nation‘**



Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

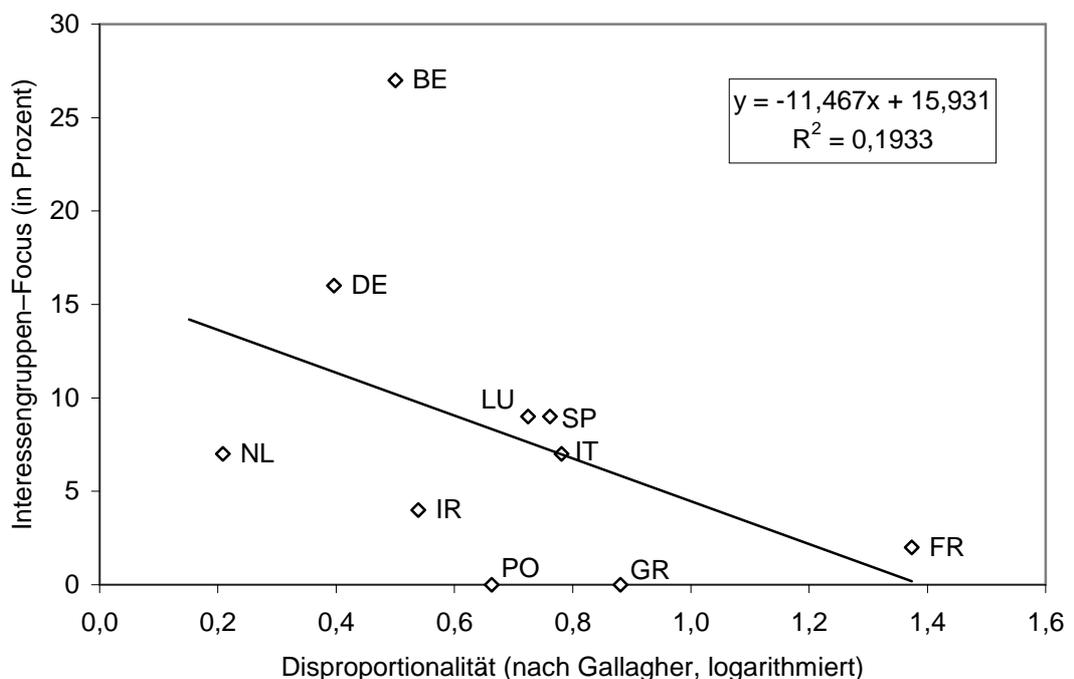
Auch diese Hypothese kann durch den Verteilungs-Plot wie auch die Schätzparameter bestätigt werden. Der bivariate Zusammenhang weist die erwartete Richtung auf, ist aber mit .56 (Pearsons R) etwas schwächer als derjenige zwischen Disproportionalität und

<sup>60</sup> Ein Schätzung des Regressionskoeffizienten für den unlogarithmierten Gallagher-Index ( $b = 1,4$ ) kann den substantiellen Effekt illustrieren: eine Vergrößerung der Disproportionalität eines Wahlsystem um ein Prozent würde zu einem um ungefähr eineinhalb Prozentpunkten höheren Anteil an Wahlkreis-Vertretern führen.

dem Anteil an Wahlkreis-Vertretern. Die Streuung um die Regressionsgerade fällt hier etwas geringer aus, wobei hier Italien und Frankreich noch am stärksten von der Prädiktion abweichen. Der geschätzte Effekt ( $B=28,5$ ) ist nur geringfügig größer als der Effekt auf den Wahlkreis-Vertreter, was den Schluß nahelegt, daß das Wahlsystem in Gestalt der Disproportionalität von Wählerstimmen und Parlamentssitzen in vergleichbarer Weise zu einer Präferenzierung von Nation- und Wahlkreis-Focus bewirkt.

Als vierte Hypothese wurde formuliert, daß eine Verringerung der Disproportionalität eines Wahlsystems eine Vergrößerung des Anteils der Interessengruppen-Vertreter haben könnte, was durch Schaubild 4.5 bestätigt werden kann.

**Schaubild 4.5: Wahlsystem und Repräsentationsrolle – ‚Interessengruppen-Vertreter‘**



Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Drei Länder weichen hier ganz erheblich von der Prädiktion ab. Die Regressionsgleichung würde die Werte für Belgien stark unterschätzen und für Griechenland und Portugal stark überschätzen. Pearsons R ist zwar mit  $-0,44$  immer noch recht hoch, muß jedoch aufgrund der graphischen Verteilung relativiert werden. Auf die Verteilung des Interessengruppen-Vertreter hat das Wahlsystem zwar einen Einfluß, was auch der Regressionskoeffizient von  $-11,5$  belegt, doch ist der Effekt wesentlich geringer

als alle anderen, bislang ermittelten Zusammenhänge. Somit muß von einer vergleichsweise moderaten Auswirkung des Wahlsystems auf die Ausprägung des Interessengruppen-Vertreter der Repräsentationsrolle ausgegangen werden.

Für alle vier Ausprägungen des eindeutigen dominanten Rollenverständnisses konnte also eine Auswirkung des Wahlsystems in Gestalt der Disproportionalität nachgewiesen werden, wobei der Effekt auf den Partei-Vertreter und den Interessengruppen-Vertreter negativ war (eine größere Disproportionalität führte zu weniger Partei- und Interessen-Vertretern), während auf den Wahlkreis-Vertreter und Nation-Vertreter ein positiver Effekt gemessen werden konnte (eine größere Disproportionalität führte zu einem geringeren Anteil an Wahlkreis- und Nation-Vertretern).

Auch die Regressionsschätzungen für die multiplen Rollenverständnisse können, wie aus Tabelle 4.5 ersichtlich, die Hypothesen weitgehend bestätigen: Der bivariate Zusammenhang von Disproportionalität und Nation-Wahlkreis-Focus hat die erwartete Richtung und ist mit .81 enorm stark. Der Effekt auf die Verteilung der Focus-Kombinationen Nation-Partei ( $R=-.52$ ) und Wahlkreis-Partei ( $R=-.38$ ) ist, konform zur formulierten Hypothese, negativ. Überraschend ist die Höhe der beiden letztgenannten Zusammenhänge, die zwar erheblich geringer sind als der Zusammenhang der Disproportionalität auf den ‚reinen‘ Partei-Vertreter (hier war  $R = -.72$ ), doch immer noch so stark sind, daß der Eindruck gewonnen werden kann, daß in diesen multiplen Rollenverständnissen die Partei-Komponente deutlich überwiegt. Auffällig ist, daß die geschätzten Effekte der aus zwei Foci bestehenden Rollenverbindungen, die sich zwischen  $-7,4$  und  $10,6$  bewegen, ausnahmslos deutlich schwächer sind als diejenigen der eindeutigen dominanten Repräsentationsrolle. Die Erklärungskraft des Wahlsystems für die ‚reinen‘ Typen ist also wesentlich höher als für die zusammengesetzten Rollenverständnisse.

Verbliebe noch die Auswirkung des Wahlsystems auf diejenigen multiplen Rollenverständnisse zu thematisieren, die aus drei unterschiedlichen, gleichermaßen präferierten Foci bestehen. Hier wurde erwartet, daß das Wahlsystem keinen eindeutigen Effekt hat, da diese Foci-Kombinationen aus Komponenten bestehen, die widerstrebende Erklärungszusammenhänge umfassen. Dieses kann durch den moderaten bivariaten Zusammenhang ( $R=.25$ ), den geringen Regressionskoeffizienten ( $B=7,4$ ) und den großen Standardfehler ( $SE B=9,5$ ) als bestätigt betrachtet werden, wobei nicht genau geklärt werden kann, ob der leicht positive Zusammenhang auf die Parteikomponente innerhalb dieses multiplen Rollen-Focus zurückgeführt werden kann, da die jeweiligen Kombinationen nur auf eine geringe Anzahl von Abgeordneten entfallen.

Zuletzt muß noch geprüft werden, ob vom Wahlsystem eine Auswirkung auf die Verteilung der Style-Dimension der Repräsentationsrolle ausgeht. Hier wurde die Erwartung formuliert, daß kein eindeutiger Zusammenhang besteht. Diese Erwartung kann durch die Analyse bestätigt werden: weder Verteilungs-Plot noch Schätzparameter lassen auf einen Zusammenhang schließen, womit das Wahlsystem also keine zusätzliche Erklärungskraft dafür in Anspruch nehmen kann, wie Abgeordnete ihr Mandat ausüben.

**Tabelle 4.5: Hypothesen und Ergebnisse zum Einfluß des Wahlsystems auf die Verteilung der Repräsentationsrolle**

Repräsentations- rolle	erwartete Richtung/Stärke	Wahlsystem			Hypothese bestätigt?
		R	B	SE B	
Disproportionalität des Wahlsystems					
kleiner ----- größer					
Nation	+	0,56	28,49	14,19	ja (Effekt stärker als erwartet)
Partei	--	-0,72	-53,49	17,10	ja
Wahlkreis	++	0,60	26,89	12,77	ja
Interessengruppe	-	-0,44	-11,47	8,28	ja
Nation-Wahlkreis	++	0,81	10,62	2,92	ja
Nation-Partei	-	-0,52	-7,36	4,01	ja (Effekt stärker als erwartet)
Wahlkreis-Partei	-	-0,38	-8,36	7,14	ja
3fach Focus	=	0,25	7,43	9,47	ja
Rollen-Style	=	0,15	9,30	21,97	ja

Anm.: + steht für einen positiven, - für einen negativen und = für keinen Zusammenhang

Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Tabelle 4.5 stellt noch einmal zusammenfassend den entwickelten Hypothesen, hier formalisiert dargestellt, die Ergebnisse der empirischen Prüfung gegenüber. Im wesentlichen konnten die getroffenen Annahmen empirisch bestätigt werden. Nur die Stärke des Einflusses des Wahlsystems auf die Verteilung des Nation-Vertreters sowie der Stellenwert der Parteiorientierung innerhalb der aus zwei Foci bestehenden multiplen Rollenverständnisse ist leicht unterschätzt worden.

#### Conclusio zum Zusammenhang von Wahlsystem und Repräsentationsrolle

Abschließend ist folgendes festzuhalten: Es konnte bestätigt werden, daß das Wahlsystem ein gravierender Bestimmungsgrund der Verteilung der Repräsentationsrolle ist. Das Wahlsystem, operationalisiert als Disproportionalität zwischen Stimmen- und

Sitzverteilung und gemessen durch den Gallagher-Index, hat auf alle Ausprägungen der Repräsentationsrolle einen deutlichen und der Richtung nach erwarteten Effekt. Der größte Effekt des Wahlsystems konnte auf die Einnahme des Partei-Focus, ein starker Effekt auf den Wahlkreis- und Nation-Focus festgestellt werden. Am schwächsten war der Effekt des Wahlsystems auf den Interessengruppen-Vertreter, der aber immer noch als moderat bezeichnet werden kann. Geringe Disproportionalität führte hier zu einem größeren Anteil an Partei- und Interessengruppen-Vertretern, hohe Disproportionalität schlug sich in einem größeren Anteil an Vertretern der ganzen Nation und Wahlkreis-Vertretern nieder. Bei den multiplen Ausprägungen des Rollen-Focus verhält es sich nicht grundlegend anders als beim eindeutigen Rollenverständnis, wobei der Partei-Focus innerhalb der Kombinationen unterschiedlicher Foci eine ausschlaggebende Wirkung auf die Verteilung einer mit ihm in Kombination stehenden Rollenverbindung zu haben scheint. Die Effekte sind bei den mehrfach zusammengesetzten Ausprägungen der Repräsentationsrolle allerdings deutlich schwächer als beim eindeutigen dominanten Rollenverständnis. Die aus mehr als zwei Foci bestehenden multiplen Rollenverständnisse sowie die Style-Dimension der Repräsentationsrolle konnten, erwartungsgemäß, nicht durch Variationen des Wahlsystems erklärt werden.

#### 4.1.2.2. Parteiensystem

Da das Parteiensystem genauso wie das Wahlsystem am Prozeß der Vermittlung von Abgeordneten ins Parlament wie auch den Kommunikationsprozessen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten beteiligt ist, wird zu untersuchen sein, ob und wie sich das Parteiensystem auf die Einnahme von Repräsentationsrollen auswirkt.

Hier stellt sich natürlich zuerst die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Wahlsystem und Parteiensystem gibt, was für die weitere Analyse folgenreich wäre: Wenn Wahl- und Parteiensystem hoch korreliert sind, dann gälte gleiches für die Effekte dieser beiden Systemmerkmale auf die Repräsentationsrolle. Wir werden auf dieses seit *Duverger's Law* umstrittene Problem (vgl. Pasquino 1986:123; Sartori 1994:29) noch einmal nach der Operationalisierung und Messung der Indikatoren für das Parteiensystem zurückkommen. Vorläufig soll davon ausgegangen werden, daß es zwar einen Zusammenhang zwischen Wahl- und Parteiensystem gibt, das Wahlsystem aber keineswegs das Parteiensystem vollständig determiniert<sup>61</sup>, wir also annehmen können, daß eigenständige Effekte des Parteiensystems auf die Repräsentationsrolle zu erwarten sind.

#### Das Parteiensystem und seine Konzeptualisierung

Wenn politische Parteien ein, wenn nicht das zentrale Merkmal moderne Massendemokratien sind, dann muß dem Parteiensystem eine erhebliche Bedeutung für die Politikprozesse einer Polity zugesprochen werden. Das Parteiensystem strukturiert die Vermittlung von gesellschaftlichen Interessen in politische Entscheidungen, indem es Politikpositionen in der Bevölkerung aufnimmt und aggregiert. Ein sicherlich zentrales Charakteristikum eines jeden Parteiensystems ist der Wettbewerb zwischen den Parteien um die Gunst der Wähler, um so politische Streitfragen in Entscheidungen, in Regierungshandeln umsetzen zu können. Der Parteienwettbewerb kann dabei durch formale und inhaltliche Gesichtspunkte erschlossen werden. Formal ist die Anzahl der konkurrierenden Parteien ein seit Duverger (1954) in der Forschung etabliertes Systemmerkmal. Inhaltlich ist es die (ideologische) Ausdifferenzierung der programmatischen Angebote, eingeführt durch Sartori (1976), die ein Parteiensystem

---

<sup>61</sup> Diese Annahme wird durch empirischen Untersuchungen bestätigt, z.B. Lijphart (1999:165-170), und findet sich auch in neueren Abhandlungen der Wahlsystemforschung wieder, z.B. Nohlen (2000:379).

kennzeichnet. In der Diskussion der Parteiensystemforschung spielen diese beiden Aspekte, die Fragmentierung und die Polarisierung des Parteiensystems, die zentrale Rolle (vgl. Mair 1997:202).

Da es hier in erster Linie um institutionellen, und weniger stark um gesellschaftliche Einflußfaktoren geht, soll das Parteiensystem allein durch die formale Komponente, durch seine Fragmentierung untersucht werden. Diese Dimension des Parteiensystems hat zum einen den Vorteil, daß sie seit langem in der Forschung etabliert ist und eine einfache und gut vergleichbar Messung gestattet. Zum anderen lassen sich klarere Erwartungen im Hinblick auf den Einfluß auf die Verteilung der Repräsentationsrollen formulieren, die auf die zuvor postulierten Wirkmechanismen auf der Grundlage der Rekrutierungs-, Personalisierungs- und Professionalisierungsthese zurückgeführt werden können. Im Gegensatz zur Fragmentierung ist dies bei der Polarisierung des Parteiensystems nicht gleichermaßen der Fall. Die Bestimmung der Einflußrichtung ist keinesfalls eindeutig vorzunehmen. Am Beispiel des Partei-Vertreters kann dies illustriert werden. Es stellt sich die Frage, ob nun eine große Polarisierung des Parteiensystems den Anteil an Partei-Vertretern erhöhen und verringern sollte. Für einen positiven Zusammenhang (*je höher die Polarisierung eines Parteiensystems, desto größer der Anteil an Partei-Vertretern*) spräche die Rekrutierungs- und Professionalisierungsthese: eine hohe Polarisierung bedeutet eine große ideologische Distanz zwischen den Parteien, welche eine gewichtigere Stellung politischer Parteien für den Mandatserwerb, aber auch für die Entscheidungsfähigkeit im Parlament bedeuten würde. Es ließe sich aber auch die gegenteilige Hypothese begründen (*je geringer die Polarisierung eines Parteiensystems, desto höher der Anteil an Partei-Vertretern*): sind die ideologische Distanzen innerhalb des Parteiensystems geringer, bedeutet dieses eine erhebliche Verschärfung des Wettbewerbs der Parteien untereinander um die Wählergunst, so daß die Rekrutierungsmuster zu einer Fokussierung auf die Repräsentation der Partei führte.

Trotzdem wurde der Effekt der inhaltlichen Differenzierung der Parteien eines politischen Systems wie auch die Charakterisierung der Gesellschaft durch Konfliktlagen (in Form von *cleavages*) empirisch getestet, ohne allerdings einen Zusammenhang feststellen zu können. Weder die Polarisierung des Parteiensystems noch die Anzahl gesellschaftlicher Konfliktlinien können unsere Ausprägungen der Repräsentationsrolle hinreichend erklären – ein Ergebnis, das mit der Schwierigkeit der Identifizierung eindeutiger Verteilungshypothesen bestens korrespondiert.

Daher wird hier der Einfluß des Parteiensystems durch die Anzahl der Parteien (Fragmentierung) und nicht durch die ideologische Differenzierung (Polarisierung)

empirisch modelliert werden, nachdem begründete Hypothesen hinsichtlich der Verteilung der Repräsentationsrollen spezifiziert worden sind.

#### Hypothesen zum Einfluß des Parteiensystems auf die Repräsentationsrolle

Die Entwicklung der Hypothesen zum Einfluß des Wahlsystems auf die Repräsentationsrolle wird analog zur Vorgehensweise des vorangegangenen Abschnitts erfolgen. Zur weiteren Vereinfachung und übersichtlicheren Gestaltung der Hypothesen können, die Erkenntnisse des letzten Abschnitts zusammenfassend, die Hypothesen zur Verteilung der Repräsentationsrolle verdichtet und für alle vier Typen angegeben werden.

*Hypothese zum Einfluß des Parteiensystems:*

*Je größer die Fragmentierung des Parteiensystems, ...*

*... desto größer der Anteil an Partei-Vertretern und Interessengruppen-Vertretern;*

*... desto kleiner der Anteil an Wahlkreis-Vertretern und Nation-Vertretern.*

Die Verdichtung basiert auf der theoretisch formulierten und empirisch bestätigten Proposition, daß Partei- und Interessengruppen-Vertreter sowie Wahlkreis- und Nation-Vertreter von den Charakteristika des politischen Systems in je unterschiedlicher Weise beeinflusst werden, was zu einer gegensätzlichen Richtung des Zusammenhanges führt. Das heißt, daß Partei- und Interessengruppen-Focus sowie Wahlkreis- und Nation-Focus Gemeinsamkeiten aufweisen, die eine gleiche Wirkungsweise der Determinanten begründen. Diese Gemeinsamkeiten können folgendermaßen erklärt werden: Partei- und Interessengruppen-Vertreter repräsentieren beide gesellschaftliche Kollektive, die aus mehr oder weniger homogenen Präferenzen/Interessen/Bedürfnissen bestehen. Diese Foci sind spezifischer, weil ihre Bezugsgruppen konkreter und leichter identifizierbar sind. Im Gegensatz zu Partei- und Interessengruppen-Vertreter repräsentieren Wahlkreis- und Nation-Vertreter erst einmal territoriale Einheiten, denen notwendigerweise weniger spezifische Interessen zuzuordnen sind. Diese Foci sind allgemeiner und diffuser, weil ihre Bezugsgruppen heterogener und multipler zusammengesetzt sind.

Die Begründung dieser zusammengefaßten Hypothesen zum Einfluß des Parteiensystems auf die Verteilung der Repräsentationsrolle bedient sich wiederum den zuvor vorgestellten Thesen, hier in erster Linie der Rekrutierungsthese und der Personalisierungsthese. Gerade von Prozessen des Mandatserwerbs, die durch Rekrutierung und Personalisierung charakterisiert werden können, geht, wie wir bereits zeigen konnten, eine erhebliche Auswirkung auf die Repräsentationsrolle aus, und hier kann in der Fragmentierung des Parteiensystems eine mögliche Determinante dieser

Prozesse gesehen werden. Die Anzahl der Parteien strukturiert den Wettbewerb zwischen den Parteien, und damit zwischen den um ein Mandat konkurrierenden Kandidaten. Dieses hat eine Auswirkung auf die Erwartungen der Bürger an die Position des Abgeordneten, was auf der Seite der Parlamentarier zur Einnahme bestimmter Ausprägungen der Repräsentationsrolle führt.

Im einfachsten Fall des Parteienwettbewerbs haben wir zwei Parteien, und damit zwei Kandidaten, die um ein Mandat konkurrieren<sup>62</sup>. Diese Zwei-Kandidaten-Konkurrenz führt natürlich auch zu einer stärkeren Personalisierung des Verhältnisses von Abgeordneten und Bürgern. Die Mandatsbewerber können als Person und nicht als Vertreter ein Partei stärker in der Vordergrund gelangen, als dieses der Fälle in einem System mit einer Vielzahl an Parteien, und damit Kandidaten, wäre. Da die Rekrutierung in einem Zweiparteiensystem dem Wahlkreis eine größere Bedeutung zuteil werden läßt, und einerseits der gewählte Abgeordnete sein Mandat also dem Wahlkreis verdankt, andererseits die Wähler die Erwartung an den Mandatar richten werden, daß er die Interessen ihres Wahlkreises vertritt, kann hier von einer häufigeren Einnahme eines Wahlkreis-Focus ausgegangen werden. In einem Mehrparteiensystemen dagegen sind die Mandatsbewerber weniger von der Gunst der Wähler im Wahlkreis und stärker von der Verankerung in der eigenen Partei abhängig. Zudem ist das Verhältnis von Mandatsbewerbern und Wahlkreisbevölkerung weniger personalisiert. Diese beiden Faktoren würden also für ein häufigeres Vorkommen des Partei-Vertreters sprechen. Die skizzierten Auswirkungen des Parteiensystems auf die Repräsentationsrolle können auch in Einklang mit anderen Theorieangeboten, wie der ‚*Economic Theory of Democracy*‘, gesehen werden: Nach Downs (1957) würden sich die Mandatsbewerber in einem Zweiparteiensystem am Median-Wähler, in einem Mehrparteiensystem am Parteiwähler orientieren, was für politische Repräsentation die Konsequenz hätte, daß die erfolgreichen Kandidaten ihren Rollen-Focus an den entsprechenden Bezugsgruppen ausrichteten.

Mit den beiden anderen Typen, Nation-Vertreter und Interessengruppen-Vertreter verhält es sich ähnlich. Die geringere Abhängigkeit von der Partei in Systemen mit geringer Fragmentierung eröffnet Chancen, andere, weniger spezifische Ausprägungen

---

<sup>62</sup> Die Annahme einer einzigen Partei scheint für demokratische Systeme abwegig, weil sie empirisch als unwahrscheinlich und theoretisch als kaum zu rechtfertigen erscheint, da eine Partei immer ihren Gegenpart kreiert: ‚*As soon as there is one party, there are two*‘ (Beyme 1985:255). Historisch wird das am Beispiel Großbritanniens von Carl Joachim Friedrich (1953:479) nachgewiesen.

der Repräsentationsrolle als Bezugspunkt des Mandatsverständnisses einzunehmen. Eine geringere Fragmentierung, und damit mehr Majorz führt zu geringerer, eine größere Fragmentierung, und damit weniger Proporz, führt zu einer größeren Abhängigkeit des gewählten Abgeordneten (Nohlen 2000:141). Weniger Abhängigkeit bedeutet auch die Freiheit, einen allgemeinen, eher unspezifischen Rollen-Focus einzunehmen. Größere Abhängigkeit auf der anderen Seite mag aber nicht ein Hinwendung zum Partei-Focus bedeuten, sondern kann auch zu einer verstärkten Einnahme eines Interessengruppen-Focus führen. Wie in Kapitel 3 gezeigt wurde, besteht aber zwischen der Zugehörigkeit zu einer Partei und dem Vertreten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ein deutlicher Konnex, so daß sich hier die Vermutung stützen kann, daß eine größere Fragmentierung auch die Bedingung für einen höheren Anteil an Interessengruppen-Vertretern schafft.

Für die drei in die Analyse einbezogenen multiplen Rollen-Foci gelten die gleichen Annahmen, wie sie bereits für den Einfluß des Wahlsystems entwickelt wurden. Der Zusammenhang zwischen dem Grad der Fragmentierung des Parteiensystems und dem Anteil derjenigen Abgeordneten, die sich als Vertreter der ganzen Nation und des Wahlkreises verstehen, wird negativ sein, da wir für beide eindeutigen dominanten Rollenorientierung einen negativen Einfluß postuliert haben. Dabei sollte der Zusammenhang mindestens genauso stark sein wie derjenige zwischen Parteiensystem und den eindeutigen Ausprägungen der dominanten Repräsentationsrolle. Von den verbleibenden zwei zusammengesetzten Rollen-Foci mit einem Partei-Element wird angenommen, daß Partei als Bezugspunkt der Abgeordneten durchschlägt, da, wie oben bereits ausgeführt, dieser Focus konkreter und spezifischer ist als das jeweilige andere Focus (Nation, bzw. Wahlkreis).

Ebenso wie im vorangegangenen Abschnitt soll auch hier die Indifferenz-Hypothese für den Zusammenhang von Parteiensystem und Style-Dimension der Repräsentationsrolle vertreten werden. Wenn überhaupt von einem Zusammenhang ausgegangen werden kann, dann könnte dieser schwach negativ durch die Beziehung von Partei-Focus und die Delegate-Orientierung sein, was hieße, daß mit zunehmender Fragmentierung des Parteiensystem eine geringer Anteil an Trustee zu erwarten wäre.

#### Die Messung der *Effective Number of Parties* als Indikator für das Parteiensystem

Nach der Entwicklung der Verteilungshypothesen muß nun ein geeigneter Indikator für die Fragmentierung des Parteiensystems gefunden werden. Die Anzahl der Parteien ist in der Literatur unterschiedlich gemessen worden, was einigen zentralen pragmatischen Problemen geschuldet ist: Wenn wir einfach nur die simple Anzahl der Parteien eines

Systems zählen, ergibt sich die Schwierigkeit, daß es Parteien von recht unterschiedlicher Stärke gibt, d.h. Parteien erringen unterschiedlich viel Wählerstimmen. Wie läßt sich die Stärke der Parteien in die Fragmentierung einbeziehen, und wie gehen wir mit sehr kleinen Parteien um? Es stellt sich insbesondere die Frage, ob alle Parteien gezahlt werden sollen, oder nur parlamentarische Parteien, die über Sitze im Parlament verfügen, oder gar nur relevante (parlamentarische) Parteien, die eine gewisses ‚coalition potential‘ oder ‚blackmail potential‘ haben (Sartori 1976:122). Zur Lösung dieser Probleme sind unterschiedliche Maßzahlen, unterschiedliche Indizes entwickelt wurden, die allesamt eine Gewichtung der Parteien vornehmen. Die beiden bedeutendsten Indizes wurden von Douglas Rae sowie Markku Laakso und Rein Taagepera entwickelt, die zwar die Messung unterschiedliche vornehmen, aber in einer linearen Relation zueinander stehen. Hier soll der ‚Effective Number of Parties‘ genannten Messung von Laakso/Taagepera der Vorzug gegeben werden, weil sie einerseits zu intuitiv verständlichen und gut interpretierbaren Werten führt und andererseits in der vergleichenden Forschung eine große Verbreitung gefunden hat (z.B. Lijphart 1999:64)<sup>63</sup>. Die Messung wird sich auf die parlamentarischen Parteien beschränken, weil angenommen wird, daß das Verhältnis von Abgeordneten und Bürgern in erster Linie von Parteien bestimmt wird, die eine gewisse Sichtbarkeit erreicht haben, also im Parlament vertreten sind und damit auch über den öffentlichen Diskurs für die Bürger von wahrnehmbarer Bedeutung sind. Zudem kann empirisch eine große Korrelation zwischen der Anzahl aller Parteien und der Anzahl parlamentarischer Parteien festgestellt werden (Lane/Ersson 1994:180). Insofern ist die hier verwendete Messung präzise als ‚Effective Number of Parliamentary Parties‘ zu bezeichnen.

Die Messung wird nach folgender Formel vorgenommen: 1, geteilt durch die Summe der quadrierten Sitzanteile aller Parteien<sup>64</sup>. Wie beim Gallagher-Index basiert die Berechnung der Werte auf den Wahlen, die der Befragung der Parlamentarier voranging. Die Spannweite der Werte der *Effective Number of Parties* liegt zwischen 2,2 für Griechenland und 8,0 für Belgien.

---

<sup>63</sup> Eine detaillierte Diskussion dieser und anderer Messung der Fragmentierung des Parteiensystems in Gestalt der Anzahl der Parteien findet sich bei Lijphart (1994:67-72).

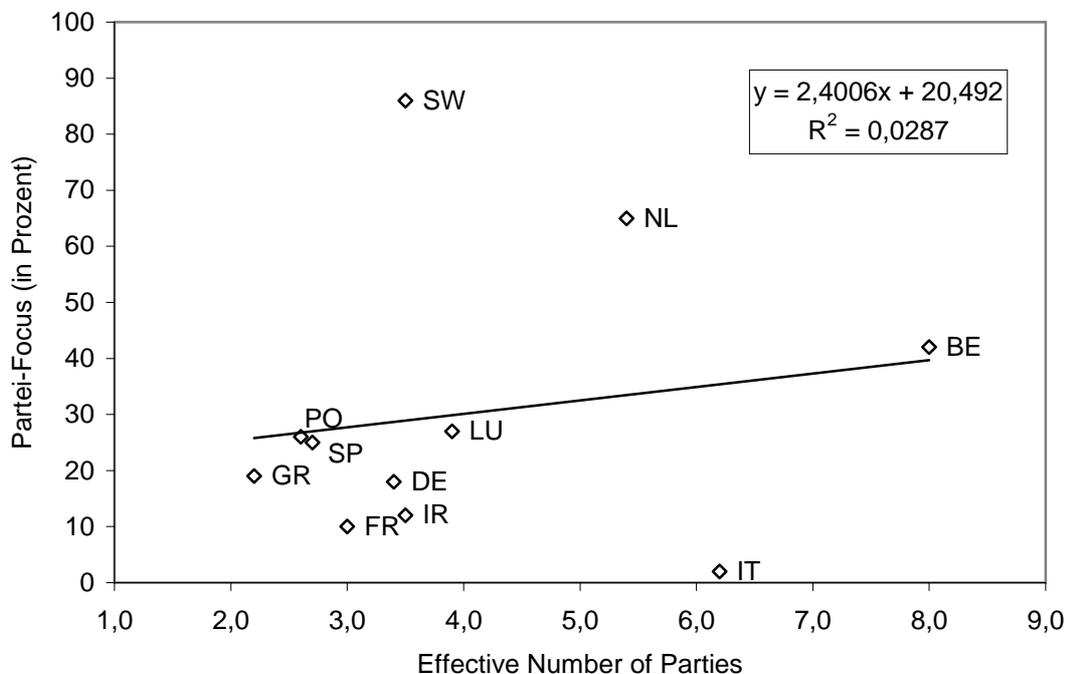
<sup>64</sup> Ein Beispiel mag die Formel der *Effective Number of Parties* nach Laakso/Taagepera verdeutlichen: haben wir zwei parlamentarische Parteien gleicher Stärke, so ist der Sitzanteil 0,5. Teilen wir 1 durch die Summe der quadrierten Sitzanteile ( $0,5^2+0,5^2=0,25+0,25=0,5$ ), so erhalten wir als *Effective Number of Parties* den Wert 2, was perfekt mit unserer Intuition übereinstimmt.

### Die Analyse des Zusammenhanges von Parteiensystem und Repräsentationsrolle

Die Analyse des Zusammenhanges zwischen Parteiensystem in Form der *Effective Number of Parties* und der Repräsentationsrolle wird, analog zum oben angewandten Verfahren, die Verteilungsplots der untersuchten Länder graphisch in Augenschein nehmen sowie eine Interpretation der Zusammenhangsmaße vornehmen.

Begonnen wird die Analyse erneut mit der Beziehung zwischen Parteiensystem und Partei-Focus, weil hier der stärkste Zusammenhang vermutet wurde. Die in Schaubild 4.6 dargestellt Verteilung der untersuchten Länder zeigt zwar eine Beziehung zwischen Parteiensystem und Partei-Vertreter in der erwarteten positiven Richtung, doch ist der Zusammenhang nur sehr schwach ausgeprägt (Pearsons  $R=0.17$ ), die erklärte Varianz damit sehr gering ( $R^2=0.03$ ). Der von der Regressionsgleichung geschätzte Effekt ist zwar mit  $B=2,4$  erheblich, eine Erhöhung der Anzahl an Parteien innerhalb eines Parteiensystems um eine Partei würde zu einer Erhöhung des Anteils an Partei-Vertretern um 2,4 Prozent bedeuten. Vergleichen wir ein Zweiparteiensystem mit einem Parteiensystem mit vier Parteien, so würde dieses zu ca. fünf Prozent mehr Partei-Vertretern führen, was nicht unerheblich ist, aber auch keinen enorm starken Effekt darstellt.

**Schaubild 4.6: Parteiensystem und Repräsentationsrolle – ‚Partei-Vertreter‘**

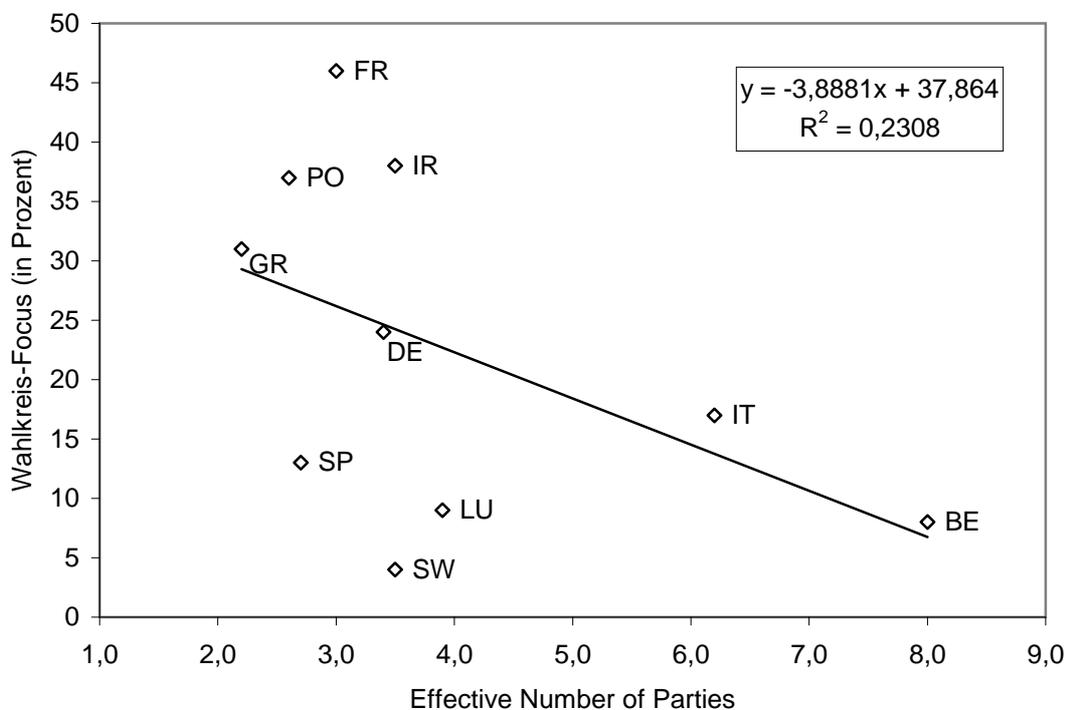


Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Die Stärke und der Effekt des Zusammenhangs werden jedoch relativiert von der beträchtlichen Streuung der Länder um die Regressionschätzung. Sieben der elf untersuchten Länder weisen einen vergleichbaren Anteil an Parteivertretern bei einer Anzahl von zwei bis vier Parteien auf, ohne dass der postulierte Zusammenhang erkennbar wäre, während vier Länder (Schweden, Niederlande, Italien und Belgien) sich ganz erheblich von den anderen Ländern abheben und zum Teil sehr große Abweichungen von der Schätzung aufweisen, wobei die erwartete Beziehung hier nicht sichtbar wäre. Der vermutete Zusammenhang konnte somit nicht bestätigt

Schaubild 4.7 zeigt den Zusammenhang zwischen Parteiensystem und Wahlkreis-Focus. Auch hier weist der Zusammenhang die erwartete Richtung auf, doch ist die Streuung der Länder um die Regressionsgerade ebenfalls recht groß. Während vier Länder fast exakt auf der Geraden liegen (Griechenland, Deutschland, Italien, Belgien), existieren zwei Ländergruppen mit vergleichbarer Anzahl parlamentarischer Parteien, für die die Regressionsgleichung den Effekt des Parteiensystems jeweils stark überschätzt (Spanien, Schweden, Luxemburg), bzw. stark unterschätzt (Portugal, Frankreich, Irland).

**Schaubild 4.7: Parteiensystem und Repräsentationsrolle – ‚Wahlkreis-Vertreter‘**

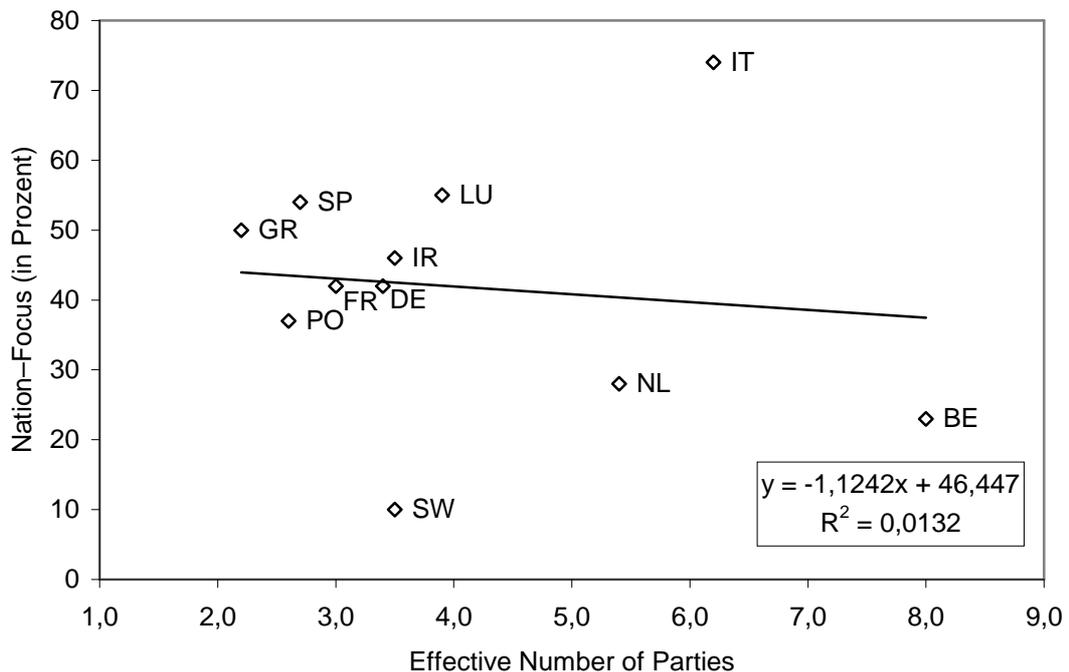


Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Die Zusammenhangsmaße weisen auf eine moderate Beziehung hin (Pearsons  $R=-.48$ ), und die Standardabweichung ist hier wesentlich geringer, der Steigungskoeffizient wesentlich höher als beim Partei-Vertreter: weist das Parteiensystem eine Partei mehr auf, so würde daraus eine Verminderung des Anteils an Wahlkreis-Vertreter um fast vier Prozent resultieren. Der vermutete Zusammenhang zwischen Parteiensystem und Wahlkreis-Focus konnte somit bestätigt werden, auch wenn er nicht so deutlich zu sein scheint wie der Zusammenhang zwischen Wahlsystem und dieser Ausprägung der Repräsentationsrolle.

Demgegenüber kann die Hypothese zum Einfluß des Parteiensystems auf den Nation-Focus, wie in Schaubild 4.8 dargestellt, nicht als bestätigt gelten. Die Beziehung weist zwar die richtige, negative Richtung auf, doch hält der sich aus den Parametern der Regressionsgleichung ergebende schwache Zusammenhang (Pearsons  $R=-.11$ ;  $B=-1,1$ ) einer kritischen Überprüfung durch die Inspektion des Scatterplots nicht stand.

**Schaubild 4.8: Parteiensystem und Repräsentationsrolle – ‚Nation-Vertreter‘**



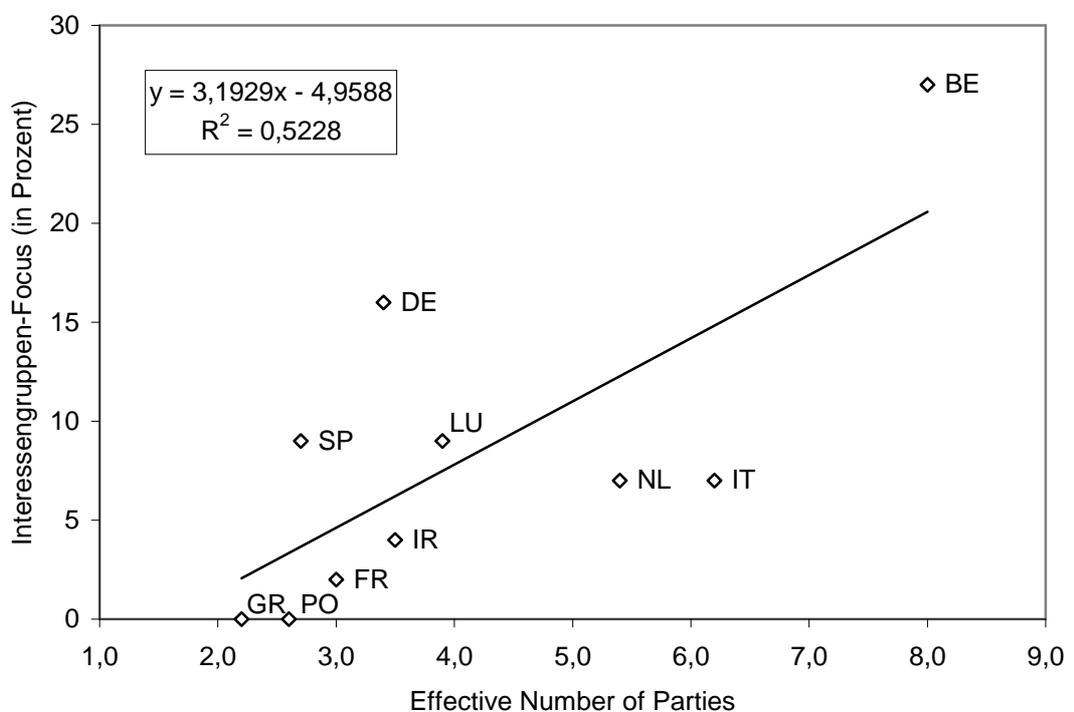
Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Ähnlich wie beim Partei-Vertreter ist die Streuung der Länder ganz erheblich, sieben Ländern bilden einen Cluster, während vier Länder, Schweden, die Niederlande, Italien

und Belgien, sich außerhalb dieses Clusters befinden. Dabei weichen die geschätzten Werte für Schweden und Italien ganz erheblich von der tatsächlich gemessenen Anzahl parlamentarischer Parteien ab. Daraus resultiert auch die große Standardabweichung, die mit 3,2 den Effekt um fast das dreifache übersteigt. Somit muß festgestellt werden, daß der postulierte Zusammenhang von Parteiensystem und Repräsentationsrolle zumindest für die Ausprägung des Nation-Focus durch unsere Analyse nicht bestätigt werden konnte.

Als letzte Ausprägung der eindeutigen dominanten Repräsentationsrolle ist der Interessengruppen-Vertreter einer Untersuchung hinsichtlich der Auswirkung des Parteiensystems zu begutachten. Schaubild 4.9 gibt die Verteilung der analysierten Länder wieder. Der Zusammenhang weist, wie die Regressionsgerade verdeutlicht, die erwartete positive Richtung auf, je größer die Anzahl der parlamentarischen Parteien, desto häufiger scheinen wir die Rollenorientierung des Interessengruppen-Vertreters zu finden.

**Schaubild 4.9: Parteiensystem und Repräsentationsrolle – ‚Interessengruppen-Vertreter‘**



Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Die Abweichung der Länder von der geschätzten Prädiktion durch die Regressionsgleichung ist dabei recht gering, alleine Deutschland und Italien weichen stark von der geschätzten Regressionsgeraden ab. Die graphische Beziehung zwischen Parteiensystem und Interessengruppen-Vertreter wird auch durch die Regressionsparameter gestützt: der Zusammenhang ist hoch (Pearsons  $R=.72$ ), womit 52 Prozent der Varianz erklärt werden können. Der Effekt ist ähnlich hoch wie derjenige auf den Wahlkreis-Vertreter, eine Vergrößerung des Parteiensystems um eine Partei hätte eine Erhöhung des Anteils an Interessengruppen-Vertretern um 3,2 Prozent zur Folge. Die geringe Abweichung der Länder von der Regressionsgeraden wird durch den geringen Standardfehler ( $SE B=1,1$ ) bestätigt, womit dieser Zusammenhang auch als signifikant ausgewiesen werden kann. Somit ist von einem deutlichen Effekt des Parteiensystems auf den Typus des Interessengruppen-Vertreters auszugehen.

Zu klären bliebe noch die Auswirkung des Parteiensystems auf die multiplen Ausprägungen des Rollen-Focus und die Style-Dimension der Repräsentationsrolle:

Bei den aus zwei Foci bestehenden Rollenverbindungen können die erwarteten Richtungen des Zusammenhanges durch einen Blick auf die (in Tabelle 4.6 wiedergegebenen) Regressionsparameter mit einer Ausnahme bestätigt werden: der Nation-Wahlkreis-Vertreter weist den vermuteten negativen, Nation-Partei-Vertreter und Wahlkreis-Partei-Vertreter weisen den vermuteten positiven Zusammenhang auf, nur der aus drei unterschiedlichen Ausprägungen zusammengesetzte Rollen-Focus kann die Indifferenz-Hypothese nicht bestätigen, da die Zusammenhangsmaße eine negative Beziehung nahelegen. Festgehalten werden muß aber, daß die Effekte sehr gering und der Standardfehler sehr hoch ist, was die vermuteten Beziehungen zwischen dem Parteiensystem und diesen Rollenorientierungen stark relativiert. Eine Inspektion der Länderverteilungen in den Scatterplots ist ebenfalls geeignet, die zudem schwachen Zusammenhänge zu relativieren. Daher muß davon ausgegangen werden, daß für die Hypothesen zum Zusammenhang von Parteiensystem und multiplem Rollen-Focus keine hinreichenden Belege gefunden werden konnten.

Die Beziehung von Parteiensystem und der Style-Dimension der Repräsentationsrolle kann dagegen durch die empirische Prüfung als bestätigt gelten: die Regressionsparameter weisen so gut wie keinen Zusammenhang aus, der Effekt ist minimal, der Standardfehler ganz erheblich, was durch die (ebenfalls im Anhang wiedergegebenen) graphische Darstellung bestätigt werden kann.

Tabelle 4.6 gibt noch einmal die Hypothesen und Ergebnisse zum Einfluß des Parteiensystems auf die Repräsentationsrolle wieder. Wie auch beim Einfluß des Wahlsystems zeigte sich, daß die Effekte des Systemmerkmals auf den eindeutige

dominante Rollenorientierung, die nur aus einer einzigen Ausprägung des Rollen-Focus besteht, deutlich stärker sind als auf die multiplen Rollen-Foci. Die meisten der Hypothesen konnten durch die Regressionsparameter zwar bestätigt werden, doch mußten einige Zusammenhänge durch die Betrachtung der Scatterplots in Zweifel gezogen werden, was uns zu folgendem Ergebnis führt:

**Tabelle 4.6: Hypothesen und Ergebnisse zum Einfluß des Parteiensystems auf die Verteilung der Repräsentationsrolle**

Repräsentations- rolle	erwartete Richtung/Stärke	Parteiensystem Anzahl der Parteien			Hypothese bestätigt?
		R	B	SE B	
Nation	–	-0,11	-1,12	3,24	nein
Partei	++	0,17	2,40	4,65	nein
Wahlkreis	--	-0,48	-3,89	2,51	ja (Effekt schwächer als erwartet)
Interessengruppe	+	0,72	3,19	1,08	ja (Effekt stärker als erwartet)
Nation-Wahlkreis	--	-0,09	-0,35	1,44	nein
Nation-Partei	+	0,50	1,35	0,78	ja (Effekt stärker als erwartet)
Wahlkreis-Partei	+	0,32	1,27	1,31	ja
3fach Focus	=	-0,32	-1,81	1,77	nein
Rollen-Style	=	-0,04	-0,44	3,76	ja

Anm.: + steht für einen positiven, – für einen negativen und = für keinen Zusammenhang

Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

#### Conclusio zum Zusammenhang von Parteiensystem und Repräsentationsrolle

Abschließend kann festgehalten werden, daß die Erklärungskraft des Parteiensystems für die Variationen der Repräsentationsrolle in den untersuchten Ländern deutlich geringer ist als diejenige des Wahlsystems. Während das Wahlsystem eine große Erklärungsfähigkeit für alle Ausprägungen der Repräsentationsrolle beanspruchen kann, ist beim Parteiensystem lediglich von einer moderaten Erklärung des Wahlkreis-Vertreter und des Interessengruppen-Vertreter auszugehen. Zwar konnten auch für die anderen eindeutigen und multiplen dominanten Rollenverständnisse die vermuteten Richtungen des Zusammenhanges festgestellt werden: mehr Parteien innerhalb eines politischen Systems führten demnach zu einem größeren Anteil an Partei-Vertretern und Interessengruppen-Vertretern sowie einem geringen Anteil an Wahlkreis-Vertretern und Nation-Vertretern.

Doch waren die Zusammenhangsmaße eher schwach, die Effekte gering und die Streubreite groß, was die Erklärungskraft des Parteiensystems für die Repräsentationsrolle erheblich schmälert. Somit muß geschlossen werden, daß die Wirkung des Parteiensystems zumindest in den untersuchten Ländern nicht eindeutig ist und nicht alle Ausprägungen der Repräsentationsrolle erklärt werden können. Wie beim Wahlsystem konnte erwartungsgemäß auch für das Parteiensystem keine Auswirkung auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle festgestellt werden.

### 4.1.2.3. Regierungssystem

Das nächste in die Analyse einbezogene Charakteristikum des politischen Systems ist das Regierungssystem. Diesem muß generell für die Transformation gesellschaftlicher Interessen in politische Entscheidungen eine große Bedeutung beigemessen werden. Es kann die Vermutung angestellt werden, daß das Regierungssystem auch einen Einfluß auf politische Repräsentation im allgemeinen und die Repräsentationsrolle der Parlamentarier im besonderen hat.

#### Das Regierungssystem und seine Konzeptualisierung

Unter Regierungssystem werden im folgenden nicht die Eigenschaften von Regierungen wie ihre Stabilität oder Zusammensetzung subsumiert, sondern das Verhältnis von Regierung und Parlament, welches in der zuvor bereits zitierten komparativen Untersuchung von Arend Lijphart als ‚*Executive-legislative Relations*‘ zeichnet wird (Lijphart 1999:116-142). Das Verhältnis von Regierung und Parlament innerhalb eines Regierungssystems kann als eindimensional strukturierte, diskrete Konkurrenz um Kompetenzen vorgestellt werden: sind Kompetenzen, und damit Machtpotentiale, der Regierung größer, hat dies eine geringe Machtausstattung des Parlamentes zur Folge. Und umgekehrt. Es geht also um Machtdispersion zwischen Regierung und Parlament.

#### Hypothesen zum Einfluß des Regierungssystems auf die Repräsentationsrolle

Welche Auswirkung kann nun von der Machtdispersion zwischen Regierung und Parlament auf die Repräsentationsrolle der Abgeordneten ausgehen? Zur Formulierung von spezifischen, den Einfluß des Regierungssystems modellierende Hypothesen soll vorrangig die bereits vorgestellte Professionalisierungsthese Anwendung finden, die davon ausging, daß die Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit und damit die Durchsetzungschancen konkreter Politiken von der Stellung der Abgeordneten im Parlamentsbetrieb abhängt. Dies läßt sich nicht nur auf der Ebene der tatsächlichen Position von individuellen Abgeordneten innerhalb der Parlamentshierarchie feststellen, worauf noch einzugehen sein wird, wenn wir die Mikro-Determinanten der Repräsentationsrolle thematisieren werden. Die Durchsetzungschancen hängen ebenso von der auf der Makro-Ebene angesiedelten generellen Machtverteilung zwischen Regierung und Parlament ab.

So kann vermutete werden, daß in einem gegenüber der Regierung starken Parlament die Politikgestaltungs- und Durchsetzungschancen dann besonders hoch sind, wenn die

Meinungsbildung im Parlament durch Parteien organisiert ist. Eine effektive Organisation der Parlamentarier basiert auf starken, durchsetzungsfähigen Parteien, welche die Vielfalt an Meinungen innerhalb einer Partei zu bündeln und lenken vermögen<sup>65</sup>. Dafür sind unterschiedliche Bezeichnungen gefunden worden, zum Teil sehr stark negativ konnotierte Begriffe wie Fraktionszwang und Fraktionsdisziplin, die weniger stark affektiv aufgeladen, als Fraktionsräson und Fraktionssolidarität gedeutet wurden. Letztendlich weisen all diese Begriffe auf den gleichen Wirkungsmechanismus, demzufolge die Fähigkeit der parlamentarischen Politikgestaltung von der effektiven Organisation *durch* die Parteien abhängt. Erst starke Parteien machen das Parlament letztendlich zu einem starken Parlament, denn andernfalls handelte es sich um eine sehr heterogene Versammlung atomisierter Interessen, die gegenüber der Regierung nur wenig Durchsetzungsfähigkeit aufbrächten.

Für unsere Repräsentationsrollen würde das bedeuten, daß ein starkes Parlament mit starken Parteien die Anforderungen an die Parlamentarier generieren würden, daß diese ihr Denken und Handeln in stärkerem Maße an der Partei ausrichteten, was der Repräsentationsrolle des Partei-Vertreters entspräche. Auf der Ebene des Gesamtsystems ließe sich also mit zunehmender Stärke des Parlamentes gegenüber der Regierung ein zunehmend größerer Anteil an Partei-Vertretern erwarten. Die gleiche Erwartung, in abgeschwächter Form, kann auch für den Zusammenhang von Regierungssystem und Interessengruppen-Vertreter formuliert werden. Wie oben bereits ausgeführt, kann das über den Konnex von Parteien und Interessengruppen begründet werden.

Auf der anderen Seite hätte ein gegenüber der Regierung schwaches Parlament zur Folge, daß durch den Wegfall der skizzierten Rollenerwartungen an die Parlamentarier andere Erwartungen stärker in den Vordergrund rückten, und damit Raum für andere Rollenorientierungen böten. Daher kann erwartet werden, daß in einem schwachen Parlament der Anteil an Wahlkreis-Vertretern und Nation-Vertretern größer sein wird.

---

<sup>65</sup> Als Gegenbeispiel für diese These mag die USA dienen als ein Land mit einem starken Parlament, aber nur geringer Kohäsion der Parteien. Die USA stellen jedoch unter vielerlei Gesichtspunkten ein Parteiensystem *sui generis* dar. Die grundlegende These könnte auch allgemeiner formuliert werden: die Stärke der Arbeitseinheiten gegenüber der Regierung konstituieren eine Determinante der Repräsentationsrolle. Bei diesen Arbeitseinheiten handelt es sich in westeuropäischen Systemen eindeutig um die im Parlament als Fraktion organisierten Parteien.

Der empirischen Analyse kann also hinsichtlich des Einflusses des Regierungssystems auf die eindeutige dominante Repräsentationsrolle folgendes Set an Hypothesen zugrunde gelegt werden:

*Hypothese zum Einfluß des Regierungssystems:*

*Je stärker das Parlament gegenüber der Regierung, ...*

*... desto größer der Anteil an Partei-Vertretern und Interessengruppen-Vertretern;*

*... desto kleiner der Anteil an Wahlkreis-Vertretern und Nation-Vertretern.*

Auf die weiteren Ausprägungen der Repräsentationsrolle sollen wiederum die weiter oben entwickelten Hypothesen Anwendungen finden: die gleichgerichteten, aus zwei Foci zusammengesetzten Rollenverständnisse müßten die gleiche Beziehungen aufweisen wie die aus einem einzigen Focus bestehenden Rollenverständnisse; von den Kombinationen aus Partei-Focus und Nation- oder Wahlkreis-Focus wird erwartet, daß die Parteikomponente durchschlägt; für das aus drei Foci bestehende Rollenverständnis sowie für die Style-Dimension wird angenommen, daß kein Zusammenhang durch das Regierungssystem konstituiert wird.

#### Die Messung der ‚Executive-legislative Relations‘

Während das Konzept der Dispersion zentraler Kompetenzen zwischen Regierung und Parlament unmittelbar einsichtig erscheint, ist die Überführung des Konzeptes in einen geeigneten Indikator und seine Messung ungleich schwieriger (Olson 1994:93). Zum Teil finden sich in der Literatur generalisierende Feststellungen, daß Parlamente in parlamentarischen Regierungssystemen ziemlich schwach und Parlamente in präsidentiellen Systemen stark gegenüber der Exekutive sind (Blondel 1990:241), doch fehlt solchen Erkenntnissen eine hinreichende Genauigkeit, um mit ihnen eine Überprüfung der Beziehung von Regierungssystem und Repräsentationsrolle vornehmen zu können.

Ein Meßkonzept zur Erfassung der Machtverteilung zwischen Parlament und Regierung, das eine größere Genauigkeit beanspruchen kann, wird in der bereits oben zitierten Publikation von Arend Lijphart vorgeschlagen. Lijphart versucht, die *Executive-legislative Relations* durch die Stabilität von Regierungen zu messen (Lijphart 1999:129-134). Die Begründung für dieses Meßkonzept besagt, daß eine Regierung von größerer Dauer eine größere Wahrscheinlichkeit besitzt, daß Parlament zu dominieren als eine Regierung von geringerer Dauer (Lijphart 1999:129). Dieses Argument klingt erst einmal

nicht abwegig, jedoch stellt sich die Frage, ob diese Beziehung notwendigerweise so ausgestaltet sein muß. Kann es nicht auch Regierungen geben, die zwar von kurzer Dauer sind, jedoch, aufgrund von kodifizierten Regeln des Verhältnisses dieser beiden Institutionen (die in Verfassungen und Geschäftsordnungen ihren Niederschlag finden) eine starke Stellung gegenüber dem Parlament haben? Und warum sollte eine lange amtierende Regierung das Parlament dominieren? Die Erklärung des Wirkungszusammenhanges ist hier nicht klar. Ist es nicht vielmehr umgekehrt: eine lange im Amt befindliche Regierung zeigt Abnutzungserscheinungen, so daß dem Parlament größere Handlungsspielräume erwachsen? Kann nicht, was die Wahrscheinlichkeit betrifft, angenommen werden, daß mit zunehmender Dauer die Wahrscheinlichkeit des Weiterbestehens, und damit der Dominanz über das Parlament, geringer wird, da eine Regierung unmöglich von unbegrenzter Dauer sein kann, sie sich somit sukzessive ihrem Ende nähert? Bei näherer Betrachtung scheint das Argument ein eher politisches und weniger institutionelles, so daß die von Lijphart postulierte Beziehung kaum systematisch erklärt werden kann. Aus diesen Gründen scheint es angemessen, nach stärker institutionell verankerten Messung der Machtverteilung zwischen Parlament und Regierung zu suchen<sup>66</sup>.

Daher wird hier, wie bereits an anderer Stelle (Wessels/Kielhorn 1999), auf eine komplexe und institutionell begründete Messung rekurriert, die einem von Herbert Döring geleiteten Forschungsprojekt entspringt. Die komparative Untersuchung ‚*Parliaments in Western Europe*‘, geleitet von Döring unter Beteiligung von Länderteams aus 18 westeuropäischen Staaten, versucht, das Verhältnis von Regierung und Parlament auf vielfache Art und Weise zu konzeptualisieren. Zentrales Konzept ist dabei dasjenige der ‚*Agenda Control*‘, also der Kompetenz, Themen auf die politische Tagesordnung zu setzen, welche, natürlich in graduellen Abstufungen, bei der Regierung oder dem Parlament angesiedelt sein kann. Dabei werden ganz unterschiedliche Wege der Messung der Themensetzungskompetenz eingeschlagen (Döring 1995a:33). Die zusammenfassende Analyse der unterschiedlichen Messung, die Döring vornimmt, kann

---

<sup>66</sup> Empirisch ist auffällig, daß es Länder gibt, die ein stark unterschiedliches demokratisches System haben, jedoch eine vergleichbar große Regierungsstabilität aufweisen: die Niederlande und Deutschland, die zu den konsensualsten Ländern unserer Studie gehören, haben bei Lijphart eine durchschnittliche *Cabinet Stability* von 2,7 respektive 2,8 Jahren, und die majoritärsten Länder, Frankreich und Griechenland, weisen eine ähnlich hohe Regierungsstabilität von 2,5 respektive 2,9 Jahren auf (Lijphart 1999:132f-133). Das Konzept des Demokratietypus wird weiter unten noch näher ausgeführt werden.

als komplexe und in der empirischen Analyse erwiesenermaßen erklärungskräftige Messung der Machtdispersion zwischen Parlament und Regierung fungieren. Diese erfolgt durch eine Faktorenanalyse, die acht unterschiedliche Aspekte umfaßt (Döring 1995b:664), welche in der Regel auf einer Skala mit den beiden Polen ‚*more government control*‘ und ‚*less government control*‘ abgebildet wurden:

- Authority to Determine Plenary Agenda
- Control of the Timetable in Legislative Committees
- Power of Initiative Committee
- Summon Documents
- May MPs Be Removed from Committees?
- Arrange Hearings
- Inhibition of Individual Members' Right to Submit Law Initiative
- Method for Voting on more than Two Alternatives
- Reverse Voting Order

Das Ergebnis dieser Faktorenanalyse stellt das hier verwendete Maß der Machtdispersion zwischen Parlament und Regierung dar. Dabei wird nur der erste, von Döring ‚*Government Priorities*‘ benannte Faktor zur Anwendung kommen, der mit 35,5 Prozent erklärter Varianz die beiden anderen Faktoren deutlich an Bedeutung überwiegt<sup>67</sup>.

#### Die Analyse des Zusammenhanges von Regierungssystem und Repräsentationsrolle

Auch die Analyse des Zusammenhanges von Regierungssystem in Form der Machtdispersion zwischen Parlament und Regierung und der Repräsentationsrolle wird zum einen durch die Begutachtung der Regressionsschätzungen, zum anderen durch die Inspektion der Verteilungsplots erfolgen. Begonnen wird erneut mit dem Effekt des Regierungssystems auf den Partei-Focus, den Schaubild 4.10 graphisch veranschaulicht.

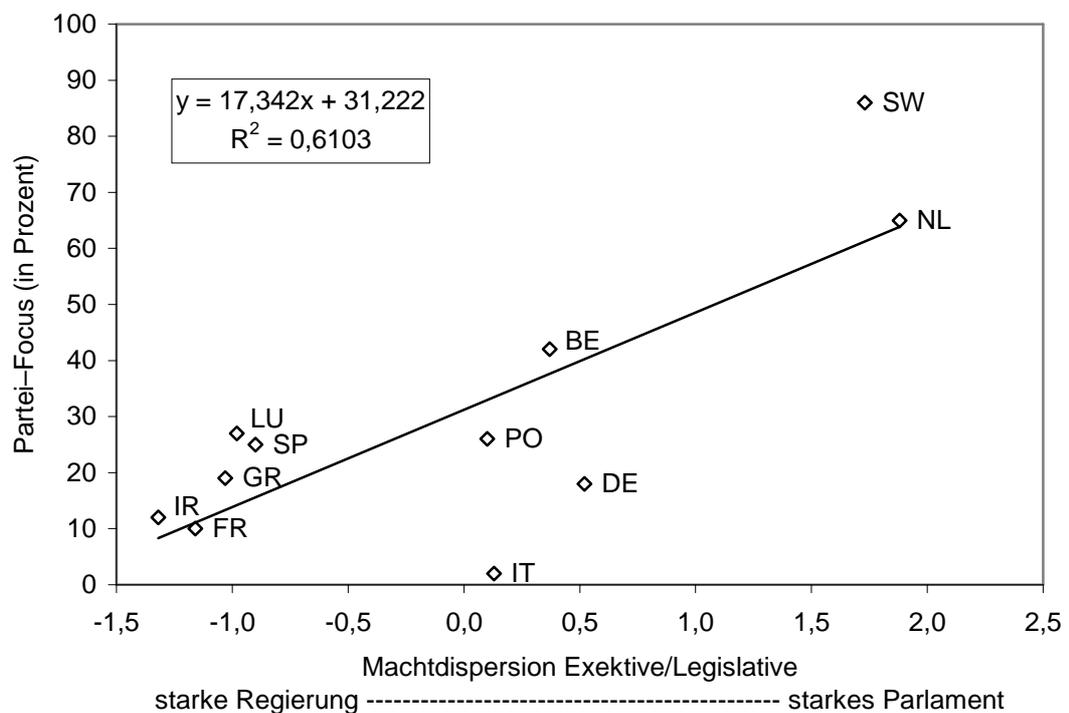
Es zeigt sich, daß der Zusammenhang zwischen Machtdispersion und Partei-Vertreter die erwartete positive Richtung aufweist (je stärker das Parlament, desto mehr Partei-Vertreter) und zudem recht stark ist (Pearsons  $R=0.78$ ). Die Stärke des Zusammenhangs hält auch der graphischen Inspektion des Scatterplots statt: die Verteilung der Länder kann plausibel durch die Regressionsgerade zusammengefaßt werden, allein Italien weist

---

<sup>67</sup> Der zweite Faktor (*Committee Drafting*) erklärt 19,2 Prozent, der dritte Faktor (*Whips' Power*) 12,3 Prozent der Varianz (Döring 1995b:664). Die *Factor Scores* für die 18 westeuropäischen Länder werden von Döring im Anhang wiedergegeben (Döring 1995b:684).

eine recht große und Deutschland und Schweden immerhin eine beachtliche Abweichung vom durch die Regressionsgleichung geschätzten Wert auf. Dieses schlägt sich auch in einem (relativ zum Regressionskoeffizienten) geringen Standardfehler nieder. Da der Regressionskoeffizient nicht auf einfach zu interpretierenden Einheiten basiert, sondern aus Faktorenladungen besteht, ist eine substantielle Interpretation des Effektes des Regierungssystem schwierig. Da es sich dabei um den größten gemessenen Effekt handelt ( $B=17,3$ ), wie Tabelle 4.7 zeigt, kann auf eine gravierende Auswirkung der Machtdispersion auf der Rollen-Focus des Partei-Vertreter ausgegangen werden. Somit kann die Hypothese zum Zusammenhang von Regierungssystem und Partei-Vertreter als bestätigt gelten.

**Schaubild 4.10: Regierungssystem und Repräsentationsrolle – ‚Partei-Vertreter‘**

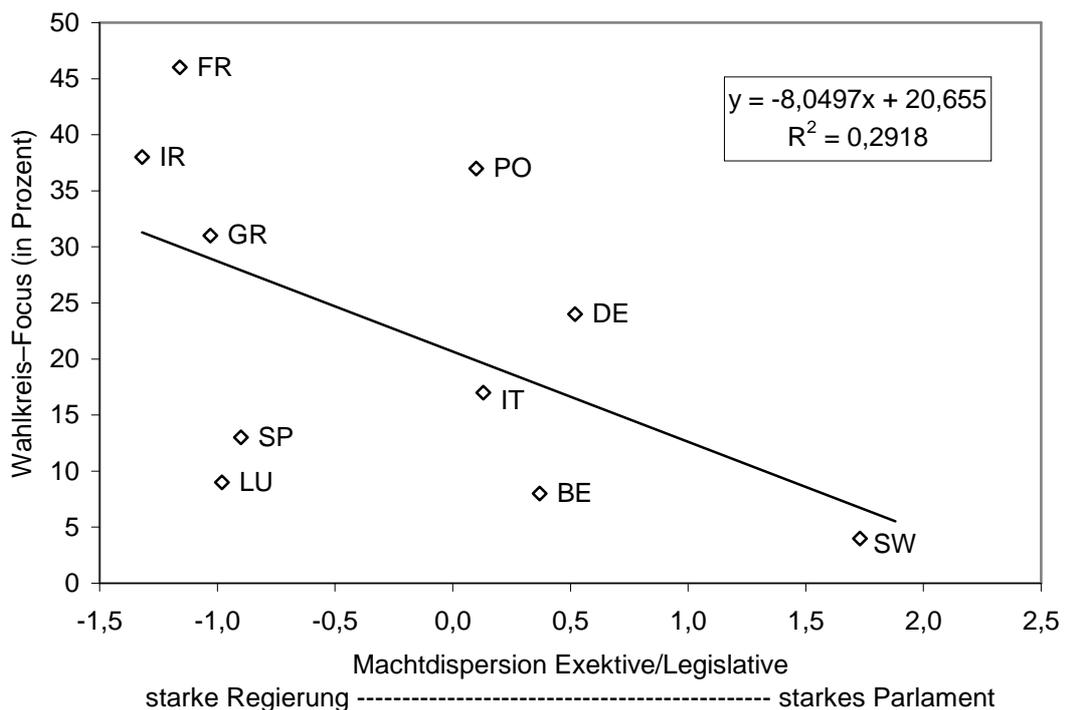


Quelle: European Representation Study; Döring 1995b:684.

Der in Schaubild 4.11 dargestellte Zusammenhang von Regierungssystem und Wahlkreis-Vertreter ist ebenfalls geeignet, unsere Hypothese zu unterstützen. Die Beziehung hat die erwartete Richtung, der Zusammenhang sind recht groß (Pearsons  $R=-.54$ ), der Effekt ist zwar deutlich geringer als derjenige auf den Partei-Vertreter, doch

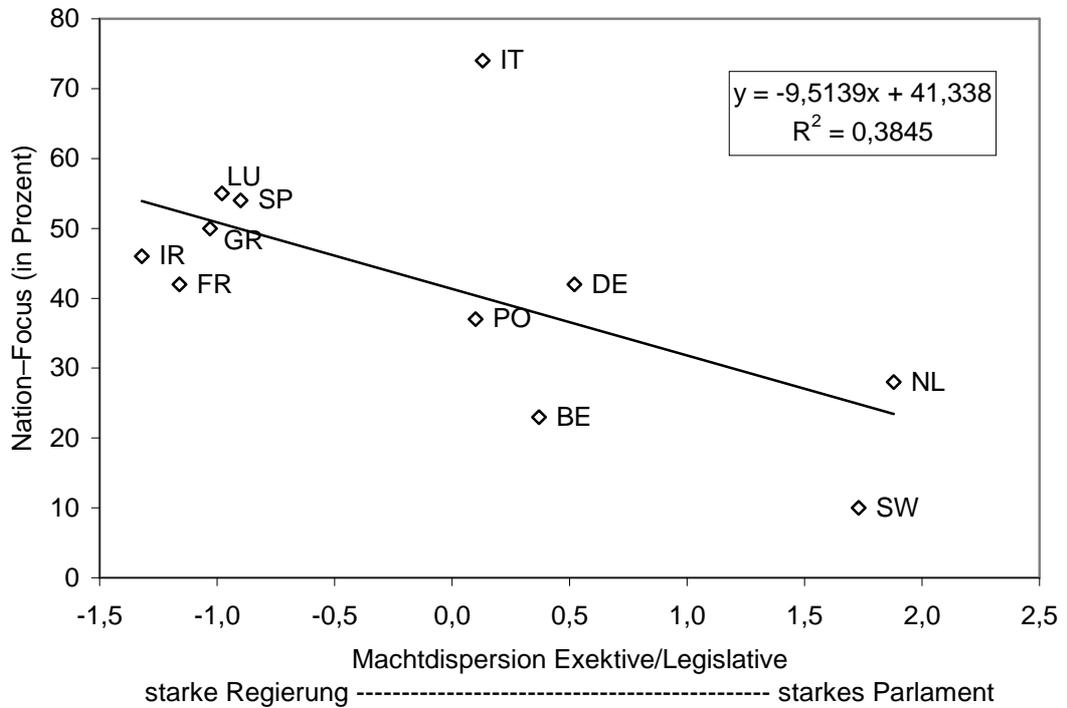
immer noch beachtlich, und der Standardfehler ist recht klein. Die Inspektion des Streudiagramms muß den Zusammenhang jedoch ein wenig relativieren, da die Länder doch zum Teil ganz erheblich von der Prädiktion durch die Regressionsgleichung abweichen. Dieses führt zu dem Schluß, daß die Auswirkung der Machtdispersion auf den Rollen-Focus des Wahlkreis-Vertreter nur als moderat bezeichnet werden kann.

**Schaubild 4.11: Regierungssystem und Repräsentationsrolle – ‚Wahlkreis-Vertreter‘**



Quelle: European Representation Study; Döring 1995b:684.

Gleiches gilt für den in Schaubild 4.12 dargestellten Zusammenhang von Regierungssystem und Nation-Vertreter: auch hier finden wir die erwartete negative Richtung des Zusammenhanges, je stärker das Parlament, desto geringer der Anteil derjenigen Abgeordneten, die sich als Vertreter der ganzen Nation verstehen. Die Regressionsparameter sind in etwa denjenigen der Beziehung von Regierungssystem und Wahlkreis-Vertreter vergleichbar, und auch hier scheint die Verteilung der Länder den doch recht starken Zusammenhang zu relativieren, so daß wir nur von einem moderaten Effekt der Machtdispersion zwischen Parlament und Regierung ausgehen können.

**Schaubild 4.12: Regierungssystem und Repräsentationsrolle – ‚Nation-Vertreter‘**

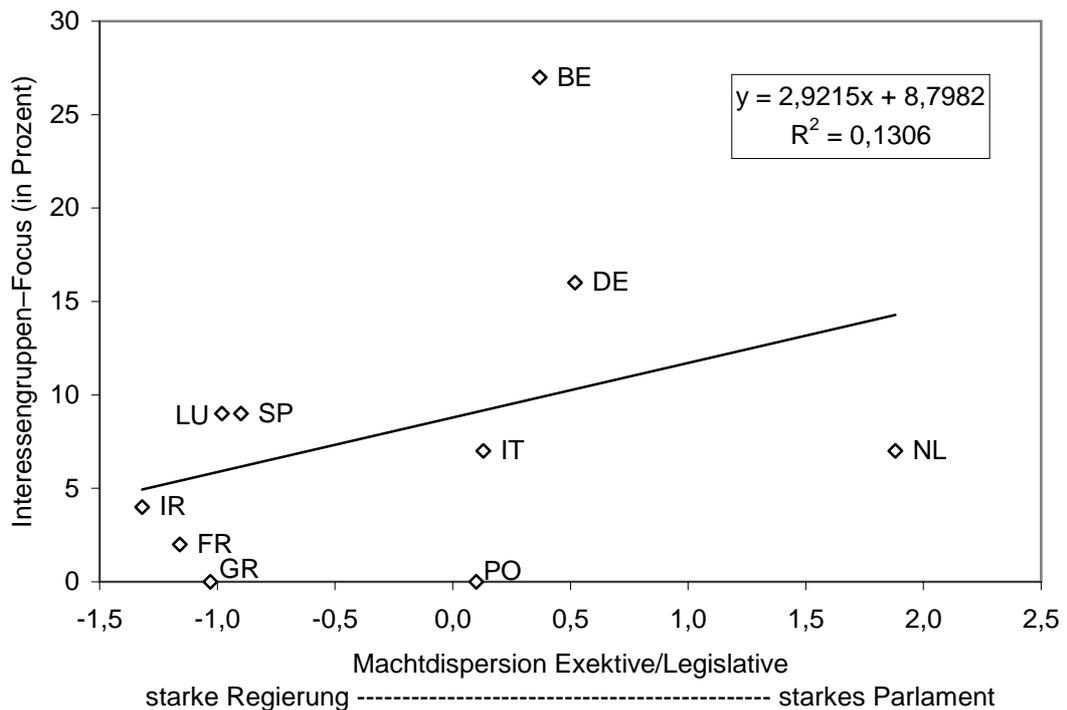
Quelle: European Representation Study; Döring 1995b:684.

Schaubild 4.13 schließlich veranschaulicht den Effekt des Regierungssystem auf den Interessengruppen-Vertreter. Die Regressionsparameter legen eine Bestätigung unserer Hypothese, die einen moderaten positiven Zusammenhang postuliert hatte, nahe (Pearsons  $R=0,36$ ). Doch ist der Effekt deutlich geringer als derjenige auf alle zuvor beschriebenen Ausprägungen der eindeutigen dominanten Repräsentationsrolle ( $B=2,9$ ). Zudem ist die Verteilung der Länder um die Regressionsgerade kaum überzeugend, was auch durch einen erheblichen Standardfehler, der fast so groß ist wie der Regressionskoeffizient, gestützt wird.

Die Auswirkungen der Machtdispersion zwischen Parlament und Regierung auf die verbleibenden Ausprägungen der Repräsentationsrolle stellen sich wie in Tabelle 4.7 wiedergegeben dar: die Zusammenhänge des Regierungssystem auf die aus zwei Foci zusammengesetzten Rollenverständnisse nehmen die erwartete Richtung ein, doch sind die Effekte deutlich geringer als diejenigen der eindeutigen Rollenverständnisse. Zudem sind die Standardfehler im Vergleich zu den Regressionskoeffizienten recht groß, was auf

eine starke Streuung der Länder hinweist. Dieses wird durch die Begutachtung der (im Anhang wiedergegebenen) Scatterplots bestätigt, so daß hier nur von einer geringen Auswirkung der Machtdispersion gesprochen werden kann.

**Schaubild 4.13: Regierungssystem und Repräsentationsrolle – ‚Interessengruppen-Vertreter‘**



Quelle: European Representation Study; Döring 1995b:684.

Anders verhält es sich mit dem aus drei Foci zusammengesetzten Rollenverständnis: abweichend von der Indifferenz-Hypothese kann ein deutlicher, negativer Zusammenhang von Regierungssystem und diesem multiplen Rollenverständnis festgestellt werden. Der Zusammenhang ist vergleichbar groß mit denjenigen Zusammenhängen des Regierungssystems auf Wahlkreis-Vertreter und Nation-Vertreter, der Effekt ist zwar etwas geringer, der Standardfehler ist es jedoch auch, womit die klassischerweise die Überzufälligkeit der Beziehung zum Ausdruck käme. Dies wird durch die Länderverteilung innerhalb des (ebenfalls im Anhang präsentierten) Streudiagramms bestätigt. Die Erklärung für diesen auf den ersten Blick überraschenden Zusammenhang scheint bei erneuter Betrachtung der gemachten Annahmen nicht weiter problematisch, wurde doch dargelegt, daß die Abwesenheit eines starken Parlamentes die Freiräume für

andere Rollenerwartungen als die der Parteikonformität durch die Einnahme eines Partei-Focus erweitert. Dieses scheint sich nicht nur in der verstärkten Adaption eines Wahlkreis- und Nation-Focus niederzuschlagen, sondern auch zu einer Beförderung von Rollenverständnis zu führen, die aus einer Vielzahl an Foci zusammengesetzt sind.

Auf die Style-Dimension dagegen konnte wie erwartet keine Auswirkung der Machtdispersion zwischen Parlament und Regierung festgestellt werden, was sowohl durch die Länderverteilung des Streudiagramms wie auch die Regressionsparameter bestätigt wird.

**Tabelle 4.7: Hypothesen und Ergebnisse zum Einfluß des Regierungssystems auf die Verteilung der Repräsentationsrolle**

Repräsentations- rolle	erwartete Richtung/Stärke	Regierungssystem			Hypothese bestätigt?
		R	B	SE B	
		Machtdispersion Exekutive/Legislativ			
		starke Regierung ----- starkes Parlament			
Nation	–	-0,62	-9,51	4,01	ja (Effekt stärker als erwartet)
Partei	+	0,78	17,34	4,62	ja
Wahlkreis	–	-0,54	-8,05	4,43	ja
Interessengruppe	+	0,36	2,92	2,67	ja
Nation-Wahlkreis	--	-0,42	-1,84	1,50	ja (Effekt schwächer als erwartet)
Nation-Partei	+	0,58	2,46	1,14	ja
Wahlkreis-Partei	+	0,40	2,90	2,34	ja
3fach Focus	=	-0,58	-5,08	2,39	nein
Rollen-Style	=	-0,07	-1,31	6,87	ja

Anm.: + steht für einen positiven, – für einen negativen und = für keinen Zusammenhang

Quelle: European Representation Study; Döring 1995b:684.

Tabelle 4.7 gibt noch einmal einen synoptischen Überblick der erwarteten Zusammenhänge wie der empirischen Ergebnisse. Die Hypothesen scheinen durch die Regressionsanalysen bis auf diejenige zum dreifach zusammengesetzten Rollen-Focus weitestgehend bestätigt, was im Einzelfall aber durch die Verteilungsplots ein wenig abgeschwächt werden mußte, was uns zur Darstellung des Ergebnisses für diesen Unterabschnitt führt:

Conclusio zum Zusammenhang von Regierungssystem und Repräsentationsrolle

Die Auswirkung des Regierungssystems in Gestalt der Machtdispersion zwischen Parlament und Regierung hat eine erhebliche Auswirkung auf unsere Repräsentationsrollen. Der Effekt auf den Partei-Vertreter kann als sehr groß, derjenige auf Wahlkreis-Vertreter und Nation-Vertreter als groß bezeichnet werden. Allein der Effekt auf die Ausprägung des Interessengruppen-Vertreter der eindeutigen dominanten Repräsentationsrolle konnte nicht plausibel nachgewiesen werden. Ein stärkeres Parlament führte demnach zu einem größeren Anteil an Partei-Vertretern, eine stärkere Regierung zu einem größeren Anteil an Wahlkreis-Vertretern und Nation-Vertretern. Auch die Erwartungen zu den multiplen Rollenverständnissen sowie der Style-Dimension der Repräsentationsrolle konnten bestätigt werden, wobei die durch die Regressionsparameter nahegelegten Zusammenhänge nicht immer perfekt mit den Verteilungsplots korrespondierten. Überraschend war allein der nicht erwartete negative Zusammenhang der Machtdispersion auf das aus drei Foci zusammengesetzte Rollenverständnis, was aber durch die Freiräume für andere Rollenverständnisse als diejenige des Partei-Vertreter, die sich in schwachen Parlamenten ergeben, erklärt werden konnte.

#### 4.1.2.4. Intermediäres System

Als viertes und letztes in die Analyse einbezogenes Systemmerkmal wird die Auswirkung des Intermediären Systems auf die Repräsentationsrolle untersucht werden. Ein nur durch Wahlsystem, Parteiensystem und Regierungssystem konstituiertes politisches System ließe einen gewichtigen Aspekt außer Acht: die Vermittlung von Interessen, die nicht direkt von Parteien aufgenommen und in das Entscheidungssystem eingebracht werden. Allein schon durch die Nähe zum theoretischen Ansatz der Funktionalen Repräsentation, welchem wir im vorangegangenen Kapitel den Rollentypus des Interessengruppen-Vertreters zugeordnet haben, ergibt sich die Notwendigkeit der Einbeziehung dieses Systemmerkmals in die Analyse der Bestimmungsgründe der Repräsentationsrolle.

#### Das Intermediäre System und seine Konzeptualisierung

Die Vermittlung von gesellschaftlichen Interessen in das politische System, die nicht auf direktem Wege, über die politischen Parteien, sondern über Interessengruppen erfolgt, ist Gegenstand der Diskussionen um das Intermediäre System, das zuweilen auch mit Begriffen wie Interessenvermittlungs- oder Verbändesystem belegt wird. Grundsätzlich existieren hier zwei unterschiedliche Arten, wie diese Interessen in das politische System vermittelt werden können, die durch die Konzepte von Pluralismus und Korporatismus beschrieben worden sind<sup>68</sup>. Ohne die gesamte Literatur zur Diskussion von Pluralismus und Korporatismus vollständig abzuarbeiten, sollen im folgenden die beiden Ansätze kurz in ihren Grundzügen dargestellt und voreinander abgegrenzt werden.

Fundamentales Unterscheidungskriterium zwischen pluralistischen und korporatistischen Arrangements ist dabei die Rolle des Staates im Prozeß der Interessenvermittlung. Während pluralistische Konzeptionen den freien Wettbewerb konkurrierender Interessen unter Abwesenheit staatlicher Eingriffe betonen, weisen korporatistische Konzeptionen dem Staat eine aktivere Funktion zu. Eine zentraler Begriff korporatistischer Arrangements ist derjenige der Konzertierung, worunter eine Koordinierung von unterschiedlichen Interessen unter Einbeziehung des Staates

---

<sup>68</sup> Korporatismus muß dem Pluralismus nicht als diametral gegenüberstehend betrachtet werden. Es läßt sich auch argumentieren, daß korporatistische Arrangements spezielle Instrumente oder Taktiken innerhalb plural verfaßter Gesellschaften sind (Alemann 2000:3). Doch hier kommt es darauf an, die grundsätzliche Art und Weise, *wie* in einer Gesellschaft Interessenvermittlung strukturiert ist, herauszustellen.

verstanden werden kann. Die Regulierung der Interessenvermittlung kann dabei zur Schaffung von Interessenvertretungsmonopolen und zur Delegation von ehemals staatlichen Kompetenzen an die Interessenorganisationen führen. Beispiele für dezidiert korporatistische Arrangements finden sich in Österreich, Norwegen und Schweden.

Pluralismus und Korporatismus sind dabei, wie empirische Studien zeigen konnten, keine von den anderen Merkmalen eines politischen Systems losgelösten Phänomene: während sich pluralistische Strukturen eher in majoritären Demokratien, wie denjenigen Großbritanniens, Frankreichs, oder der USA, finden, sind korporatistische Arrangements eher ein Kennzeichen konsensualer Demokratien wie beispielsweise der Schweiz, den Niederlanden, oder Schweden (vgl. Lijphart/Crepaz 1991:235).

#### Hypothesen zum Einfluß des Intermediären Systems auf die Repräsentationsrolle

Welche Auswirkung kann nun vom Charakter des Interessenvermittlungssystems auf das Verständnis der Abgeordneten von ihrer Repräsentationsrolle ausgehen? Die Generierung von Hypothesen kann weniger auf die zuvor entwickelten Thesen im Bereich der Rekrutierung, Personalisierung und Professionalisierung zurückgreifen und muß stärker auf die grundsätzliche Bedeutung des Intermediären Systems für die Interessenvermittlung rekurrieren. In dem Sinne handelt es sich beim Intermediären System nicht um ein einfach festzustellendes institutionelles Merkmal. Es charakterisiert vielmehr in einem weiteren Sinne gesellschaftliche Prozesse, die über institutionelle Regelungen weit hinausgehen. So haben stark korporatistisch geprägte Gesellschaften nicht nur eine Auswirkungen auf konkrete Aushandlungsprozesse zwischen bestimmbar Akteuren für ein begrenztes soziales, ökonomisches oder politische Problem, sondern sie konstituieren über den Einzelfall hinausgehend ein Wert- und Normengefüge für die Regulierung gesellschaftlicher Streitfragen. Korporatismus wird damit zu einem wesentlichen Merkmal der politischen Kultur einer Gesellschaft. Dementsprechend lassen sich korporatistische Arrangements in vielen Bereichen wiederfinden, was möglicherweise auch eine Auswirkung auf Prozesse politischer Repräsentation haben kann.

Für unsere Repräsentationsrollen hieße das, daß stark korporatistisch geprägte Gesellschaften durch die Verzahnung von parteienförmiger Willensbildung und Verbändeeinfluß bestimmte Ausprägungen der Repräsentationsrolle befördern, und andere dagegen eher hemmen würden. So dürfte die Rolle des Interessengruppen-Vertreters in korporatistischen Gesellschaften in stärkerem Maße Akzeptanz finden: wo politische Prozesse maßgeblich von organisierten Interessen beeinflusst werden, können

auch verstärkt Erwartungen an die Position des Mandatsträgers gerichtet werden, eine entsprechende Rollenorientierung einzunehmen. In stark korporatistischen Gesellschaften ist auch ein Einfluß organisierter Interessen auf die Rekrutierungsprozesse der Parteien denkbar. Die große Anzahl von Spitzengewerkschaftern in den Reihen der Bundestagsabgeordneten der SPD bis in die 80er Jahre hinein dürfte für diesen Zusammenhang ein anschauliches Indiz sein. Auch konnte empirisch der Verbandseinfluß in den Kontaktmustern von Parlamentariern nachgewiesen werden (Weßels 1993:119), wobei auch hier deutlich wurde, daß sich die Kontaktmuster je nach Partei deutlich unterscheiden: beispielsweise wiesen Abgeordnete der SPD in größerem Maße Kontakte zu den Gewerkschaften auf, während CDU-Abgeordnete häufiger in Kontakt zu Wirtschaftsverbänden standen, was ein Ergebnis der empirischen Analyse des dritten Kapitels dieser Arbeit, in dem eine Kovariation von Interessengruppen-Vertreter und Parteimitgliedschaft ermittelt wurde, einmal mehr bestätigt. Die Richtung der Kommunikation ist dabei eine wechselseitige: Abgeordnete reagieren responsiv auf die Anliegen von Verbandsvertretern, sie suchen aber auch selbständig diese Kontakte und nutzen sie für eigene Zwecke. Durch diese Verzahnung von Politik und organisierten Interessen wird aber auch deutlich, daß in stark korporatistischen Gesellschaften eine häufigere Einnahme eines Partei-Focus angenommen werden kann. Schließlich haben nicht nur die organisierten Interessen in Gestalt von Verbänden eine privilegierte Stellung im politischen Prozeß, sondern auch den Parteien kommt eine stärkere Bedeutung bei der Aufnahme und Transformation von durch Interessengruppen indizierten Einfluß zu.

Dieses führt uns andererseits zu der Vermutung, daß in korporatistischen Gesellschaften, die eine Präferenzierung von Partei- und Interessengruppen-Focus nahelegen, die beiden territorial geprägten Foci des Wahlkreis- und Nation-Vertreter von geringerer Bedeutung sind und dementsprechend eine geringere Häufigkeiten aufweisen. Positiv begründet, stehen pluralistisch verfaßte Gesellschaften für Wettbewerb statt Konkordanz, für Konkurrenz statt Konzertierung, Elemente, die beispielhaft für majoritäre Demokratien stehen. Fehlende Konzertierung gibt damit Raum für eine stärkere Konkurrenz von Abgeordneten um die Erringung des Mandates, was für den (erfolgreichen) Mandatsbewerber eine stärkere Fokussierung auf den Wahlkreis nahelegt. Dies gilt ebenso, aber vermutlich in deutlich schwächerem Ausmaß, für den Nation-Vertreter: zwar greift hier nur eingeschränkt das Argument des schärferen Mandatswettbewerbs, doch auch diese Ausprägung der Repräsentationsrolle kann erst durch die Abwesenheit korporatistischer Arrangements zu größerer Bedeutung gelangen.

Prononcierter formuliert führen uns diese Wirkungszusammenhänge zu folgenden Hypothesen zum Einfluß des Intermediären Systems auf die Repräsentationsrolle der Abgeordneten:

*Hypothese zum Einfluß des Intermediären Systems:*

*Je korporatistischer die Interessenvermittlungsstrukturen, ...*

*... desto größer der Anteil an Partei-Vertretern und Interessengruppen-Vertretern;*

*... desto kleiner der Anteil an Wahlkreis-Vertretern und Nation-Vertretern.*

Für die Auswirkung von pluralistisch versus korporatistisch strukturierten Gesellschaften auf die weiteren Ausprägungen der Repräsentationsrolle können die gleichen Annahmen wie in den vorangegangenen Abschnitten getroffen werden. Das heißt, daß die gleichgerichteten, aus zwei Foci zusammengesetzten Rollenverständnisse die gleiche Beziehungen aufweisen müßten wie die aus einem einzigen Focus bestehenden Rollenverständnisse; von der Kombination aus Partei-Focus und Nation- oder Wahlkreis-Focus wird erwartet, daß die Parteikomponente durchschlägt; für das aus drei Foci bestehende Rollenverständnis sowie für die Style-Dimension wird angenommen, daß kein Zusammenhang durch das Regierungssystem konstituiert wird.

#### Ein Pluralismus/Korporatismus-Index als Indikator für das Intermediäre System

Während auf der Konzeptebene überwiegend Einigkeit besteht, was die Abgrenzung von Pluralismus und Korporatismus angeht, ist die Überführung der Konzepte in empirisch meßbare Indikatoren wie so häufig ungleich schwieriger, vielschichtiger und umstrittener. Die vorliegende Arbeit wird auf ein neueres Meßkonzept von Alan Siaroff (zurückgreifen, welches eine Fülle von Operationalisierung anderer Studien berücksichtigt und zudem bereits empirisch erprobt wurde (Lijphart 1999:171-184)<sup>69</sup>. Der von Siaroff (1998) präsentierte Index umfaßt insgesamt 24 Länder über vier Dekaden (die erfaßten Zeitpunkte sind: Ende der 60er, Ende der 70er, Ende der 80er, und Mitte der 90er Jahre). Er basiert auf acht Indikatoren, die jeweils auf einer Skala von 1 bis 5 kodiert

---

<sup>69</sup> Lijphart ergänzt die Siaroff-Daten um die für seine Studie fehlenden Länder und nimmt eine Transformation der Daten vor, die jedoch nicht nachvollzogen werden konnte. Für unsere Analysen wurde mit den Originaldaten von Siaroff gearbeitet.

wurden, wobei 1 den pluralistischen Pol und 5 den korporatistischen Pol einnimmt (Siaroff 1998:28-30):

- „Annual average level of strike volumes;
- Nature and goals of trade unions;
- Legal and state support for unions and union power;
- Nature of economic ties and outlook of firms;
- Extent of co-determination in the workplace;
- Nature of national industrial adjustment and wage setting;
- Extent of ‘generalized political exchange’ in industrial relations and national policy-making;
- General nature of public-private interaction“.

Die Ratings auf der 5er Skala stützten sich auf Experteneinschätzungen, die von Siaroff insgesamt 23 empirischen Studien entnommen wurden. Der Siaroff-Index gibt den Mittelwert über alle acht Indikatoren wieder. Für die von uns untersuchten Ländern variieren der Siaroff-Index für die 90er Jahre, der Werte zwischen 1 für eine extrem pluralistische Gesellschaft und 5 für eine extrem korporatistische Gesellschaft einnehmen kann, zwischen dem Wert 2 für Griechenland und dem Wert 4,625 für Schweden, was intuitiv plausibel und dem *conventional wisdom* zu entsprechen scheint.

#### Die Analyse des Zusammenhanges von Intermediärem System und Repräsentationsrolle

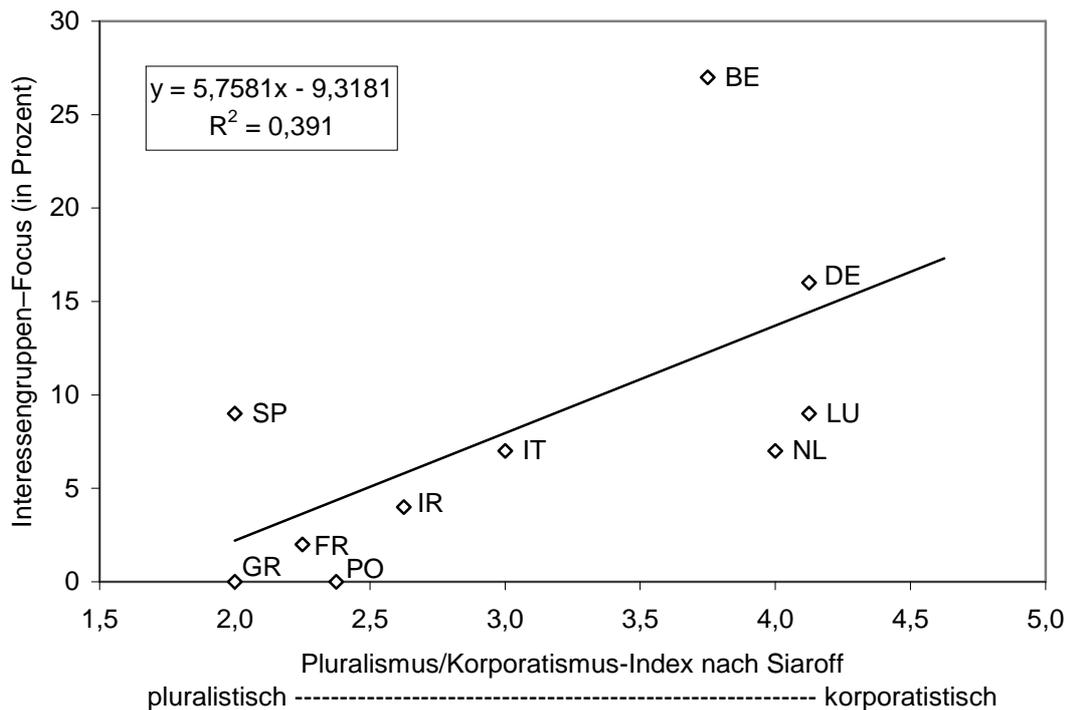
Begonnen wird die Analyse der Auswirkung des Intermediären Systems auf die Ausprägungen der eindeutigen dominanten Repräsentationsrolle diesmal mit dem Interessengruppen-Vertreter (Schaubild 4.14), weil wir hier eine eindeutige Beziehung vermutet hatten.

Sowohl die Regressionsparameter als auch das Streudiagramm sind geeignet, unsere Hypothese zu bestätigen. Größe und Richtung des Zusammenhanges (Pearsons  $R=.63$ ) belegen die Vermutung, daß korporatistischere Gesellschaften einen höheren Anteil an Interessengruppen-Vertreter aufweisen als pluralistischere. Der Effekt kann als erheblich bezeichnet werden: Eine Verschiebung des Charakters des Interessenvermittlungssystems um durchschnittlich einen Skalenpunkt (von fünf möglichen) führte zu einer Zunahme an Interessengruppen-Vertretern um fast sechs Prozent. Der Standardfehler ist recht gering, was auch durch das Streudiagramm bestätigt wird.

Von den eher pluralistischen Ländern weicht allein Spanien erheblich von dem durch die Regressionsgleichung geschätzten Wert ab. Im Lager der eher korporatistisch

strukturierten Ländern gibt es dagegen eine erheblichere Streuung um die Regressionsgerade: die Niederlande und Luxemburg weichen beträchtlich, und Belgien gravierend von der Schätzung ab.

**Schaubild 4.14: Intermediäres System und Repräsentationsrolle –  
„Interessengruppen-Vertreter“**



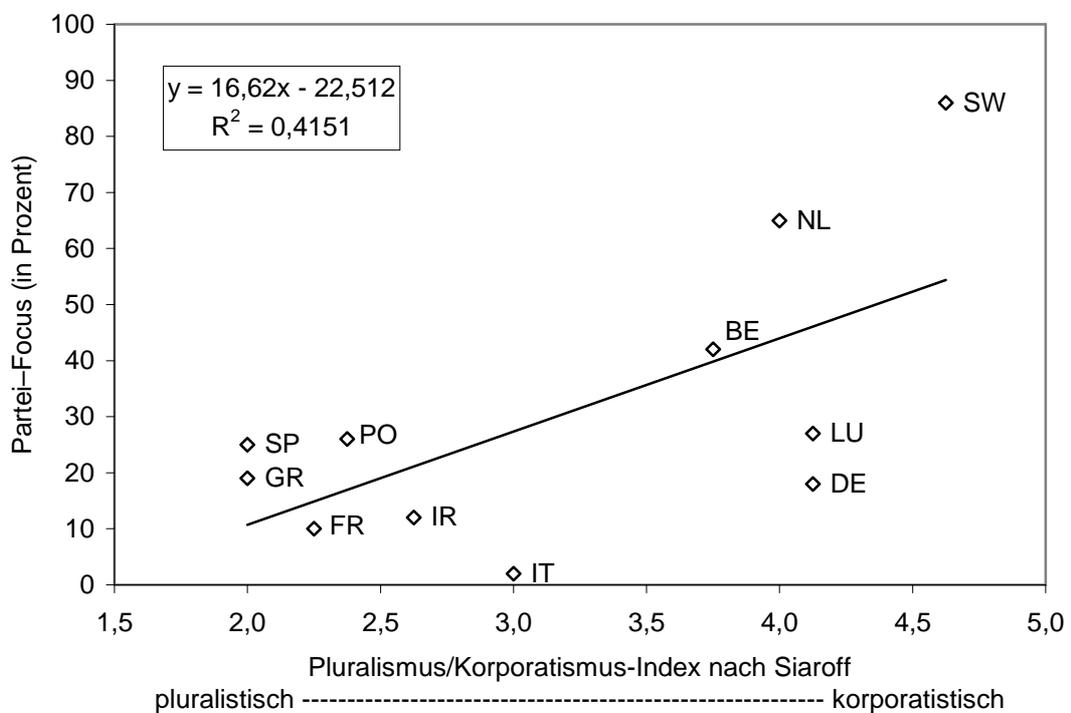
Quelle: European Representation Study; Siaroff 1998.

Ein mögliche Erklärung für den bedeutend höher als geschätzten Anteil an Interessengruppen-Vertretern in Belgien kann in der Zersplitterung der Gesellschaft durch die zwei Sprach- und Kulturgemeinschaften gesehen werden, was dazu führt, daß sich belgische Parlamentarier nicht ausschließlich als Vertreter einer Interessengruppe im klassischen, sozio-ökonomischen Sinne verstehen, sondern sich häufiger als Repräsentanten ihrer sprachlichen Gruppe sehen, was durch die Auswertung der offenen

Antworten auf die Frage nach der repräsentierten Interessengruppe auch bestätigt werden kann<sup>70</sup>.

Auch die Hypothese zum Partei-Vertreter scheint durch das Regressionsmodell bestätigt werden zu können, wie dem Schaubild 4.15 entnommen werden kann. Der Zusammenhang weist die erwartete positive Richtung und Stärke auf (Pearsons  $R=0.64$ ), der Effekt ist mit  $B=16,6$  im Vergleich zu demjenigen auf den Interessengruppen-Vertreter sehr hoch, was angesichts der unterschiedlichen Niveaus dieser beiden Rollentypen aber nicht weiter erstaunlich ist.

**Schaubild 4.15: Intermediäres System und Repräsentationsrolle – ‚Partei-Vertreter‘**



Quelle: European Representation Study; Siaroff 1998.

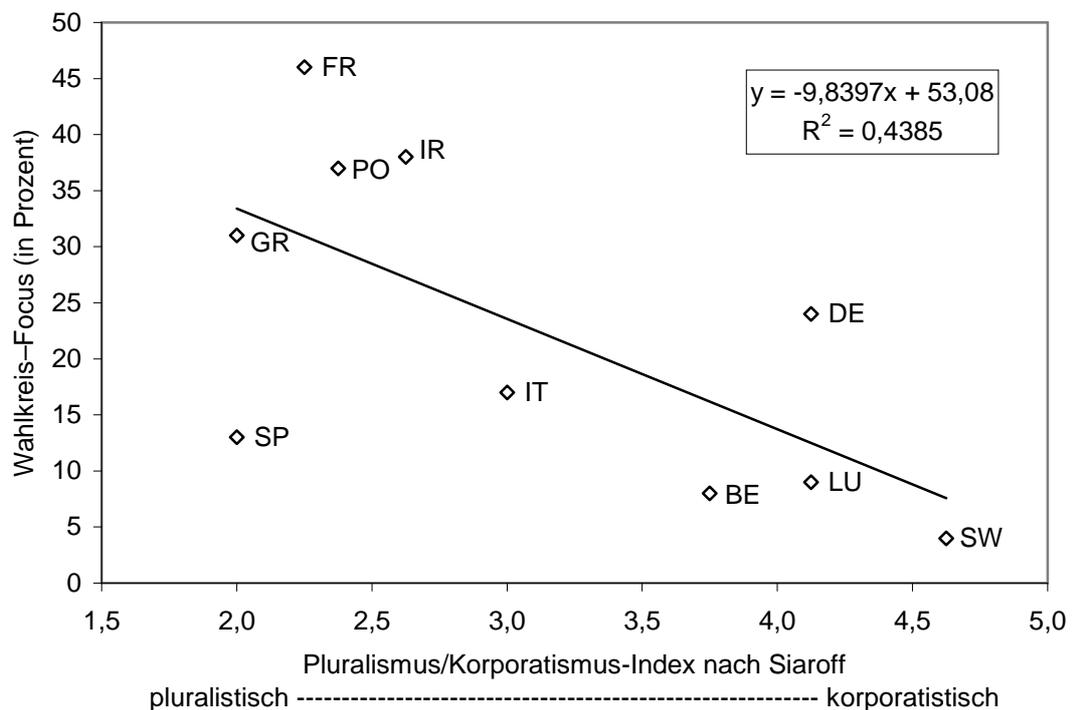
Die Streuung der Werte um die Regressionsgerade (Standardfehler=6,6) scheint allerdings so erheblich, daß der große Zusammenhang relativiert werden muß. Ein Blick

<sup>70</sup> Die offenen, ungestützten Nennungen des Interessengruppen-Focus konnten für die belgischen Abgeordneten nicht komplett erfaßt und ausgewertet werden. Ein flüchtiger Blick durch die Fragebögen brachte jedoch häufiger Äußerungen wie „communauté germanophone“ (sic!) oder „Brusselse Vlamingen“ zutage.

auf den Scatterplot offenbart erhebliche Abweichungen von den durch die Regressionsgleichung geschätzten Werten. Zwei Cluster von Ländern können hier beobachtet werden: zum einen die eher pluralistisch strukturierten Gesellschaften mit einem geringen Anteil an Partei-Vertretern. Und zum anderen die eher korporatistischen Länder, deren Anteil an Partei-Vertretern allerdings erheblich variiert: während Belgien, die Niederlande und Schweden, der Verteilungshypothese entsprechend, hohe Anteile an Partei-Vertretern aufweisen, kann für Deutschland und Luxemburg nur ein relative geringer Anteil beobachtet werden. Somit kommen wir zum dem Schluß, daß der grundlegende Wirkungsmechanismus bestätigt werden kann, der Zusammenhang jedoch kein perfekter ist und einige leicht abweichende Fälle zu konstatieren sind.

Ähnliches kann für die Auswirkung des Intermediären Systems auf den Wahlkreis-Vertreter festgestellt werden (Schaubild 4.16).

**Schaubild 4.16: Intermediäres System und Repräsentationsrolle – ‚Wahlkreis-Vertreter‘**



Quelle: European Representation Study; Siaroff 1998.

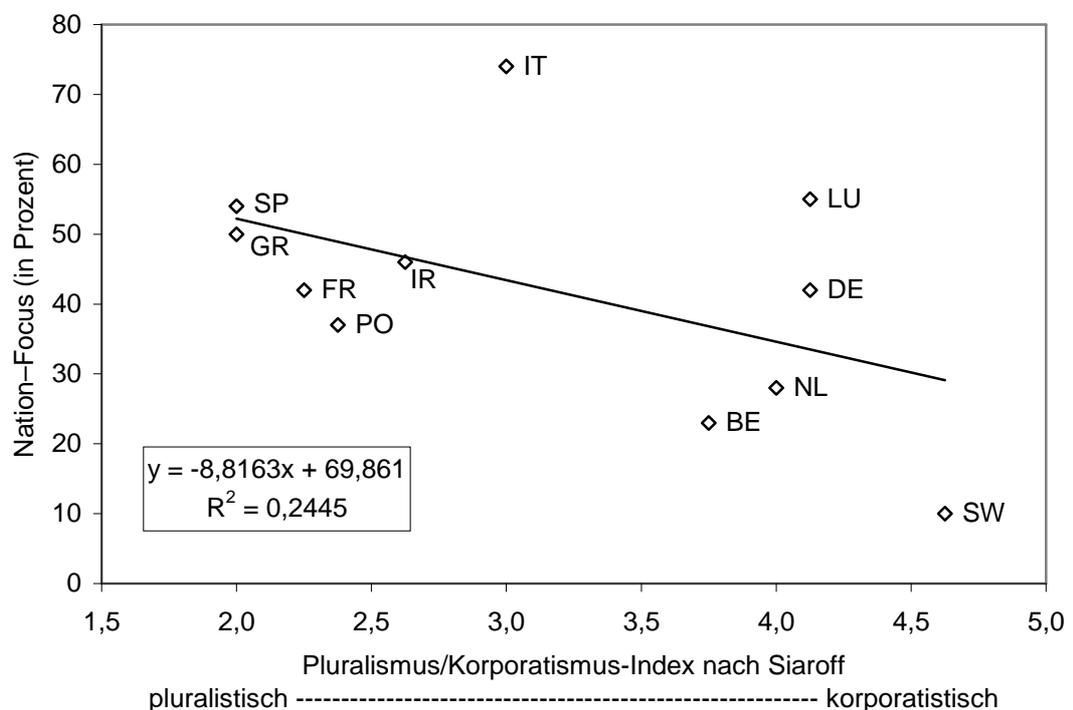
Die Hypothese scheint der Richtung und Stärke nach bestätigt (Pearsons  $R = -.66$ ), der Effekt ist recht groß ( $B = -9,8$ ) und der Standardfehler relativ gering ( $SE B = 3,9$ ). Auch

hier zeigt Inspektion des Streudiagramms wiederum zwei Cluster von Ländern, die den Zusammenhang grundsätzlich bestätigen: eher pluralistische Gesellschaften mit einem hohen Anteil an Wahlkreis-Vertreter und eher korporatistische Gesellschaften mit geringem Anteil an Abgeordnete mit ein Wahlkreis-Focus, wobei in jedem Cluster ein Land von diesem Muster abweicht (Spanien bei den pluralistischeren und Deutschland bei den korporatistischeren Ländern).

Doch innerhalb der Ländergruppen kann der postulierte Zusammenhang nicht beobachtet werden, gerade das Clusters der pluralistischeren Länder scheint hier eher die andere Richtung des Zusammenhanges einzunehmen. Somit kann auch für den Effekt des Intermediären Systems auf den Wahlkreis-Focus von einem generellen positiven Zusammenhang ausgegangen werden, der je keine perfekte Beziehung darstellt.

Auch auf den Nation-Vertreter kann die postulierte Auswirkung des Intermediären Systems durch die empirische Analyse belegt werden (Schaubild 4.17).

**Schaubild 4.17: Intermediäres System und Repräsentationsrolle – ‚Nation-Vertreter‘**



Quelle: European Representation Study; Siaroff 1998.

Der Zusammenhang hat die erwartete negative Richtung und Stärke (Pearsons  $R=-.49$ ), der Regressionskoeffizient weist mit  $B=-8,8$  ein vergleichbar großen Effekt wie beim Wahlkreis-Focus auf, doch ist der Standardfehler ( $SE B=5,1$ ) deutlich größer.

Die Inspektion des Scatterplots kann die recht große Streuung um die durch die Regressionsgleichung geschätzten Werte bestätigen, allerdings zeigt sich hier ein auffälliges Muster: während die pluralistischeren Länder nur recht gering von der Schätzung abweichen, streuen die eher korporatistisch geprägten Gesellschaften erheblich stärker. Gerade Luxemburg und Deutschland weisen erheblich mehr Nation-Vertreter auf, als es die linear Regressionsschätzung vorhergesagt hätte. Eine ebenfalls erhebliche Abweichung kann für Italien konzediert werden, was eine mittlere Position zwischen eher pluralistischen und eher korporatistischen Ländern einnimmt. Alles in allem konnten auch für die vermutete Auswirkung des Intermediären Systems auf den Nation-Focus keine perfekten Zusammenhänge aufgefunden, wohl aber ein der Richtung nach deutlicher Wirkungszusammenhang bestätigt werden.

Die Ergebnisse der Analysen zur Auswirkung des Interessenvermittlungssystems auf die übrigen Ausprägungen des Rollen-Focus sind in Tabelle 4.8 dargestellt.

**Tabelle 4.8: Hypothesen und Ergebnisse zum Einfluß des Intermediären Systems auf die Verteilung der Repräsentationsrolle**

Repräsentationsrolle	erwartete Richtung/Stärke	Intermediäres System			Hypothese bestätigt?
		R	B	SE B	
Nation	-	-0,49	-8,82	5,17	ja
Partei	+	0,64	16,62	6,58	ja (Effekt stärker als erwartet)
Wahlkreis	--	-0,66	-9,84	3,94	ja
Interessengruppe	++	0,63	5,76	2,54	ja
Nation-Wahlkreis	-	-0,48	-2,11	1,45	ja
Nation-Partei	+	0,48	2,33	1,44	ja
Wahlkreis-Partei	+	0,12	0,90	2,53	nein
3fach Focus	=	-0,37	-3,77	3,17	nein
Rollen-Style	=	0,33	7,32	7,40	nein

Anm.: + steht für einen positiven, - für einen negativen und = für keinen Zusammenhang

Quelle: European Representation Study; Siaroff 1998.

Bei den Zweifachkombinationen können die Annahmen mit einer Ausnahme als bestätigt gelten: die Beziehung von Intermediärem System und Wahlkreis-Partei-Focus

hat zwar die erwartete Richtung, kann jedoch durch einen Korrelationskoeffizienten von .12 kaum als überzeugend betrachtet werden. Der Effekt ist zudem sehr gering, und der Standardfehler sehr groß, so daß wir hier nicht von einem Zusammenhang ausgehen können.

Ebenso wie beim Effekt des Regierungssystems kann auch die Erwartung der Indifferenz der Beziehung von Intermediärem System und dem durch drei Foci charakterisiertem Rollenverständnis durch die Regressionsanalyse nicht bestätigt werden: der Zusammenhang ist negativ und von beträchtlicher Größe (Pearsons  $R=-.37$ ). Doch weist schon der erhebliche Standardfehler auf eine erhebliche Streuung der Werte hin, welche durch die Inspektion des (im Anhang wiedergegebenen) Scatterplots verifiziert werden kann. Der Zusammenhang scheint allein zwei extremen Ländern, Griechenland und den Niederlanden, geschuldet, so daß hier die Indifferenz-Hypothese nach wie vor als gerechtfertigt betrachtet werden kann.

Gleiches gilt für die Auswirkung des Interessenvermittlungssystems auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle: der von den Regressionsparametern suggerierte Zusammenhang wird durch einen erheblichen Standardfehler und eine große Streuung der Länder um die Regressionsgerade in Zweifel gezogen, weshalb auch hier die Null-Hypothese als gültig angenommen wird.

#### Conclusio zum Zusammenhang von Intermediärem System und Repräsentationsrolle

Die Untersuchung des Intermediären Systems, konzeptualisiert als Entgegensetzung von pluralistischer und korporatistischer Vermittlung von Interessen und gemessen mit einem komplexen, von Alan Siaroff entwickelten Index, als eine Determinante der Repräsentationsrolle hat eine erhebliche Auswirkung auf die Rollenverständnisse der Abgeordneten zutage gefördert. Auf den Nation-Vertreter konnte ein moderater, auf alle anderen Ausprägungen der eindeutigen dominanten Rollenorientierung ein großer Effekt festgestellt werden. Korporatistischere Gesellschaften weisen einen größeren Anteil an Partei-Vertretern und Interessengruppen-Vertretern auf, pluralistischere Gesellschaft favorisieren eher den Wahlkreis-Vertreter und Nation-Vertreter. Die Einflußlogiken der eindeutigen dominanten Rollenorientierungen konnten auch für die aus mehreren Foci zusammengesetzten Ausprägungen festgestellt werden, wobei die Effekte deutlich geringer, die Standardfehler und Streuungen deutlich größer waren. Das erwartete Fehlen eines Zusammenhanges von Interessenvermittlungssystem und dreifachem Rollen-Focus sowie der Style-Dimension der Repräsentationsrolle konnte ebenfalls bestätigt werden.

### 4.1.3. Bestimmungsgründe auf der Makro-Ebene im Vergleich

Die Untersuchung von Bestimmungsgründen auf der Makro-Ebene hat versucht, die Effekte von vier Merkmalen des politischen Systems auf die Repräsentationsrolle der Abgeordneten zu evaluieren. Es konnte gezeigt werden, daß zumindest drei Makro-Determinanten, Wahlsystem, Regierungssystem und Intermediäres System, eine erhebliche Erklärungskraft für die Verteilung der Repräsentationsrollen in den untersuchten elf Ländern beanspruchen können. Nur das Parteiensystem erschien in seiner Erklärungsstärke nur von eingeschränktem Prädiktionsvermögen für die Verteilung der Rollenverständnisse.

Hier stellt sich nun natürlich die Frage, ob die untersuchten Makro-Determinanten unabhängig voneinander jeweils eine eigenständige Erklärungskraft für die Adaption von Repräsentationsrollen beanspruchen können, oder aber ob sie miteinander in Verbindung stehen, miteinander kovariieren? Es muß also gefragt werden, ob ein jedes Systemmerkmale etwas unterschiedliches mißt, und damit jeweils eine andere, eigenständige Dimension des politischen Systems abbildet, oder ob die vier Systemmerkmale nur unterschiedliche Operationalisierungen für das gleiche latente Konstrukt darstellen.

#### Die Zusammenhänge unter den Systemmerkmalen

Die Prüfung dieser Frage kann begonnen werden mit der Betrachtungen der bivariaten Korrelationen der vier Systemmerkmale untereinander, wie sie in Tabelle 4.9 wiedergeben sind. Es kann festgestellt werden, daß alle vier Bestimmungsgründe mehr oder weniger starke Beziehungen zueinander aufweisen. Der schwächste Zusammenhang kann für die untersuchten elf Länder zwischen Wahl- und Parteiensystem festgestellt werden: die Richtung entspricht unserer Erwartung, eine große Anzahl an Parteien steht negativ in Beziehung zur Höhe der Disproportionalität, d.h. je proportionaler ein Wahlsystem ist, um so mehr Parteien wird es hervorbringen, was einem gut bekannten Tatbestand der vergleichenden Wahlsystemforschung entspricht, wie bereits oben dargelegt wurde. Allein die Stärke des Zusammenhanges ist beachtenswert, wird doch allgemein wenn nicht von einer Determinierung des Parteiensystems durch das Wahlsystem ausgegangen, so doch von einer sehr starken Beziehung, was durch unsere Daten für die untersuchten Länder nicht bestätigt werden kann. Eine Korrelation von  $-0.29$  erlaubt zwar, von einem Zusammenhang zu sprechen, doch kann dieser als eher moderat aufgefaßt werden. Gleiches gilt im übrigen für alle bivariaten Zusammenhänge mit dem

Parteiensystem, die niemals eine größere Korrelation als .44 aufweisen. Die Korrelationen von Wahlsystem, Regierungssystem und Intermediärem System liegen zwischen .71 und .77, was einen starken Zusammenhang konstituiert.

**Tabelle 4.9: Korrelationstafel der vier Makro-Determinanten (Pearsons R)**

Var. Nr.	Systemmerkmal	Indikator
[ 1 ]	Wahlsystem	Disproportionalität von Stimm- und Sitzverteilung
[ 2 ]	Parteiensystem	Effective Number of Parliamentary Parties
[ 3 ]	Regierungssystem	Machtdispersion Exekutive/Legislative
[ 4 ]	Intermediäres System	Pluralismus versus Korporatismus

	[ 1 ]	[ 2 ]	[ 3 ]	[ 4 ]
[ 1 ]	–	–	–	–
[ 2 ]	-0,29	–	–	–
[ 3 ]	-0,77 **	0,40	–	–
[ 4 ]	-0,72 **	0,44	0,71 *	–

Anmerkung: \*\* signifikant auf dem 1 % Niveau; \* signifikant auf dem 5 % Niveau

Quelle: Eigene Zusammenstellung; Döring 1995b:684; Siaroff 1998.

Durch die Untersuchung der bivariaten Zusammenhänge der vier Systemmerkmale kann also festgestellt werden, daß zumindest drei der vier Determinanten stark miteinander korrelieren, was nahelegt, daß sie durch eine latente Variable erklärt bzw. zusammengefaßt werden könnten. Dieses wird durch die dimensionale Analyse der vier Variablen bestätigt<sup>71</sup>, wodurch sich die weitere Verdichtung der Systemmerkmale zu einem einzigen Konstrukt geradezu aufdrängt und später noch zu prüfen sein wird.

<sup>71</sup> Die Ergebnisse der Faktorenanalyse seien hier in Kurzform wiedergegeben: die Hauptkomponentenanalyse weist nur einen starken Faktor mit einem Eigenvalue von 2,7 aus, der fast zwei Drittel der Varianz (67,9 Prozent) erklären kann. Die drei hoch korrelierten Merkmale laden sehr hoch auf diesem Faktor (Wahlsystem = –.88; Regierungssystem = .90; Intermediäres System = .89). Wenn wir den zweiten Faktor, der einen Eigenvalue von 0,77 hat, was noch einmal 19,3 Prozent der Varianz zusätzlich erklärt, in die Analyse einbeziehen und die rotierte Lösung (Varimax) betrachten, tritt dieses Muster noch deutlicher hervor: Wahl-, Regierungs- und Intermediäres System laden weiterhin sehr hoch auf dem ersten und kaum auf

### Die Erklärungskraft aller Systemmerkmale

Die Korrelationsmatrix wirft das Problem auf, daß wir nicht wissen, ob die gemessenen Effekte der vier Systemmerkmale allein auf diese zurückzuführen sind, oder aber einem Zusammenspiel aller Makro-Determinanten geschuldet sind, bzw. auf eine latente Variable zurückgehen, welche mit den Systemmerkmalen hoch korreliert ist. Zur Prüfung, welche Effekte welchen Systemmerkmalen zugerechnet werden können, wurde eine Diskriminanzanalyse durchgeführt. Diese ist geeignet, empirisch die Frage zu klären, ob und in wie weit Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen, hier: unseren Ausprägungen des Rollen-Focus, durch bestimmte unabhängige Variablen erklärt werden können (vgl. Backhaus/Erichson/Plinke/Weiber 1996:91). Mittels eines einfachen diskriminanzanalytischen Modells können zwei Fragen beantwortet werden: erstens, welche der vier Systemmerkmale sind geeignet, die Unterschiede in der Verteilung der Repräsentationsrolle in den elf untersuchten Ländern wie gut zu erklären. Hier wird also nach der Güte, der Erklärungskraft der Systemmerkmale in Relation zueinander gefragt. Und zweitens, wie gut können die vier Systemmerkmale unsere vier Ausprägungen der eindeutigen dominanten Repräsentationsrolle erklären, bzw. vorhersagen. Hier kann nach der Erklärungskraft aller vier Makro-Determinanten zusammen gefragt werden.

Die erste Frage findet Beantwortung durch die Analyse der Struktur des Zusammenhanges der geschätzten Diskriminanzfunktionen mit den unabhängigen Variablen, also unseren Systemmerkmalen, die in Tabelle 4.10 wiedergegeben ist. Wie wir sehen, können die Gruppenunterschiede der abhängigen Variable durch zwei Faktoren erklärt werden, wobei der erste Faktor fast 80 Prozent der Varianz erklärt. Mit diesem Faktor korrelieren drei der vier Systemmerkmale sehr hoch: erneut sind es Wahlsystem (-.88), Regierungssystem (.93) und Intermediäres System (.83), die einen vergleichbar hohen Wert erreichen. Nur das Parteiensystem weist nur eine moderate Korrelation mit der ersten Funktion (.38), dafür aber als einziges Makro-Charakteristikum eine sehr hohe Korrelation mit der zweiten Funktion (.84) auf, während alle andern Systemmerkmale kaum oder nur sehr schwach mit der zweiten Funktion korrelieren. Aus den Korrelationen mit den Diskriminanzfunktionen läßt sich schließen, daß drei der vier untersuchten Makro-Determinanten gleichermaßen gut die Gruppenunterschiede, d.h. die Verteilung der Repräsentationsrolle in den untersuchten Ländern, erklären. Alleinig das

---

dem zweiten Faktor, während das Parteiensystem nur noch gering (.20) auf dem ersten und sehr hoch (.97) auf dem zweiten Faktor lädt.

Parteiensystem scheint eine geringere Erklärungskraft für die Rollenverständnisse der Parlamentarier zu haben, was mit dem Ergebnis der Analysen des vorherigen Abschnittes gut übereinstimmt, da das Parteiensystem die einzige Determinante war, welche die Verteilung der Repräsentationsrolle nur eingeschränkt, nämlich alleine für zwei Ausprägungen der Repräsentationsrolle (Wahlkreis-Vertreter und Interessengruppen-Vertreter), erklären konnte.

**Tabelle 4.10: Struktur des diskriminanzanalytischen Modells des Einflusses der vier Systemmerkmale auf die Repräsentationsrolle**

<b>Korrelationen mit den Diskriminanzfunktionen</b>		
	<b>Funktion 1</b>	<b>Funktion 2</b>
<b>Prozent erklärter Varianz</b>	<b>79,74</b>	<b>20,25</b>
Wahlsystem	-0,88	-0,03
Parteiensystem	0,38	0,84
Regierungssystem	0,93	-0,13
Intermediäres System	0,83	0,24

Anm.: Diskriminanzanalyse auf der Aggregatebene, gewichtet mit der Rollenverteilung; N=40.

Die zweite Frage nach der gemeinsamen Erklärungskraft aller Systemmerkmale auf die Verteilung der Ausprägungen der Repräsentationsrolle kann geprüft werden durch den Vergleich der aufgefundenen Verteilung mit der durch die Diskriminanzfunktionen geschätzten Verteilung. Anders formuliert, kann mittels der Diskriminanzanalyse geprüft werden, ob die Kenntnis der vier untersuchten Systemmerkmale die Prädiktion der Gruppenzugehörigkeiten verbessern würde. Das Ergebnis der Analyse ist in Tabelle 4.11 wiedergegeben. Die grau unterlegten Feldern markieren den hier bedeutsamen Vergleich von tatsächlicher und vorhergesagter Rollenverteilung. Ohne Kenntnis der unabhängigen Variablen wäre die Wahrscheinlichkeit der Zugehörigkeit zu einer der Gruppen identisch, es würde eine Häufigkeit von 25 Prozent einer jeden Gruppen geschätzt werden. Wie wir sehen, kann die Kenntnis der Makro-Determinanten die Schätzung für drei der vier Ausprägungen der Repräsentationsrolle erheblich verbessern: etwa 51 Prozent der Parteivertreter, 56 Prozent der Wahlkreis-Vertreter und 53 Prozent der Interessengruppen-Vertreter könnten durch Kenntnis der vier Systemmerkmale korrekt klassifiziert werden. Im Vergleich zur Ausgangswahrscheinlichkeit läßt sich die Trefferquote korrekt geschätzter Ausprägungen der Repräsentationsrolle für drei Rollenorientierungen ungefähr verdoppeln. Nur zur Prädiktion des Nation-Vertreters können in diesem Modell die unabhängigen Variablen nicht beitragen, der Anteil korrekt klassifizierter Nation-

Vertreter sinkt auf 10 Prozent, was eine Verschlechterung im Vergleich zur Schätzung ohne Kenntnis der Makro-Determinanten bedeutet. Das ausgerechnet dieser Typus nur relativ schlecht geschätzt werden kann ist kaum verwunderlich, da es sich um den unbestimmtesten, am wenigsten konkreten Rollen-Focus handelt, was auf der anderen Seite damit korrespondiert, daß die sehr konkreten Focus-Ausprägungen, im besonderen der Wahlkreis- und Interessengruppen-Vertreter, denen sehr spezifische Bezugsgruppen zuzuordnen sind, am besten durch die Systemmerkmale vorhergesagt werden können.

**Tabelle 4.11: Klassifikationsresultate des diskriminanzanalytischen Modells des Einflusses der vier Systemmerkmale auf die Repräsentationsrolle**

gemessene Repräsentationsrolle	vorhergesagte Repräsentationsrolle				
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	Gesamt
Nation	10,0	17,4	39,7	33,0	100,0
Partei	3,6	50,9	24,1	21,4	100,0
Wahlkreis	16,7	12,3	55,9	15,0	100,0
Gruppe	4,9	28,4	13,6	53,1	100,0

Anm.: Diskriminanzanalyse auf der Aggregatebene, gewichtet mit der Rollenverteilung. Insgesamt konnten 41,1% der Fälle korrekt zugeordnet werden; N=40.

Weiteren Aufschuß über die Prädiktionskraft der Systemcharakteristika kann die Betrachtung der nicht korrekt klassifizierten Fälle geben. Wenn schon nicht der Rollen-Focus korrekt klassifiziert wurde, so kann wenigstens die Erwartung formuliert werden, daß an seiner Stelle derjenige Focus vorhergesagt wird, der, auf dem gleichen Wirkungszusammenhang basierend, die gleiche Einflußrichtung aufweist. Konkret hieße das, daß wir für die nicht korrekt klassifizierten Nation-Vertreter einen hohen Anteil an vorhergesagten Wahlkreis-Vertretern erwarten dürften. Für die nicht richtig klassifizierten Wahlkreis-Vertreter gilt entsprechendes reziprok. Falsch klassifizierte Partei-Vertreter sollten dagegen am häufigsten in der Gruppe der Interessengruppen-Vertreter zu finden sein, und umgekehrt. Die Vermutung kann durch die Analyse weitgehend bestätigt werden, nur die nicht korrekt klassifizierten Partei-Vertreter nehmen etwas häufiger einen Wahlkreis-Focus an Stelle eines Interessengruppen-Focus ein, wobei die Diskrepanz weniger als drei Prozentpunkte beträgt. Damit wird die Auswirkung der Charakteristika des politischen Systems auf die Einnahme von Rollenorientierung einmal mehr unterstrichen.

#### 4.1.4. Die Zusammenfassung der Systemmerkmale zum Demokratietypus

Da, wie gezeigt werden konnte, die Charakteristika des politischen Systems miteinander in Beziehung stehen, liegt es nahe, nach einer latenten Variable, einem latenten Konzept zu suchen, welches geeignet ist, diese Zusammenhänge zu erklären. Daß es einen großen Zusammenhang der Systemmerkmale gibt ist nicht überraschend, da sie keinesfalls zufällig ausgewählt wurden, ihre Auswahl vielmehr darauf beruht, daß sie die grundlegenden Merkmale des politischen Systems der untersuchten Länder erfassen können. Dieses kann zumindest als Hypothese der bisherigen Untersuchung begriffen werden, die sich an die Arbeiten von Arend Lijphart anlehnt (Lijphart 1984; Lijphart 1999), bzw. deren Konzept entlehnt. Nunmehr kann diese Hypothese empirisch näher beleuchtet werden, denn wenn die Systemmerkmale eng miteinander verbunden sind, müßten sie sich weiter verdichten lassen zu einem Konstrukt, das hier mit ‚Demokratietypus‘ beschrieben werden soll. Dementsprechend kann erwartet werden, daß auch die Verdichtung der Systemvariablen eine große Erklärungskraft für die Ausprägungen der Repräsentationsrolle haben, was im folgenden zu prüfen ist.

Die Grundthese Lijpharts besagt, daß sich alle existierenden demokratischen Regime<sup>72</sup> auf einem Kontinuum abbilden lassen, welches durch die beiden Pole ‚majoritäre Demokratie‘ und ‚konsensuale Demokratie‘ gebildet wird (Lijphart 1999:1). Die empirische Überprüfung des Konzeptes von ‚majoritärer versus konsensualler Demokratie‘ anhand einer Untersuchung von 36 Demokratien über den Zeitraum von 1945 bis 1996 entdeckte zwei Dimensionen, die aus der Analyse von zehn Charakteristika politischer Systeme resultierten (Lijphart 1999:243) und von Lijphart ‚*Executive-Parties Dimension*‘ und ‚*Federal-Unitary Dimension*‘ bezeichnet wurden. Für die folgende Analyse des Zusammenhanges von Demokratietypus und Repräsentationsrolle werden wir uns auf die ‚*Executive-Parties Dimension*‘ beschränken, da diese Dimension diejenigen Grundlagen politischer Systeme beschreibt, von denen wir eine signifikante Auswirkung auf die Repräsentationsrolle erwarten können. Dafür wurden unsere vier Makro-Determinanten<sup>73</sup>, die weitgehend mit den fünf Systemmerkmalen von Lijphart

---

<sup>72</sup> Der Begriff des Regimes wird hier bewußt verwandt, weil der Demokratietypus von Lijphart nicht nur für nationalstaatlich verfaßte Gesellschaft, sondern auch für supra-nationale Gebilde wie die EU angewandt wird.

<sup>73</sup> Obwohl Faktorenanalyse und Diskriminanzanalyse nahelegen, daß Wahl-, Regierungs- und Intermediäres System eine Dimension und das Parteiensystem eine andere Dimension bilden, haben wir uns, der konzeptuellen Klarheit wegen, für die Einbeziehung aller vier

identisch sind<sup>74</sup>, zu einem Index zusammengefügt. Die Werte der vier Variablen wurden auf eine Spannweite zwischen 0 und 100 standardisiert<sup>75</sup>, die Disproportionalität wurde gedreht, da dieses Systemmerkmale als einziges in der Richtung konsensual/majoritär kodiert war. Anschließend wurden alle Variablen addiert und durch die Anzahl der eingegangenen Variablen geteilt. Der so gebildet Index kann theoretisch Werte zwischen 0 für die majoritärste der untersuchten Demokratien und 100 für die konsensualste Demokratie annehmen. Tatsächlich variiert er zwischen 7 für Frankreich und 82 für die Niederlande, was durchaus unserer Intuition entspricht. Der hier gebildete Index ist im übrigen mit demjenigen Lijpharts hoch korreliert (Pearsons  $R=0.90$ ), was die Vergleichbarkeit von Konzept und Messung deutlich belegt.

Welcher Zusammenhang soll nun zwischen Demokratietypus und Repräsentationsrolle bestehen? – Zur Generierung entsprechender forschungsleitender Hypothesen können wir einfach auf die bislang entwickelten Verteilungserwartung rekurrieren, was uns zu folgenden Hypothesen führt.

*Hypothese zum Einfluß des Demokratietyps:*

*Je konsensualer die Demokratie eines Landes, ...*

*... desto größer der Anteil an Partei-Vertretern und Interessengruppen-Vertretern.*

*Je majoritärer die Demokratie eines Landes, ...*

*... desto größer der Anteil an Wahlkreis-Vertretern und Nation-Vertretern.*

Diese erwarteten Auswirkungen des Demokratietyps gründen sich zum einen auf die bislang postulierten Wirkungsmechanismen in Gestalt der Thesen von der Rekrutierung, Personalisierung und Professionalisierung der Parlamentarier, und zum anderen auf die

---

Systemmerkmale in den Index entschieden, was im übrigen auch die Vergleichbarkeit mit dem etablierten und empirisch bestätigten Modell von Lijphart erhöht.

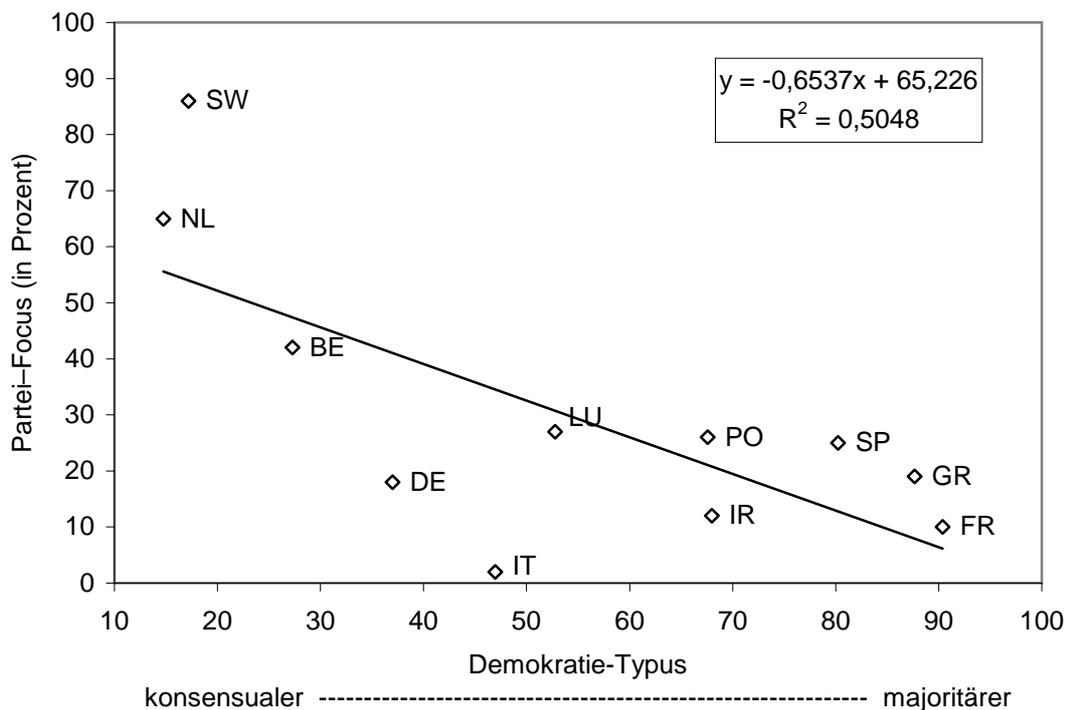
<sup>74</sup> Die Variablen ‚Disproportionalität‘, ‚Effective Number of Parliamentary Parties‘ und ‚Pluralismus versus Korporatismus‘ sind identisch gemessen worden (freilich für einen unterschiedliche Zeitraum). Das Regierungssystem wurde abweichend von Lijphart operationalisiert und gemessen (vgl. die Ausführungen im entsprechenden Abschnitt). Die fünfte in der ‚Executive-Parties-Dimension‘ enthaltene Variable, die sich mit dem Charakter von Kabinetten befaßt, wurde in unsere Analysen nicht einbezogen, da keine systematische Auswirkung auf die Repräsentationsrolle der Abgeordneten gesehen werden konnte.

<sup>75</sup> Die Standardisierung der vier Charakteristika des politischen Systems auf einen Range von 100 erfolgt nach der Formel:  $((\text{Wert} - \text{kleinster Wert}) / (\text{größter Wert} - \text{kleinster Wert})) * 100$ .

Ergebnisse der bisherigen Analysen, weshalb auf eine detaillierte Ausführung der Hypothesen hier verzichtet werden kann. Um das Konzept des Demokratietyps zu einem fruchtbaren Ansatz zur Erklärung der Repräsentationsrollen zu machen und die bisherigen Zusammenhänge nicht zufällig erscheinen zu lassen, sollten *alle* eindeutigen Ausprägungen des Rollen-Focus einen großen Zusammenhang mit dem Demokratietypus aufweisen. Die stärksten Effekte lassen sich dabei, den bisherigen Ergebnissen folgend, sicherlich auf den Partei-Vertreter und den Wahlkreis-Vertreter vermuten, weshalb wir die Darstellung mit diesen beiden Ausprägungen der Repräsentationsrolle auch beginnen wollen. Begutachtet werden auch hier die Verteilungen der Länder sowie die Regressionsparameter, um einen Aufschluß über Richtung und Güte des Zusammenhanges zu erhalten.

Die in Schaubild 4.18 dargestellte Beziehung zwischen Demokratietypus und Partei-Vertreter kann den vermuteten starken Zusammenhang bestätigen.

**Schaubild 4.18: Demokratietypus und Repräsentationsrolle – ‚Partei-Vertreter‘**



Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Die Korrelation ist mit Pearsons  $R=0,71$  hoch, die Richtung stimmt mit der erwarteten überein, und der Standardfehler ist relativ gering. Das Streudiagramm kann diesen

Zusammenhang bestätigen, lediglich für Italien wird der Anteil an Partei-Vertretern durch die Regressionsgleichung deutlich über, und für Schweden deutlich unterschätzt.

Zur Interpretation des Regressionskoeffizienten kann folgende Überlegung hilfreich sein: bei einer Spannweite der Indexwerte für den Demokratietyp von 7 bis 82, also einem Range von 75 Skalenpunkten, kann angenommen werden, daß der Wert für eine mittlere majoritäre Demokratie in etwa in der Mitte des halbierten Range liegt. Es ergäbe sich also ein Indexwert von etwa 26 für eine ‚typische‘ majoritäre Demokratie und der Indexwert 63 für ein ‚typische‘ konsensuale Demokratie, was eine Differenz von 37 Skalenpunkten ausmacht. Mit diesen Überlegungen können wir nun auf der Grundlage der Regressionsschätzung intrapolieren, wie sich eine typische majoritäre von einer typischen konsensualen Demokratie im Hinblick auf den Anteil an Partei-Vertretern unterscheidet. Darüber hinausgehend läßt sich so die Verteilung der verschiedenen Ausprägungen des Rollen-Focus für eine ‚typische‘ majoritäre und konsensuale Demokratie schätzen, was nach der Analyse der einzelnen Foci in einem zusammenfassenden Abschnitt geleistet werden soll. Wobei noch einmal betont werden muß, daß diese nur relative Aussagen können, die sich allein auf die in unserer Studie enthaltenen Länder beziehen. Wie majoritär oder wie konsensual eine Demokratie ist, läßt sich hiermit nicht feststellen. Allerdings decken sich die Indexwerte zu einem durchaus mit unserer Alltagserfahrung, die intuitiv die Niederlande und Schweden dem konsensualen Pol, und Frankreich und Griechenland dem majoritären Pol zugeordnet hätte. Die Zuordnung der Länder entspricht zudem derjenigen von Lijphart (1999:248), die auf einem wesentlich größeren Länder-Sample, dem Anspruch nach allen persistenten Demokratien beruht<sup>76</sup>.

Bei einem Regressionskoeffizienten von 0,67 würde das bedeuten, daß sich eine mittlere konsensuale Demokratie durch einen um etwa 25 Prozent höheren Anteil an Partei-Vertretern im Vergleich zu einer typischen majoritären Demokratie auszeichnen würde, was eine sicherlich ganz erhebliche Größenordnung darstellt.

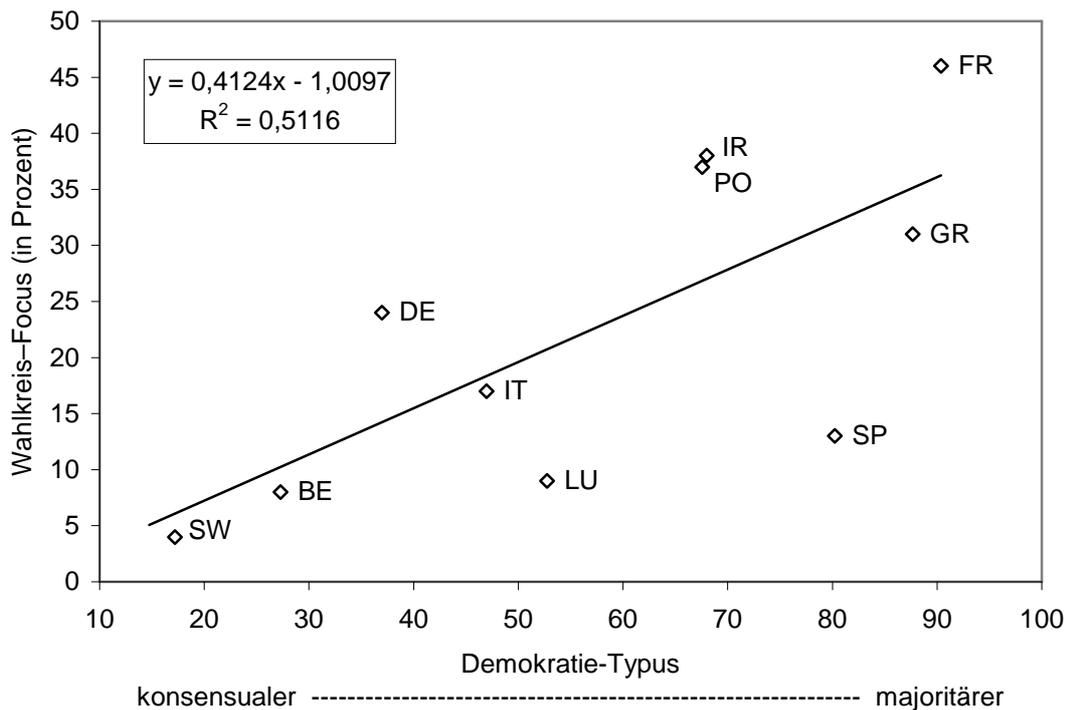
Nicht ganz so groß, aber immer noch beträchtlich ist der in Schaubild 4.19 dargestellte Effekt des Demokratietyps auf den Wahlkreis-Vertreter: der Regressionskoeffizient ( $B=-0,42$ ) legt nahe, daß eine ‚durchschnittlich‘ majoritären Demokratie ungefähr einen um 16 Prozentpunkte höheren Anteil an Wahlkreis-Vertreter aufweisen würde als eine

---

<sup>76</sup> Wie bereits dargelegt, ist der Zusammenhang der ‚Executive-Parties Dimension‘ Lijpharts und dem hier verwendeten Index für den Demokratietypus ist sehr groß (Pearsons  $R=.90$ ) und signifikant ( $p < .001$ ).

,durchschnittlich‘ konsensualen Demokratie. Der Zusammenhang von Demokratietypus und Wahlkreis-Vertreter ist zwar nicht perfekt, doch deuten Regressionsparameter und Streudiagramm auf eine eindeutige Beziehung hin, womit unsere Hypothese als bestätigt betrachtet werden kann.

**Schaubild 4.19: Demokratietypus und Repräsentationsrolle – ,Wahlkreis-Vertreter‘**

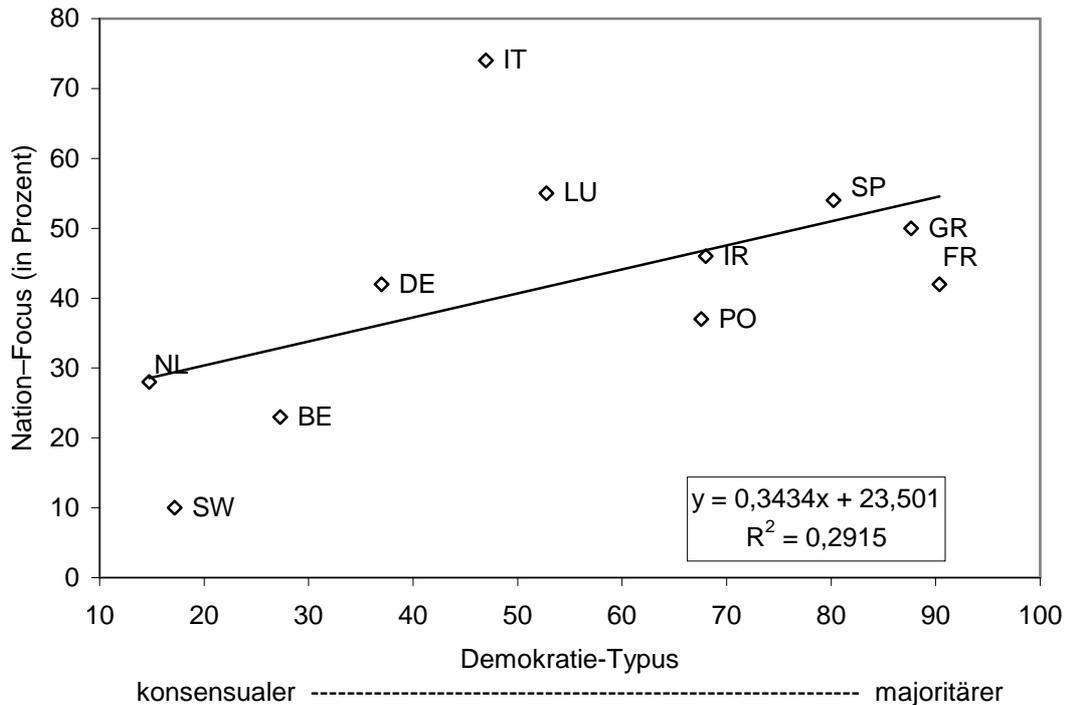


Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Der in Schaubild 4.20 gezeigt Zusammenhang von Demokratietypus und Nation-Vertreter ist ebenfalls geeignet, die Hypothese zu bestätigen. Die Beziehung hat die vermutete negative Richtung und ist geringfügig schwächer als die zuvor beschriebenen Zusammenhänge (Pearsons  $R = -.55$ ). Die Inspektion des Scatterplots kann ebenfalls den Zusammenhang belegen: zwar streuen einige Länder recht stark um die Regressionsgerade, und der Standardfehler ist relative hoch, doch kann in der Länderverteilung der negative Zusammenhang noch immer aufgefunden werden. Der Effekt der Demokratietyps auf den Nation-Vertreter ist nur unwesentlich geringer als derjenige auf den Wahlkreis-Vertreter: eine typische majoritäre Demokratie würde ca. 13

Prozent mehr Abgeordnete mit einem Wahlkreis-Focus aufweisen als eine typische konsensuale Demokratie.

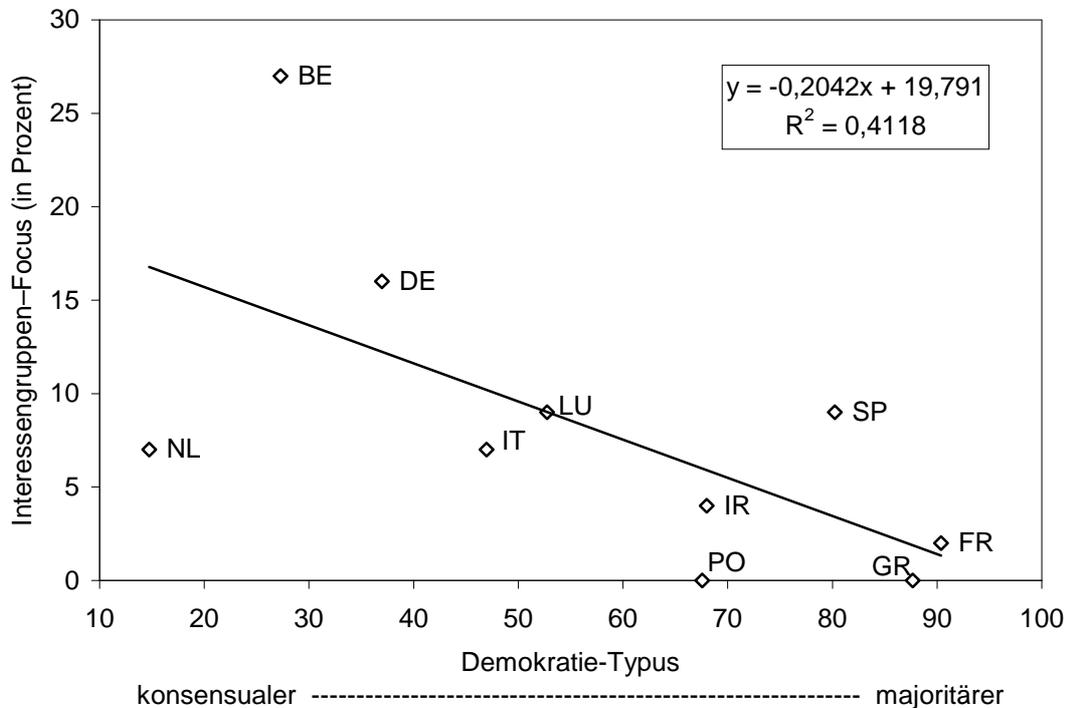
**Schaubild 4.20: Demokratietypus und Repräsentationsrolle – ‚Nation-Vertreter‘**



Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Der Effekt des Demokratietyps auf den Interessengruppen-Vertreter als letzte zu betrachtende Ausprägung der eindeutigen dominanten Rollenorientierung ist, trotz eines starken Zusammenhanges, wie aus Schaubild 4.21 ersichtlich, dagegen deutlich geringer: der Wandel eines politischen Systems von typischen majoritären zu einer typischen konsensualen Demokratie hätte, auf Grundlage der Regressionsschätzung, eine Erhöhung des Anteils an Interessengruppen-Vertretern um ca. 8 Prozent zur Folge, was sicherlich nicht unerheblich ist, jedoch den mit Abstand geringsten bislang ermittelten Effekt des Demokratietyps auf die Repräsentationsrolle darstellt. Die Interpretation der Regressionsparameter kann durch die Betrachtung der Länderverteilung durchaus bestätigt werden, lediglich die Niederlande als majoritärstes Land in unserer Studie hat einen deutlich geringeren Anteil an Interessengruppen-Vertretern, als es die Prädiktion nahelegt.

**Schaubild 4.21: Demokratiertypus und Repräsentationsrolle – ‚Interessengruppen-Vertreter‘**



Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Auch die Auswirkung des Demokratiertyps auf die multiplen Rollenverständnisse kann die bisherigen Befunde bestätigen, wie aus Tabelle 4.12 ersichtlich wird. Der Nation-Wahlkreis-Focus weist den erwarteten starken negativen Zusammenhang auf, die aus zwei Foci unterschiedlicher Wirkungsrichtung zusammengesetzten Rollenverbindungen zeigen dagegen die erwartete positive Beziehung, wobei auch hier die Verbindung von Nation- und Partei-Focus deutlich höher mit dem Demokratiertypus korreliert ist als die Kombination aus Wahlkreis- und Partei-Focus. Die Effekte auf die aus zwei Foci zusammengesetzten Rollenverbindungen sind erneut wesentlich geringer als diejenigen der eindeutigen Rollenverständnisse. Interpolierte auf die Unterscheidung von typischer majoritärer und konsensualer Demokratie, machen diese multiplen Rollenorientierungen eine Differenz von ca. vier Prozentpunkten aus.

Hinsichtlich des aus drei Foci zusammengesetzten Rollenverständnisses scheint die Indifferenz-Hypothese durch die Regressionsschätzung keine Bestätigung zu finden. Entgegen der Erwartung finden wir einen überraschend großen negativen Zusammenhang

(Pearsons  $R=-.47$ ). Der recht geringe Effekt und der große Standardfehler lassen allerdings Zweifel an der Stichhaltigkeit des Zusammenhanges aufkommen, die durch die Inspektion des (im Anhang wiedergegebenen) Streudiagramms bestätigt werden können: In neun der elf Länder variieren die Indexwerte des Demokratietyps erheblich, der Anteil an Abgeordneten mit einem dreifach zusammengesetzten Focus ist dagegen recht konstant, der gesamte Zusammenhang scheint zwei extremen Ländern in der Verteilung, Griechenland und Schweden, geschuldet. Deshalb müssen wir nach wie vor davon ausgehen, daß es sich nicht um einen signifikanten Zusammenhang handelt, die Indifferenz-Hypothese also durchaus Gültigkeit beanspruchen kann.

Als letztes verdient noch die Beziehung von Demokratietypus und der Style-Dimension der Repräsentationsrolle Beachtung. Hier kann die Hypothese, daß es keinen Zusammenhang zwischen dem Charakter der Demokratie und dem Anteil an Trustees gibt, vollauf bestätigt werden.

**Tabelle 4.12: Hypothesen und Ergebnisse zum Einfluß des Demokratietypus auf die Verteilung der Repräsentationsrolle**

Demokratietypus					
		majoritärer	-----	konsensualer	
Repräsentations- rolle	erwartete Richtung/Stärke	R	B	SE B	Hypothese bestätigt?
Nation	-	-0,55	-0,36	0,18	ja
Partei	+ +	0,71	0,67	0,22	ja
Wahlkreis	--	-0,72	-0,42	0,14	ja
Interessengruppe	+	0,66	0,21	0,09	ja (Effekt stärker als erwartet)
Nation-Wahlkreis	--	-0,59	-0,11	0,06	ja
Nation-Partei	+	0,63	0,11	0,05	ja (Effekt stärker als erwartet)
Wahlkreis-Partei	+	0,37	0,10	0,09	ja
3fach Focus	=	-0,47	-0,18	0,11	nein
Rollen-Style	=	0,04	0,03	0,27	ja

Anm.: + steht für einen positiven, - für einen negativen und = für keinen Zusammenhang

Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

#### 4.1.5. Conclusio zur Analyse der Makro-Determinanten

Als Ergebnis der Analyse des Zusammenhanges von Demokratietypus und Repräsentationsrolle kann festgehalten werden, daß nicht nur die separat betrachteten Systemmerkmale eine große Erklärungskraft für die Einnahme von Repräsentationsrollen durch die Abgeordneten haben. Auch die Zusammenfassung der Makro-Determinanten, welche die grundlegenden institutionellen Arrangements der Polity eines demokratischen Gemeinwesen konstituieren, kann die Verteilung der Repräsentationsrollen in den untersuchten Länder hinreichend gut erklären. Um dieses noch einmal abschließend zu illustrieren, soll zum einen die Erklärungskraft der einzelnen Systemmerkmale mit derjenigen des Demokratietyps verglichen werden, zum anderen können wir aufgrund der Regressionsanalysen die Verteilung der Repräsentationsrolle für eine ‚typische‘ konsensuale und eine ‚typische‘ majoritäre Demokratie schätzen.

Der Vergleich der Erklärungsstärke von Systemmerkmalen und Demokratietyp ist in Tabelle 4.13 dargestellt in Form der erklärten Varianz ( $R^2$ ) der Ausprägungen der Focus- und Style-Dimension der Repräsentationsrolle mit den untersuchten Systemmerkmalen und dem Demokratietypus.

**Tabelle 4.13: Erklärungsstärke von Systemmerkmalen und Demokratietypus**

Systemmerkmale und Demokratietypus im Vergleich ( $R^2$ )					
Repräsentations- rolle	Wahl- system	Parteien- system	Regierungs- system	Intermediäres System	Demokratie- Typus
Nation	0,31	0,01	0,38	0,24	0,30
Partei	0,52	0,03	0,61	0,42	0,51
Wahlkreis	0,36	0,23	0,29	0,44	0,52
Interessengruppe	0,19	0,52	0,13	0,39	0,44
Nation-Wahlkreis	0,65	0,01	0,18	0,23	0,35
Nation-Partei	0,27	0,25	0,34	0,23	0,40
Wahlkreis-Partei	0,15	0,10	0,16	0,02	0,14
3fach Focus	0,06	0,10	0,33	0,14	0,23
Rollen-Style	0,02	0,00	0,00	0,11	0,00
<b>Mittleres <math>R^2</math></b>	<b>0,28</b>	<b>0,14</b>	<b>0,27</b>	<b>0,25</b>	<b>0,32</b>

Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Die Tabelle stellt noch einmal die in den diskutierten Schaubildern der Länderverteilungen synoptisch zusammen. Ihr ist zu entnehmen, daß die mittlere Erklärungskraft des Demokratietypus (mittleres  $R^2 = .32$ ) größer ist als die eines jeden

Systemmerkmals. Die Art der Demokratie kann somit die Verteilung der Repräsentationsrolle in den von uns untersuchten Ländern besser erklären als jedes für sich genommene Systemmerkmal. Dieses wird dann noch einmal deutlicher, wenn wir uns nur die mittlere erklärte Varianz des dominanten Rollen-Focus anschauen. Sie beträgt, wie dem Anhang entnommen werden kann, für den Demokratietypus .44, während sie für die einzelnen Systemcharakteristika deutlich geringer ist (Wahlssystem = .34, Parteiensystem = .20, Regierungssystem = .35, Intermediäres System = .37).

Somit kann die im dritten Kapitel postulierte Beziehung zwischen Rollenorientierung, Repräsentationsmodell und Demokratietypus durch die empirische Analyse gestützt werden. Der Demokratietypus eines Landes hat eine ganz erhebliche Auswirkung darauf, welche Ausprägungen des Rollen-Focus von den Parlamentariern angenommen werden: in eher konsensualen Ländern sind das der Partei-Vertreter und Interessengruppen-Vertreter, in eher majoritären Ländern der Wahlkreis-Vertreter und Nation-Vertreter.

Doch kann dieser Effekt des Demokratietypus weiter quantifiziert werden? Aufgrund der Regressionsanalysen können wir eine Schätzung vornehmen, wie die Verteilung des Rollen-Focus und in einer ‚typischen‘ majoritären und einer ‚typischen‘ konsensuale Demokratie aussähe, wie in Tabelle 4.14 dargestellt.

**Tabelle 4.14: Geschätzte Verteilung des Rollen-Focus nach der Art der Demokratie (in Prozent)**

Geschätzte Rollenverteilung nach Demokratietypus			
Rollen-Focus	"typische" majoritäre Demokratie	"typische" konsensuale Demokratie	Differenz
Nation	48	35	13
Partei	18	43	-25
Wahlkreis	29	13	16
Gruppe	5	13	-8

Anm.: Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl an Ländern, die in die Regressionsschätzungen eingingen (für Wahlkreis- und Interessengruppen-Vertreter mußte jeweils ein Land ausgeschlossen werden), können die aufsummierten (Spalten-)Prozente 100 übersteigen. Die Abweichungen sind jedoch nur marginal.

Quelle: European Representation Study; eigene Zusammenstellung.

Diese Schätzung ist natürlich tentativ, sie basiert ausschließlich auf dem Länder-Sample, das uns zur Verfügung stand. Majoritär und konsensual sind ohne Frage als relative Größen zu verstehen, wie bereits weiter oben dargestellt wurde. ‚Typisch‘ bezieht sich auf

die bereits oben beschriebene Verteilung des Demokratietyps und bezeichnet einen mittleren majoritären, bzw. konsensualen Wert dieser Verteilung<sup>77</sup>. Auch muß betont werden, daß das Ziel der Darstellung nicht die Prädiktion von Rollenverteilungen, sondern allein die Illustration der Erklärungsstärke unseres aus vier Systemmerkmalen bestehenden Konstruktes ist. Die in der Tabelle dargestellten Verteilungen können nun in zweifacher Perspektive, innerhalb des jeweiligen Demokratietypus sowie zwischen den beiden Demokratietypen, erfolgen.

Die Analyse der Verteilung innerhalb der beiden Demokratietypen zeigt, daß je unterschiedliche Rollen-Foci die größte Häufigkeit aufweisen, die untersuchten Foci also für das jeweilige System einen sehr unterschiedlichen Stellenwert besitzen. In einer mittleren majoritären Demokratie verstünden sich fast die Hälfte aller Abgeordneten als Nation-Vertreter, während in einer mittleren konsensualen Demokratie der vorherrschende Rollen-Focus derjenige eines Partei-Vertreter wäre. An zweiter Stelle stünde in majoritären Systemen der Wahlkreis-Vertreter. Greifen wir noch einmal auf die weiter oben spezifizierte Hypothese zum Demokratietypus zurück: *je majoritärer eine Demokratie, desto größer der Anteil an Wahlkreis-Vertretern und Nation-Vertretern*, so kann festgehalten werden, daß eine ‚typische‘ majoritäre Demokratie hauptsächlich durch diese beiden Foci gekennzeichnet wäre. Nation-Vertreter und Wahlkreis-Vertreter bezeichnen insgesamt das Rollenverständnis von mehr als drei Viertel aller Abgeordneten. An zweiter Stelle in konsensualen Systemen stünde nicht, wie sich aus unserer Hypothese zu diesem Typus ergäbe, der Interessengruppen-Vertreter, sondern der Nation-Vertreter. Allerdings würden in einer ‚typischen‘ konsensualen Demokratie immerhin noch eine Mehrheit der Parlamentarier zum Partei- und Interessengruppen-Vertreter tendieren.

Die Analyse der Verteilung zwischen den beiden Demokratietypen zeigt, daß die markantesten Unterschiede beim Partei- und Wahlkreis-Vertreter zu verzeichnen sind. Während der Partei-Vertreter in der ‚typischen‘ majoritären Demokratie nur eine untergeordnete Bedeutung hätte und von weniger als einem Fünftel der Parlamentarier eingenommen würde, stellt er in konsensualen Demokratien den bedeutsamsten Rollen-

---

<sup>77</sup> Die Verteilung des Demokratietyps variiert, wie bereits oben dargelegt wurde, zwischen 7 und 82 Skalenpunkten. Die Spannweite der Indexwerte des Demokratietyps beträgt also 75 Skalenpunkte. Es wird angenommen, daß die Werte für eine mittlere majoritäre, bzw. konsensuale Demokratie durch die Mittelpunkte des halbierten Range beschrieben werden. Dadurch ergibt sich ein Indexwert von etwa 25,75 für eine ‚typische‘ majoritäre Demokratie und ein Indexwert von 63,25 für ein ‚typische‘ konsensuale Demokratie.

Focus dar. Die Differenz zwischen einer mittleren majoritären und einer mittleren konsensualen Demokratie betrage ca. 25 Prozentpunkte. Umgekehrt verhält es sich beim Wahlkreis-Vertreter, der in einem ‚typischen‘ majoritären System die zweithäufigste Orientierung darstellte, die von fast einem Drittel der Abgeordneten eingenommen werden würde, während dem Wahlkreis-Vertreter in konsensualen Systemen eine nur untergeordnete Bedeutung zukäme.

Abschließend für die Analyse der Makro-Determinanten kann hier festgehalten werden, daß sich die Systemmerkmale, zusammengefaßt zu einem Syndrom, welches hier als Demokratietypus bezeichnet wurde, als ein ganz wesentlicher Bestimmungsgrund der Repräsentationsrolle der Abgeordneten erwiesen haben.

## 4.2. Bestimmungsgründe von Rollenorientierungen auf der Mikro-Ebene

Nachdem gezeigt werden konnte, daß Makro-Determinanten, die grundlegenden Merkmale des politischen Systems, eine erhebliche Auswirkung auf die Verteilung der Repräsentationsrolle haben, stellt sich nunmehr die Frage, ob es ebenfalls Bestimmungsgründe gibt, die der individuellen Ebene zugeschrieben werden können, also den Variationen von persönlichen Merkmalen individueller Abgeordneter geschuldet sind.

Da diese Frage nicht unbedingt eines komparativen Studiendesigns bedarf, existiert hier zwar eine im Vergleich zur Frage des Einflusses von Makro-Determinanten relativ größere Anzahl von Untersuchungen, doch kann immer noch nicht von einem gesicherten Erkenntnisstand der Repräsentationsforschung bezüglich der Auswirkungen von personalen Erklärungsfaktoren ausgegangen werden. Viele Untersuchungen entstammen zudem der US-amerikanischen Forschung, die besonderes Gewicht auf die Style-Dimension legte, also nach Bestimmungsgründen der Art und Weise, wie die *House Members* repräsentieren, suchte. Abhängige Variable in diesen Untersuchungen war nicht so sehr die Repräsentationsrolle, sondern vielmehr das Abstimmungsverhalten im Parlament (vgl. Jewell 1985). Zu den Mikro-Determinanten der Focus-Dimension in westeuropäischen Systemen gibt es bislang recht wenig Literatur, und diese konnte eher schwache Zusammenhänge zwischen persönlichen Charakteristika der Abgeordneten und ihrem Rollenverständnis feststellen (z.B. Kielhorn 1995 für Deutschland; Esaiasson/Holmberg 1996 für Schweden). Dieses kann, legen wir die bisherigen Ergebnisse dieses Kapitels zugrunde, daran liegen, daß die Repräsentationsrolle maßgeblich nicht durch persönliche Merkmale, sondern vielmehr durch die grundlegenden Eigenschaften des politischen Systems vorgezeichnet werden, was im übrigen auch in ersten Auswertungen der Daten dieser Studie herausgearbeitet wurde (Weßels 1999a). Doch ist eine genauere Analyse unterschiedlicher Mikro-Determinanten erforderlich, um diese These hinreichend zu prüfen.

Zurückgehend auf Gerhard Loewenberg (1969:67), können zwei unterschiedliche Gruppen von Bestimmungsgründen der Dispositionen und des Verhaltens von Parlamentariern unterschieden werden: erstens Einflußfaktoren, die der sozialen Herkunft geschuldet sind; und zweitens solche, die aus der Institution stammen, d.h. auf die Sozialisation in das Parlament zurückgehen. Beide Gruppen von Einflußfaktoren müssen, wollen wir die Auswirkungen der Mikro-Ebene hinreichend analysieren, in die empirische Untersuchung einbezogen werden. Über Loewenberg hinausgehend, soll ein drittes Bündel von individuellen Merkmalen Berücksichtigung finden, denn

Abgeordneten werden nicht nur von ihrer sozialen Herkunft und der Institution Parlament geprägt, sondern unterliegen in ganz erheblichem Maße Einflüssen, die ihrer politischen Prägung zuzurechnen sind.

Somit liegt der Untersuchung ein dreistufiges, aus drei Bereichen bestehendes, allgemeines Sozialisationsmodell zugrunde. Dieses umfaßt:

1. die primäre Sozialisation, konzeptualisiert durch sozial-demographische Merkmale,
2. die politisch-ideologische Sozialisation,
3. die professionelle, d.h. parlamentarische Sozialisation.

Vergleichen wir *zwischen* diesen drei Bereichen von Erklärungsfaktoren auf der Mikro-Ebene, so kann von ihnen eine je unterschiedlich starke Erklärungskraft für das Rollenverständnis der Abgeordneten erwartet werden. Da sozial-demographischen Merkmale in der Abgeordnetenschaft deutlich geringer variieren als in der Bevölkerung, Abgeordnete also in Bezug auf sozial-demographische Charakteristika wie Alter und Bildung eine relativ homogene Gruppe darstellen (Herzog 1982; Hoffmann-Lange 1991), liegt die Vermutung nahe, daß dieses Bündel von Bestimmungsgründen auch nur eine relativ schwache Determinante der Repräsentationsrolle konstituiert. Zudem läßt sich kein einfacher theoretischer Zusammenhang, keine eindeutige Auswirkung von sozialstrukturellen Merkmalen auf die Repräsentationsrolle formulieren, wie noch zu zeigen sein wird. Im Gegensatz dazu kann von den politisch-ideologischen Erklärungsvariablen ein großer Effekt auf die Repräsentationsrolle erwartet werden, da hier die prägnanteste Differenzierung zwischen Abgeordneten vorliegt und zudem vermutet werden kann, daß politische und ideologische Grundpositionen auch Aussagen über politischen Repräsentation vornehmen, somit unterschiedliche politisch-ideologische Auffassungen eine je unterschiedliche Affinität zu bestimmten Ausprägungen der Repräsentationsrolle beinhalten. Vom Bereich der parlamentarischen Sozialisation schließlich kann eine mittlere Erklärungskraft auf die Einnahme von Repräsentationsrollen erwartet werden, da die Sozialisation in das Parlament zwar keine repräsentationstheoretischen Grundpositionen berührt, dennoch unmittelbar das Verhältnis von Abgeordneten und Bürgern tangiert, somit möglicherweise eine erhebliche Auswirkung darauf hat, wen und wie Abgeordnete repräsentieren. Diese generellen Hypothesen zur unterschiedlichen Erklärungskraft der drei Bereiche von Einflußfaktoren werden sicherlich noch deutlicher werden, wenn wir im folgenden die einzelnen Erklärungsvariablen untersuchen.

Bei der Prüfung von Merkmalen *innerhalb* dieser drei Bereiche wird sich die Hypothesenbildung, wo immer möglich, an den bereits weiter oben entwickelten Thesen orientieren, welche den Prozessen um Rekrutierung, Personalisierung und

Professionalisierung eine große Bedeutung für die Einnahme von Repräsentationsrollen zuschreiben. Da die Analyse jedoch nicht auf eine große Forschungstradition zurückgreifen kann, es somit an etablierte Theorien und einschlägigen Studien fehlt, ist die Entwicklung von Erwartungen an einigen Stellen auf ad hoc gebildete Hypothesen angewiesen, die notgedrungen oftmals einen stark tentativen Charakter aufweisen.

Die Analyse wird dabei folgendermaßen verfahren: erstens wird, nach erfolgter Spezifikation von Hypothesen und der Entwicklung des Meßinstrumentes, eine bivariate Diskussion des Zusammenhanges mit der Repräsentationsrolle in Form einer Kreuztabelle sowie eines geeigneten Zusammenhangsmaßes durchgeführt; zweitens sind die Interaktionen der Variablen eines jeden sozialisatorischen Komplexes mittels eines varianzanalytischen Modells zu untersuchen; und drittens ist nach der Interaktion aller Variablen der drei sozialisatorischen Bereiche zu fragen.

Dabei wird die Analyse nicht nach Ländern getrennt erfolgen, da hier davon ausgegangen wird, daß unser allgemeines Sozialisationsmodell ein allgemein gültiges ist, welches Modell zumindest für moderne industrielle, durch Massendemokratie geprägte Gesellschaften Gültigkeit beanspruchen darf. Daher ist eine nach Ländern getrennt erfolgende Analyse nicht geboten.

#### **4.2.1. Sozial-demographische Erklärungsfaktoren**

Die starke Prägung von Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen durch sozial-strukturelle Merkmale wie Alter, Geschlecht, Einkommen und Bildung ist evident und daher zu einer Selbstverständlichkeit in der Betrachtung und Erklärung des Verhaltens von Individuen geworden. Da sozial-strukturellen Ansätzen in der Einstellungsforschung trotz konkurrierender Theorieangebote noch immer eine große Bedeutung zukommt, soll auch hier die Analyse mit diesem Bereich von Bestimmungsfaktoren begonnen werden. Sozial-strukturelle Ansätze können in Übereinstimmung mit den Grundlegungen des Rollenansatzes gesehen werden, der das Individuum mit einer Vielzahl unterschiedlicher Erwartungen konfrontiert sieht, die zwar in erster Linie an eine klar bestimmbare soziale Position gerichtet sind, jedoch auch auf eher unspezifische Merkmale gerichtet sein können. So sind Parlamentarier nicht nur Repräsentanten, sondern sie sind genauso Träger weiterer Rollen wie beispielsweise der Geschlechterrolle, die durchaus eine ergänzende oder konkurrierende Wirkung entfalten kann. Rollentheoretisch gesprochen, könnte danach gefragt werden, ob und in welchem Ausmaß beispielsweise die Geschlechterrolle eine Auswirkung auf die Repräsentationsrolle hat. Natürlich können Erwartungen, die an ein Individuum gerichtet werden, miteinander interagieren, doch

sollen nur solche Erwartungen Betrachtung finden, von denen eine grundsätzliche Auswirkung auf die Repräsentationsrolle vermutet werden kann. Die Familienrolle kann, um ein klassisches Beispiel zu nehmen, möglicherweise einen Einfluß auf Haltungen zu einem konkreten politischen Gegenstand, etwa der Familienpolitik, haben, doch ist kaum ersichtlich, warum sie eine prägende Kraft für die Perzeption der Repräsentationsrolle haben sollte. Daher wird die Analyse auf eine geringe Anzahl von grundlegenden sozialstrukturellen Merkmalen, Geschlecht, Alter, und formale Bildung, beschränkt bleiben.

#### 4.2.1.1. Geschlecht

Haben männliche und weibliche Abgeordnete unterschiedliche Auffassungen von ihrer Repräsentationsrolle? Mit anderen Worten, kann das Geschlecht eines Parlamentariers als Prädiktor für sein Rollenverständnis dienen? – Die zunehmende Fokussierung politikwissenschaftlicher Arbeiten auf Unterschiede zwischen den Geschlechtern als Erklärungsvariable, die mittlerweile ganze Forschungsfelder begründet hat (*Gender Studies*), legt zumindest nahe, hier eine Prüfung vorzunehmen. In der Repräsentationsforschung war es insbesondere das Konzept von *Social Representation*, welches die Relevanz von Geschlechterunterschieden begründen konnte. Auf der normativen Prämisse basierend, daß die soziale Zusammensetzung des Parlamentes dessen Repräsentationsleistung erheblich beeinflußt, rückte auch die Problematisierung des Anteils an weiblichen Abgeordneten in den Mittelpunkt der Betrachtung. Ist die Diagnose der Unterrepräsentierung von Frauen in Parlamenten noch weniger problematisch<sup>78</sup> (Norris 1996), so ist deren Erklärung durch modernisierungstheoretische

---

<sup>78</sup> Üblicherweise wird der Anteil weiblicher Abgeordnete mit dem Anteil von Frauen in der Bevölkerung verglichen, woraus in den meisten Ländern eine starke Unterrepräsentation von Frauen abgeleitet werden kann. Allein die Frage verbleibt, ob dieses der angemessene Vergleichsmaßstab ist. Wessels vergleicht den Anteil weiblicher Abgeordneter mit dem Anteil weiblicher Kandidaten, und kommt in seiner Analyse der Rekrutierungsprozesse in Deutschland seit 1949 zu dem Schluß, daß Frauen auch in dieser Vergleichsperspektive unterrepräsentiert sind, mit einer Ausnahme allerdings (dem III. Deutschen Bundestag), wobei sich die Wahlchancen für weibliche Kandidaten seit 1980 erheblich verbessert haben und 1994 nur geringfügig schlechter als diejenigen der männlichen Kandidaten waren (Weßels 1997:81-82). Auch dieser Vergleichsmaßstab ließe sich natürlich hinterfragen, wenn wir annehmen, daß Ungleichheiten sozialer Repräsentation bereits bei der Selektion von Kandidaten ansetzen.

Ansätze zwar plausibel, doch deren Begründung auf der individuellen Ebene ungleich schwieriger. Warum und in welcher Weise Frauen anders als Männer repräsentieren ist dabei die zentrale, jedoch wesentlich seltener untersuchte Fragestellung.

Ein möglicher Ansatz für unsere Frage, ob und in welcher Weise Frauen und Männer unterschiedliche Repräsentationsrollen aufweisen, ist die Rekrutierung von Parlamentariern. Da Parteien die zentralen, wenn nicht ausschließlichen Rekrutierungsagenturen sind, kann hier nach Mechanismen gesucht werden, die geeignet sind, eine eventuell unterschiedliche Rollenperzeption von Frauen und Männern zu begründen. Gerade in westeuropäischen politischen Systemen, und dort insbesondere in den skandinavischen Ländern, wurde in den 90er Jahren die Ungleichheit der Geschlechter öffentlich stärker thematisiert, was sich auch in einem in diesen Ländern recht hohen Anteil weiblicher Parlamentarier niederschlägt (Norris 1996:191). Hier läge die Vermutung nahe, daß gesellschaftliche Thematisierungsprozesse von den politischen Akteuren, insbesondere den Parteien, in Strategien einer gezielten frauenfreundlichen Rekrutierungspolitik überführt wurden, somit eine positive Diskriminierung vorläge, die im anglo-amerikanischen Kontext als ‚*affirmative action*‘ bezeichnet wird (Norris 1996:202). Wenn nun Parteien die Rekrutierung von Frauen gezielt fördern, dann liegt die Vermutung nahe, daß Frauen auch verstärkt ihre Repräsentationsrolle an der Partei ausrichten, somit tendenziell mehr Frauen als Männer eine Parteiorientierung ihres Rollen-Focus aufweisen.

Ein weiterer Ansatzpunkt für die Formulierung von Hypothesen zur Unterschiedlichkeit der Rollenperzeption von Frauen und Männern läge in der Affinität zu bestimmten gesellschaftlichen Problemlagen und Interessen (Rebenstorf 1990:24). So hat die Analyse der offenen Nennungen für die deutschen Abgeordneten ergeben, daß eine große Anzahl weiblicher Befragter angab, insbesondere die Interessen von Frauen zu vertreten<sup>79</sup>. Daher, und aufgrund der über die Parteimitgliedschaft vermittelten Affinität zu bestimmten Interessengruppen, kann vermutet werden, daß Frauen häufiger als Männer einen Interessengruppen-Focus aufweisen.

---

Womöglich wäre der Anteil an Parteimitgliedern, die letztendlich die Rekrutierungsbasis darstellen, der präzisere Vergleichsmaßstab.

<sup>79</sup> Tatsächlich zeigt sich, daß fast ausnahmslos weibliche Abgeordnete im besonderen Maße die Interessen von Frauen vertreten: auf die offen formulierte Frage nach der Interessengruppe, die von den Abgeordneten vertreten wird (vgl. Tabelle 3.7), entfielen 17 Nennungen auf ‚Frauen‘, von denen nur eine einzige von einem Mann abgegeben worden war, und dort erst an vierter Stelle.

Wenn wir nicht von der Indifferenz- oder Null-Hypothese ausgehen wollen, die ebenfalls eine große Plausibilität beanspruchen könnte<sup>80</sup>, und oben beschriebene Wirkungsmechanismen zugrunde legen, dann ließe sich folgende Erwartung an die empirische Analyse stellen:

*Hypothese zum Einfluß des Geschlechts auf den Rollen-Focus:*

*Weibliche Abgeordnete tendieren häufiger zum Partei-Vertreter oder Interessengruppen-Vertreter,*

*Männliche Abgeordnete tendieren häufiger zum Wahlkreis-Vertreter oder Nation-Vertreter.*

Mit Bezug auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle kann die Hypothesenbildung an den leichten Zusammenhang von Focus und Style anknüpfen. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, daß weibliche Abgeordnete, von denen wir eine verstärkte Hinwendung zu Partei-Vertreter und Interessengruppen-Vertreter erwarten, auch überproportional häufiger eine Delegate-Orientierung und seltener eine Trustee-Orientierung einnehmen als männliche Abgeordnete, was uns zu folgender Hypothese führt:

*Hypothese zum Einfluß des Geschlechts auf die Style-Dimension:*

*Weibliche Abgeordnete nehmen häufiger eine Delegate-Orientierung ein als männliche Abgeordnete.*

Die empirischen Ergebnisse unserer Studie können die Hypothese zum Rollen-Focus zumindest der Richtung nach bestätigen. Der Blick auf die in Tabelle 4.15 dargestellte gewichtete<sup>81</sup> Gesamtverteilung über alle untersuchten Länder zeigt, daß weibliche

<sup>80</sup> Schließlich zeigt sich mehr und mehr, daß die Unterschiede zwischen Frauen und Männer bezüglich politischer Einstellungen, Meinungen und Werthaltungen auf andere Erklärungsfaktoren wie Alter und Bildung zurückgeführt werden können. So kann beispielsweise kaum (noch) ein Unterschied im Wahlverhalten von Männer und Frauen festgestellt werden (Molitor/Neu 1999).

<sup>81</sup> Die Gewichtung ist auf der Ebene aller befragten Parlamentarier notwendig, weil die absolute Anzahl der Abgeordneten nach Ländern sehr stark divergiert, eine ungewichtete Verteilung dementsprechend zu einer sehr starken Verzerrung führen würde, da Länder mit einer großen Anzahl befragter Abgeordneter (z.B. Schweden) stark 'durchschlagen' würden. Der Gewichtungsfaktor führt dazu, daß alle Länder mit gleicher Wertigkeit in die Analyse eingehen. Die Berechnung des Gewichtungsfaktors eines jeden Landes wurde nach folgender Formel vorgenommen: (Anzahl aller Befragten/Anzahl Länder)/Anzahl Befragter des

Abgeordnete deutlich häufiger einen Partei- oder Interessengruppen-Focus einnehmen, während männliche Abgeordnete überdurchschnittlich häufig dem Nation-Vertreter oder Wahlkreis-Vertreter zuzuordnen sind. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern scheinen gravierend: beim Interessengruppen-Vertreter beträgt die Differenz fast 8 Prozentpunkte, angesichts des absoluten Niveaus eine sehr deutliche Divergenz in der Einnahme dieses Rollentypus; beim Wahlkreis-Vertreter haben wir 9, beim Nation- und beim Partei-Vertreter ca. 14 Prozentpunkte Unterschied in der Verteilung der Rollenperzeptionen von Parlamentariern und Parlamentarierinnen. Auch bei den multiplen Foci (siehe Anhang) gibt es eine auffällige Diskrepanz: die Kombination von Nation- und Wahlkreis-Focus weist eine ganz erhebliche Differenz zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten in der Größenordnung von etwas mehr als 6 Prozentpunkten auf, während diejenigen multiplen Foci, die aus der Erwartung nach gegensätzlichen Richtungen bestehen, keinen Geschlechterunterschied erkennen lassen.

**Tabelle 4.15: Geschlecht und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle nach Ländern (in Prozent)**

Eindeutige Dominante Rollenorientierung					
Geschlecht	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	N
Mann	43,1	30,7	20,7	5,5	489
Frau	29,6	45,2	12,2	13,0	162
<b>Gesamt</b>	<b>40,6</b>	<b>33,4</b>	<b>19,0</b>	<b>7,0</b>	<b>651</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; für die Gesamtverteilung wurden durch Gewichtung Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Der am häufigsten genannte Rollen-Focus divergiert also deutlich zwischen den Geschlechtern. Während Parlamentarierinnen am häufigsten zum Partei-Vertreter tendieren, kann bei Abgeordneten am häufigsten der Nation-Vertreter angetroffen werden. Eine erste Schätzung der Größenordnung des Zusammenhanges kann über die bivariaten, aus der Kontingenzanalyse gewonnenen Beziehungsmaße erfolgen. Hier kann zum einen

---

jeweiligen Landes. Diese Formel paßt die Länder auf eine Fallzahl von je (gerundet) 124 Parlamentarier an.

das Chi<sup>2</sup>-basierte symmetrische Maß Cramérs V (identisch mit Phi, wenn eine der beiden Variablen binär kodiert ist) herangezogen werden, dessen Wert mit .19 für den Zusammenhang von Rollen-Focus und Geschlecht deutlich geringer ist als der von Backhaus/Erichson/Plinke/Weiber (1996:178) geforderte Schwellenwert (.30) für eine ‚nicht-triviale‘ statistische Beziehung. Wenn wir zum anderen danach fragen, in welchem Ausmaß die Variable Geschlecht geeignet ist, den Vorhersagefehler der Verteilung der Repräsentationsrolle zu verringern, und dazu das PRE-Maß Lambda (mit der Rollenorientierung als abhängiger Variable) heranziehen, so kann auch hier der eher geringe Zusammenhang (Lambda=.05) belegt werden. Somit kann vorerst nur ein recht moderater Zusammenhang zwischen Geschlecht und Rollenorientierung festgehalten werden, der jedoch in der Zusammenschau aller sozial-demographischen Variablen noch weiter zu prüfen ist.

Hinsichtlich der Auswirkung des Geschlechts auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle kann die Hypothese durch unsere Daten nicht bestätigt werden. Die von uns formulierte Erwartung, daß Parlamentarierinnen häufiger eine Delegate-Orientierung aufweisen, wohingegen Parlamentarier häufiger zum Trustee tendieren, kann nicht durch die in Tabelle 4.16 dargestellten Ergebnisse gestützt werden.

**Tabelle 4.16: Geschlecht und Style-Dimension der Repräsentationsrolle nach Ländern (in Prozent)**

Geschlecht	Style		N
	Trustee	„Delegate“	
Mann	67,7	32,3	691
Frau	68,2	31,8	119
<b>Gesamt</b>	<b>67,7</b>	<b>32,3</b>	<b>810</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; für die Gesamtverteilung wurden durch Gewichtung Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Vielmehr scheint es keine Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten bezüglich der präferierten Art und Weise, wie sie repräsentieren, zu geben. Auch die statistischen Beziehungsmaße sprechen für keinen Zusammenhang zwischen Geschlecht und Style-Dimension (Cramérs V=.00; Lambda=.00). Somit muß auch hier die aufgestellte Hypothese als nicht bestätigt gelten.

Es bleibt also für die Auswirkung des Geschlechts auf die Repräsentationsrolle vorerst festzuhalten, daß kein eindeutiger Zusammenhang festgestellt werden konnte. Weder der Rollen-Focus noch der Rollen-Style scheinen maßgeblich vom Geschlechterunterschied beeinflußt zu sein. Dieses Ergebnis ist nicht weiter überraschend, konnte doch in neueren Untersuchungen gezeigt werden, daß auch in anderen Bereichen die Geschlechterunterschiede gering sind, sich beispielsweise Frauen und Männer in ihrem Wahlverhalten kaum (mehr) unterscheiden (Molitor/Neu 1999). Für unterschiedliche politische Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen sind somit andere Variablen als das Geschlecht der Befragten verantwortlich.

#### **4.2.1.2. Lebensalter**

Als zweiter Einflußfaktor für die Einnahme einer bestimmten Ausprägung der Repräsentationsrolle wird das Alter der befragten Abgeordneten herangezogen, eine Variable von zentralem Stellenwert für die Einstellungsforschung, unterscheiden sich doch jüngere von älteren Menschen ganz erheblich in ihren Meinungen und Werthaltungen. Dieses kann, insbesondere für unsere Fragestellung, erklärt werden durch unterschiedliche kontextuelle Faktoren der primären und sekundären Sozialisation, durch unterschiedliche Lebenszyklen von Generationen.

Vom Zeitpunkt der (politischen) Sozialisation kann angenommen werden, daß er einen ganz erheblichen Einfluß auf die Orientierungen des Individuums hat (Zängle 1978:31). Die jeweils vorherrschenden gesellschaftlich akzeptierten Wertvorstellungen haben eine Auswirkung auf die Einstellungen des Einzelnen, der jeweilige gesellschaftspolitische Kontext prägt die Einstellungen, die dann ab einem bestimmten Lebensalter weitgehend stabil bleiben. So kann beispielsweise angenommen werden, daß sich die Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen von Menschen, die in der unmittelbarer Nachkriegszeit sozialisiert wurden (oft wird hier das Etikett der „Flakhelfer-Generation“ vergeben), erheblich von denjenigen unterscheiden, die in den späten 60er und frühen 70er Jahren erworben wurden (das plakative Label lautete hier: die „68er-Generation“).

Eine Prüfung der Auswirkung des Lebensalters auf die Repräsentationsrolle muß sich also eines Generationenkonzeptes bedienen. Ist die generelle Bedeutsamkeit des Lebenszyklus auf politische Einstellungen evident, so bereitet doch die Benennung und Abgrenzung unterschiedlicher Generationen erhebliche Schwierigkeiten. Zudem stehen wir vor dem Problem, daß wir es mit einer komparativen Untersuchung von elf Ländern zu tun haben, somit möglicherweise elf unterschiedliche Operationalisierungen

politischer Generationen erfolgen müßten, da sicherlich nicht ausgeschlossen werden kann, daß in jedem Land unterschiedliche gesellschaftliche Kontexte zu unterschiedlichen Zeiten vorlagen. Ein Ausweg aus dieser Problematik besteht in einer relativ breiten Operationalisierung der Generationen, welche die großen Generationenunterschiede herausarbeitet, jedoch Länderunterschiede als wenig plausibel erscheinen läßt. Ein solches Generationenkonzept ist in Schaubild 4.22 wiedergegeben.

#### Schaubild 4.22: Ein einfaches Konzept politischer Generationen

Generation	Sozialisation	Jahrgänge
2. Weltkrieg	bis 1944	bis 1924
Nachkriegszeit und Wiederaufbau	1945-1965	1925-1945
Protest und Wertewandel	1966-1975	1946-1955
Postmaterialismus	nach 1975	nach 1955

Maßgeblich für die Zuordnung zu einer Generation ist das Jahr, in dem der Befragte das 20. Lebensjahr vollendet hatte, da angenommen werden kann, daß mit diesem Zeitpunkt die politische Sozialisation weitgehend abgeschlossen ist (vgl. Weßels 1991:83).

Unser Generationenkonzept unterscheidet vier Generationen, wobei die älteste, mit ‚2. Weltkrieg‘ bezeichnete Generation unter den von uns befragten Parlamentariern nur von marginaler Bedeutung ist, weil nur 11 Abgeordnete über ein entsprechend hohes Alter verfügen. Die Generationen sind an den prägenden Ereignissen dieser Epochen, an den bedeutsamsten, die Sozialisation generell prägenden Problemlagen festzumachen. Nach 1945 sind es in Westeuropa vor allem drei Phasen, von denen in allen untersuchten Ländern eine Auswirkung auf die politische Sozialisation angenommen werden kann. Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg war es die unmittelbare Erinnerung an den Krieg und seine verheerenden Auswirkungen sowie die Anstrengungen des Wiederaufbaus des zerstörten Europas, die für die Generation der zwischen 1925 und 1945 Geborenen prägend sein sollte. Nach dem Wiederaufbau und der (Rück-)Gewinnung des materiellen Wohlstandes trat eine Phase der Revolte gegen die etablierten Strukturen, gegen die unzureichende Aufarbeitung des Weltkrieges ein, in der insbesondere der Ruf nach mehr Partizipation breiter Bevölkerungsschichten laut wurde. Diese Generation der zwischen 1946 und 1955 Geborenen kann als ‚APO-‘ oder ‚Protest- Generation‘ bezeichnet werden. Die nach 1955 Geborenen schließlich können durch ein geringeres Maß an

‚Politisierung‘, welches sicherlich den enttäuschten Partizipationsutopien geschuldet ist, und einer deutlicher Abkehr von materialistischen Wertvorstellungen charakterisiert werden. Diese Generation wird fortan als ‚postmaterialistische Generation‘ bezeichnet werden.

Welche Auswirkung kann nun vom Lebensalter bzw. Lebenszyklus auf das Rollenverständnis der Abgeordneten erwartet werden? Mit anderen Worten, wie sollen sich die unterschiedlichen Generationen hinsichtlich der bevorzugten Ausprägung der Repräsentationsrolle unterscheiden?

Beginnend mit der Style-Dimension, weil sich hier ein klarerer Zusammenhang formulieren läßt, kann vermutet werden, daß in den älteren Generationen eine Trustee-Orientierung vorherrscht, während die jüngeren Generationen relativ häufiger eine Delegate-Orientierung einnehmen. Gerade die Protest- und Postmaterialismus-Generation wandten sich seit Mitte der 60er Jahre gegen etablierte politische und gesellschaftliche Wertvorstellungen, zu denen im Hinblick auf politische Repräsentation sicherlich das klassische Burke’sche Mandatsverständnis gehört, richteten ihren Protest gegen etablierte Strukturen und forderten mehr Partizipation, traten für eine umfassendere Beteiligung der Bürger, für eine andere Politik, für eine Politik von unten ein. Eine prononciertere Bezugnahme auf die Interessen der Bürger entspricht in stärkerem Maße einem Mandatsverständnis, welches sich an die Interessen der Repräsentierten gebunden sieht.

*Hypothese zum Einfluß des Lebensalters auf die Style-Dimension:*

*Abgeordnete der Nachkriegs-Generation nehmen häufiger eine Trustee-Orientierung ein;*

*Abgeordnete der Protest- und Postmaterialismus-Generation dagegen nehmen häufiger eine Delegate-Orientierung ein.*

Eine Auswirkung des Lebenszyklus auf den Rollen-Focus ist hingegen nicht so einfach ersichtlich. Noch am ehesten, um nicht von einer Null-Hypothese auszugehen, kann vermutet werden, daß die älteren Generationen eine größere Affinität zu den größeren und unspezifischeren Einheiten haben, sich also eher als Nation- oder Partei-Vertreter verstehen. Hier kann angenommen werden, daß die Sozialisation während des Krieges, insbesondere aber während der Nachkriegszeit zu einer Fokussierung auf das Wohl aller führte, daß eine primär auf gesamtgesellschaftlichen Wohlstand gerichtete Finalität von Politik der Vertretung spezifischerer Bezugsgruppen, wie Bürger im Wahlkreis oder spezielle Interessengruppen, eher entgegenstand. Von der Protest- und Postmaterialismus-Generation kann dagegen erwartet werden, daß sie aufgrund des

bereits genannten Partizipationspostulates eher zum Vertreter der Bürger im Wahlkreis und zum Interessengruppen-Vertreter tendieren.

*Hypothese zum Einfluß des Lebensalters auf den Rollen-Focus:*

*Abgeordnete der Nachkriegs-Generation tendieren häufiger zum Nation-Vertreter und Partei-Vertreter;*

*Abgeordnete der Protest- und Postmaterialismus-Generation dagegen tendieren häufiger zum Wahlkreis-Vertreter und Interessengruppen-Vertreter.*

In die empirische Analyse konnten mangels ausreichender Fallzahlen<sup>82</sup> nur drei der vier in unserem Generationenkonzept enthaltenen Generationen einbezogen werden.

Wiederum mit der Style-Dimension beginnend, kann unsere Hypothese der Richtung nach bestätigt werden, wie Tabelle 4.17 zu entnehmen ist. Während die Nachkriegs-Generation überdurchschnittlich häufig zum Trustee tendiert, finden sich in den jüngeren Generationen, der Protest- und insbesondere aber in der postmaterialistischen Generation überdurchschnittlich viele Delegates.

**Tabelle 4.17: Generationen und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Generation	Style-Dimension		N
	Trustee	„Delegate“	
Nachkriegszeit/Wiederaufbau	73,0	27,0	375
Protest und Wertewandel	69,1	30,9	273
Postmaterialismus	55,0	45,0	144
<b>Gesamt</b>	<b>67,6</b>	<b>32,4</b>	<b>792</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Es kann also ein eindeutiger Trend festgestellt werden: je jünger die Generation, desto größer der Anteil an Delegates. Ist die Differenz in der Verteilung zwischen Wiederaufbau- und Protest-Generation mit ca. 4 Prozentpunkten recht gering, so zeigt sich doch ein ganz gravierender Unterschied zur postmaterialistischen Generation, wobei

<sup>82</sup> Allein elf der befragten Parlamentarier sind der Kriegs-Generation zuzurechnen.

sich auch innerhalb dieser Generation mit 55 Prozent eine Mehrheit der Parlamentarier als ungebundene Mandatare verstehen. Die Beziehungsmaße weisen einen eher schwachen statistischen Zusammenhang zwischen Generationenzugehörigkeit und Rollen-Style aus (Cramér's  $V=.15$ ,  $\Lambda=.00$ ), was aber weiter unten noch genauer zu untersuchen sein wird.

Im Gegensatz zum Rollen-Style scheint die in Tabelle 4.18 dargestellte Verteilung kaum geeignet, die Hypothese zum Rollen-Focus zu bestätigen. Auf die Präferenz eines Nation- oder Interessengruppen-Focus scheint die Generationszugehörigkeit keinen Einfluß zu haben, während für den Partei- und Wahlkreis-Focus eine sehr moderate Bestätigung unserer Vermutung aufgefunden werden kann.

**Tabelle 4.18: Generationen und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Generation	Eindeutige Dominante Rollenorientierung				N
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	
Nachkriegszeit/Wiederaufbau	39,8	34,6	18,6	7,1	316
Protest und Wertewandel	41,1	34,4	17,2	7,2	218
Postmaterialismus	38,5	30,8	23,9	6,8	108
<b>Gesamt</b>	<b>40,0</b>	<b>33,8</b>	<b>19,2</b>	<b>7,1</b>	<b>642</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Innerhalb der Postmaterialismus-Generation findet sich überdurchschnittlich häufig der Rollen-Focus des Wahlkreis-Vertreters, während der Partei-Vertreter nur leicht unterdurchschnittlich auftritt. Dieses Verteilungsmuster findet sich auch in den (im Anhang wiedergegebenen) multiplen Rollen-Foci wieder: die Kombination aus Nation und Partei ist in der postmaterialistischen Generation nur relativ selten anzutreffen, während die Verbindung von Wahlkreis und Partei überdurchschnittlich häufig genannt wurde. Insgesamt betrachtet, sind jedoch die Verteilungsunterschiede jedoch nur marginal, was ebenfalls in den Maßzahlen der statistischen Assoziation zum Ausdruck kommt (Cramér's  $V=.05$ ,  $\Lambda=.00$ ).

Somit muß zusammenfassend festgehalten werden, daß vom Lebensalter der befragten Parlamentarier, konzeptualisiert durch die Zugehörigkeit zu einer politischen Generation, weder auf den Rollen-Focus noch auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle mehr als nur eine marginale Auswirkung festgestellt werden konnte. Dieses entspricht im übrigen auch den Ergebnissen einer Untersuchung des Rollenverständnisses von Bundestagsabgeordneten des Jahres 1989/90, welche einen ganz moderaten Effekt des (ebenfalls durch Generationen konzeptualisierten) Alters auf nur zwei Ausprägungen der Repräsentationsrolle aufzeigte (Kielhorn 1995:62). Hier zeigt sich also zum einen, daß es sich bei den Repräsentationsrollen um ein eigenständiges Einstellungskonzept handelt, welches nicht so einfach durch sozio-demographische Globalvariablen erklärt werden kann. Zu anderen ist nicht unmittelbar einsichtig, welche kontextuellen Einflußfaktoren, welche maßgeblichen zeitgeschichtlichen Ereignisse sich in welcher Art und Weise auf das Rollenverständnis ausgewirkt haben könnten, denn die Repräsentationsrolle geht auf seit langem etablierte Repräsentationsmodelle zurück, die über die Zeit betrachtet kaum variieren dürften<sup>83</sup>.

#### **4.2.1.3. Bildung**

Eine ganz erhebliche Erklärungskraft wird von politik-soziologischer Analysen der Einstellungen, Meinungen und Werthaltungen von Individuen der formalen Bildung zugeschrieben, die wir daher auch in die vorliegende Analyse einbeziehen möchten. Bildung kennzeichnet nicht nur die Modernität einer Gesellschaft, sie gehört auch zu den wichtigsten Ressourcen des Individuums. Wie kann nun eine mögliche Auswirkung der formalen Bildung auf das Rollenverständnis der Abgeordneten formuliert werden? Weder Rekrutierungs-, Personalisierungs- oder Professionalisierungsthese können eine Beziehung zwischen Bildung und Repräsentationsrolle konstituieren. Statt dessen soll

---

<sup>83</sup> Nur für Schweden kann aufgrund der Verfassungsänderung, bzw. der Streichung der Norm des weisungsungebundenen Mandatars ein Wandel des vorherrschenden Repräsentationsmodells und damit der prototypischen Repräsentationsrolle vermutet werden. Doch schien die Verfassungsnorm in Schweden in der gelebten Verfassungswirklichkeit wenig Beachtung gefunden zu haben (schriftliche Auskunft von Magnus Isberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Verfassungsausschuß des schwedischen Parlaments), was im übrigen mit unseren Befunden, die keine Determinierung der Repräsentationsrolle durch Verfassungsvorschriften aufgefunden haben, übereinstimmt.

versucht werden, eine Auswirkung über generelle Eigenschaft, die der formalen Bildung eines Individuums zugeschrieben werden, zu konstruieren. Bildung, betrachtet als individuelle Ressource, kann als Variable verstanden werden, die einen Einfluß auf das Autonomiepotential des Individuums, auf sein Abstraktionsvermögen und die Stärke seiner Selbstdefinition hat. Eine höhere formale Bildung führte damit möglicherweise zu mehr, eine geringe Bildung zu weniger Autonomie, was, bezogen auf die Abgeordnetenrolle, in einer mehr oder weniger starken Abhängigkeit von Elektorat und Selektorat münden kann.

Auf der Seite der Repräsentationsrollen kann den einzelnen Ausprägungen eine unterschiedlich starke Bindung zu Elektorat und Selektorat zugeordnet werden. Die stärkste Bindung konstituieren sicherlich der Wahlkreis- und Partei-Focus, deutlich schwächere dagegen der Nation- und Interessengruppen-Focus, wobei hier die Größe der vertretenen Interessengruppe für die Stärke der Bindung ausschlaggebend ist. Bezogen auf die formale Bildung kann daher gefolgert werden, daß eine höhere Bildung die Möglichkeit für eine größere Distanz zu Elektorat und Selektorat schafft, die zu einer häufigeren Einnahme eines Nation-Focus führen kann. Geringere Bildung hätte dementsprechend zur Folge, daß Abgeordnete eher einen Wahlkreis-, Partei- oder Interessengruppen-Focus einnehmen. Eine weitere Differenzierung innerhalb dieser drei Foci ist ohne die Einbeziehung weiterer Variablen nicht unmittelbar plausibel, weshalb die folgende Hypothese der empirischen Analyse zugrunde gelegt werden soll:

*Hypothese zum Einfluß formaler Bildung auf den Rollen-Focus:*

*Abgeordnete mit höherer Bildung tendieren häufiger zum Nation-Vertreter;*

*Abgeordnete mit geringerer Bildung tendieren häufiger zum Wahlkreis-Vertreter;*

*Partei-Vertreter oder Interessengruppen-Vertreter.*

Wenden wir das Argument der Stärkung der persönlichen Autonomie des Individuums durch eine höhere Formalbildung auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle an, so ergäbe sich folgerichtig eine deutliche Tendenz von höher gebildeten Abgeordneten zum ungebundenen Mandatar, der allein seinem persönlichen Urteil folgt und sich nicht an Weisungen des Elektorats und Selektorats gebunden fühlt.

*Hypothese zum Einfluß formaler Bildung auf die Style-Dimension:*

*Abgeordnete mit höherer Bildung nehmen häufiger eine Trustee-Orientierung ein;*

*Abgeordnete mit geringerer Bildung dagegen nehmen häufiger eine Delegate-Orientierung ein.*

Zur empirischen Prüfung des Einflusses von Bildung auf die Repräsentationsrolle wurde ein Konzept formaler Bildung zugrunde gelegt, das vier unterschiedliche Bildungsstufen unterscheidet. Dabei sind natürlich länderspezifische Unterschiede zu berücksichtigen, weshalb die exakte Umsetzung in Bildungskategorien je nach Land variiert. Die Kategorien gehen somit auf eine am jeweiligen Bildungssystem orientierte Operationalisierung zurück. Sie werden hier der Vergleichbarkeit halber aber mit den recht allgemeinen Bezeichnungen von hoher, höherer, mittlerer und einfacher formaler Bildung wiedergegeben. Die höchste Kategorie formaler Bildung („hohe“ Bildung) stellt ein Hochschulabschluß dar. Die beiden unteren Kategorien („einfache“ und „mittlere“ Bildung) werden den grundlegenden allgemeinbildenden Schulen zugeordnet („*primary*“ und „*secondary school*“, bzw. Hauptschule und Realschule im deutschen Bildungssystem). „Höhere“ formale Bildung schließlich steht für alle Bildungsabschlüsse, die über der einfachen und mittleren Bildung stehen, jedoch keinen Hochschulabschluß beinhalten.

Die in Tabelle 4.19 dargestellte Kreuztabellierung von formaler Bildung und Rollen-Focus kann auf den ersten Blick unsere Hypothese bestätigen:

**Tabelle 4.19: Formale Bildung und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Eindeutige Dominante Rollenorientierung					
Bildung	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	N
hoch	42,9	33,5	17,2	6,4	447
höher	41,6	24,7	22,5	11,2	90
mittel	31,1	35,1	29,7	4,1	75
einfach	14,3	64,3	14,3	7,1	31
<b>Gesamt</b>	<b>40,6</b>	<b>33,1</b>	<b>19,5</b>	<b>6,8</b>	<b>643</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Tatsächlich weisen die Abgeordneten mit hoher Bildung überproportional häufiger einen Nation-Focus auf, während Parlamentarier mit einfacher Schulbildung deutlich seltener zum Nation-Vertreter tendieren: ca. 14 Prozent der einfach gebildeten Abgeordneten stehen ca. 43 Prozent mit Hochschulabschluß und einem Nation-Focus gegenüber. Die Affinität der höher Gebildeten zu den anderen Ausprägungen des Rollen-Focus zeigt

kaum Besonderheiten. Bei der Gruppe der einfach gebildeten Parlamentarier dagegen fällt auf, daß fast zwei Drittel von ihnen einen Partei-Focus einnimmt, was deutlich über dem Durchschnitt der Verteilung der Focus-Dimension liegt. Einfache Bildung scheint also die Hypothese geringerer Autonomie, die zu einer stärkeren Bindung an Elektorat und Selektorat führt, zu bestätigen. Problematisch bleibt diese Aussage allerdings aufgrund der sehr geringen Fallzahl, die auf die unterste Bildungskategorie entfällt, weshalb sich die differenzierte Betrachtung nach Herkunftsländern nicht durchführen läßt.

Ein Effekt der formalen Bildung auf die multiplen Ausprägungen des Rollen-Focus (die entsprechende Kreuztabelle ist im Anhang wiedergegeben) konnte dagegen nicht festgestellt werden, wobei sich allerdings eine Auffälligkeit zeigte: fast ein Drittel der einfach gebildeten Abgeordneten tendiert zu einem unbestimmten, aus drei Foci zusammengesetzten Rollenverständnis, was dahingehend interpretiert werden kann, daß weniger Bildung offenbar zu einer größeren Unsicherheit der Zuordnung zu einem bestimmten Rollenverständnis führt.

Den Eindruck einer dem Ansatz nach zwar vorhandenen, der Größenordnung nach aber nur schwachen Auswirkung formaler Bildung auf den Rollen-Focus bestätigen die statistischen Beziehungsmaße (Cramérs  $V=.11$ ;  $\Lambda=.03$ ), was allerdings noch der weiteren Analyse bedarf, die im Anschluß an diesen Abschnitt zu leisten sein wird.

Im Gegensatz zum Rollen-Focus kann die in Tabelle 4.20 dargestellte Verteilung einen systematischen Einfluß formaler Bildung auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle nicht bestätigen. Zwar finden sich unter Abgeordneten, die über einen Hochschulabschluß verfügen (‘hohe Bildung’), mehr Trustees als unter denjenigen Abgeordneten mit allein höherer Bildung. Jedoch setzt sich dieser Trend bei den Parlamentarier mit nur mittlerer Bildung nicht fort. Diese weisen einen in etwa gleich großen Anteil an Trustees auf wie diejenigen Abgeordneten mit hoher Bildung. Auffällig hingegen ist, daß alle befragten Parlamentarier mit einfacher Bildung entgegen unserer Erwartung eine Trustee-Orientierung einnehmen, ein Ergebnis, was angesichts der geringen Fallzahlen jedoch kaum von Aussagekraft ist. Somit muß hier konzediert werden, daß eine größere Autonomie des Individuums, eine höhere Abstraktionsfähigkeit und eine stärkere Selbstdefinition nicht, wie von uns vermutet, zu einem Mandatsverständnis führt, welches die freie, d.h. ungebundene Mandatsausübung des Abgeordneten betont.

Dieses kommt auch durch die statistischen Beziehungsmaße zum Ausdruck (Cramérs  $V=.10$ ;  $\Lambda=.00$ ), weshalb vorläufig davon auszugehen ist, daß die formale

Bildung keinerlei Erklärungskraft für die präferierte Art und Weise der Mandatsausübung beanspruchen kann.

**Tabelle 4.20: Formale Bildung und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Bildung	Style		N
	Trustee	„Delegate“	
hoch	68,5	31,5	578
höher	62,2	37,8	133
mittel	67,3	32,7	78
einfach	100,0		18
<b>Gesamt</b>	<b>67,8</b>	<b>32,2</b>	<b>807</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Abschließend bleibt für diesen Abschnitt festzuhalten, daß von der formale Bildung der Abgeordneten keine eindeutigen und starken Effekte auf die beiden Dimensionen der Repräsentationsrolle, Focus und Style, nachgewiesen werden konnten. Weiteren Aufschluß über die Erklärungskraft sozial-demographischer Erklärungsvariablen kann die nun folgende multivariate Analyse der drei Faktoren Geschlecht, Lebensalter und Bildung geben.

#### 4.2.1.4. Sozial-demographische Erklärungsvariablen im Vergleich

Da die bislang präsentierten empirischen Befunde, die ausschließlich auf bivariaten Verteilungen und Zusammenhangsmaßen basierten, konnten zwar einen ersten Eindruck von den Auswirkungen sozial-demographischer Erklärungsfaktoren geben, doch ist aufgrund der möglichen Interaktionen aller drei Variablen eine multivariate Analyse geboten. Die zu diesem Zweck herangezogene Varianzanalyse vermag gleichermaßen die bivariaten sowie die für alle anderen Variablen kontrollierten Effekte anschaulich darzustellen wie auch die Erklärungskraft des Gesamtmodells zu schätzen. Das in Tabelle 4.21 wiedergegebene ANOVA-Modell wurde für die dichotomisierten Ausprägungen des

eindeutigen dominanten Rollen-Focus sowie für den (bereits dichotom vorliegenden) Rollen-Style berechnet.

Die Lesart der Tabelle soll kurz erläutert werden. Im Tabellenkopf stehen die dichotomisierten Focus- und Style-Variablen, die unabhängigen, sozial-demographischen Variablen sind in den Zeilen der Tabelle abgetragen. In der jeweils ersten Spalte einer Ausprägung der Repräsentationsrolle ist der bivariate Effekt dargestellt, in der zweiten Spalte folgt darauf der für alle anderen Variablen des Modells kontrollierte Effekt. Der *Grand Mean* gibt den Mittelwert der Verteilung wieder, der aufgrund der dichotomen Codierung dem prozentualen Anteil an der Gesamtverteilung der ursprünglichen Variablen entspricht. Nehmen wir beispielsweise die zuletzt im vorhergehenden Abschnitt untersuchte Beziehung von Bildung und Rollen-Style, so entspricht der *Grand Mean* von .68 dem Anteil aller befragten Parlamentarier mit einer Trustee-Orientierung (68 Prozent). Der *unkontrollierte* (bivariate) *Effekt* von ‚hoher‘ Bildung beträgt .01 und bedeutet, daß hohe Bildung einem um ein Prozent größeren Anteil an Trustees im Vergleich zum *Grand Mean*, also 69 Prozent, entspricht. Der in der nächsten Spalte dargestellte kontrollierte Effekt von .01 besagt, daß auch unter Kontrolle der beiden anderen Variablen (Geschlecht und Generation) der Effekt der Bildung konstant bleibt. Der Beta-Wert gibt die Größenordnung des bivariaten, der Eta-Wert die Größenordnung des multivariaten, unter Einbeziehung aller Variablen des Modells bestehenden Zusammenhanges wieder. Das  $R^2$  schließlich gibt ein Maß für die erklärte Varianz, für die Erklärungskraft, die Güte des Modells an.

Das varianzanalytische Modell kann die bereits herausgearbeiteten Befunde bezüglich des Einflusses der drei betrachteten sozial-demographischen Variablen Geschlecht, Generation und Bildung weitgehend bestätigen. Das Geschlecht der befragten Parlamentarier hat einen zwar moderaten, aber signifikanten Effekt auf den präferierten Rollen-Focus, jedoch keine Auswirkung auf den Rollen-Style. Auch unter Kontrolle der beiden anderen sozial-demographischen Variablen bleiben die Effekt erhalten. Vom Lebensalter der Befragten kann hingegen kein Effekt auf den Rollen-Focus, jedoch ein moderater Effekt auf den Rollen-Style nachgewiesen werden, wobei insbesondere die jüngere, postmaterialistische Generation der Abgeordneten stark überdurchschnittlich eine Delegate-Orientierung einnimmt. Die Bildung der Parlamentarier hat wiederum eine moderate Auswirkung auf zumindest drei der vier Rollen-Foci und auf den Rollen-Style. Lediglich auf den Wahlkreis-Vertreter kann von der formalen Bildung kein Effekt festgestellt werden.

Die Größenordnung der Effekt beträgt maximal .15 und ist damit als eher gering zu betrachten. Die erklärte Varianz beträgt .02, bzw. .03 und ist damit so gering, daß von einer erheblichen Erklärungskraft der Modelle kaum ausgegangen werden kann.

**Tabelle 4.21: Sozial-demographische Variablen im Vergleich (ANOVA-Analyse)**

	Rollen-Focus								Rollen-Style	
	Nation		Partei		Wahlkreis		Gruppe		Trustee	
	unkon. Effekt	kontr. Effekt								
Grand Mean	0,40		0,33		0,19		0,07		0,68	
<b>Geschlecht</b>										
Mann	0,02	0,02	-0,03	-0,03	0,02	0,02	-0,01	-0,01	0,00	0,00
Frau	-0,10	-0,10	0,11	0,11	-0,07	-0,07	0,06	0,06	0,00	0,03
Eta	0,10		0,11		0,08		0,12		0,00	
Beta	0,10		0,12		0,09		0,11		0,03	
Sign.	0,01		0,01		0,04		0,01		0,43	
<b>Generation</b>										
Nachkrieg/Wiederaufbau	0,00	0,00	0,01	0,01	0,00	-0,01	0,00	0,00	0,05	0,05
Protest/Wertewandel	0,01	0,01	0,01	0,01	-0,02	-0,02	0,00	0,00	0,01	0,02
Postmaterialismus	-0,02	-0,01	-0,03	-0,04	0,05	0,06	0,00	-0,01	-0,13	-0,13
Eta	0,02		0,03		0,06		0,01		0,15	
Beta	0,02		0,04		0,08		0,01		0,15	
Sign.	0,90		0,56		0,17		0,94		0,00	
<b>Bildung</b>										
hoch	0,02	0,02	0,00	0,01	-0,02	-0,02	-0,01	-0,01	0,01	0,01
höher	0,02	0,02	-0,09	-0,10	0,02	0,04	0,05	0,04	-0,06	-0,07
mittel	-0,10	-0,11	0,02	0,03	0,11	0,11	-0,03	-0,02	0,00	0,02
einfach	-0,26	-0,25	0,33	0,32	-0,08	-0,07	0,01	0,01	0,32	0,29
Eta	0,12		0,13		-0,02		0,09		0,10	
Beta	0,12		0,14		-0,02		0,08		0,10	
Sign.	0,04		0,01		0,05		0,34		0,02	
<b>R-Quadrat</b>	<b>0,03</b>		<b>0,03</b>		<b>0,03</b>		<b>0,02</b>		<b>0,03</b>	
<b>N</b>	<b>605</b>		<b>605</b>		<b>605</b>		<b>605</b>		<b>788</b>	

Anm.: Durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Zusammenfassend kann für die Auswirkung von sozial-strukturellen Merkmalen der Abgeordneten festgehalten werden, daß eine dezidierte Erklärungskraft dieser Variablen für die von den Abgeordnete präferierte Repräsentationsrolle nicht nachgewiesen werden konnte. Weder Geschlecht, Lebensalter noch formale Bildung haben sich als erklärungsstarke Bestimmungsgründe der Focus- oder Style-Dimension der Repräsentationsrolle erwiesen.

#### **4.2.2. Politisch-ideologische Erklärungsfaktoren**

Nachdem die These von der Erklärungskraft sozial-struktureller Bestimmungsgründe durch die empirische Analyse *summa summarum* nicht bestätigt werden konnte, sollen als zweites Bündel von Erklärungsfaktoren politische und ideologische Variablen geprüft werden. Diese konstituieren Erwartungen, die in erster Linie durch die Partei an den erfolgreichen Mandatsbewerber gerichtet werden.. Deshalb wird in einem ersten Schritt nach der Erklärungskraft der Parteimitgliedschaft gefragt werden. Da Parteien jedoch eine Aggregatform darstellen, schließlich müssen wir eine erhebliche Variationsbreite der Einstellungen von Mandatsträgern innerhalb der Parteien zumindest potentiell in Rechnung stellen, wir aber nach individuellen Determinanten der Repräsentationsrolle fragen, wird die weitere Untersuchung genuin personenbezogene Merkmale einbeziehen. Generelle politisch-ideologische Einstellungen, die möglicherweise einen Einfluß darauf haben, wen und wie Abgeordnete repräsentieren, sind in der Selbstpositionierung der Parlamentarier auf dem Links-Rechts-Kontinuum und der grundlegenden Werthaltung (nach Inglehart) der Abgeordneten zu sehen, die daher der Analyse der Einflusses der Parteizugehörigkeit folgen werden.

##### **4.2.2.1. Parteizugehörigkeit**

Kann die präferierte Repräsentationsrolle durch die Mitgliedschaft in einer bestimmten politischen Partei erklärt werden? Anders formuliert, existieren je nach Partei unterschiedliche Vorstellungen politischer Repräsentation, die in je unterschiedlichen Rollenverständnissen der Parlamentarier münden? Wenn dem so ist, woher stammen diese divergierenden parteispezifischen Vorstellungen zur maßgeblichen Repräsentationsrolle?

Werden durch Parteien divergierende Affinitäten zu unterschiedlichen Ausprägungen der Repräsentationsrolle vermittelt, so können diese nur auf repräsentationstheoretische Grundpositionen zurückgehen, von denen angenommen werden kann, daß sie sich langfristig entwickelt haben und eine große Stabilität über Zeit aufweisen. Es liegt also nahe, die Traditionsbestände ideologischer Grundpositionen, die oftmals mit der Entstehungsgeschichte einer Partei korrespondieren, für die Genese von Hypothesen zur Auswirkung auf die Repräsentationsrolle heranzuziehen. Hierfür kann aus verschiedenen Gründen natürlich nicht die einzelne Partei als Analyseeinheit herangezogen werden: Erstens streben wir einen komparativen Vergleich an, der Länder- und Parteinamen durch Konzepte ersetzt, in unserem Fall das Konzept der Repräsentationsrollen, die Analyse einer jeden Partei würde über eine bloße Deskription nicht hinausgehen. Zweitens

bedeutete die Erfassung der ideologischen Grundpositionen zu politischer Repräsentation von mehr als einhundert Parteien einen kaum zu bewältigenden Ressourcenaufwand. Und drittens wissen wir, daß Parteien in ihrer Programmatik über Zeit betrachtet erheblich variieren können, was eine repräsentationstheoretische Verortung schwierig machen könnte.

Aus diesen Gründen wird sich die Analyse der Parteieinflusses auf die Repräsentationsrolle des Konzeptes der Partefamilien bedienen, welche geeignet ist, Parteien auf politische und ideologische Grundpositionen zu verdichten, um so zu einer erheblichen Komplexitätsreduktion zu gelangen. Das Konzept der Partefamilien oder *Familles Spirituelles* scheint unmittelbar plausibel: Parteien werden zu funktionsäquivalenten Gruppen zusammengefaßt, wobei dazu in erster Linie ideologische Kriterien herangezogen werden, die resultierenden Gruppen aber auch jeweils große Gemeinsamkeiten im Hinblick auf Organisationsstruktur, Finanzierungsmethoden, Mitgliederstruktur, Führungsstil u.a.m. aufweisen (von Beyme 1985:4). Die Zuordnung von Parteien zu entsprechenden Partefamilien kann unterschiedliche Wege gehen: neben der Selbsteinstufung durch die Mitgliedschaft in internationalen Parteienverbänden ist ebenfalls eine Experteneinschätzung denkbar. In unserem Fall ist die Zuordnung kaum problematisch, da wir es ausschließlich mit parlamentarischen Parteien westeuropäischer Länder zu tun haben, deren Mitgliedschaft in Parteienverbänden zudem auf der europäischen Ebene noch einmal über die Zugehörigkeit zu den Fraktionen der Europäischen Parlamentes reflektiert wird. Folgende Partefamilien sollen für die folgende Analyse genutzt werden (nach ideologischer Verteilung von ‚links‘ nach ‚rechts‘ sortiert, mit den entsprechenden offiziellen Bezeichnung der Fraktion im Europäischen Parlament in französischer Sprache):

- Radikale Linke (GUE):  
„*Groupe confédéral de la gauche unitaire européenne*“
- Sozialdemokraten (PSE):  
„*Groupe du parti des socialistes européens*“
- Grüne (V):  
„*Groupe des verts*“
- Liberale (ELDR):  
„*Groupe du parti des libéraux, démocrates et réformateurs*“
- Christdemokraten (PPE):  
„*Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens)*“
- Konservative (UPE):  
„*Union pour l'Europe des Nations*“

Eine komplette Auflistung der Zuordnung aller Parteien zu diesen Gruppen findet sich im Anhang wieder. Mangels ausreichender Fallzahlen konnten zwei Partiefamilien nicht berücksichtigt werden: die Regionalisten (ARE, „*Alliance radicale européenne*“) und die Nationalisten (EDN, „*Europe des Nations*“).

In welcher Weise unterscheiden sich nun Parteien hinsichtlich der präferierten Repräsentationsrolle ihrer Abgeordneten? Eine Zuordnung zum bevorzugten Rollenverständnis kann über die ideologischen Wertvorstellung, hinsichtlich derer sich die einzelnen Partiefamilien fundamental unterscheiden, erfolgen. Beginnen wir mit der ältesten Partiefamilie, den Liberalen, so kann die grundlegende Betonung der Werte *Individualität* und *Freiheit* über das präferierte Rollenmodell Auskunft geben. Wenn im Zentrum liberaler Weltanschauung die freie Assoziation von verantwortungsbewußten Individuen steht, dann spricht das, bezogen auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle, deutlich für den ungebunden und nur seinem Gewissen verpflichteten Mandatar. Die Betonung von *Rationalität* und *Vernunft* als Werte gesellschaftlichen Handelns schließen im Hinblick auf den Rollen-Focus eine Vertretung von Partialinteressen aus. Parteilichkeit kann sicherlich nicht als Credo liberalen Gedankenguts herhalten, weshalb die Orientierungen des Interessengruppen- und Partei-Vertreters als Bezugspunkte eines liberalen Rollenverständnisses sicherlich ausscheiden. Statt dessen kann der ‚freie Abgeordnete‘, welcher den Repräsentationsschwerpunkt auf der ganzen Nation sieht, als Kernkonzept liberaler Rollenvorstellungen begriffen werden<sup>84</sup>.

Für christdemokratische und konservativen Partiefamilien kann eine ähnliche repräsentationstheoretische Fundierung ausgemacht werden. Beide Partiefamilien unterscheiden sich hinsichtlich zentraler Wertvorstellungen nur wenig<sup>85</sup>, aber noch am deutlichsten in Bezug auf die Religiosität, wobei auch bei den Konservativen eine große

---

<sup>84</sup> Belege für die Orientierung der Liberalen zum ungebundenen Nation-Vertreter ließen sich auch in dezidierten Äußerung liberaler Mandatsinhaber wiederfinden. Ein prominentes Beispiel ist sicherlich die ehemalige FDP-Abgeordnete Hildegard Hamm-Brücher, die dafür eintrat, daß ‚Freie Mandat‘ nicht nur als verfassungsrechtliche Rückzugsposition gegenüber Auswüchsen der Parteiräson zu betrachten, sondern für dessen Stärkung in der parlamentarischen Praxis eintrat (siehe Hamm-Brücher 1985; Hamm-Brücher 1989).

<sup>85</sup> Die ideologische Nähe von Christdemokraten und Konservativen wird auch gestützt durch die Selbsteinstufung der befragten Parlamentarier auf dem Links-Rechts-Kontinuum, deren mittlere Einschätzung sich auf der 10-Punkt-Skala gerade einmal um 0,04 Punkte unterscheidet (vgl. die im Anhang dargestellte Tabelle der Parteien nach Partiefamilie).

Affinität zur Religiosität festgestellt werden kann (von Beyme 1985:49). Auch bei Christdemokraten und Konservativen kann eine Betonung persönlicher Freiheit und Individualität als Wert angenommen werden, was mit einer starken Betonung der Trustee-Orientierung in Einklang steht. Wenn wir nach dem Rollen-Focus fragen, so rückt deutlich die Nation als Wertegemeinschaft, eine Orientierung auf das Ganze, auf das Gemeinwohl in den Vordergrund, spezielle und parteiliche Interessen dürften dagegen deutlich im Hintergrund stehen, obwohl bei stark christlich geprägten Parteien ein Repräsentationsschwerpunkt auf der Vertretung christlicher Interessen(gruppen) liegen könnte.

Im Gegensatz zu liberalen, christlichen und konservativen Parteifamilien weisen sozialistische und sozialdemokratische Gruppen von Parteien ein deutlich unterschiedliches Wertemuster auf. Entstanden aus dem Problemdruck von Industrialisierung und Pauperismus und eng verbunden mit der Entwicklung von Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen, stehen diese für die Vertretung ganz spezifischer Interessen, in erster Linie derjenigen der Arbeitnehmer. Im Gegensatz zu liberalen und konservativen Parteien vollzog sich der Wandel zu Volksparteien bei den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteifamilien erst bedeutend später. Verglichen mit liberalen und konservativen Parteifamilien, stehen sozialistische und sozialdemokratische Parteien stärker für Gleichheit denn für Freiheit, betonen diese stärker Kollektive denn das Individuum. Im Unterschied zu liberaler und konservativer Auffassung kann bei Sozialisten und Sozialdemokraten eine stärkere Tendenz zum imperativen Mandat ausgemacht werden, was zum einen in der Vergangenheit mit einer Vertretung von basisdemokratischen Repräsentationsansätzen wie dem Rätemodell einherging, zum anderen aus der Angst vor oligarchischen Abkopplungsprozessen von Führungspersonen erklärt werden könnte. Was den Repräsentationsschwerpunkt betrifft, kann aufgrund der Wertestruktur eine Hinwendung zu Partei- und Interessengruppen-Vertreter vermutet werden.

Für die grünen Parteien schließlich, die eine relativ neue Erscheinung innerhalb der Parteienlandschaften darstellen, kann eine ähnliche Rollenpräferenz vermutet werden: auch ihre Entstehungsbedingungen gehen auf eine besondere Konfliktstruktur zurück, grüne Parteien bildeten sich aus einer vermeintlich nicht parlamentarisch repräsentierten sozialen Gruppe, deren Werteorientierungen als post-materialistische identifiziert wurde (Inglehart 1977). Auch hier läßt sich durch die Betonung basisdemokratischer Herrschaftsmodelle, dem Idealbild universeller Partizipation und der damit verbundenen Skepsis gegenüber traditionellen Repräsentationsvorstellungen eine stärkere Akzeptanz

einer Delegate-Orientierung vermuten<sup>86</sup>. Und auch bei grünen Parteien können wir von einer Hinwendung zu Partei- und Interessengruppen-Vertreter ausgehen.

Somit kann für die Analyse folgendes Set an Hypothesen für die Verteilung der Focus- und Style-Dimension der Repräsentationsrolle formuliert werden:

*Hypothese zum Einfluß der Parteizugehörigkeit auf den Rollen-Focus:  
Abgeordnete liberaler, konservativer oder christlicher Parteien tendieren häufiger zum Nation-Vertreter oder Wahlkreis-Vertreter;  
Abgeordnete sozialistischer, sozialdemokratischer oder grüner Parteien tendieren häufiger zum Partei-Vertreter oder Interessengruppen-Vertreter.*

*Hypothese zum Einfluß der Parteizugehörigkeit auf die Style-Dimension:  
Abgeordnete liberaler, konservativer oder christlicher Parteien nehmen häufiger eine Trustee-Orientierung ein;  
Abgeordnete sozialistischer, sozialdemokratischer oder grüner Parteien nehmen häufiger eine Delegate-Orientierung ein.*

Eine erste Prüfung dieser Hypothesen kann durch den Vergleich der eindeutigen dominanten Repräsentationsrolle nach den sechs oben dargestellten Parteifamilien erfolgen. Wie Tabelle 4.22 zeigt, können die Erwartungen zur Verteilung des Rollen-Focus grundsätzlich bestätigt werden: Bei den eher ‚linken‘ Parteifamilien herrscht klar der Partei-Vertreter vor, dessen Anteil zwischen ca. 42 Prozent (Radikale Linke) und ca. 59 Prozent (Grüne) variiert. In den ‚bürgerlichen‘ Parteien findet sich dagegen der Partei-Vertreter deutlich selten, sein Anteil variiert zwischen 11 Prozent (Konservative) und 32 Prozent (Liberale). Der Nation-Vertreter ist in der ‚linken‘ Parteifamilie deutlich unterdurchschnittlich vertreten und wird nur von weniger als 30 Prozent, im Falle der Radikalen Linke sogar nur von ca. 17 Prozent dieser Parlamentarier bevorzugt. Eine stark überdurchschnittliche Repräsentation bestimmter Interessengruppen kann, konform zu unserer Hypothese, bei der ‚Radikalen Linken‘ und den ‚Grünen‘ festgestellt werden, welche einen Anteil an Interessengruppen-Vertretern von ca. 25 Prozent, bzw. ca. 12 Prozent aufweisen.

Die Verteilung innerhalb liberaler, konservativer und christdemokratischer Parteien ist zwar weniger deutlich, kann unsere Hypothese jedoch auch dahingehend bestätigen, daß

---

<sup>86</sup> Noch gut in Erinnerung sind die Diskussionen der deutschen Grünen um die Verbindlichkeit von Rotation und Imperativem Mandat der 80er Jahre.

hier der Nation-Vertreter und nicht der Partei-Vertreter die maßgebliche Rollenorientierung für die Mehrheit der Abgeordneten dieser Parteifamilien darstellt. Der Anteil an Nation-Vertretern innerhalb der ‚bürgerlichen‘ Parteien, der nur unwesentlich geringer ist als der Anteil an Partei-Vertreter innerhalb der ‚linken‘ Parteien, bewegt sich zwischen ca. 39 Prozent bei den Liberalen und ca. 53 Prozent bei den Christdemokraten. Während der Interessengruppen-Vertreter innerhalb dieser Parteifamilie kaum eine Bedeutung hat, erlangt der Partei-Vertreter doch ungleich mehr Zuspruch und nimmt, mit einer Ausnahme, den zweithäufigst anzutreffenden Rollen-Focus ein. Nur bei den Konservativen steht der Wahlkreis-Vertreter an zweiter, der Partei-Vertreter erst an dritter Stelle der Häufigkeitsverteilung.

**Tabelle 4.22: Parteizugehörigkeit und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Parteifamilie	Eindeutige Dominante Rollenorientierung				N
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	
Radikale Linke (GUE)	16,7	41,7	16,7	25,0	26
Sozialdemokraten (PSE)	28,5	48,1	17,1	6,3	213
Grüne (V)	29,4	58,8		11,8	31
Liberalen (ELDR)	38,8	32,0	24,3	4,9	83
Christdemokraten (PPE)	52,5	26,0	13,0	8,5	177
Konservative (UPE)	47,0	10,8	39,8	2,4	86
<b>Gesamt</b>	<b>40,7</b>	<b>32,5</b>	<b>20,0</b>	<b>6,7</b>	<b>616</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Es scheint also, daß mit der Deutlichkeit der ideologischen Positionierung der Parteien auch eine bessere Prädiktion der Rollenverteilung möglich ist, denn innerhalb des Spektrums der Parteifamilien, die in Tabelle 4.22 von ‚Links‘ nach ‚Rechts‘ angeordnete sind, finden unsere Hypothesen die beste Bestätigung für die extremsten Parteifamilien, für die Radikale Linke und die Konservativen. Hier ist auch der Anteil derjenigen Abgeordneten, deren Rollenverständnis durch multiple Foci charakterisiert ist, relativ gering (wie im Anhang dargestellt), was ebenfalls die Hypothese stützen kann, daß es einen Zusammenhang von ideologischen Orientierungen und präferierter Repräsentationsrolle gibt. Ansonsten zeigen die multiplen Rollenverständnisse die für das eindeutige dominante Rollenverständnis aufgefundenen Verteilungsmuster: Nation-Wahlkreis-Vertreter finden sich am häufigsten in konservativen Parteien und am

seltensten in radikal-linken Parteien, was in Übereinstimmung mit unserer Hypothese steht, daß dieses multiple Rollenverständnis Foci der selben Einflußrichtung zusammensetzt. Bei den multiplen Foci, die aus zwei Elementen bestehen, von denen ein je unterschiedlicher Wirkungszusammenhang erwartete wurde, ist die Tendenz nicht ganz so homogen wie beim eindeutigen Rollenverständnis, dennoch ist hier der Nation-Partei-Vertreter deutlich häufiger bei den ‚linken‘, der Wahlkreis-Partei-Vertreter deutlich häufiger bei den ‚bürgerlichen‘ Parteien festzustellen. Es scheint also das Parteelement nicht genuin ‚durchzuschlagen‘, wie es bei den Makro-Determinanten festgestellt wurde. Vielmehr scheint die Verteilung aus der Rangordnung innerhalb der eindeutigen Rollenverständnisse erklärt werden zu können: fällt auf eine Partiefamilie die größte Häufigkeit auf den Nation-Vertreter und die zweitgrößte Häufigkeit auf den Partei-Vertreter, wie bei den ‚bürgerlichen‘ Parteien der Fall, dann findet sich häufiger der multiple Typus der Nation-Partei-Vertreters. Und selbiges gilt für den aus Wahlkreis- und Partei-Focus zusammengesetzten Typus.

Der aus der Verteilung beobachtete Zusammenhang kann auch durch die statistischen Beziehungsmaße bestätigt werden. Zwar können wir bei der in Tabelle 4.22 wiedergegebenen Verteilung kaum von einem sehr starken oder gar perfekten Zusammenhang sprechen, doch zeigen die Maße der statistischen Beziehung (Cramérs  $V=.22$ ;  $\Lambda=.12$ ) eine immerhin beachtliche Größe des Zusammenhanges an.

Auch die Auswirkung der Parteizugehörigkeit auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle weist die vermutete Richtung auf, wenn auch die Größenordnung deutlich geringer ausfällt, wie der Tabelle 4.23 entnommen werden kann. Die ideologische ‚Extreme‘ sprechen für unsere Hypothese: der Anteil an ungebundenen Mandataren ist bei den Konservativen mit ca. 85 Prozent deutlich höher als bei den Radikalen Linken, deren Abgeordnete einen Anteil an Trustees in Höhe von ca. 55 Prozent aufweisen. Gleiches gilt auch für die ideologisch moderateren Partiefamilien. Nur die christdemokratischen Parteien scheinen die Hypothese nicht unterstützen zu können, da sie nicht deutlich mehr Abgeordnete mit einer Trustee-Orientierung haben als sozialdemokratische Parteien. Zur Erklärung dieses Sachverhaltes kann die Überlegung beitragen, daß ein bindender Auftrag vielleicht dem christlichen Weltbild noch näher steht, als das bei Liberalen und Konservativen der Fall wäre.

Zwar sind die Unterschiede zwischen den Partiefamilien im Hinblick auf die Style-Dimension recht deutlich, doch stellt das die zweifellos unten allen Parlamentarier vorherrschende Trustee-Orientierung nicht in Frage, denn selbst in der Radikalen Linken

gibt es mehr Trustees als Delegates. Dem entspricht auch die geringe statistische Beziehung zwischen Parteizugehörigkeit und Style-Dimension (Cramérs  $V=.19$ ;  $\text{Lambda}=.00$ ).

**Tabelle 4.23: Parteizugehörigkeit und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Parteifamilie	Style		N
	Trustee	„Delegate“	
Radikale Linke (GUE)	54,5	45,5	16
Sozialdemokraten (PSE)	62,7	37,3	262
Grüne (V)	48,5	51,5	32
Liberale (ELDR)	72,9	27,1	112
Christdemokraten (PPE)	64,3	35,7	224
Konservative (UPE)	84,7	15,3	118
<b>Gesamt</b>	<b>67,6</b>	<b>32,4</b>	<b>764</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Zusammenfassend für den Einfluß der Parteizugehörigkeit auf die Repräsentationsrolle kann festgehalten werden, daß der Effekt auf den Rollen-Focus erheblich, derjenige auf den Rollen-Style dagegen nur gering ist. Die These von der erheblichen Auswirkung politisch-ideologischer Bestimmungsgründe auf die Einnahme von Repräsentationsrollen scheint damit zumindest gestützt, bedarf jedoch der weiteren Analyse, denn die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei stellt zwar eine Eigenschaft des Individuums dar, variiert jedoch nicht vollständig über alle betrachteten Parlamentarier. Parteizugehörigkeit ist somit auch eine Aggregatebene, die zwar eine plausible Zusammenfassung politischer und ideologischer Kriterien verspricht, jedoch nach wie vor die Frage offen läßt, ob sich nicht Abgeordnete der selben Partei erheblich in ihren grundlegenden politischen und ideologischen Wertvorstellungen unterscheiden. Aus diesem Grund wird die Analyse mit zwei ‚echten‘ Individualmerkmalen fortgesetzt: der Selbsteinschätzung der befragten Parlamentarier auf dem Links-Rechts-Kontinuum und der nach Ronald Inglehart gebildeten Werteorientierung der Abgeordneten.

#### 4.2.2.2. Links-Rechts-Orientierung

Zur Bestimmung der politisch-ideologischen Einstellungen und Werthaltungen eines Abgeordneten ist die Parteizugehörigkeit zwar ein erster und sicherlich aussagekräftiger Zugang, der jedoch angesichts möglicher Variationen politischer Positionen innerhalb von Parteien der weiteren Analyse bedarf. Daher ist eine Verifizierung des für die Aggregatebene ‚Partei‘ gefundenen Zusammenhänge durch ein individuelles Maß notwendig. Ein seit langem in die Politikwissenschaft eingeführtes Maß zur Bestimmung der politischen Orientierung von Individuen ist die Selbsteinschätzung auf einem Links-Rechts-Kontinuum (Klingemann 1982:214). Die Entgegensetzung von ‚Links‘ und ‚Rechts‘ als diametrale Pole eines ideologischen Orientierungsschemas ist zwar an sich inhaltsarm, da sie auf eine zufällige Sitzverteilung in frühen Ständeversammlungen und Parlamenten des 18. und 19. Jahrhunderts zurückgeht, in denen die höheren Stände, bzw. die Konservativen rechts vom König, bzw. Parlamentspräsidenten saßen<sup>87</sup>. Doch besteht kein Zweifel, daß die Begriffe ‚Links‘ und ‚Rechts‘ nicht nur ständig in der öffentlichen Diskussion benutzt werden, sondern auch grundlegend unterschiedlichen politischen Auffassung zugeordnet werden können. Daß zum Beispiel sozialistische und sozialdemokratische Werte mit dem Attribut ‚Links‘, christliche und konservative Werte dagegen mit dem Attribut ‚Rechts‘ belegt werden, dürfte gänzlich unstrittig sein. Zwar variieren die genauen Bedeutungsinhalte zwischen Ländern und über Zeit, doch konnte in vielen Studien gezeigt werden, daß dieses Schema geeignet ist, die grundlegende politische Verortung durch ein sparsames Modell, eine „räumliche Metapher ... [zur] Reduktion von Komplexität“ (Fuchs/Klingemann 1989:484) abzubilden.

Die Hypothesenbildung zum Einfluß der Links-Rechts-Orientierung auf die Repräsentationsrolle kann analog zum Einfluß der Parteizugehörigkeit erfolgen. Eine ‚linke‘ Orientierung geht mit der Betonung von ‚Gleichheit‘ als gesellschaftlichem Wert und der Fokussierung auf bestimmte gesellschaftliche Kollektive einher, während eine ‚rechte‘ Orientierung den Wert der ‚Freiheit‘ herausstellt und ganz prononciert auf das Individuum abstellt. Diese grundlegenden Divergenzen über generelle gesellschaftliche Wertvorstellungen, die hier nur angedeutet wurden, finden auf der Seite der Repräsentationsrolle in den folgenden Hypothesen ihre Entsprechung:

---

<sup>87</sup> Vielleicht ist diese Zuordnung von Konservatismus und ‚Rechts‘ nicht ganz so beliebig, wie es auf den ersten Blick erscheint, da in vielen Sprachen ‚Rechts‘ nicht nur für eine wertfreie Richtungs- oder Seitenangabe steht, sondern, im Vergleich zu ‚Links‘, deutlich positiver konnotiert ist und häufig im Sinne von ‚gut‘ benutzt wird.

*Hypothese zum Einfluß der Links-Rechts-Orientierung auf den Rollen-Focus:  
 Je ‚rechter‘ ein Abgeordneter, desto eher wird dieser zum Nation-Vertreter oder  
 Wahlkreis-Vertreter tendieren;  
 Je ‚linker‘ ein Abgeordneter, desto eher wird dieser zum Partei-Vertreter oder  
 Interessengruppen-Vertreter tendieren.*

*Hypothese zum Einfluß der Links-Rechts-Orientierung auf die Style-Dimension:  
 Je ‚rechter‘ ein Abgeordneter, desto eher wird dieser eine Trustee-Orientierung  
 einnehmen;  
 Je ‚linker‘ ein Abgeordneter, desto eher wird dieser eine Delegate-Orientierung  
 einnehmen.*

Eine erste bivariate Prüfung dieser Hypothesen kann durch die in Tabelle 4.24 dargestellte Verteilung der gruppierten Links-Rechts-Orientierung<sup>88</sup> und des Rollen-Focus erfolgen. Die Verteilung bestätigt zunächst die Richtung der Hypothese, eher ‚rechte‘ Abgeordnete präferieren deutlich häufiger einen Nation- und Wahlkreis-Focus, während eher ‚linke‘ Parlamentarier überdurchschnittlich häufig ihren Focus auf dem Partei- und Interessengruppen-Vertreter sehen. Die Differenzen in der Verteilung sind dabei ganz erheblich, unten ‚linken‘ Abgeordneten finden sich mehr als doppelt soviel Partei-Vertreter, fast doppelt soviel Interessengruppen-Vertreter, und nur halb soviel Wahlkreis-Vertreter wie unter ‚rechten‘ Abgeordneten. Im Hinblick auf den Nation-Vertreter unterscheiden sich ‚linke‘ und ‚rechte‘ Parlamentarier zwar nicht ganz so stark, doch sind es auch hier immerhin 16 Prozentpunkte Differenz. Betrachten wir die in der jeweiligen gruppierten Links-Rechts-Orientierung vorherrschenden, am häufigsten präferierten Rollen-Foci, so steht unter ‚linken‘ Abgeordneten der Partei-Vertreter an erster Stelle, gefolgt vom Nation-, Wahlkreis- und Interessengruppen-Vertreter. Bei den ‚rechten‘ Abgeordneten ist diese Reihenfolge eine andere: an erster Stelle steht hier der Nation-Vertreter, an zweiter der Wahlkreis-Vertreter, an dritter der Partei-Vertreter und schließlich an letzter Stelle der Interessengruppen-Vertreter. Somit muß von einer erheblichen Differenz zwischen ‚rechten‘ und ‚linken‘ Abgeordneten hinsichtlich des

---

<sup>88</sup> Die auf einer 10stufigen, von Links nach Rechts verlaufende Skala wurde folgendermaßen rekodiert: die Skalenwerte 1 bis 4 bildeten die Gruppen ‚Links‘, die Skalenwerte 5 und 6 bildeten die ‚Mitte‘, und die Werte 7 bis 10 wurden zu ‚Rechts‘ zusammengefaßt.

präferierten Rollen-Focus ausgegangen werden. Dieser Zusammenhang von Links-Rechts-Orientierung und Rollen-Focus schlägt sich auch in den statistischen Beziehungsmaßen nieder (Cramérs  $V=.19$ ;  $\Lambda=.09$ ), eine Kenntnis der Links-Rechts-Selbsteinschätzung würde zu einer Fehlerreduktion der Schätzung des Rollen-Focus von ungefähr 9 Prozent führen.

**Tabelle 4.24: Gruppierte Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Links-Rechts-Orientierung	Eindeutige Dominante Rollenorientierung				N
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	
Links	30,7	44,5	15,6	9,2	249
Mitte	46,0	32,5	15,5	6,0	207
Rechts	46,8	18,7	29,2	5,3	178
<b>Gesamt</b>	<b>40,6</b>	<b>32,9</b>	<b>19,5</b>	<b>7,0</b>	<b>634</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Damit kann unsere Hypothese, die eine erhebliche Auswirkung der ideologischen Orientierung auf die Auswahl des Rollen-Focus postulierte, als vorläufig bestätigt gelten. Weitere, multivariate Analysen sind nach Darstellung aller untersuchten politisch-ideologischen Erklärungsvariablen noch zu leisten.

Auch die Hypothese zur Auswirkung der Links-Rechts-Selbsteinschätzung für die Style-Dimension der Repräsentationsrolle kann der Richtung nach bestätigt werden. Tabelle 4.25 zeigt, daß Abgeordnete mit einer eher ‚rechten‘ Einstellung deutlich häufiger der Trustee-Orientierung zugeneigt sind als Abgeordnete mit einer eher ‚linken‘ Selbsteinschätzung. Was die Größenordnung des Zusammenhanges betrifft, liegt zwar eine Differenz in der Verteilung von ‚rechten‘ und ‚linken‘ Parlamentarier von 12 Prozent vor, doch ist diese angesichts der insgesamt dominierenden Trustee-Orientierung als relativ gering zu betrachten. Selbst unter den ‚linken‘ Abgeordneten sehen sich deutlich mehr als 60 Prozent der Befragten als Trustees. Der geringe Zusammenhang von Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Rollen-Style spiegelt sich auch in den Maßzahlen der statistischen Assoziation wieder (Cramérs  $V=.11$ ;  $\Lambda=.00$ ), die Kenntnis der

ideologischen Position der Abgeordneten ist als nicht geeignet, den Vorhersagefehler für die abhängige Variable, den Rollen-Style, zu reduzieren.

**Tabelle 4.25: Gruppierte Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Links-Rechts-Orientierung	Style-Dimension		N
	Trustee	„Delegate“	
Links	62,4	37,6	338
Mitte	70,1	29,9	249
Rechts	74,3	25,7	206
<b>Gesamt</b>	<b>67,8</b>	<b>32,2</b>	<b>793</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Somit bleibt festzuhalten, daß die ideologische Position der Abgeordneten, gemessen als Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala, eine erhebliche Determinante des Rollen-Focus darstellt, jedoch nur eine geringe Auswirkung auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle hat.

#### 4.2.2.3. Werteorientierung

Die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala bietet zwar eine umfassende und zuverlässige Messung ideologischer Grundpositionen, doch kann kritisch gefragt werden, ob sich damit nicht nur die etablierten Konfliktstrukturen abdecken lassen, sondern auch neue, durch die emanzipatorischen Bestrebungen seit den späten 60er Jahren entstandene Wertorientierungen erfaßt werden können. Diese ‚emanzipatorische Revolution‘, maßgeblich von Ronald Inglehart (1977) in seinem Buch *The Silent Revolution* beschrieben, konstatiert einen Wandel der Wertvorstellungen in den westlichen Demokratien von materialistischen, auf ökonomischen Wohlstand ausgerichteten Werten hin zu ‚post-materialistischen‘ Werten, die stärker Lebensqualität und freie Entfaltung der Persönlichkeit betonen.

Natürlich ist die Werteorientierung nicht unkorreliert mit der Links-Rechts-Einstellung, die ‚neuen‘ Werte werden deutlich häufiger von Linken vertreten als von

Konservativen (Inglehart 1977:61), was mit der oben diskutierten ideologischen Ausrichtung von Parteien und Individuen übereinstimmt. Doch impliziert die Korrelation von Links-Rechts-Einstellung und Werteorientierung sicherlich keinen deterministischen Zusammenhang, es kann und wird auch Konservative geben, die postmaterialistische gegenüber materialistischen Werten vorziehen. Zudem stellt die Werteorientierung eine Messung gesellschaftlicher und politischer Zielvorstellungen dar, von der ein, im Vergleich zur Links-Rechts-Orientierung, größerer Substanzgehalt zumindest vermutet werden kann. Somit können wir uns weiteren Aufschluß über die politisch-ideologischen Bestimmungsgründe der Repräsentationsrolle durch die Analyse der Werteorientierung der Abgeordneten versprechen.

Die Frage, die sich im Hinblick auf die untersuchten Rollenorientierungen stellt, ist, welchen Zusammenhang wir zwischen der Werteorientierung und unseren Ausprägungen der Repräsentationsrolle erwarten können. Zum einen kann die Hypothesenbildung auf die bereits betrachteten politisch-ideologischen Bestimmungsgründe, Parteizugehörigkeit und Links-Rechts-Selbsteinschätzung, zurückgreifen: Es konnte festgestellt werden, daß auf gesellschaftliche Veränderung gerichtete politische Positionen traditionell dem eher linken Lager zuzuordnen sind, während gesellschaftlicher Wandel geradezu kontradiktorisch zu konservativen, dem Wortsinne nach bewährenden Positionen steht. Dem zufolge kann, auf der Basis der bereits in den entsprechenden Abschnitten spezifizierten Hypothesen, vermutet werden, daß Materialisten eher zum Nation- oder Wahlkreis-Vertreter tendieren, während Postmaterialisten häufiger einen Partei- oder Interessengruppen-Focus aufweisen sollten. Zum anderen liegt die Vermutung nahe, daß ‚neuere‘ Wertvorstellungen auch zur Annahme ‚neuerer‘ Ausprägungen der Repräsentationsrolle führen. Nun könnte zwar behauptet werden, daß ‚neue‘, postmaterialistische Werthaltungen die von uns ausgeführten Repräsentationsmodelle generell für höchstens modern erachten und sich daher verstärkt an ‚neueren‘ Demokratievorstellungen orientieren, welche die parlamentarisch-repräsentative Demokratie als ein Surrogat für die ‚wahre‘ Demokratie betrachten, welche nach Überwindung der etablierten Demokratie streben und der direkten Demokratie, zumindest der erheblichen Ausweitung der Partizipation breiter Bevölkerungsschichten das Wort reden. Dieses scheint für postmaterialistische Einstellungen in Schrifttum und Bevölkerung zwar plausibel, doch für Parlamentarier weniger wahrscheinlich, da diese wohl kaum auf die Überwindung parlamentarischer Demokratie abzielen. Insofern könnte unter Parlamentariern eine neueres Repräsentationsmodell im Parteienstaatsmodell oder im Ansatz der funktionalen Repräsentation gesehen werden, welche sich gegen die ‚alten‘, auf Burke zurückgehenden Repräsentationsvorstellungen abgrenzen. Diese

Überlegungen führen uns zu folgenden Hypothesen zum Einfluß der Werteorientierung auf die Repräsentationsrolle:

*Hypothese zum Einfluß der Werteorientierung auf den Rollen-Focus:*

*Materialistische Abgeordnete tendieren häufiger zum Nation-Vertreter oder Wahlkreis-Vertreter;*

*Postmaterialistische Abgeordnete tendieren häufiger zum Partei-Vertreter oder Interessengruppen-Vertreter.*

*Hypothese zum Einfluß der Werteorientierung auf die Style-Dimension:*

*Materialistische Abgeordnete nehmen häufiger eine Trustee-Orientierung ein;*

*Postmaterialistische Abgeordnete nehmen häufiger eine Delegate-Orientierung ein.*

Die Konzeptualisierung und Operationalisierung der Werteorientierung erfolgte analog zum etablierten Instrumentarium der Eurobarometer-Studien, welches auf Ronald Inglehart zurückgeht. Die Befragten werden dabei gebeten, vier Items ihrer Präferenz nach in eine Ordnung zu bringen. Folgender Fragetext wurde in der Abgeordnetenstudie verwendet:

*„Es gibt unterschiedliche allgemeine Ziele, denen Politiker Priorität geben können. Wenn Sie zwischen den folgenden Zielen wählen müßten, welches Ziel erschiene Ihnen am wichtigsten? Und welches käme an zweiter Stelle?“*

Die vier ‚allgemeine Ziele‘ waren die von Inglehart seit den 70er Jahren verwendeten, wobei von den befragten Parlamentariern keine vollständige hierarchische Anordnung, sondern nur die wichtigsten beiden Aussagen zur Werteorientierung erfaßt wurden:

- *Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung*
- *Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung*
- *Kampf gegen steigende Preise*
- *Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung*

Über die ersten beiden Wertpräferenzen wird eine Skala, bzw. eine Typologie gebildet, die darauf basiert, daß die Befragten entweder zwei materialistische („Ruhe und Ordnung“; „Kampf gegen steigende Preise“) oder zwei postmaterialistische Werte („mehr Einfluß der Bürger“; „freie Meinungsäußerung“) als erste und zweite Präferenz genannt haben und dem entsprechend eindeutig als Materialisten, bzw. Postmaterialisten

klassifiziert werden können. In den Fällen, in denen ein materialistisches in Kombination mit einem postmaterialistischen Item genannt wurde, liegt ein Mischtyp vor, der, je nachdem, welches Item die erste Präferenz erhielt, eine stärkere Tendenz zum Materialisten oder Postmaterialisten aufweist. Die vier Typen wurden nun weiter zusammengefaßt, um eine eindeutige Zuordnung zu einer Werteorientierung vornehmen zu können, indem die Mischtypen eindeutig der dominierenden Wertepräferenz zugeordnet wurden (z.B. wurden Befragte mit einem materialistischen Item als wichtigstes Ziel und einem postmaterialistischen Item als zweitwichtigstes Ziel als ‚Materialisten‘ kodiert). Somit liegt eine dichotome Ausprägung der Werteorientierung der Parlamentarier in Form einer Gegenüberstellung von Materialisten und Postmaterialisten vor.

Die empirische Verteilung des eindeutigen dominanten Rollenverständnisses, nach der Werteorientierung der Abgeordneten betrachtet, wie in Tabelle 4.26 dargestellt, kann unsere Hypothese dahingehend bestätigen, daß Materialisten überdurchschnittlich häufig einen Nation-Focus einnehmen, während Postmaterialisten, wie vermutet, häufiger einen Partei- und Interessengruppen-Focus aufweisen.

**Tabelle 4.26: Werteorientierung und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Werteorientierung	Eindeutige Dominante Rollenorientierung				N
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	
Materialisten	48,0	31,5	18,1	2,4	127
Postmaterialisten	37,7	37,7	16,9	7,8	351
<b>Gesamt</b>	<b>40,7</b>	<b>35,9</b>	<b>17,2</b>	<b>6,2</b>	<b>478</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Auf die Einnahme eines Wahlkreis-Focus scheint die Werteorientierung dagegen keinen Einfluß zu haben. Gleiches gilt ebenfalls für den Effekt auf die multiplen Ausprägungen des Rollen-Focus, wie der im Anhang wiedergegebenen Darstellung entnommen werden kann.

Die Größenordnung scheint aufgrund der relativ geringen Prozentsatzdifferenzen recht gering, was durch die statistischen Beziehungsmaße (Cramér's  $V=0,13$ ; Lambda=0,00) bestätigt werden kann. Es ist also festzuhalten, daß der Effekt der Werteorientierung zwar

der erwarteten Richtung entspricht, jedoch nicht die Stärke annimmt, um ihn zu einem bedeutsamen Prädiktor des Rollen-Focus zu machen.

Die Auswirkung der materialistischen oder postmaterialistischen Werteorientierung auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle kann dagegen nicht bestätigt werden. Zwar tendieren, wie Tabelle 4.27 entnommen werden kann, Materialisten häufiger zur Trustee-Orientierung, und Postmaterialisten dementsprechend häufiger zur Delegate-Orientierung, doch ist die Differenz in der Verteilung mit ca. drei Prozentpunkten sehr gering.

**Tabelle 4.27: Werteorientierung und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Werteorientierung	Style		N
	Trustee	„Delegate“	
Materialisten	67,6	32,4	182
Postmaterialisten	64,7	35,3	417
<b>Gesamt</b>	<b>65,7</b>	<b>34,3</b>	<b>599</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Die Werteorientierung scheint also kaum einen Effekt auf die Style-Dimension zu haben, was durch die sehr geringen statistischen Zusammenhangsmaße bestätigt wird (Cramérs  $V=.01$ ; Lambda=.00).

Zusammenfassung kann für die Auswirkung der Werteorientierung auf die Einnahme der Repräsentationsrolle festgehalten werden, daß alte und neue, materialistische und postmaterialistische Werte nur einen sehr geringen Effekt auf den präferierten Rollen-Focus und so gut wie keinen Effekt auf den Rollen-Style haben. Weitergehende Analysen sind jedoch auch hier erforderlich, um die möglichen Interaktionseffekte mit den anderen beiden politisch-ideologischen Variablen abschätzen zu können.

#### 4.2.2.4. Politisch-ideologische Erklärungsfaktoren im Vergleich

Um die aufgefunden bivariaten Zusammenhänge einer weiteren Analyse zu unterziehen, wurde auch für die untersuchten politisch-ideologischen Variablen eine Varianzanalyse durchgeführt, deren Ergebnisse in Tabelle 4.28 dargestellt sind. Die bivariaten Befunde können durch die Varianzanalyse weitgehend bestätigt werden. Während die Parteizugehörigkeit und die Links-Rechts-Selbsteinschätzung einen moderaten Effekt auf die Repräsentationsrolle haben, kann ein solcher für die Werteorientierung weitgehend ausgeschlossen werden. Die Erklärungskraft des aus diesen drei Variablen bestehenden Modells ist zwar größer als dasjenige der sozial-demographischen Variablen, doch deutet ein  $R^2$  von maximal .08 nicht gerade auf eine große Erklärungskraft dieses Modells hin.

**Tabelle 4.28: Politisch-ideologische Variablen im Vergleich (ANOVA-Analyse)**

	Rollen-Focus								Rollen-Style	
	Nation		Partei		Wahlkreis		Gruppe		Trustee	
	unkon. Effekt	kontr. Effekt								
Grand Mean	0,40		0,35		0,19		0,07		0,65	
<b>Parteifamilie</b>										
Radikale Linke (GUE)	-0,21	-0,12	0,04	-0,03	0,01	0,04	0,16	0,11	-0,15	-0,11
Sozialdemokraten (PSE)	-0,11	-0,05	0,14	0,08	-0,01	0,02	-0,02	-0,05	-0,05	-0,01
Grüne (V)	-0,24	-0,22	0,39	0,37	-0,15	-0,11	0,00	-0,03	-0,30	-0,28
Liberale (ELDR)	-0,06	-0,07	0,01	0,03	0,06	0,05	-0,02	-0,01	0,08	0,06
Christdemokraten (PPE)	0,12	0,07	-0,08	-0,05	-0,06	-0,06	0,02	0,04	-0,03	-0,05
Konservative (UPE)	0,11	0,10	-0,20	-0,16	0,12	0,06	-0,03	0,00	0,17	0,15
Eta	0,23		0,28		0,18		0,14		0,21	
Beta	0,17		0,22		0,14		0,17		0,19	
Sign.	0,12		0,01		0,21		0,10		0,00	
<b>Links-Rechts</b>										
Links	-0,14	-0,08	0,13	0,07	-0,02	-0,02	0,02	0,03	-0,07	-0,05
Mitte	0,14	0,12	-0,07	-0,05	-0,08	-0,06	0,01	-0,01	0,04	0,03
Rechts	0,01	-0,04	-0,10	-0,03	0,12	0,11	-0,03	-0,04	0,08	0,05
Eta	0,25		0,22		0,21		0,08		0,13	
Beta	0,19		0,12		0,18		0,12		0,10	
Sign.	0,00		0,21		0,00		0,26		0,21	
<b>Werteorientierung</b>										
Materialisten	0,06	0,01	-0,04	0,01	0,02	0,01	-0,04	-0,04	0,03	-0,02
Postmaterialisten	-0,03	-0,01	0,02	-0,01	-0,01	0,00	0,02	0,02	-0,01	0,01
Eta	0,08		0,06		0,03		0,10		0,04	
Beta	0,02		0,02		0,01		0,09		0,03	
Sign.	0,72		0,71		0,78		0,07		0,50	
<b>R-Quadrat</b>	<b>0,08</b>		<b>0,08</b>		<b>0,06</b>		<b>0,04</b>		<b>0,05</b>	
<b>N</b>	<b>397</b>		<b>397</b>		<b>397</b>		<b>397</b>		<b>686</b>	

Anm.: Durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.  
Quelle: European Representation Study.

Beim Vergleich von Parteizugehörigkeit und Links-Rechts-Orientierung fällt auf, daß beide Variablen zwar einen moderaten Zusammenhang zu Rollen-Focus und Rollen-Style aufweisen, daß dieser jedoch durch die Kontrolle für die anderen Variablen in den meisten Fällen geringer wird. Somit können diese beiden Variablen keine eigenständige Erklärungskraft beanspruchen, sondern beziehen ihre Erklärungskraft aus dem Zusammenspiel beider Variablen.

Abschließend bleibt für die getesteten politisch-ideologischen Erklärungsfaktoren festzuhalten, daß die erwarteten Zusammenhänge der Richtung nach durchaus nachgewiesen werden konnten: Mitglieder ‚rechter‘ Parteien bzw. ‚rechte‘ Abgeordnete tendieren deutlich stärker zum Nation- und Wahlkreis-Vertreter und nehmen häufiger eine Trustee-Orientierung ein, während Mitglieder ‚linker‘ Parteien bzw. ‚linke‘ Abgeordnete häufiger einen Partei- oder Interessengruppen-Focus aufweisen und eher zum Delegate tendieren. Jedoch ist die Stärke der gefundenen Zusammenhänge als lediglich moderat zu bezeichnen, die Prädiktionskraft politisch-ideologischer Faktoren ist gering, die erklärte Varianz des aus drei politisch-ideologischen Variablen bestehenden Gesamtmodells erreicht maximal 8 Prozent, womit sich der Schluß aufdrängt, daß auch diese Faktoren keine ausschlaggebende Determinante der Repräsentationsrolle darstellen.

#### **4.2.3. Parlamentarisch-sozialisatorische Erklärungsfaktoren**

Nachdem bislang nachgewiesen werden konnte, daß von den sozialstrukturellen Bestimmungsgründen kaum eine, von den politisch-ideologischen Bestimmungsgründen eine eher moderate Erklärungskraft für die Präferenz von Repräsentationsrollen ausgeht, wird als drittes zu prüfen sein, ob und inwiefern die Prägung durch die Erfahrungen als Parlamentarier das Rollenverständnis beeinflussen. Diese Frage zielt ab auf die sozialisatorische Prägekraft der Institution Parlament auf das Mandatsverständnis der Abgeordneten. Eine exakte Klärung ist hier natürlich nicht möglich, denn dafür wäre ein dynamisches Studiendesign (wie z.B. bei Badura/Reese 1976), welches eine Befragung der Parlamentarier zu zwei Zeitpunkten vorsieht, notwendig. Dennoch kann eine Annäherung an diese Fragestellung durch den Vergleich von sozialisatorischen Unterschieden innerhalb unserer Studie erreicht werden. Berücksichtigung findet hierbei die Länge der Partei- und Parlamentsmitgliedschaft sowie Informationen zur Einnahmen von Funktionen innerhalb von Regierung und Interessengruppen.

#### 4.2.3.1. Länge der Parteimitgliedschaft

Könnte die Parteizugehörigkeit als ein moderater Bestimmungsgrund auf der Mikro-Ebene identifiziert werden, so stellt sich hier die Frage, ob auch die Länge der Mitgliedschaft in einer Partei in Verbindung steht zum Rollenverständnis der Mandatäre. Haben Abgeordnete mit einer eher kurzen Parteimitgliedschaft ein anderes Verständnis von ihrer Repräsentationsrolle als Abgeordnete mit einer sehr langen Parteizugehörigkeit?

Auf den ersten Blick scheint die Frage redundant, da angenommen werden kann, daß für eine erfolgreiche Mandatsbewerbung in jedem Fall eine langjährige Mitgliedschaft in der Partei notwendig ist. Da dieses zuerst einmal eine empirische Frage ist, gibt ein Blick auf die Verteilung der Länge der Parteimitgliedschaft von den von uns befragten Parlamentariern Auskunft über die Relevanz dieser Frage. Und tatsächlich kann festgestellt werden, daß die Länge der Parteizugehörigkeit erheblich variiert: die kürzeste Parteizugehörigkeit beträgt für die Befragten ein Jahr, die längste 50 Jahre, die mittlere Länge liegt bei 19,8 Jahren, wobei eine Standardabweichung von 10,07 bedeutet, daß ungefähr 65 Prozent der befragten Parlamentarier eine Länge der Mitgliedschaft in ihrer Partei zwischen ca. 10 und 30 Jahren aufweisen. Es existieren also erhebliche Variationen in der Partei-Seniorität, was die Frage der Auswirkung auf die Repräsentationsrolle gerechtfertigt erscheinen läßt.

Welche Auswirkung kann der Länge der Parteimitgliedschaft auf die Repräsentationsrolle nun zugeschrieben werden, bzw. warum sollen sich Abgeordnete mit kurzer Parteimitgliedschaft von solchen mit einer sehr langen Mitgliedschaftsdauer unterscheiden? Zum einen kann vermutet werden, daß es einen generellen positiven Zusammenhang der Länge der Mitgliedschaft in einer Institution oder Organisation und der Identifikation mit ihr gibt. Für Parteimitgliedschaft und Repräsentationsrolle könnte das zur Folge haben, daß mit zunehmender Länge der Parteizugehörigkeit der Anteil der Abgeordneten steigt, der sich als Partei-Vertreter versteht. Anders formuliert, eröffnet die eher kurze Mitgliedschaft in der Partei deutliche Freiheitsgrade für andere Rollenorientierungen. Es kann also vermutet werden, daß sich unter denjenigen Abgeordneten mit einer eher kurzen Dauer der Parteizugehörigkeit in größerem Ausmaß Nation-, Wahlkreis- oder Interessengruppen-Vertreter finden, was uns zu folgender Hypothese führt:

*Hypothese zum Einfluß der Länge der Parteimitgliedschaft auf den Rollen-Focus:*

*Je länger die Mitgliedschaft eines Abgeordneten in seiner Partei, desto eher wird dieser zum Partei-Vertreter tendieren.;*

*Je kürzer die Mitgliedschaft eines Abgeordneten in seiner Partei, desto eher wird dieser zum Nation-Vertreter, Wahlkreis-Vertreter oder Interessengruppen-Vertreter tendieren.*

Mit Bezug auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle kann angenommen werden, daß eine längere Parteimitgliedschaft eine größere Akzeptanz einer Delegate-Orientierung führt, da über eine stärkere Identifizierung mit der Partei auch eher der subjektiven Eindruck einer Beauftragung und Gebundenheit an die Partei entstehen kann. Zum anderen liegt die Vermutung nahe, daß Parteien insbesondere an Mandatare mit sehr langer Parteizugehörigkeit die Erwartung herantragen, daß diese die Art und Weise, wie sie repräsentieren, stärker an der Partei ausrichten und weniger stark auf eine ungebundene Mandatsausübung abstellen.

*Hypothese zum Einfluß der Länge der Parteimitgliedschaft auf die Style-Dimension:*

*Je länger die Mitgliedschaft eines Abgeordneten in seiner Partei, desto eher wird dieser eine Delegate-Orientierung einnehmen;*

*Je kürzer die Mitgliedschaft eines Abgeordneten in seiner Partei, desto eher wird dieser eine Trustee-Orientierung einnehmen.*

Die empirische Prüfung dieser Hypothesen wird die Länge der Parteimitgliedschaft in Form einer gruppierte Variable betrachten. Eine sinnvolle Einteilung von Gruppen kann anhand des Mittelwerts und der Standardabweichung gebildet werden. Allen befragten Abgeordneten, die sich innerhalb einer Standardabweichung vom Mittelwert der Verteilung befinden, die also über eine Mitgliedschaftslänge zwischen 10 und 30 Jahren verfügen, wird eine mittlere Länge der Parteimitgliedschaft zugeordnet. Unterschreitet die Mitgliedschaftslänge 10 Jahre, so kann das als kurze Dauer der Parteimitgliedschaft gewertet werden, überschreitet die Mitgliedschaftslänge 30 Jahre, so kann das als sehr lange Dauer der Zugehörigkeit zur Partei betrachtet werden. Die Kreuztabellierung dieser dreigeteilten gruppierten Mitgliedschaftslänge mit den eindeutigen Ausprägungen des dominanten Rollenverständnisses zeigt Tabelle 4.29. Aus der Verteilung kann eine moderate Bestätigung der Hypothese zum Rollen-Focus abgeleitet werden, da tatsächlich mit der Zunahme der Länge der Parteimitgliedschaft der Partei-Vertreter häufiger

anzutreffen ist und unter denjenigen Abgeordnete mit einer mehr als 30 Jahre währenden Parteimitgliedschaft mit 47,4 Prozent den mit Abstand am häufigsten genannten Rollen-Focus ausmacht. Bei den Parlamentariern mit mittellanger Parteimitgliedschaft ist der Anteil an Partei-Vertreter schon deutlich geringer und nur noch die zweithäufigste Rollenorientierung, obwohl der Differenz zum Nation-Vertreter gerade einmal drei Prozentpunkte beträgt. Diejenigen Abgeordneten mit einer relative kurzen Dauer der Parteimitgliedschaft weisen mit etwa 19 Prozent einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil an Partei-Vertretern auf. Hier dominiert klar der Nation-Vertreter, aber auch der Interessengruppen-Vertreter ist in dieser Kategorie am häufigsten anzutreffen, was als deutliche Unterstützung für die Identitätshypothese begriffen werden kann.

**Tabelle 4.29: Länge der Parteimitgliedschaft (gruppiert) und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Länge Parteimitgliedschaft	Eindeutige Dominante Rollenorientierung				N
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	
bis 10 Jahre	49,6	18,7	17,9	13,8	107
11 bis 30 Jahre	38,6	35,5	21,4	4,4	409
31 und mehr Jahre	32,1	47,4	10,3	10,3	112
<b>Gesamt</b>	<b>40,1</b>	<b>33,6</b>	<b>19,2</b>	<b>7,2</b>	<b>628</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Scheinbar erfordert die Identifikation mit der Partei und das Rollenverständnis eines Partei-Vertreters einen langen Sozialisationsprozeß. Obwohl die gezeigte Verteilung die Richtung der formulierten Hypothese zum Rollen-Focus bestätigen kann, weisen die statistischen Beziehungsmaße einen eher geringen Zusammenhang aus (Cramérs  $V=.17$ ;  $\Lambda=.03$ ), womit in der Länge der Parteimitgliedschaft sicherlich kein starker Prädiktor für die Focus-Dimension der Repräsentationsrolle gesehen werden kann.

Auch die Hypothese zum Einfluß der Länge der Parteimitgliedschaft auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle scheint eine moderate Bestätigung zu finden, wie in Tabelle 4.30 dargestellt. Zumindest bei den Parlamentariern mit sehr langer Parteizugehörigkeit können wir den geringsten Anteil an Trustees feststellen, jedoch findet sich bei den Abgeordneten mit recht kurzer Dauer der Parteizugehörigkeit ein

gleich hoher Anteil an Trustees wie bei denjenigen Abgeordneten mit mittleren Länge der Parteimitgliedschaft. Die Differenzen sind jedoch relativ gering, und auch sehr große Partei-Seniorität scheint nicht zu einer Hinwendung zur Delegate-Orientierung zu führen, da diese gerade einmal von etwas mehr als einem Drittel dieser Abgeordneten als maßgebende Ausprägung des Rollen-Style benannt wird. Der statistische Zusammenhang ist ebenfalls sehr gering (Cramérs  $V=0,05$ ;  $\Lambda=0,00$ ), so daß davon ausgegangen werden muß, daß die Länge der Parteimitgliedschaft der Abgeordneten keinen eindeutigen Effekt auf die präferierte Art und Weise der Mandatsausübung hat.

**Tabelle 4.30: Länge der Parteimitgliedschaft (gruppiert) und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Länge Parteimitgliedschaft	Style-Dimension		N
	Trustee	„Delegate“	
bis 10 Jahre	67,7	32,3	154
11 bis 30 Jahre	68,1	31,9	512
31 und mehr Jahre	61,3	38,7	106
<b>Gesamt</b>	<b>67,2</b>	<b>32,8</b>	<b>772</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Zusammenfassend kann für die Auswirkung der Länge der Parteimitgliedschaft festgehalten werden, daß zwar, unserer Erwartung entsprechend, Abgeordnete mit einer langen Parteizugehörigkeit überdurchschnittlich häufig zum Partei-Vertreter und zur Delegate-Orientierung tendieren. Jedoch sind die festgestellte Effekte derart gering, daß in der Dauer der Parteimitgliedschaft wohl kaum eine starke Determinante für das Rollenverständnis der Abgeordneten gesehen werden kann.

#### 4.2.3.2. Länge der Parlamentszugehörigkeit

Neben der Länge der Zugehörigkeit zur eigenen Partei kann von der Sozialisation in das Parlament eine zentrale Erklärungskraft für die Einnahme unterschiedlicher Ausprägungen der Repräsentationsrolle angenommen werden, wobei hier in der Literatur unterschiedliche Belege zu finden sind, die einmal den Effekt der legislativen Erfahrung

für die USA bestätigen konnten (Jewell 1970), in einer schwedischen Studie aber keinen nennenswerten Zusammenhang aufzeigten (Esaiasson/Holmberg 1996). Generelle scheint die Annahme gerechtfertigt, daß sich grundlegende Einstellungen zur Institution im speziellen, aber auch zu Grundfragen politischer Repräsentation im allgemeinen mit der Dauer der Zugehörigkeit zur Institution verändern. Freilich verliert die sozialisatorische Prägekraft mit zunehmender Zugehörigkeitsdauer an Dynamik, was uns zu der These führt, daß gerade die ersten Jahren der Parlamentsmitgliedschaft eine nachhaltige Auswirkung auf die Repräsentationsrolle haben. Zwar ist die Dauer der Parlamentszugehörigkeit zweifelsohne mit der Länge der Parteimitgliedschaft korreliert, Abgeordnete mit einer langen Parlamentszugehörigkeit tendieren ebenfalls zu einer langen Parteimitgliedschaft. Doch ist die Korrelation keinesfalls so hoch, daß wir annehmen müßte, ein identisches Phänomen zu messen<sup>89</sup>, zumal eine relativ große Unabhängigkeit der Länge von Parlaments- und Parteizugehörigkeit nicht unplausibel ist, denn häufig verlaufen Parteikarrieren sehr unterschiedlich und führen zuweilen zu sehr frühzeitigem, manchmal erst recht spätem Mandatserwerb<sup>90</sup>.

Die Formulierung von Erwartungen zur Auswirkung der Länge der Parlamentszugehörigkeit auf das Rollenverständnis der Abgeordneten können die Rekrutierungs- und Professionalisierungsthese herangezogen werden. Die Selektions- und Rekrutierungsagenturen Partei und Wahlkreis haben für den (erfolgreichen) Kandidaten eine große Bedeutung, doch kann angenommen werden, daß mit der erstmalig Erringung eines Mandats eine Rollenverständnis angetroffen wird, welches sich nicht an Selektorat und Elektorat ausrichtet, sondern auf die größere Dimension der nationalen Mandates abzielt, die in der Repräsentation aller Menschen gesehen kann. Somit wird sich der Parlamentsneuling häufiger als Nation-Vertreter verstehen und seltener einen anderen

---

<sup>89</sup> Die Korrelation der Länge von Partei- und Parlamentszugehörigkeit beträgt .48 (Pearsons R). Zum Vergleich: der Zusammenhang von Lebensalter und Partei-, bzw. Parlamentszugehörigkeit ist nicht deutlich geringer und beträgt .39, bzw. .45.

<sup>90</sup> Zwar wissen wir nicht, wie viele Jahre ein Abgeordneter Mitglied seiner Partei war, als er das erste Mal ins Parlament einzog, doch kann der Vergleich der Länge der Parteimitgliedschaft und der Verweildauer im Parlament eine ungefähre Schätzung dafür geben: der Modus liegt bei 12 Jahren Parteimitgliedschaft, der Mittelwert legt nahe, daß erst nach durchschnittlich fast 15 Jahre der erste Mandatserwerb auf der nationalen Ebene erfolgt, die Spannweite (zwischen einem und 48 Jahren) und die Standardabweichung (ca. 8,5) sind dabei recht erheblich (natürlich nur berechnet für diejenigen Abgeordneten, die zum Zeitpunkt des Eintritts in das Parlament bereits Parteimitglieder waren).

Rollen-Focus aufweisen. Mit zunehmender Verweildauer im Parlament wird sich dieses Verständnis jedoch verändern, da zum einen die Partei in der parlamentarischen Praxis verstärkt die Erwartungen an parteikonformes Handeln an die Mandatäre heranträgt, zum anderen aber die Professionalisierung eine Fokussierung auf die Partei erzwingt, denn die Durchsetzungschancen von politischen Zielen ist in modernen Parlamenten unabdingbar mit der Stellung in Partei und Fraktion verknüpft. Sicherlich ist es nicht unplausibel, wenn wir annehmen, daß eine Rollenorientierung, die sich nicht an der Partei ausrichtet, von dieser kritisch betrachtet wird und potentiell mit Sanktionen bedroht ist. Deshalb kann angenommen werden, daß andere als der Partei-Focus einer langen Verweildauer im Parlament grundsätzlich entgegenstehen, wir daher auch aus diesem Grund unter langjährigen Parlamentariern relativ häufiger die Rollenorientierung eines Partei-Vertreters vorfinden.

Neben dem erstmaligen Mandatserwerb wird aber auch die Wiederwahl eine Auswirkung auf das Rollenverständnis des Abgeordneten haben. Die Wiederaufstellung als Kandidat könnte eine erneute Ausrichtung auf das Elektorat und Selektorat befördern, somit ist für Parlamentarier, deren Wiederwahl ansteht, die häufigere Einnahme eines Wahlkreis- oder Partei-Focus zu vermuten. Es scheint also ein komplexes Verhältnis von Zugehörigkeitsdauer zum Parlament und der präferierten Repräsentationsrolle zu geben, welches in ein entsprechend komplexes Set an Hypothese mündet:

*Hypothese zum Einfluß der Länge der Parlamentszugehörigkeit auf den Rollen-Focus:*

*Der erstmalig gewählte Abgeordnete wird häufiger zum Nation-Vertreter tendieren;*

*Mit zunehmender Dauer der Parlamentszugehörigkeit werden Abgeordnete häufiger zum Partei-Vertreter tendieren.*

*Die erneute Kandidatenaufstellung eines Abgeordnete wird zu einer häufigeren Einnahme eines Partei- oder Wahlkreis-Focus führen.*

Zur Genese von Hypothesen zum Einfluß der Länge der Parlamentszugehörigkeit auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle können die gleichen wie oben dargestellten Wirkungszusammenhänge von Neuwahl, Wiederwahl und langjähriger Inhaberschaft des Mandats fruchtbar gemacht werden. Hier läßt sich, entgegen des im dritten Kapitel herausgearbeiteten Zusammenhanges von Focus und Style, eine Auswirkung postulieren, der die Berechtigung der Konzeptualisierung der Abgeordnetenrolle durch zwei Dimensionen deutlich macht: die erstmalig gewählten Parlamentarier werden zu Beginn

ihrer Abgeordnetenkarriere den Focus häufiger auf der ganzen Nation sehen, jedoch in ihrem Verständnis des Rollen-Style durch den noch prägnanten Eindruck der Erstwahl eine starke Gebundenheit an den Wählerauftrag aufweisen. Erinnern wir uns an die in Kapitel 3 präsentierte zweidimensionale Konzeptualisierung der Repräsentationsrolle, die Nation- und Wahlkreis-Focus sowie Trustee- und Delegate-Style unterschied, so liegt hier die, vordergründig betrachtet, theoretisch wenig plausible Kombination eines gebundenen Nation-Vertreters vor. Mit zunehmender Verweildauer im Parlament entwickelt der Abgeordnete eine größere Unabhängigkeit von Selektorat und Elektorat, die in einer häufigeren Präferenzierung eines Trustee-Verständnisses seines Rollen-Style mündet.

*Hypothese zum Einfluß der Länge der Parlamentszugehörigkeit auf die Style-Dimension:*

*Der erstmalig gewählte Abgeordnete wird eher zur Delegate-Orientierung tendieren;*

*Mit zunehmender Dauer der Parlamentszugehörigkeit werden Abgeordnete häufiger zur Trustee-Orientierung tendieren.*

Die empirische Prüfung der Thesen wird in erster Linie eine Analyse nach Legislaturperioden vornehmen sowie gezielt die ersten vier Jahre der Mitgliedschaft im Parlament in den Vordergrund der Betrachtung rücken. Das Konzept der Legislaturperioden wurde der Messung in Form der Parlamentszugehörigkeit in Jahren vorgezogen, weil es die für den Repräsentationsprozeß so wichtigen Phasen der Wiederwahl von Parlamentarier integriert. Die Erfassung der Anzahl an Legislaturperioden, die ein Abgeordneter im Parlament verbracht hat, erfolgte zwar, mangels präziserer Angaben, über die Anzahl der Jahre<sup>91</sup>, berücksichtigt jedoch die unterschiedliche Dauer der Legislaturperioden in den untersuchten Ländern<sup>92</sup>. Aufgrund der geringen Anzahl an Abgeordneten sowie der Erhöhung der Trennschärfe des Konzeptes wurden drei und mehr Legislaturperioden zu einer Kategorie zusammengefaßt.

---

<sup>91</sup> Eine Umrechnung von Jahren der Parlamentszugehörigkeit in Legislaturperiode ist zwar plausibel und mit großer Wahrscheinlichkeit korrekt, dennoch sind Ausnahmen denkbar, etwas wenn ein Parlamentarier mehrere Male nach kurzer Mitgliedschaft aus dem Parlament ausgetreten ist.

<sup>92</sup> Für die Mehrzahl der untersuchten Länder ist die Dauer der Legislaturperiode vier Jahre, für Frankreich, Irland, Italien und Luxemburg beträgt sie jedoch fünf Jahre.

Die in Tabelle 4.31 gezeigte Verteilung des Rollen-Focus nach der Anzahl der im Parlament verbrachten Legislaturperioden kann einige unserer Hypothesen stützen, weist aber auch kontradiktorische Zusammenhänge auf. So finden wir zwar die erwartete Tendenz zum Nation-Vertreter bei den Parlamentsneulingen, einen mit der legislativen Erfahrung zunehmenden Anteil an Partei-Vertretern sowie eine größere Häufigkeit des Wahlkreis-Vertreter unter Abgeordneten in der ersten, insbesondere aber in der zweiten Legislaturperiode. Doch kann auch eine deutliche Zunahme des Anteils an Nation-Vertretern unter den über drei und mehr Legislaturperioden Parlamentserfahrung verfügenden Abgeordneten festgestellt werden, die mit einem geringeren Anteil an Wahlkreis-Vertretern einhergeht.

Dieser zum Teil kontradiktorischen Evidenz entspricht auch die relativ geringe Stärke des Zusammenhanges zwischen der Dauer der Parlamentszugehörigkeit und der eindeutigen dominanten Repräsentationsrolle (Cramérs  $V=.11$ ;  $\Lambda=.03$ ).

**Tabelle 4.31: Länge der Parlamentszugehörigkeit (in Legislaturperioden) und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Länge Parlamentsmitgliedschaft	Eindeutige Dominante Rollenorientierung				N
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	
1 Legislaturperiode	43,4	29,2	18,4	9,0	302
2 Legislaturperioden	30,8	39,3	26,2	3,7	128
3 und mehr Legislaturperioden	42,2	36,3	15,7	5,9	218
<b>Gesamt</b>	<b>40,7</b>	<b>33,4</b>	<b>18,9</b>	<b>7,0</b>	<b>648</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Somit konnte zwar die Vermutung erhärtet werden, daß das Rollenverständnis je nach parlamentarischer Erfahrung variiert, doch stellt sich nach wie vor die Frage, ob die Prägung der Abgeordnetenrolle nicht schon sehr früh, d.h. innerhalb der ersten Legislaturperiode erfolgt, wofür es durchaus empirische Beleg gibt: Badura/Reese fanden in ihrer Studie heraus, daß knapp ein Jahr nach der erstmaligen Befragung bereits ein Großteil der untersuchten Neuparlamentarier ihre Rollenorientierung geändert hatte (Badura/Reese 1976:154). Tabelle 4.32 gibt Auskunft über die Verteilung des Rollen-Focus unter denjenigen Mandataren, deren legislative Erfahrung zwischen einem und vier Jahren variiert. Und tatsächlich zeigen sich hier enorme Unterschiede im

Rollenverständnis, die zwar einen Wandel nicht exakt belegen können, da es sich nicht um eine Befragung der gleichen Abgeordneten zu unterschiedlichen Zeitpunkten handelt, die aber zumindest auf dieser Aggregatebene einen Wandel plausibel erscheinen lassen.

Im ersten Jahr der Parlamentsmitgliedschaft herrscht der Nation-Vertreter eindeutig vor, doch finden wir bereits unter den Parlamentariern mit zwei Jahren legislativer Erfahrung den Partei-Vertreter als eindeutig am häufigsten anzutreffende Rollenorientierung. Eine erneute Veränderung in der Verteilung zeigt sich unter den Abgeordneten mit vierjähriger Parlamentserfahrung, von denen kaum noch jemand zum Partei-Focus tendiert, dagegen der Nation-Vertreter wieder deutlich häufiger zu finden ist, und erstaunlicherweise ein Großteil der Nennungen auf den Wahlkreis-Vertreter entfallen, was unsere Hypothese von der Hinwendung zu Elektorat und Selektorat bei anstehender Wiederwahl zumindest teilweise bestätigen kann. Dennoch muß dieser Zusammenhang, der sich auch statistisch belegen läßt (Cramérs  $V=.27$ ;  $\Lambda=.11$ ), mit Vorsicht betrachtet werden, da erstens dynamische Aussagen vom Wandel des Rollenverständnisses in der ersten Legislaturperiode nicht zulässig sind und zweitens diese Beziehung auf einer recht geringen Fallzahl basiert.

**Tabelle 4.32: Erste Legislaturperiode und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Die erste Legislaturperiode	Eindeutige Dominante Rollenorientierung				N
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	
1. Jahr	58,3	15,5	14,3	11,9	62
2. Jahr	30,2	44,2	11,6	14,0	100
3. Jahr	37,7	45,9	11,5	4,9	79
4. Jahr	48,0	8,0	42,0	2,0	56
<b>Gesamt</b>	<b>43,4</b>	<b>29,5</b>	<b>17,8</b>	<b>9,3</b>	<b>297</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Zur näheren Klärung der Frage nach dem Wandel des Rollenverständnisses in der ersten Legislaturperiode eines Abgeordneten sind weitere Untersuchungen, insbesondere natürlich Panel-Studien, erforderlich, wofür die von Badura/Reese durchgeführte Untersuchung der Neuparlamentarier des VI. Deutschen Bundestages noch immer ein gutes Beispiel ist. Vorerst bleibt hier festzuhalten, daß hinreichende Belege für eine

zumindest moderate Prägung der Repräsentationsrolle durch die parlamentarische Sozialisation in Gestalt der Länge der Parlamentszugehörigkeit gefunden wurden.

Die empirische Analyse der Auswirkung der Dauer der Parlamentszugehörigkeit auf den Rollen-Style scheint der Richtung nach bestätigt werden zu können. Betrachten wir die Anzahl der Legislaturperioden, wie in Tabelle 4.33 dargestellt, so finden sich unten den erstmals gewählten Parlamentarier überdurchschnittlich viele Delegates, während Abgeordnete mit zwei, drei und mehr Legislaturperioden etwas häufiger zum Trustee tendieren. Die Verteilungsunterschied sind freilich sehr gering, die statistischen Beziehungsmaße (Cramérs  $V=0,06$ ; Lambda= $0,00$ ) lassen kaum auf einen erheblichen Zusammenhang schließen, so daß die Seniorität keine Erklärungskraft für die Verteilung der Style-Dimension beanspruchen kann.

**Tabelle 4.33: Länge der Parlamentszugehörigkeit (in Legislaturperioden) und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Länge Parlamentsmitgliedschaft	Style-Dimension		N
	Trustee	„Delegate“	
1 Legislaturperiode	65,2	34,8	399
2 Legislaturperioden	71,3	28,7	162
3 und mehr Legislaturperioden	70,2	29,8	236
<b>Gesamt</b>	<b>67,9</b>	<b>32,1</b>	<b>797</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Auch für den Einfluß des Rollen-Style stellt sich die Frage, ob die grundlegende Prägung bereits innerhalb der ersten Legislaturperiode erfolgt sein könnte. Und in der Tat kann Tabelle 4.34 belegen, daß diejenigen Abgeordneten, die sich in ihrem ersten Jahr als Parlamentarier befinden, ganz konform zu unserer Hypothese eine überdurchschnittliche Häufigkeit des Delegate aufweisen. Diese Mandatsauffassung, die durch ein größeres Gefühl der Verpflichtung gegenüber Elektorat und Selektorat, gegenüber Wählern und Partei erklärt werden kann, welches das eigene Urteil des Abgeordneten nicht so prominent in den Vordergrund stellt, kann unter den Parlamentarier mit zwei und mehr Jahren legislativer Erfahrung nicht mehr festgestellt werden. Hier steigt der Anteil an Trustee kontinuierlich an, was ebenfalls für die sich langsam vollziehende Sozialisation in

Richtung auf den weisungsungebundenen, nur seinem eigenen Gewissen unterworfenen Mandatar spricht.

Dennoch darf nicht verkannt werden, daß auch im ersten Jahr des Mandates eine Mehrheit der befragten Abgeordneten sich als Trustee versteht, und somit in der Dauer der Parlamentszugehörigkeit keine starke Determinante des Rollen-Style gesehen werden kann, was sich im übrigen auch in den statistischen Beziehungsmaßen (Cramérs  $V=.18$ ;  $\Lambda=.00$ ) niederschlägt.

**Tabelle 4.34: Erste Legislaturperiode und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Die erste Legislaturperiode	Style-Dimension		N
	Trustee	„Delegate“	
1. Jahr	53,7	46,3	98
2. Jahr	65,2	34,8	159
3. Jahr	69,8	30,2	54
4. Jahr	79,2	20,8	74
<b>Gesamt</b>	<b>65,0</b>	<b>35,0</b>	<b>385</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Zusammenfassend kann für die Auswirkung der Dauer der Parlamentszugehörigkeit auf die Repräsentationsrolle festgehalten werden, daß es deutliche Belege für einen geringen Effekt auf den Rollen-Focus und den Rollen-Style gibt: Abgeordnete mit weniger Parlamentserfahrung tendieren eher zum Nation-Vertreter und zur Delegate-Orientierung, während Parlamentarier mit größerer Seniorität häufiger einen Partei-Focus und eine Trustee-Orientierung aufweisen. Von großer Bedeutung für die Sozialisation ins Parlament scheinen die ersten Jahre der Parlamentsmitgliedschaft zu sein. Exakte Aussagen sind hier aber kaum möglich, da dazu ein dynamisches Studiendesign, welches den Wandel des Rollenverständnisses der Abgeordneten durch wiederholtes Befragen der Parlamentarier untersucht, notwendig wären. Hier liegt immer noch ein gravierendes Desiderat der Repräsentationsforschung, da es an solchen Panel-Studien bislang weitgehend fehlt.

#### 4.2.3.3. Mitgliedschaft in der Regierung

Neben der Parteizugehörigkeit dürfte die Mitgliedschaft in Regierung oder Opposition eine überaus bedeutsame Erklärungsvariable parlamentarischen Agierens von Mandatsinhabern sein. Gilt dieses ganz sicherlich für die Einstellungen zu spezifischen politischen Problemen, so stellt sich gleichermaßen die Frage, ob die Regierungs- bzw. Oppositionsrolle auch einen Einfluß auf das Verständnis der Abgeordneten von ihrer Repräsentationsrolle hat. Die Erklärung unterschiedlicher Zugänge zu politischen Problemen von Regierung und Opposition scheint offensichtlich, zumindest in Regierungssystemen, die eine deutliche Trennung beider Funktionen und eine geringeres Ausmaß parlamentarischen Mitregierens der Opposition, wie wir es beispielhaft in der Bundesrepublik Deutschland finden: während die Regierung in konkreter Verantwortung für die Formulierung, Durchsetzung und Implementation konkreter politischer Maßnahmen steht und sich somit die Resultate des Regierungshandelns politisch zuschreiben lassen muß, kann die Opposition deutlich größere Freiheitsgrade bei der Vertretung politischer Ziele beanspruchen.

Doch welche Auswirkung kann die Zugehörigkeit von Regierung und Opposition auf die Repräsentationsrolle haben? Zur Beantwortung dieser Frage kann die weiter oben ausgeführte Professionalisierungsthese Aufschluß geben. Die funktionale Trennung in Regierungs- und Oppositionsfraktion, bzw., auf der Individualebene, die Einnahme oder Nichteinnahme eines Regierungsamtes kann einen Einfluß auf die Bezugsgruppe des Repräsentationsverständnisses sowie die Art und Weise der Repräsentation haben. Da die Ausübung von Regierungsfunktionen gesamtstaatliche Verantwortung impliziert, kann erwartet werden, daß Inhaber von Regierungsämtern bzw. Mitglieder von Regierungrfraktionen ihren Repräsentationsschwerpunkt deutlich häufiger auf die ganze Nation ausrichten und dementsprechend seltener die Vertretung von Partialinteressen in den Mittelpunkt ihrer Rollenorientierung stellen werden. Die ausschließliche Orientierung an den Interessen einer Partei scheint, auch wenn es sich um die eigene Partei handelt, in Konflikt zu stehen mit gesamtstaatlicher Regierungsverantwortung. Gleiches gilt für die Vertretung bestimmter gesellschaftlicher Interessen, weshalb vermutet werden kann, daß Regierungsfunktionen deutlich seltener zum Partei- oder Nation-Vertreter führen. Nicht ganz so eindeutig kann die Auswirkung der Regierungsrolle auf das Repräsentationsverständnis des Wahlkreis-Vertreters beziffert werden, denn einerseits kann vermutet werden, daß eine Regierungsverantwortung zu einer stärkeren Vertretung territorialer Interessen, also eher nicht-partialer Interessen führt, oder aber eine stärkere Tendenz zum Wahlkreis-Vertreter einem Selektionsmechanismus geschuldet ist, denn es läßt sich annehmen, daß in den meisten Fällen die Regierung durch die erfolgreichste

Partei gestellt wird, die damit sehr wahrscheinlich auch eine große Anzahl von Wahlkreisen gewonnen haben wird<sup>93</sup>.

Im Hinblick auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle kann angenommen werden, daß eine Regierungsfunktion, verbunden über eine stärkeres Orientierung auf die ganze Nation, die aus einer größeren gesamtstaatlichen Verantwortung resultiert, dazu führt, daß häufiger eine Trustee- und seltener eine Delegate-Orientierung eingenommen wird. Für die Abgeordneten der Opposition kann die reziproke Vermutung angestellt werden, was uns zu folgendem Set an Hypothesen für die empirische Analyse führt:

*Hypothese zum Einfluß der Regierungsfunktion auf den Rollen-Focus:  
Abgeordnete der Regierungsfraktion bzw. Regierungsmitglieder tendieren  
häufiger zum Nation-Vertreter oder Wahlkreis-Vertreter;  
Abgeordnete der Oppositionsfraktion tendieren häufiger zum Partei-Vertreter  
oder Interessengruppen-Vertreter.*

*Hypothese zum Einfluß der Regierungsfunktion auf die Style-Dimension:  
Abgeordnete der Regierungsfraktion bzw. Regierungsmitglieder nehmen  
häufiger eine Trustee-Orientierung ein;  
Abgeordnete der Oppositionsfraktion nehmen häufiger eine Delegate-  
Orientierung ein.*

Die Operationalisierung von Regierungsfunktionen kann auf zwei unterschiedliche Aspekte abstellen: zum einen kann im Parlament zwischen der Zugehörigkeit zur Regierungs- oder Oppositionsfraktion unterschieden werden; zum anderen läßt sich die individuelle Einnahme eines Regierungsamtes heranziehen, da auch Mitglieder von Regierungsfractionen nur selten ein konkretes Regierungsamt inne haben. Zwar wird von beiden Komponenten eine Auswirkung auf die Repräsentationsrolle in der beschriebenen

---

<sup>93</sup> Für Deutschland kann nach der Art des Mandatserwerbs, ob das Mandat direkt in einem Wahlkreis erworben oder über die Landesliste verteilt wurde, und Regierungs- oder Oppositionszugehörigkeit kontrolliert werden. Dort scheint auch der erfolgreiche Direktmandatar einer Oppositionsfraktion relativ seltener zum Wahlkreis-Vertreter zu tendieren (in 50 Prozent der Fälle) als der Direktmandatar der Regierungsfraction (94 Prozent der Fälle), was zwar angesichts geringer absoluter Fallzahlen (N=35) mit Vorsicht zu

Art und Weise vermutet, doch kann der unmittelbaren Einnahme eines Regierungsamtes ein größerer Effekt zugeschrieben werden als der bloßen Zugehörigkeit zur Regierungsfraktion, da die tatsächliche Tätigkeitsausübung durch konkretes Handeln deutlicher auf das Repräsentationsverständnis einwirken wird als das bloße Bewußtsein, die Regierung durch die Fraktion zu tragen.

Eine erste empirische Prüfung kann danach fragen, ob ein Parlamentarier Mitglied der nationalen Regierung ist. Dabei wurde ebenfalls erfragt, ob eine frühere Regierungsmitgliedschaft vorlag, da auch diese das Verständnis der Repräsentationsrolle maßgeblich beeinflusst haben kann. Wie Tabelle 4.35 zeigt, kann unsere Hypothese, mit einer Ausnahme bestätigt werden. Regierungsmitglieder tendieren deutlicher zum Nation-Vertreter oder Wahlkreis-Vertreter als Nicht-Regierungsmitglieder, wobei auch eine ehemalige Zugehörigkeit zur Regierung diese Tendenz aufweist, jedoch in stark abgeschwächter Form. Abgeordneten, die niemals ein Regierungsamt inne hatten, tendieren dagegen sehr deutlich zum Partei-Vertreter.

**Tabelle 4.35: Einnahme eines Regierungsamtes auf der nationalen Ebene und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Eindeutige Dominante Rollenorientierung					
Mitglied in der nationalen Regierung	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	N
jetzt	46,2	12,8	35,9	5,1	29
früher	41,9	25,6	20,9	11,6	36
niemals	39,0	39,0	16,9	5,1	465
<b>Gesamt</b>	<b>39,8</b>	<b>35,7</b>	<b>18,8</b>	<b>5,7</b>	<b>530</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Allein die Auswirkung auf den Interessengruppen-Vertreter scheint nicht die prädierte zu sein, denn hier weisen Regierungsmitglieder wie auch Nicht-Regierungsmitglieder einen in etwa gleich hohen Anteil auf. Der Bestätigung der Einflußrichtung steht jedoch die Feststellung einer vergleichsweise schwachen

---

interpretieren ist, jedoch stark auf einen eigenständigen Effekt der Regierungszugehörigkeit hindeutet.

Größenordnung des Zusammenhanges (Cramérs  $V=.14$ ) sowie einer kaum vorhandenen Reduktion des Vorhersagefehlers des präferierten Rollen-Focus durch die Kenntnis der Einnahme bzw. Nicht-Einnahme eines Regierungsamtes ( $\lambda=.00$ ) gegenüber.

Ein Blick auf die Auswirkung der Regierungszugehörigkeit auf die (im Anhang wiedergegebenen) multiplen Ausprägungen der Repräsentationsrolle zeigt einige Besonderheiten: so finden sich unter den Regierungsmitgliedern nur relativ wenige Abgeordnete mit einem Nation-Wahlkreis-Focus, wohingegen die Wahlkreis-Partei-Vertreter unter den Regierungsmitgliedern deutlich überrepräsentiert sind. Angesichts der, absolut betrachtet, geringen Anzahl von Parlamentarier, die ein Regierungsamt ausüben ( $N=55$ ) müssen diese Resultate mit der gebotenen Zurückhaltung betrachtet und interpretiert werden.

Die weitere empirische Prüfung kann von der Vermutung ausgehen, daß nicht nur die Ausübung eines Regierungsamtes auf der nationalen Ebene einen Einfluß auf das Rollenverständnis der Parlamentarier haben kann, sondern auch die Einnahme einer Regierungsfunktion auf nachgeordneten staatlichen Ebenen, sofern diesen keine Inkompatibilitäten entgegen stehen, von Bedeutung für die Auffassung des Abgeordneten von seiner Rollen ist. Deshalb wurden auch diejenigen Regierungsämter berücksichtigt, die von Abgeordneten unterhalb der nationalstaatlichen Ebene, also auf der regionalen (föderalen) und lokalen Ebene, eingenommen werden. Tabelle 4.36 zeigt diese dichotome Verteilung des Rollenverständnisses nach der Einnahme, bzw. Nicht-Einnahme einer Regierungsfunktion auf der nationalen, regionalen oder lokalen Ebene.

**Tabelle 4.36: Einnahme eines Regierungsamtes auf der lokalen, regionalen oder nationalen Ebene und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Eindeutige Dominante Rollenorientierung					
Regierungsamt	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	N
ja	45,3	15,1	37,4	2,2	130
nein	39,1	38,8	13,7	8,4	522
<b>Gesamt</b>	<b>40,5</b>	<b>33,4</b>	<b>19,2</b>	<b>6,9</b>	<b>652</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Auch diese Verteilung ist geeignet, den erwarteten Zusammenhang der Richtung nach zu bestätigen: Inhaber von Regierungspositionen tendieren häufiger zum Nation- und Wahlkreis-Vertreter, während die ‚einfachen‘, nicht mit einem Regierungsamt ausgestatteten Parlamentarier deutlich häufiger einen Interessengruppen- und sehr viel häufiger einen Partei-Focus aufweisen. Durch die Einbeziehung von Regierungsfunktionen unterhalb der nationalstaatlichen Ebene wird der statistische Zusammenhang zwar größer, jedoch weist er der Zugehörigkeit oder der Nicht-Zugehörigkeit zur Regierung noch immer nicht als einen wesentlichen Prädiktor der Repräsentationsrolle aus (Cramérs  $V=.31$ ;  $\Lambda=.00$ ).

Der moderate Zusammenhang von Regierungsfunktion und Repräsentationsrolle kann auch innerhalb der parlamentarischen Funktionsteilung zwischen Regierung und Opposition wiedergefunden werden, doch ist dieser, wie bereits vermutet, wesentlich geringer als derjenige der unmittelbaren individuellen Mitgliedschaft in der Regierung, wie durch die in Tabelle 4.37 dargestellte Verteilung nahegelegt wird. Der postulierte Wirkungszusammenhang kann zwar in der Verteilung wiedergefunden werden, doch sind die Verteilungsdifferenzen sehr gering, was sich in einer sehr geringen statistischen Beziehung von Regierungs-, bzw. Oppositionszugehörigkeit und Rollen-Focus niederschlägt (Cramérs  $V=.07$ ;  $\Lambda=.00$ ).

**Tabelle 4.37: Zugehörigkeit zu Regierung oder Opposition und Focus-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Fraktion	Eindeutige Dominante Rollenorientierung				N
	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	
Regierung	42,9	32,3	19,4	5,5	315
Opposition	37,6	35,2	18,8	8,4	328
<b>Gesamt</b>	<b>40,4</b>	<b>33,7</b>	<b>19,1</b>	<b>6,9</b>	<b>643</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Somit kann zusammenfassend für die Auswirkung einer Regierungsfunktion auf den Rollen-Focus festgehalten werden, daß der vermutete Zusammenhang zwar aufgefunden werden konnte, wobei die unmittelbare Einnahme eines Regierungsamtes, sei es auf der lokalen, regionalen oder nationalen Ebene, eine stärkere Erklärungskraft beanspruchen kann als die Zugehörigkeit zu Regierungs- oder Oppositionsfraktion. Die gemessenen

Effekte waren jedoch allesamt recht gering, weshalb davon ausgegangen werden muß, daß die Regierungsfunktion keine entscheidende Determinante des Rollen-Focus auf der Mikro-Ebene darstellt.

Hatte die Einnahme von Regierungsfunktionen noch die erwartete Richtung des Einfluß auf die Repräsentationsrolle aufgewiesen, so scheint die Auswirkung der Regierungsmitgliedschaft auf den Rollen-Style diametral zu unserer Hypothese zu sein. Wie Tabelle 4.38 zeigt, weisen lediglich etwa 60 Prozent der Regierungsmitglieder eine Trustee-Orientierung auf, während sich diese bei etwa 70 Prozent derjenigen Abgeordneten, die früher oder niemals eine Regierungsfunktion eingenommen haben, wiederfindet. Diese Diskrepanz ist zwar erstaunlich, doch in der Größenordnung recht gering, zumal die statistischen Beziehungsmaße auch keinen starken Zusammenhang nahelegen (Cramérs  $V=.06$ ;  $\Lambda=.00$ ). Freilich muß auch hier die Validität der Aussage aufgrund der geringen absoluten Fallzahlen an Regierungsmitgliedern eine eingeschränkte bleibt.

**Tabelle 4.38: Einnahme eines Regierungsamtes auf der nationalen Ebene und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Mitglied in der nationalen Regierung	Style-Dimension		N
	Trustee	„Delegate“	
jetzt	59,7	40,3	45
früher	69,9	30,1	61
niemals	68,9	31,1	515
<b>Gesamt</b>	<b>68,3</b>	<b>31,7</b>	<b>621</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Weiteren Aufschluß über den Einfluß von Regierungsämter auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle kann auch hier die Einbeziehung von Regierungspositionen auf der regionalen und lokalen Ebenen geben, wie in Tabelle 4.39 dargestellt, geben. Die äußerst geringen Verteilungsdifferenzen von Abgeordneten mit und ohne Funktion in der Exekutive legen auch hier nahe, daß es keinen erkennbaren Effekt auf den präferierten

Rollen-Style gibt, was durch die statistischen Beziehungsmaße (Cramérs  $V=.02$ ;  $\Lambda=.00$ ) erhärtet werden kann.

**Tabelle 4.39: Einnahme eines Regierungsamtes auf der lokalen, regionalen oder nationalen Ebene und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Regierungsamt	Style-Dimension		N
	Trustee	„Delegate“	
ja	69,4	30,6	189
nein	67,1	32,9	622
<b>Gesamt</b>	<b>67,7</b>	<b>32,3</b>	<b>811</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Als letztes bliebe noch zu prüfen, ob die Differenzierung in Regierungs- und Oppositionsfraktion eine Auswirkung auf die Style-Dimension hat. Auch hier kann, wie die Verteilung in Tabelle 4.40 nahelegt, die oben geschilderte Beobachtung bestätigt werden: die Zugehörigkeit zu Regierung oder Opposition scheint keinen Auswirkung auf die Art und Weise der Mandatsausübung zu haben. Wir können nahezu eine Gleichverteilung feststellen, ein bedeutsamer statistischer Zusammenhang liegt nicht vor (Cramérs  $V=.01$ ;  $\Lambda=.00$ ).

**Tabelle 4.40: Zugehörigkeit zu Regierung oder Opposition und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Fraktion	Style-Dimension		N
	Trustee	„Delegate“	
Regierung	68,0	32,0	432
Opposition	67,5	32,5	370
<b>Gesamt</b>	<b>67,8</b>	<b>32,2</b>	<b>802</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Zusammenfassend kann für die Auswirkung der Einnahme einer Regierungsfunktion auf die Repräsentationsrolle festgehalten werden, daß ein erwarteter, der Größenordnung nach jedoch recht geringer Effekt auf den Rollen-Focus festgestellt wurde: Mitglieder einer Regierung, bzw. Regierungsfraktion tendieren häufiger zum Nation-Vertreter oder Wahlkreis-Vertreter, während Angehörige der Opposition häufiger einen Partei- oder Interessengruppen-Focus einnehmen. Bezüglich der Auswirkung auf die Style-Dimension der Repräsentationsrolle konnte der erwartete Zusammenhang nicht festgestellt werden, von der Einnahme eines Regierungsamtes konnte keine Effekt auf den Rollen-Style nachgewiesen werden. Summa summarum liegt mit der Regierungsfunktion keine aussagekräftige Determinante der Repräsentationsrolle vor, was natürlich noch der weiteren Überprüfung unter Berücksichtigung zusätzlicher Kontrollvariablen bedarf.

#### **4.2.3.4. Funktionen in Interessenorganisationen**

Als letzte Determinante auf der Mikro-Ebene soll die Mitgliedschaft in Interessenorganisationen in die Analyse einbezogen werden. Diese stehen in unmittelbarer Beziehung zu einem hier verwendeten repräsentationstheoretischen Ansatz, der ‚funktionalen Repräsentation‘, weshalb hier auch eine Auswirkung der Einnahme von Ämtern und Funktionen in Interessenorganisationen auf die Ausprägungen der Repräsentationsrolle vermutet werden kann.

Der Einstieg in die Hypothesenbildung kann ex negativum erfolgen, den wir können annehmen, daß die Beförderung von Partialinteressen, von der wir bei der Einnahme von Funktionen und Ämtern ausgehen müssen, der Rollenorientierung des Nation-Vertreters diametral entgegensteht. Ex positivum kann plausiblerweise gefolgert werden, daß die Bekleidung von Ämtern und Funktionen in Interessenorganisationen eher zu einem am Interessengruppen-Vertreter ausgerichteten Verständnis des Rollen-Focus führen kann. In analoger Anwendung der bereits häufig aufgezeigten Argumentations- und Verteilungsmuster kann für die beiden verbleibenden Rollenorientierung die Hypothese formuliert werden, daß Funktionsträger in Interessenorganisationen häufiger zum Partei-Vertreter und seltener zum Wahlkreis-Vertreter tendieren werden.

Entsprechend liegt die Vermutung nahe, daß die Einnahme von Ämtern und Funktionen in Interessenorganisationen für die Art und Weise, wie Abgeordnete repräsentieren, zur Folge hat, daß eine stärkere Bindung an diese Interessengruppe eintritt, da die unmittelbare Delegation von Macht an die Funktionsträger von Interessengruppen von deren Mitgliedern mit der Erwartung verbunden werden, daß die

Funktionsträger auch im Sinne der Organisation handeln. Ist dieses für die Vertretung bestimmter *Policies* unmittelbar einsichtig, so stellt sich dennoch die Frage, ob dieser Mechanismus auch zu einer grundlegenden Prägung der Style-Dimension der Repräsentationsrolle führt. An die empirische Analyse können somit folgende Hypothese als Erwartungsmaßstab herangetragen werden:

*Hypothese zum Einfluß der Funktion in einer Interessengruppe auf den Rollen-Focus:*

*Abgeordnete mit einer Funktion in einer Interessenorganisation tendieren häufiger zum Interessengruppen-Vertreter und Partei-Vertreter;*

*Abgeordnete ohne eine Funktion in einer Interessengruppe tendieren häufiger zum Nation-Vertreter und Wahlkreis-Vertreter.*

*Hypothese zum Einfluß der Funktion in einer Interessengruppe auf die Style-Dimension:*

*Abgeordnete mit einer Funktion in einer Interessenorganisation nehmen häufiger eine Delegate-Orientierung ein;*

*Abgeordnete ohne eine Funktion in einer Interessengruppe nehmen häufiger eine Trustee-Orientierung ein.*

Von zentraler Bedeutung für die empirisch Analyse der Auswirkung einer Funktion in Interessengruppen auf die Repräsentationsrolle ist freilich, wie Funktionen in Interessenorganisationen ermittelt werden können. Angesichts der komparativen Anlage unserer Studie mußte auf eine vollständige Erfassung aller Ämter und Funktionen in Interessengruppen aufgrund des unverhältnismäßig hohen Ressourcenaufwandes verzichtet werden. Statt dessen wurden die Abgeordneten mit einer einfachen, geschlossenen Frage und einer begrenzten Anzahl bedeutsamer Interessengruppen als Antwortkategorien konfrontiert. Die Art der Funktion konnte dabei nicht weiter differenziert werden, sondern die Parlamentarier wurden lediglich gefragt, ob „*Sie jemals eine Funktion in einer der folgenden Organisationen inne*“ hatten. Die weiter unten dargestellten Interessenorganisationen sollen für die folgende Analyse Anwendung finden.<sup>94</sup>

<sup>94</sup> Neben den fünf benutzten Interessenorganisationen wurde noch Parteiorganisationen auf der lokalen, bzw. regionalen Ebene und der Bundesebene sowie nach religiösen Organisationen

- Funktion in einem *Berufsverband*
- Funktion in einer *Gewerkschaft*
- Funktion in einem *Wirtschaftsverband*
- Funktion in einer *Frauenorganisation*
- Funktion in einer *Umweltschutzgruppe*

Eine differenzierte Betrachtung der Einnahme von Funktionen innerhalb dieser fünf Interessenorganisationen ist weder wünschbar, da wir uns für den grundsätzlichen, und nicht den Policy-bezogenen Effekt der Einnahme von Funktionen in Interessenorganisationen interessieren, noch aufgrund der recht geringen Anzahl der Nennungen, die auf die einzelnen Organisationen entfielen, sinnvoll. Daher wurden die Antwortvorgaben, die wiederum drei Ausprägungen vorsahen<sup>95</sup>, für alle fünf Interessenorganisationen dichotom zusammengefaßt, so daß unterschieden wird zwischen der Einnahme in mindestens einer dieser Organisationen und der Nicht-Einnahme einer Funktion in diesen fünf Interessenorganisationen.

Die in Tabelle 4.41 dargestellte empirische Verteilung von Interessengruppenfunktion und Rollen-Focus scheint unsere Hypothese, wenn auch moderat, bestätigen zu können.

**Tabelle 4.41: Funktion in einer Interessengruppe und Focus -Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Eindeutige Dominante Rollenorientierung					
Funktion in einer Interessengruppe	Nation	Partei	Wahlkreis	Gruppe	N
ja	34,1	36,2	22,7	7,0	185
nein	43,3	32,1	17,6	6,9	467
<b>Gesamt</b>	<b>40,5</b>	<b>33,4</b>	<b>19,2</b>	<b>6,9</b>	<b>652</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

gefragt. Diese sind für unsere Fragestellung allerdings wenig aussagekräftig und wurden deshalb nicht in die Analyse einbezogen.

<sup>95</sup> Die Antwortvorgaben lauteten: „Ja, heute“, „Früher einmal“ und „Nie“.

Inhaber einer Funktionen in einer Organisation tendieren unterdurchschnittlich häufig zum Nation-Vertreter und weisen dagegen einen höheren Anteil an Partei-Vertretern auf. Allerdings läßt sich für die beiden anderen Ausprägungen des eindeutigen Rollen-Focus die vorhergesagte Richtung nicht feststellen, da sich einerseits unter denjenigen Parlamentarier mit einer Funktion in einer Interessenorganisation deutlich häufiger der Typus des Wahlkreis-Vertreter findet, andererseits aber der Typus des Interessengruppen-Vertreter nicht häufiger vorkommt als unter Nicht-Funktionären. Der eher moderate Zusammenhang wird auch durch die geringe statistischen Beziehungsmaße bestätigt (Cramérs  $V=.09$ ;  $\Lambda=.01$ ).

Der recht geringe Zusammenhang zwischen der Einnahme einer Funktion in einer Interessenorganisation und dem Rollen-Focus findet sich auch bei der Betrachtung der Verteilung der Style-Dimension, wie in Tabelle 4.42 dargestellt, wieder.

**Tabelle 4.42: Funktion in einer Interessengruppe und Style-Dimension der Repräsentationsrolle (in Prozent)**

Funktion in einer Interessengruppe	Style		N
	Trustee	„Delegate“	
ja	69,1	30,9	223
nein	67,2	32,8	588
<b>Gesamt</b>	<b>67,7</b>	<b>32,3</b>	<b>811</b>

Anm.: Aufsummierungen ungleich 100 Prozent können durch Rundungen entstehen; durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Es kann nahezu eine Gleichverteilung des Rollen-Style festgestellt werden, die Differenz zwischen Funktionären und Nicht-Funktionären ist mit ungefähr zwei Prozentpunkten recht gering, die bivariaten statistischen Tests sprechen ebenfalls gegen einen Zusammenhang von Interessengruppenfunktion und Rollen-Style (Cramérs  $V=.02$ ;  $\Lambda=.00$ ).

Damit bleibt abschließend festzuhalten, daß auch bei der Einnahme von Ämtern und Funktionen in Interessenorganisationen nicht von einer erklärungsstarken Determinante der Repräsentationsrolle ausgegangen werden kann.

#### 4.2.3.5. Parlamentarisch-sozialisatorische Erklärungsfaktoren im Vergleich

Auch die parlamentarisch-sozialisatorischen Erklärungsvariablen wurden einer Varianzanalyse unterzogen, um Interaktionseffekte der in diesem Variablenblock enthaltenen vier Bestimmungsmerkmalen ausschließen zu können. Wie Tabelle 4.43 zeigt, können die bivariat gemessenen geringen Effekte der parlamentarisch-sozialisatorischen Erklärungsfaktoren durch die multivariate Analyse weitgehend bestätigt werden.

**Tabelle 4.43: Parlamentarisch-sozialisatorische Variablen im Vergleich (ANOVA-Analyse)**

	Rollen-Focus								Rollen-Style	
	Nation		Partei		Wahlkreis		Gruppe		Trustee	
	unkon. Effekt	kontr. Effekt								
Grand Mean	0,40		0,34		0,19		0,07		0,67	
<b>Parteimitgliedschaft</b>										
bis 10 Jahre	0,10	0,11	-0,14	-0,16	-0,02	-0,01	0,07	0,05	0,01	0,04
11 bis 30 Jahre	-0,02	-0,02	0,02	0,02	0,03	0,02	-0,03	-0,02	0,01	0,01
31 und mehr Jahre	-0,08	-0,09	0,15	0,13	-0,10	-0,08	0,03	0,03	-0,08	-0,11
Eta	0,11		0,18		0,11		0,15		0,06	
Beta	0,13		0,19		0,08		0,13		0,09	
Sign.	0,02		0,00		0,15		0,01		0,05	
<b>Seniorität</b>										
1 Legislaturperiode	0,02	0,00	-0,04	-0,02	-0,01	0,00	0,02	0,01	-0,03	-0,05
2 Legislaturperioden	-0,09	-0,08	0,04	0,05	0,08	0,05	-0,04	-0,03	0,03	0,03
3 und mehr Legislaturp.	0,02	0,04	0,03	-0,01	-0,03	-0,03	-0,01	0,00	0,03	0,05
Eta	0,08		0,07		0,10		0,09		0,07	
Beta	0,09		0,05		0,07		0,06		0,10	
Sign.	0,13		0,42		0,20		0,41		0,03	
<b>Regierung</b>										
Regierungsamt	0,05	0,07	-0,18	-0,19	0,17	0,17	-0,05	-0,04	0,01	0,00
kein Regierungsamt	-0,02	-0,02	0,05	0,06	-0,05	-0,05	0,01	0,01	0,00	0,00
Eta	0,06		0,20		0,24		0,10		0,01	
Beta	0,07		0,22		0,23		0,08		0,00	
Sign.	0,09		0,00		0,00		0,07		0,93	
<b>Interessengruppe</b>										
Funktion	-0,07	-0,07	0,03	0,03	0,04	0,03	0,00	0,00	0,01	0,02
keine Funktion	0,03	0,03	-0,01	-0,02	-0,02	-0,01	0,00	0,00	-0,01	-0,01
Eta	0,10		0,04		0,07		0,00		0,02	
Beta	0,09		0,05		0,06		0,00		0,02	
Sign.	0,03		0,23		0,17		1,00		0,53	
<b>R-Quadrat</b>	<b>0,03</b>		<b>0,08</b>		<b>0,07</b>		<b>0,03</b>		<b>0,01</b>	
<b>N</b>	<b>578</b>		<b>578</b>		<b>578</b>		<b>578</b>		<b>906</b>	

Anm.: Durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Die bivariaten Effekte bleiben auch nach der Kontrolle durch die anderen im Modell enthaltenen Variablen recht stabil, die Eta-Werte weichen nur geringfügig von den Beta-Werten ab. Die Effekte sind jedoch derart gering, daß von einer gravierenden Determinierung der Repräsentationsrolle durch die parlamentarische Sozialisation nicht gesprochen werden kann. Nur in zwei Fällen überschreiten die Beta-Werte einen Schwellenwert von .20, womit dem Effekt der Regierungsmitgliedschaft auf den Rollen-Focus, insbesondere den Partei- und Wahlkreis-Vertreter eine gewisse Bedeutung zukommt. Vergleichen wir die vier parlamentarisch-sozialisatorischen Variablen, so kann noch am ehesten der Regierungszugehörigkeit und der Länge der Parteimitgliedschaft ein moderater Effekt für den präferierten Rollen-Focus zugesprochen werden (der mittlere Beta-Wert läge hier bei .15, respektive .13). Dagegen sind die Effekte der Länge der Parlamentszugehörigkeit und der Ausübung einer Funktion in einer Interessengruppe auf den Rollen-Focus äußerst gering (hier sind die mittleren Beta-Werte .07 respektive .05). Auf den Rollen-Style wirken sich alle vier parlamentarisch-sozialisatorischen Variablen derart gering aus, daß hier von einer erheblichen Bestimmungskraft nicht einmal dem Ansatz nach gesprochen werden kann.

Die geringen Effekte schlagen sich ebenfalls in einer sehr geringen Erklärungskraft des Modells nieder. Nur drei bis acht Prozent der Varianz des Rollen-Focus können durch die vier parlamentarisch-sozialisatorischen Variable erklärt werden. Für die Style-Dimension kann gar nur ein Prozent erklärter Varianz festgestellt werden.

Somit scheint der Schluß gerechtfertigt, daß die parlamentarische Sozialisation des Abgeordneten keinen gravierenden Einfluß auf den präferierten Rollen-Focus und Rollen-Style hat.

#### **4.2.4. Bestimmungsgründe auf der Mikro-Ebene im Vergleich**

Nachdem bislang die hier verwendeten drei Bereiche primärer und sekundärer Sozialisation der Abgeordneten separat untersucht wurden, stellt sich nach wie vor die Frage, ob und in welcher Art und Weise die unterschiedlicher sozialisatorischen Bereiche miteinander interagieren. Aus diesem Grunde wurden noch einmal alle bislang untersuchten Variablen in ein varianzanalytisches Gesamtmodell, wie in (Tabelle 4.44)<sup>96</sup>

---

<sup>96</sup> Für Länge der Parlamentszugehörigkeit wurde die gruppierte Variable, die eine, zwei oder drei und mehr Legislaturperioden unterscheidet, herangezogen; Die Regierungsmitgliedschaft

dargestellt, integriert<sup>97</sup>. Blicken wir zuerst auf die Erklärungsstärke des Gesamtmodells, so können die in den einzelnen Bereiche festgestellte geringe Erklärungskraft individueller Bestimmungsmerkmale auf die Repräsentationsrolle erhärtet werden. Die erklärte Varianz bewegt sich zwischen 9 und 20 Prozent, was für ein aus 10 unabhängigen Variablen bestehendes Modell sicherlich äußerst wenig ist. Das mittlere  $R^2$  (nicht in der Tabelle dargestellt) besagt also, daß die Kenntnis der 10 auf der Mikro-Ebene angesiedelten Bestimmungsfaktoren gerade einmal 15 Prozent der Varianz des Rollen-Focus und 9 Prozent der Varianz des Rollen-Style erklären kann.

**Tabelle 4.44: Varianzanalytisches Gesamtmodell aller 10 Bestimmungsfaktoren (ANOVA-Analyse)**

	Rollen-Focus								Rollen-Style	
	Nation		Partei		Wahlkreis		Gruppe		Trustee	
	Eta	Beta	Eta	Beta	Eta	Beta	Eta	Beta	Eta	Beta
Geschlecht	0,15	0,12	0,16	0,15	0,11	0,11	0,14	0,13	0,00	0,06
Generation	0,08	0,10	0,01	0,02	0,04	0,08	0,07	0,06	0,16	0,17
Bildung	0,14	0,15	0,12	0,15	0,13	0,10	0,10	0,12	0,13	0,12
Parteifamilie	0,24	0,16	0,27	0,15	0,17	0,13	0,13	0,17	0,20	0,17
Links-Rechts	0,26	0,25	0,23	0,17	0,19	0,14	0,07	0,10	0,13	0,10
Werteorientierung	0,06	0,00	0,04	0,04	0,03	0,00	0,09	0,09	0,03	0,03
Parteiliederschaft	0,13	0,16	0,22	0,26	0,11	0,09	0,16	0,13	0,09	0,12
Seniorität	0,10	0,13	0,09	0,11	0,05	0,05	0,06	0,04	0,06	0,01
Regierung	0,05	0,07	0,17	0,17	0,19	0,14	0,06	0,02	0,02	0,02
Interessengruppe	0,11	0,11	0,04	0,04	0,09	0,11	0,00	0,03	0,02	0,01
<b>R-Quadrat</b>	<b>0,18</b>		<b>0,20</b>		<b>0,12</b>		<b>0,09</b>		<b>0,09</b>	
<b>N</b>	<b>379</b>		<b>379</b>		<b>379</b>		<b>379</b>		<b>642</b>	

Anm.: Durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.

Quelle: European Representation Study.

Somit liegt hier der Schluß nahe, daß die untersuchten Mikro-Determinanten keinen wesentlichen Einfluß auf die Repräsentationsrolle der Abgeordneten haben. Als Bestimmungsgründe, die mithin noch die größte Erklärungsstärke innerhalb der

---

wurde durch die dichotom kodierte Variable, die nach der Einnahme, bzw. Nicht-Einnahme einer Regierungsfunktion auf der lokalen, regionalen oder nationalen Ebene fragt, in das Modell einbezogen.

<sup>97</sup> Der Übersichtlichkeit halber sind in der Tabelle nur die bi- und multivariaten Effekte sowie die erklärte Varianz und die Fallzahlen aufgenommen worden.

individuellen Merkmale für den präferierten Rollen-Focus beanspruchen dürfen, sind in erster Linie die politisch-ideologischen Variablen, zuvorderst die Links-Rechts-Selbsteinschätzung, zu nennen. Für diese liegt der mittlere, kontrollierte Effekt (mittleres Beta, nicht in der Tabelle dargestellt) immerhin bei .17. Der Effekt der Parteifamilie ist ebenfalls recht hoch, wird aber deutlich geringer, wenn für die übrigen Variablen kontrolliert wird. Alle anderen Mikro-Determinanten scheinen dagegen eine weniger große Bedeutung zu haben.

Es bleibt damit festzuhalten, daß weder für sozial-strukturelle Merkmale der Abgeordneten noch für ihre politischen und ideologischen Einstellungen oder von ihrer parlamentarischen Sozialisation ein wesentlichen Einfluß auf die Repräsentationsrolle nachgewiesen werden konnte.

### **4.3. Zusammenfassung des Einflusses von Mikro- und Makro-Determinanten**

Zu Beginn dieses Kapitels stand die Frage der Herkunft unterschiedlicher Vorstellungen der Abgeordneten über ihre Repräsentationsrolle. Welche Faktoren, hatten wir gefragt, haben einen Einfluß auf den präferierten Rollen-Focus und Rollen-Style? Ansätze zu einer Erklärung der Repräsentationsrolle wurden auf zwei Ebenen gesehen: der Makro-Ebene des politischen Systems und der Mikro-Ebene individueller Merkmale. Die Ausgangshypothese lautete, daß beide Bündel von Erklärungsfaktoren einen Effekt haben, wobei der Makro-Ebene eine stärkere, weil vor- und supra-individuelle Prägung zugeschrieben wurde.

Im ersten Abschnitt dieses Kapitel konnte nun auch tatsächlich gezeigt werden, daß die Grundzüge des politischen Systems einen ganz erheblichen Einfluß auf die von den Abgeordneten präferierte Repräsentationsrolle haben. Das Zusammenspiel verschiedener Charakteristika des politischen Systems, untersucht haben wir das Wahl-, Parteien-, Regierungs- und Intermediäre System, wurden zu einem kohärenten Konstrukt verdichtet, welches wir als *Demokratietypus* bezeichneten.

Während der Demokratietypus die Verteilung der Repräsentationsrolle in den untersuchten Ländern sehr gut erklären konnte, hat der zweite Abschnitt dieses Kapitels allerdings gezeigt, daß sich auf der Ebene individueller Merkmale kaum bedeutsame Zusammenhänge mit der Repräsentationsrolle feststellen ließen.

Dieses könnte uns nun zu dem Schluß führen, daß die Repräsentationsrolle vollends durch Makro-Faktoren determiniert wird, während Mikro-Faktoren keine eigenständige

Auswirkung auf die Repräsentationsrolle haben. Nur wäre ein solcher Schluß verfrüht, da beide Ebenen bislang isoliert betrachtet wurden. Das heißt, eine mögliche eigenständige Erklärungskraft von Mikro-Determinanten im Rahmen, bzw. unter Kontrolle der Makro-Faktoren wurde bislang nicht geprüft. Eine solche Prüfung stößt allerdings auf einige methodische Schwierigkeiten. Zwar bietet sich hierfür die Mehrebenenanalyse an, doch stehen wir hier vor dem Problem der sehr geringen Fallzahlen, die eine Abgeordnetenstudie notwendigerweise charakterisiert.

Aus diesem Grund wird hier eine einfache Prüfung vorgenommen, die auf den zuvor durchgeführten Analysen basiert. Eine exakte, quantifizierende Abschätzung der Größenordnung des Einflusses der jeweiligen Ebene ist damit zwar nicht möglich, doch kann der Test uns immerhin einen groben Aufschluß darüber geben, ob im Rahmen politischer Institutionen auch individuelle Merkmale eine Auswirkung auf die präferierte Repräsentationsrolle haben.

Diese Prüfung nimmt die im vorhergehenden Abschnitt vorgestellte Varianzanalyse in zwei Gruppen vor, die Parlamente, bzw. Parlamentarier aus eher konsensualen und eher majoritären Ländern unterscheidet<sup>98</sup>. Wenn beide Ebenen für die Repräsentationsrolle von Bedeutung sind, jedoch die primäre Erklärung durch die Systemmerkmale gestiftet werden, während den individuellen Merkmalen jedoch eine eigenständige und ergänzende Auswirkung auf Focus und Style zukommen, dann können wir erwarten, daß die Erklärungskraft dieser zwei Modelle jeweils größer ist als die Erklärungskraft des im vorangegangenen Abschnitt getesteten Gesamtmodells. Andererseits, falls die innerhalb der beiden Demokratietypen berechneten Individualmodelle keine größere erklärte Varianz liefern, müßte die Hypothese einer ergänzenden Erklärungskraft individueller Merkmale für die Repräsentationsrolle zurückgewiesen werden.

Die varianzanalytischen Modelle individueller Bestimmungsgründe innerhalb der beiden Demokratietypen, d.h. innerhalb der eher konsensualen und der eher majoritären Länder sind in Tabelle 4.45 und Tabelle 4.46 dargestellt. Der Vergleich der erklärten Varianzen kann klar die Hypothese einer eigenständigen zusätzlichen Erklärungskraft der Mikro-Determinanten belegen. Für alle vier Ausprägungen des dominanten Rollen-Focus wie auch für den Rollen-Style sind die Werte für  $R^2$  innerhalb beider Demokratietypen

---

<sup>98</sup> Dazu wurden die Spannweite des Demokratietypus (zur Bildung dieses Indexes siehe Abschnitt 4.1.4) halbiert. In die Gruppe der (eher) konsensualen Länder fallen die Niederlande Schweden, Belgien, Deutschland, Italien und Luxemburg, in der Gruppe der (eher) majoritären Länder befinden sich Frankreich, Griechenland, Spanien, Irland und Portugal.

größer als diejenigen des (in Tabelle 4.44 dargestellten) Gesamtmodells. Die mittlere erklärte Varianz für den Rollen-Focus beträgt innerhalb der konsensualen Länder .20, innerhalb der majoritären Länder gar .23, während das Gesamtmodell nur einen 15 Prozent der Varianz erklären konnte.

**Tabelle 4.45: Varianzanalytisches Modell individueller Bestimmungsfaktoren innerhalb der konsensuale Länder (ANOVA-Analyse)**

	Rollen-Focus								Rollen-Style	
	Nation		Partei		Wahlkreis		Gruppe		Trustee	
	Eta	Beta	Eta	Beta	Eta	Beta	Eta	Beta	Eta	Beta
Geschlecht	0,16	0,15	0,16	0,16	0,08	0,08	0,06	0,05	0,06	0,05
Generation	0,06	0,15	0,06	0,21	0,08	0,11	0,13	0,09	0,10	0,09
Bildung	0,15	0,13	0,10	0,14	0,19	0,14	0,17	0,18	0,25	0,19
Parteifamilie	0,25	0,15	0,32	0,23	0,16	0,17	0,09	0,12	0,20	0,14
Links-Rechts	0,29	0,24	0,28	0,21	0,16	0,13	0,05	0,04	0,20	0,18
Werteorientierung	0,12	0,01	0,00	0,17	0,11	0,21	0,08	0,11	0,06	0,02
Parteimitgliedschaft	0,20	0,28	0,30	0,39	0,10	0,14	0,20	0,19	0,09	0,12
Seniorität	0,05	0,05	0,08	0,04	0,18	0,17	0,05	0,03	0,16	0,20
Regierung	0,09	0,08	0,10	0,15	0,13	0,16	0,09	0,04	0,06	0,06
Interessengruppe	0,10	0,11	0,01	0,03	0,16	0,13	0,02	0,01	0,06	0,00
<b>R-Quadrat</b>	<b>0,21</b>		<b>0,29</b>		<b>0,20</b>		<b>0,10</b>		<b>0,16</b>	
<b>N</b>	<b>221</b>		<b>221</b>		<b>221</b>		<b>221</b>		<b>291</b>	

Anm.: Durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.  
Quelle: European Representation Study.

**Tabelle 4.46: Varianzanalytisches Modell individueller Bestimmungsfaktoren innerhalb der majoritären Länder (ANOVA-Analyse)**

	Rollen-Focus								Rollen-Style	
	Nation		Partei		Wahlkreis		Gruppe		Trustee	
	Eta	Beta	Eta	Beta	Eta	Beta	Eta	Beta	Eta	Beta
Geschlecht	0,05	0,01	0,09	0,11	0,01	0,05	0,32	0,29	0,05	0,12
Generation	0,14	0,14	0,12	0,19	0,14	0,10	0,04	0,15	0,24	0,31
Bildung	0,21	0,32	0,17	0,27	0,12	0,15	0,12	0,08	0,07	0,05
Parteifamilie	0,26	0,35	0,24	0,20	0,24	0,24	0,29	0,37	0,27	0,31
Links-Rechts	0,27	0,46	0,17	0,26	0,12	0,17	0,21	0,39	0,16	0,05
Werteorientierung	0,05	0,06	0,01	0,01	0,08	0,05	0,09	0,01	0,04	0,02
Parteimitgliedschaft	0,12	0,15	0,13	0,08	0,04	0,05	0,09	0,14	0,12	0,16
Seniorität	0,13	0,24	0,23	0,31	0,05	0,03	0,09	0,11	0,02	0,11
Regierung	0,06	0,05	0,07	0,12	0,11	0,06	0,04	0,05	0,08	0,01
Interessengruppe	0,13	0,13	0,14	0,14	0,05	0,07	0,06	0,07	0,00	0,04
<b>R-Quadrat</b>	<b>0,30</b>		<b>0,25</b>		<b>0,12</b>		<b>0,26</b>		<b>0,18</b>	
<b>N</b>	<b>158</b>		<b>158</b>		<b>158</b>		<b>158</b>		<b>352</b>	

Anm.: Durch Gewichtung wurden Länder-Samples identischer Größe hergestellt.  
Quelle: European Representation Study.

Somit läßt sich die Erklärungskraft der individuellen Bestimmungsfaktoren des Rollen-Focus durch die separate Betrachtung von konsensualen und majoritären Systemen um fünf bis acht Prozentpunkte verbessern. Auch für die Style-Dimension kann eine erhebliche Verbesserung der erklärten Varianz des Individualmodells festgestellt werden. Gegenüber einem  $R^2$  von .09 beim Gesamtmodell leistet die nach dem Demokratietypus getrennt erfolgende Betrachtung nahezu eine Verdopplung der erklärten Varianz, die für konsensuale Systeme .16, für majoritäre System .18 beträgt.

Damit kann den Mikro-Determinanten zwar noch immer keine herausragende Erklärungskraft für den präferierten Rollen-Focus zugesprochen werden, denn eine erklärte Varianz von 20 und 23 Prozent durch 10 unabhängige Variablen stellt noch immer ein relativ erklärungschwaches Modell dar. Jedoch kann damit die Grundthese der Untersuchung dieses Kapitels, die den individuellen Bestimmungsgründen eine, wenn auch schwache, eigenständige Erklärungskraft für die beiden Dimensionen der Repräsentationsrolle zusprach, durch die empirische Analyse aufrecht erhalten werden.

Betrachten wir die Stärke der einzelnen Erklärungsvariable innerhalb der beiden Demokratietypen, so können weitgehende Parallelen festgestellt werden. Es sind jeweils die Parteilfamilie und die Links-Rechts-Orientierung, also die politisch-ideologischen Bestimmungsmerkmale, die eine große Auswirkung auf die Repräsentationsrolle, insbesondere auf den Rollen-Focus, beanspruchen können. In konsensualen Systemen ist zusätzlich die Länge der Parteimitgliedschaft bedeutsam, in majoritär strukturierten Demokratien tritt dagegen noch die formale Bildung als erklärungskräftige Determinante hinzu.

Abschließend kann festgehalten werden, daß beide Arten von untersuchten Determinanten eine Auswirkung auf die Repräsentationsrolle haben. Den Makro-Determinanten kommt dabei die größere Bedeutung zu. Jedoch entwickeln auch individuelle Bestimmungsgründe, betrachtet innerhalb des Rahmens der institutionellen Arrangements, die ein demokratisches Gemeinwesen prägen, eine ergänzende Auswirkung auf das von den Abgeordneten präferierten Rollenverständnis, wobei die politisch-ideologischen Erklärungsfaktoren hier die größte Wichtigkeit haben.